

**Landeskommission
Berlin
gegen Gewalt**

**Berliner Forum
Gewaltprävention**

**Dokumentation des 5. Berliner
Präventionstages am 3.11. 2004**

Prävention braucht Öffentlichkeit

Antisemitismus in neuen Kontexten / Stiefkind in den Medien? /
Intensivtäter - (k)ein Problem? / Sprache und Gewalt /
Communities nichtdeutscher Herkunft / Brauchen (alle) Berliner
Bezirke Präventionsräte? / PräviS im Netz

Nr.21

Impressum:

Berliner Forum Gewaltprävention

Das BFG erscheint unregelmäßig.

Es wendet sich an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Institutionen, Verwaltungen, Verbänden und an die interessierte Öffentlichkeit als Forum zur Diskussion und Information über Prävention.

Herausgeberin:

Landeskommission Berlin gegen Gewalt

c/o Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport

Beuthstr.6-8, 10117 Berlin-Mitte

Telefon: (030) 9026 - 5253
Telefax:(030) 9026 - 5003

E-Mail: Manuela.Bohlemann@SenBJS.Verwalt.Berlin.de

Internet:
www.berlin-gegen-gewalt.de

Redaktion:
Wolfgang Lebe, Ute Vialet

Die Redaktion behält sich vor, eingereichte Beiträge zu kürzen. Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion oder des Herausgebers wieder.

Nachdrucke sind nur mit Quellenangabe gestattet und bedürfen der Zustimmung der Autorin oder des Autors.

Inhaltsverzeichnis	2
Wolfgang Lebe Prävention braucht Öffentlichkeit - Der Berliner Präventionstag 2004	4
Klaus Wowerit Grußwort des Regierenden Bürgermeisters	7
Herzlich willkommen	8
Programm des 5. Berliner Präventionstages	9
Ekkehard Band Grußwort des Bezirksbürgermeisters	10
Thomas Härtel Eröffnung des 5. Berliner Präventionstages	12
Sybille Krämer Gewalt der Sprache - Sprache der Gewalt	16
Klaus Böger Verleihung des 5. Berliner Präventionspreises	25
Preisträger	34
Carola Czollek Antisemitismus in neuen Kontexten	35
Lars Sünneemann Rechtsextremismus	37
Rainer Erb / Michael Kohlstruck Antisemitismus in neuen Kontexten - Anmerkungen zum aktuellen Diskurs	42
Michael Schwandt Bildungsarbeit zum Antisemitismus in neuen Kontexten	46
Jakob F. Dittmar Gewaltprävention und Massenmedien	53
Brigitte Grunert Input der Pressevertreterin	57
Hartmut Pfeiffer Bedingungen erfolgreicher Öffentlichkeitsarbeit von Präventionseinrichtungen	60
Dietmar Ring Einführungsstatement zum Intensivtäterkonzept der Berliner Polizei	75
Manfred Schweitzer Intensivtäter - (k)ein Problem? - Das neue Handlungskonzept aus der Sicht der Staatsanwaltschaft Berlin	78

ISSN 1617 - 0253

V.i.S.d.P.:
Stephan Voß
Nr. 21, 2005, 5. Jahrgang,

Druckauflage: 1000 Exemplare

Druck des Umschlags:
AAD Trescom

Druck der Innenseiten: JVA
Tegel



Claudius Ohder Intensivtäter - (k)ein Problem? - Das neue Handlungskonzept aus der Sicht eines Kriminologen	82
Peter Zernicke Intensivtäter - (k)ein Problem? - Das neue Handlungskonzept aus der Sicht der Jugendgerichtshilfe	84
Klaus-Dieter Gens Gewaltfreie Kommunikation	86
Frank Gesemann Junge Zuwanderer und Gewalt	89
Kenan Kolat Gewaltdiskussion innerhalb der ethnischen Communities	98
Mouhammed Issmail Gewalt bei Migranten mit arabischem Hintergrund	101
Safer Çinar Communities von Bürgerinnen und Bürgern nicht-deutscher Herkunft und Gewaltprävention - Ein Diskussionsbeitrag	105
Renée Abdul-Ella Communities von Bürgerinnen und Bürgern nicht-deutscher Herkunft und Gewaltprävention - Ein Diskussionsbeitrag	108
Sabine Behn Kommunale Präventionsräte in Berlin	110
Christiane Waclaw PrävIS - Das Informationssystem der Prävention im Netz	115
Klaus Reith PrävIS in Baden - Württemberg	118
Hannelore Rogalla Prävention in der Berliner Polizei - Möglichkeiten / Nutzen der Datei PrävIS	123
Detlef Horn - Wagner 5. Präventionstag: Anmerkungen zur Öffentlichkeitsarbeit	127
Klaus Kommoß „... mir hat alles gefallen!“	129
Autorenverzeichnis	131
Bestellcoupon	134



Wolfgang Lebe

Prävention braucht Öffentlichkeit - Der Berliner Präventionstag 2004

Am 13. November 2004 veranstaltete die *Landeskommission Berlin gegen Gewalt*, das zentrale Präventionsgremium des Landes Berlin im Bereich der Kriminalitäts- und Gewaltprävention, bereits zum 5. Mal den Berliner Präventionstag. Mehr als 500 Präventionsakteure und Präventionsinteressierte aus den Bereichen Jugendarbeit, Schule, Polizei, Justiz, Politik u.v.m. kamen im Rathaus Schöneberg zusammen. Sie alle setzen sich für die Gewalt- und Kriminalverhütung in Berlin ein.

Der Regierende Bürgermeister von Berlin *Klaus Wowereit* ging in seinem Grußwort auf das diesjährige Motto „Prävention braucht Öffentlichkeit“ ein. Öffentlichkeit bedeutet insbesondere, dass es die Bürgerinnen und Bürger Berlins sind, die sich für eine menschlichere Gesellschaft einsetzen und Gewalt und Kriminalität nicht hinnehmen. Er betonte, dass die Mitstreiterinnen und Mitstreiter sich auf die professionelle Unterstützung der Polizei verlassen können.

Den fachlichen Hauptvortrag hielt Frau *Prof. Dr. Sybille Krämer*, Professorin für Philosophie am Institut für Philosophie der *Freien Universität Berlin* zum Thema „Gewalt der Sprache - Sprache der Gewalt“. Sie betonte, dass Sprache ein zentrales Thema in der Prävention sein muss. Worte können verletzen und kränken. Sie sind immer noch die am weitesten verbreitete und die am häufigsten eingesetzte Waffe. Sprache ist nicht nur ein Reservoir von Gewalt, sie stellt zugleich die Mittel bereit, diese Gewalt zu bannen.

Auch dieses Mal wurde der Berliner Präventionspreis erfolgreich ausgeschrieben. Von den vielen eingereichten Vorschlägen wählte eine unabhängige Jury sechs zu prämierende Projekte und eine für ihr hohes Engagement zu ehrende Person aus. Die Hauptpreise wurden direkt von der *Landeskommission* vergeben, die Sonderpreise wurden wie in den vergangenen Jahren von der *Unfallkasse Berlin*, der *Initiative Schutz vor Kriminalität e.V. (ISVK e.V.)* und *SECURITAS Sicherheitsdienste GmbH&Co.KG* gestiftet.

Die Preisverleihung führte in diesem Jahr Senator *Klaus Böger* durch, traditionell im Willy - Brandt - Saal des Rathauses Schöneberg in einem festlichen Rahmen. Er betonte, dass mit diesem Preis nicht nur wegweisende Gewalt- und Kriminalprävention öffentlich gewürdigt wird, sondern letztlich auch für Berlin bedeutsame Projekte gefördert werden. Ausgezeichnet wurden Projekte aus dem Bereich der Jugendhilfe, der Schulen, der Polizei, des Gesundheitswesens, der Antigewaltarbeit mit Frauen und Mädchen, der Kulturarbeit, des Sports sowie Kiezinitiativen von Bürgerinnen und Bürgern Berlins.

Nicht immer sind es Institutionen und Projekte, die Präventionsarbeit entscheidend prägen, sondern es sind mitunter einzelne Personen, die mit ihrer Begeisterung für eine Idee Neues entwickeln und auch die Kraft haben, dieses in die Praxis umzusetzen. Aus Anlass ihres 10-jährigen Bestehens hat die *Landeskommission Berlin gegen Gewalt* deshalb entschieden, in Jahr 2004 zusätzlich einen Ehrenpreis für besonderes persönliches Engagement im Bereich der Gewalt- und Kriminalitätsprävention zu verleihen.

Das Leitthema des Präventionstages „Prävention braucht Öffentlichkeit“ und auch andere Themenkomplexe wurden am Nachmittag in sieben Arbeitsforen ausführlicher betrachtet. Es wurden Vorträge gehalten, Podiumsdiskussionen durchgeführt sowie auch praktische Übungen. Folgende Foren fanden statt:

Antisemitismus in neuen Kontexten:

Im Rahmen einer Podiumsdiskussion wurden aktuelle Formen des Antisemitismus erörtert, die unter anderem auch von den Konflikten im Nahen Osten wesentlich beeinflusst werden. Neben dem Austausch über verschiedene Positionen wurde über geeignete Strategien zur Bekämpfung des Antisemitismus diskutiert und der Frage nachgegangen, wie ein langfristiges gesellschaftliches Engagement in diesem Zusammenhang gesichert werden kann.

Prävention - ein Stiefkind in den Medien?!

In den Medien wird über Gewalt und Kriminalität weitaus mehr berichtet als über die Gewalt- und Kriminalitätsprävention. Wo liegen die Ursachen? Was müsste und könnte aus Sicht der Nachrichtenproduzentinnen und -produzenten, was aus Sicht der Präventionsakteurinnen und -akteure getan werden, damit die Präventionsarbeit insbesondere in den Printmedien mehr Beachtung findet? Das Forum bot Journalistinnen und Journalisten sowie Präventionsakteurinnen und -akteuren Gelegenheit, im Austausch miteinander unter anderem diesen Fragen nachzugehen und Gelingensbedingungen für eine breitere Berichterstattung über Prävention zu formulieren.

Intensivtäter - (k)ein Problem?:

Das neue Handlungskonzept für Polizei und Justiz in Berlin ein Jahr danach - Beteiligte zogen Bilanz. Ist der Umgang mit Intensivtätern nach einem Jahr der Anwendung neuer Richtlinien und der Umsetzung neuer Konzepte in Berlin professioneller und effektiver geworden? Diskutiert wurden Erfahrungen und Ergebnisse.

Sprache und Gewalt:

Oder: die Sprache der Wölfe mit Giraffenohren hören.

In die Methode der gewaltfreien Kommunikation erfolgte eine Einführung anhand von praktischen Beispielen und Übungen. Es ging dabei u. a. um die Bausteine Situation, Gefühle, Bedürfnis, Wunsch / Bitte.

Communities von Bürgerinnen und Bürgern nichtdeutscher Herkunft und Gewaltprävention:

Junge Männer nichtdeutscher Herkunft sind laut Polizeilicher Kriminalstatistik in besonderem Maße an der Ausübung von Gewaltdelikten beteiligt. Untersuchungen belegen darüber hinaus, dass innerfamiliäre Gewalt in Migrantenfamilien von großer Bedeutung ist. Vor diesem Hintergrund entwickelten Mitglieder der türkischen und arabischen Community Vorschläge zur Gewaltprävention, die sich vor allem auf Präventionsmöglichkeiten innerhalb der Communities bezogen, und diskutierten diese unter Einbeziehung des Plenums miteinander.

Auf halbem Wege stehen bleiben? Oder: Brauchen (alle) Berliner Bezirke Präventionsräte?:

Im Mittelpunkt des Forums standen die Entwicklung und der Stand der kommunalen Gewalt- und Kriminalitätsprävention in Berlin. Wie lässt sich eine ressort- und institutionenübergreifende kommunale Prävention am effektivsten organisieren? Was haben kommunale Präventionsräte in Berlin geleistet, haben sie sich bewährt, sind sie das Modell für die kommunale Präventionsarbeit? Welche anderen Modelle werden mit welchem Erfolg umgesetzt? Wo bestehen Defizite in der kommunalen Präventionsarbeit? Verantwortliche aus vier Berliner Bezirken diskutierten diese und andere Fragen vor dem Hintergrund einer Rückschau auf die Entwicklung kommunaler Prävention in Berlin.

PrävIS - das Informationssystem der Prävention im Netz:

Seit dem 9. Deutschen Präventionstag am 17./18. Mai 2004 können über *PrävIS* Informationen zu Präventionsaktivitäten in Berlin, verschiedenen anderen Bundesländern und auf der Ebene des Bundes im Internet online recherchiert werden.

Was bedeutet *PrävIS* für die Berliner Präventionsakteure, wie funktioniert es und welche Vorteile im Hinblick auf effiziente, qualifizierte Präventionsarbeit bietet es? Welche Perspektiven im Bereich der Berliner Präventionslandschaft werden eröffnet?

Darüber informierte dieses Forum, gleichzeitig schaute man aber auch über die Landesgrenzen nach Baden - Württemberg, wo *PrävIS* schon seit einiger Zeit erfolgreich in die Präventionsarbeit des dortigen Landeskriminalamtes integriert ist.

Der 5. Berliner Präventionstag 2004 war für alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer erneut eine hervorragende Gelegenheit, sich über die Prävention in Berlin zu informieren und sich miteinander auszutauschen, Neues zu erfahren oder bereits Bekanntes zu vertiefen. Nahezu einhellig war die Meinung der befragten Teilnehmerinnen und Teilnehmer: Der Präventionstag und die Verleihung des Berliner Präventionspreises sind das zentrale Präventionsereignis in Berlin. Das große Interesse an dieser Veranstaltung zeigt, dass die Präventionsarbeit in Berlin viele Akteure und Unterstützer hat und macht Mut, auf diesem Wege weiter zu gehen.

Klaus Wowereit

Grußwort des Regierenden Bürgermeisters von Berlin

Mit dem 5. Berliner Präventionstag, begeht die Landeskommision Berlin gegen Gewalt gleichzeitig den 10. Jahrestag ihres Bestehens. In diesem Jahrzehnt hat sich die Kriminalprävention in unserer Stadt in Struktur und Inhalten erheblich weiterentwickelt. Geblieben ist der Kern des Anliegens: Die Bürgerinnen und Bürger Berlins dafür zu sensibilisieren, dass sie es sind, die Verantwortung für einen zivilisierten Umgang miteinander tragen. Und dass sie dabei auf professionelle Mitstreiter/innen in der Polizei setzen können.

Der Präventionstag steht in diesem Jahr unter einem wichtigen Motto: „Prävention braucht Öffentlichkeit“. In der Tat: Kriminalitäts- und Gewaltprävention wird nur dann erfolgreich sein, wenn sich unsere Gesellschaft bewusst damit auseinandersetzt. Ein Präventionstag kann dabei als Plattform der Information, der Kommunikation und des Erfahrungsaustausches für all jene dienen, die sich professionell mit dem Thema beschäftigen. Er soll positive Beispiele für erfolgreiche Prävention sichtbar machen. Und er soll zum aktiven Mittun ermutigen.

Der 5. Berliner Präventionstag, zu dem ich auch in diesem Jahr wieder gern die Schirmherrschaft übernommen habe, gibt mir erneut die Gelegenheit, allen zu danken, die sich der Verhütung von Gewalt und Kriminalität widmen, und ihnen für ihr weiteres Engagement viel Erfolg zu wünschen. Mein Glückwunsch gilt darüber hinaus den diesjährigen Gewinnern des Berliner Präventionspreises, deren Arbeit damit auch stellvertretend für viele andere anerkanntswerte Projekte ausgezeichnet wird.

Ich bin sicher, dass auch der 5. Berliner Präventionstag ein ermutigender Tag sein wird. Denn hier treffen sich Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, die sich für eine menschlichere Gesellschaft einsetzen und die Gewalt und Kriminalität nicht hinnehmen. Hier erfährt man, dass es auch andere gibt, die dasselbe Ziel verfolgen. Nämlich persönliches Leid und Verluste für den Einzelnen und die Gemeinschaft zu verhindern, um damit die Lebensqualität in unserer Stadt zu steigern.

In diesem Sinne wünsche ich dem 5. Berliner Präventionstag einen erfolgreichen Verlauf.



Herzlich willkommen zum 5. Berliner Präventionstag



Mit freundlicher Unterstützung



**Bezirksamt
Tempelhof - Schöneberg**



**Programm des 5. Berliner Präventionstages
am 3. November 2004, 09.00 Uhr, Rathaus Schöneberg
Motto: Prävention braucht Öffentlichkeit**

- 08.30 Uhr **Stehkaffee mit musikalischer Begrüßung**
Combo des Landespolizeiorchesters Brandenburg
Leitung: Ralf Armbruster
- 09.00 Uhr **Grußwort**
Ekkehard Band, Bezirksbürgermeister von Tempelhof - Schöneberg
Eröffnung
Thomas Härtel, Vorsitzender der Landeskommision Berlin gegen Gewalt
- 09.30 Uhr **Einführungsvortrag**
Thema: „Sprache und Gewalt - Gewalt der Sprache“
Prof. Sybille Krämer, Freie Universität Berlin
- 10.15 Uhr **Kaffee-/Teepause mit Musik**
Combo des Landespolizeiorchesters Brandenburg
- 10.45 Uhr **Verleihung des Berliner Präventionspreises
und des Ehrenpreises 2004**
Klaus Böger, Senator für Bildung, Jugend und Sport
Musikalische Umrahmung: Blechbläserensemble des Landespolizeiorchesters Brandenburg
- 11.45 Uhr **Die Preisträger präsentieren ihre Projekte in der Brandenburghalle**
Ausstellung und Dialog
- 12.00 Uhr **Mittagspause**
- 13.00 Uhr **Arbeit in 7 parallelen Foren**
- 15.30 Uhr **Tageszusammenfassung/-perspektiven**
Dr. Detlef Horn - Wagner
- 16.00 Uhr **Ausklang**
Lassen Sie sich überraschen !

Moderation
Dr. Detlef Horn - Wagner



Ekkehard Band

Grußwort des Bezirksbürgermeisters

Sehr geehrte Damen und Herren,

zum diesjährigen 5. Berliner Präventionstag heiße ich Sie recht herzlich im Rathaus Schöneberg willkommen. Ich freue mich, dass diese wichtige Veranstaltung auch heute in unserem Hause stattfindet. Wir stellen wie in jedem Jahr unsere Räumlichkeiten gerne in den Dienst der guten Sache.

Aktuelle Entwicklungen zeigen, dass aktive Prävention heute besonders wichtig ist, um die Institutionalisierung rechter Bewegungen zu stoppen. Der Gewalt muss entschieden begegnet werden. Mit der Macht des Wissens und mit der Macht der Öffentlichkeit!

„Prävention braucht Öffentlichkeit“ ist deshalb ein gut gewähltes Motto für diesen Präventionstag. Dabei hat der Begriff Öffentlichkeit für mich drei - miteinander vernetzte - Aspekte.

Zunächst muss Gewalt als Gewalt erst einmal erkannt werden, um verhindert werden zu können. Wer Gewalt vermeiden, verhindern oder deeskalieren will, muss genau wissen,

worum es sich handelt

wo Ursachen zu suchen und zu finden sind

welche Wirkungen und Spuren Gewalt hinterlässt und

woran man Gewalt - auch versteckte, heimliche Alltagsgewalt - erkennen kann.

Wissen und Erkenntnis darüber und eine Öffentlichkeit, die dieses Wissen multipliziert, sind deshalb nach meiner Auffassung die wesentlichen Säulen der Gewaltprävention.

Die zweite Facette des Begriffes Öffentlichkeit ist für mich die öffentliche Berichterstattung über Prävention. Der Präventionsgedanke kann nicht oft genug und nicht eindringlich genug kommuniziert und publiziert werden. Dabei muss eine Berichterstattung über Gewalt und Prävention allerdings realistisch und seriös sein. Die Medien sind voll von sensationsheischenden und subjektive Ängste schürenden Texten und Bildern über Gewalt. Präventionsarbeit aber findet immer noch zu wenig Beachtung in den Medien.

Die "Mühen der Ebene", wie *Bertolt Brecht* es formulierte, sind eben nicht telegen und reißerisch. Die Präventionsarbeit findet täglich in vielen kleinen Projekten und Initiativen statt. Und diese Arbeit hat es verdient, in der Öffentlichkeit dargestellt zu werden. Die Erfolge müssen aufgezeigt werden, um Anreize für ein Weitermachen zu geben. Eine seriöse, effektive Öffentlichkeitsarbeit ist das notwendige Pendant zur Einzelfallhilfe.

Den dritten Aspekt des Begriffes Öffentlichkeit sehe ich in der Beteiligung einer breiten Öffentlichkeit, möglichst aller gesellschaftlichen Gruppen, im Idealfall die Beteiligung jedes einzelnen Bürgers an der Gewaltprävention. Gewalt ist fast allgegenwärtig. Gerade deshalb ist es notwendig, auf allen Ebenen, in allen Organisationen und Institutionen unseres Gemeinwesens, letztendlich in allen relevanten gesellschaftlichen Gruppierungen Bewusstsein für die Problematik zu schaffen und die Beteiligung möglichst aller an der Prävention zu fördern.

Das Ziel, alle Menschen zu ermutigen, nicht weg zu sehen und zu verdrängen, eine flächendeckende Zivilcourage zu entwickeln, die zu angemessenem Handeln befähigt, wo immer Gewalt auftritt, ist noch ziemlich weit entfernt. Aber der Weg wird schon von vielen gegangen und ist mit dem zehnjährigen Bestehen der Landeskommision Berlin gegen Gewalt auch deutlich erkennbar.

In der Gesamtschau wird nach meiner Auffassung durch Öffentlichkeit die Tür zum Handlungsfeld Prävention erst aufgestoßen, wird Prävention erst möglich und sinnvoll. Gewaltprävention kann nicht im Verborgenen stattfinden. Gewaltprävention braucht das Licht der Öffentlichkeit!

In diesem Sinne trägt nicht zuletzt die heutige Veranstaltung in ihrer konzeptionellen Anlage und den konkreten Beiträgen dazu bei.

Im letzten Jahr konnte ich Ihnen an dieser Stelle über die beabsichtigte Erstellung eines bezirklichen Aktionsplanes zur Bekämpfung von häuslicher Gewalt berichten. Der Aktionsplan ist nunmehr fertiggestellt. Der Begriff Öffentlichkeit in den beschriebenen Facetten zieht sich wie ein roter Faden durch diesen Aktionsplan. Wir werden sehr genau beobachten, welche Wirksamkeit dieses Konzept entfaltet. Gern werde ich zu einem späteren Zeitpunkt über die Ergebnisse berichten.

Doch nun wünsche ich allen Aktiven des 5. Berliner Präventionstages einen intensiven und konstruktiven Gedankenaustausch. Möge diese Zusammenkunft die Präventionsarbeit in unserer Stadt weiter voranbringen.



Thomas Härtel

Eröffnung des 5. Berliner Präventionstages

Sehr geehrter Herr Bezirksbürgermeister Band,
sehr geehrter Herr Senator Böger,
sehr geehrter Herr Polizeipräsident,
sehr geehrte Bezirksbürgermeisterinnen und Bezirksbürgermeister,
sehr geehrte Mitglieder des Beirates der Landeskommission Berlin gegen Gewalt,
liebe Kolleginnen und Kollegen,
sehr geehrte Damen und Herren,

im 10. Jahr des Bestehens der Landeskommission Berlin gegen Gewalt den 5. Berliner Präventionstag zu eröffnen, ist für mich eine besondere Freude. Denn es ist keineswegs selbstverständlich, dass eine vom Senat eingesetzte Kommission nach so langer Zeit immer noch zahlreiche Aufgaben wahrzunehmen hat, zu denen die Ausrichtung der Berliner Präventionstage und die Verleihung des Berliner Präventionspreises zählen. Die 10 Jahre haben mit dem Thema und dem Auftrag der Kommission zu tun: Gewalt- und Kriminalitätsprävention und deren Weiterentwicklung in Berlin ist eine sehr langfristige Aufgabe.

Meine Damen und Herren, ich heiße Sie ganz herzlich willkommen und freue mich, dass sich zum diesjährigen Präventionstag fast 600 Personen angemeldet haben. Dies betrachte ich auch als Bestätigung für unsere und die Arbeit vieler anderer in der Gewalt- und Kriminalitätsprävention in den letzten zehn Jahren.

Bevor ich mich mit der Entwicklung der Präventionsarbeit in Berlin näher befasse, möchte ich mich bei all denen bedanken, die unsere Arbeit in den letzten Jahren und im Hinblick auf die heutige Veranstaltung unterstützt haben. Mein besonderer Dank gilt allen Referentinnen und Referenten, Moderatorinnen und Moderatoren, die heute die Foren gestalten. Sie tun dies ausnahmslos unentgeltlich. Ich danke dem Regierenden Bürgermeister von Berlin, Klaus Wowereit, für die Übernahme der Schirmherrschaft über den 5. Berliner Präventionstag. Ich danke stellvertretend Ihnen, Herr Band, dafür, dass wir nunmehr zum 5. Mal im Rathaus Schöneberg tagen dürfen. Nicht zuletzt gilt mein Dank natürlich allen Sponsoren, die den 5. Berliner Präventionstag unterstützen, insbesondere den Stiftern der Sonderpreise im Wettbewerb um den Berliner Präventionspreis 2004: Die Unfallkasse Berlin, die SECURITAS Sicherheitsdienste GmbH & Co. KG und die Initiative Schutz vor Kriminalität e.V..

Meine Damen und Herren, 10 Jahre Landeskommission Berlin gegen Gewalt sind nicht gleichzusetzen mit 10 Jahren Präventionsarbeit in Berlin. Vor diesem Hintergrund haben wir im letzten Jahr 46 Expertinnen und Experten aus Verwaltung, Wissenschaft und Praxis eingeladen um in neun Gruppen zu verschiedenen Themen der Gewalt- und Kriminalitätsprävention zu diskutieren. Uns war wichtig, wie die Experten die Entwicklung der Präventionsarbeit in Berlin vor dem Hintergrund der Vorschläge der Unabhängigen Kommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt in Berlin aus dem Jahr 1994 einschätzen. Bevor ich die Diskussionsergebnisse zusammenfasse, möchte ich mich bei allen bedanken, die an diesem Vorhaben mitgewirkt haben. Sowohl was die Bilanz der letzten 10 Jahre betrifft als auch hinsichtlich des Handlungsbedarfes für die nächsten 10 Jahre, wurden wichtige Erkenntnisse zusammengetragen, die Mut machen und Zuversicht bezüglich künftiger Entwicklungen rechtfertigen.

Im Hinblick auf Schulen wurde übereinstimmend festgestellt, dass die Sensibilität für das Thema „Gewalt an Schulen“ im Laufe der Jahre enorm zugenommen habe, dass es dafür an den Schulen - auch an Gymnasien - eine wesentlich größere Aufmerksamkeit gebe und dass ein breites Maßnahmespektrum vor allem an Grund-, Haupt- und Gesamtschulen entwickelt worden sei. Diese Maßnahmen würden zu einem guten Teil von den gesamten Kollegien getragen, denen es in vielen Fällen inzwischen auch gelänge, eine angemessene Balance zwischen Erziehungsauftrag und Vermittlung von Fachwissen zu halten.

Die Erkenntnis, dass Gewalt an Schulen ein Thema sein muss, führe zu einem professionelleren Umgang mit der vor einigen Jahren eingeführten Meldepflicht von Gewaltvorfällen an Schulen. Man war sich darüber einig, dass schwere Gewaltvorfälle nicht wesentlich zugenommen hätten, sehr wohl aber die kleine Gewalt. Gewachsen sei aber auch das Bewusstsein, dieser Gewalt gegensteuern zu müssen. Es habe sich die Erkenntnis durchgesetzt, dass die Bearbeitung des Themas Gewalt der Kooperation bedürfe. Die Kooperation von Polizei und Schule sei vorbildlich, eine Einschätzung, meine Damen und Herren, die vor 10 Jahren undenkbar gewesen wäre. Damals galt: Die Polizei hat in der Schule nichts zu suchen.

Defizite wurden ebenfalls ausgemacht: Das dreigliedrige Schulsystem wurde als selektiv, ausgrenzend und deshalb strukturell gewaltfördernd kritisiert, die Kooperation mit der Jugendhilfe als unzureichend bezeichnet, eine zentrale Erreichbarkeit der Jugendhilfe an den Schulen gefordert. Die Schule als Teil des Sozialraumes sei für unterschiedliche Beratungsangebote unter einem Dach geeignet, die Kooperation mit den Eltern allerdings unzureichend. Eltern müssten als Ressource begriffen und die notwendigen Strukturen für die erstrebte Zusammenarbeit geschaffen werden. Es gelte, die Sprachkompetenz von Migrantinnen und Migranten weiter zu verbessern, die Nachhaltigkeit und Evaluation von Programmen, die Schule zu Gute kommen, müsse sichergestellt und die enormen Defizite in der Ausbildung der Lehrkräfte im Hinblick auf die Wahrnehmung und Gestaltung des Erziehungsauftrages von Schule beseitigt werden.

Bezüglich des Themas „Gewalt in der Familie“ bestand Einigkeit darüber, dass die Kampagnen der letzten Jahre erfolgreich gewesen seien, dass es weitreichende Bewusstseinsveränderungen im Hinblick auf die Rechte von Kindern gegeben habe, allerdings hätten die Unterstützungsmaßnahmen für Eltern nicht dem Bedarf entsprechend zugenommen.

Positiv wurde eine stärkere sozialräumliche Ausrichtung von Jugendhilfe und Familienbildung eingeschätzt. Allerdings warnte die Expertenschaft davor, Bewährtes zu streichen. Es gebe in Berlin eine Reihe funktionierender Elternnetzwerke, was deutlich mache, dass es in erster Linie um ressourcen- und nicht um defizitorientiertes Arbeiten gehe. Noch mangelhaft entwickelt seien Ansatzpunkte für frühzeitige Prävention und Intervention sowie die Bemühungen um Evaluation. Netzwerke gelte es auszubauen und Qualifizierung im Hinblick auf interkulturelle Kompetenz sei unbedingt notwendig.

Hinsichtlich des Themas „Sport und Gewalt“ wurde für den Profifußball eine sehr positive Bilanz gezogen: Hier wurde Gewalt durch das koordinierte Zusammenwirken der Verantwortlichen minimiert. Die polizeiliche Arbeit wurde als professionell und erfolgreich charakterisiert. Das Verhältnis zwischen Polizei und sozialer Arbeit habe sich erheblich verbessert. Sport sei als Mittel der Gewaltprävention etabliert worden. Man habe die entsprechenden Zielgruppen erreicht und an die Projekte gebunden. Die Verzahnung von offenen und spezialisierten Angeboten sei allerdings zu verbessern. Im Amateurfußball hätten sich Probleme entwickelt, die noch nicht ausreichend bearbeitet würden. Gewalt gehe hier nicht von Fangruppen aus, sondern von Eltern und Spielern. Vereine müssten mehr Problembewusstsein entwickeln, bedürften jedoch dringend der Hilfe von außen. Angesichts von 33 000 Spielern nichtdeutscher Herkunft müssten 6000 Ehrenamtliche in Gewaltprävention und interkultureller Kompetenz fortgebildet werden.

Eine stärkere Verzahnung von Vereinen, Schulen und Jugendarbeit sei unabdingbar, die Zusammenarbeit von Wissenschaft und Praxis unzureichend. Es gelte, die sportorientierte Jugendsozialarbeit in die sozialpädagogische Ausbildung zu integrieren und die Evaluation in diesem Feld zu qualifizieren.

Zum Themenfeld „Polizei und Prävention“ wurde konstatiert, dass die Polizei insgesamt als Partner in der Prävention gesehen werde und dass es eine hohe Zufriedenheit mit ihren Angeboten im präventiven Bereich gebe. Eine Evaluation polizeilicher Angebote sei wünschenswert. Der Gedanke kiezorientierter Prävention habe deutlich an Bedeutung gewonnen: Kiezorientierte Prävention sei ressourcenschonend und biete langfristig sogar Sparpotentiale – vor allem seien damit viele Probleme lösbar. Der Netzwerkgedanke sei in der Polizei auf fruchtbaren Boden gestoßen, Kooperationswille sei überall vorhanden, Kooperationsstrukturen seien noch ausbaufähig, Kooperationsziele gelte es noch genauer zu definieren. Die Bedeutung der Prävention müsse eine wesentlich stärkere Anerkennung innerhalb der Polizei erfahren. Es gebe ein Missverhältnis zwischen Fremd- und Eigenwahrnehmung. Die polizeiliche Präventionsarbeit bedürfe strukturell und materiell eines größeren Gewichtes sowie eines Gesamtkonzeptes.

Meine Damen und Herren, diese Überlegungen stammen aus der Zeit vor dem neuen Konzept polizeilicher Präventionsarbeit, welches z.B. zur Einrichtung von polizeilichen Präventionsbeauftragten auf allen Polizeiabschnitten geführt hat. Weiter wurde Bedarf in der Fort- und Ausbildung für die Präventionsarbeit gesehen. Die geringe Anzahl von Einstellungen von Bewerberinnen und Bewerbern nichtdeutscher Herkunft wurde als Defizit bemängelt. Es gelte, darüber nachzudenken, wie die dafür notwendigen Voraussetzungen geschaffen werden könnten.

Zum Thema „Gewalt gegen Frauen und Mädchen“ wurde übereinstimmend davon ausgegangen, dass es gelingen sei, mit innovativen Strategien strukturelle Veränderungen bis in die Gesetzgebung hinein zu verwirklichen. Die Berliner Initiative gegen häusliche Gewalt habe als zentrale Koordinierungsinstanz fungiert. Zusammen mit dem „politischen runden Tisch“ sei es gelungen, Häusliche Gewalt zu delegitimieren. Die Bereitschaft zur Auseinandersetzung mit häuslicher Gewalt sei enorm gewachsen, auch die Bereitschaft, z.B. der Bezirke, selbst Maßnahmen zu entwickeln. Es habe Strukturveränderungen gegeben, vor allem bei der Polizei, wo die Arbeit gegen häusliche Gewalt strukturell verankert und nicht mehr personenabhängig sei. Für die Polizei seien Einsätze bei häuslicher Gewalt auch dank massiver Fortbildungsanstrengungen nicht mehr so angstbesetzt wie früher. Für die Zukunft gelte es, ähnlich positive Entwicklungen bei Justiz und Jugendhilfe zu realisieren. Dafür sei intensivere und flächendeckende Fortbildung ebenso nötig wie Veränderungen in den einschlägigen Ausbildungen. Negativ wurde angemerkt, dass eine zentrale Koordination, wie beim Thema „Häusliche Gewalt“, anderswo fehle und dass es kaum Weiterentwicklungen bei sexuellem Missbrauch, sexueller Belästigung am Arbeitsplatz und bei Gewalt gegen Frauen und Mädchen nichtdeutscher Herkunft gebe. Letzteres gelte auch deshalb, weil die interkulturelle Öffnung der Verwaltung kaum vorankomme.

Meine Damen und Herren, die begrenzte Zeit lässt es nicht zu, dass ich die Ergebnisse aller 9 Gruppendiskussionen referiere. Sie können diese aber im Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 15 nachlesen, welches wir aus Anlass unseres 10-jährigen Bestehens herausgegeben haben. Dennoch hoffe ich, dass zweierlei deutlich geworden ist: Betrachten wir den Zeitraum von 10 Jahren, können wir auf die Entwicklung der Präventionsarbeit in Berlin durchaus stolz sein. Ich glaube, dass es wichtig ist, gelegentlich innezuhalten und das Heute mit dem Gestern zu vergleichen: Man erkennt Fortschritte, aber auch Defizite. Man schöpft daraus Kraft und Ideen für die künftige Arbeit und lässt sich nicht so schnell von kurzfristigen Schwierigkeiten und eventuellen Misserfolgen entmutigen.

Wir haben in der Professionalisierung der Gewalt- und Kriminalitätsprävention wirklich entscheidende Fortschritte in den letzten 10 Jahren gemacht: Im Hinblick auf den Abbau gegenseitiger Vorurteile, auf die Entwicklung von Kooperation und Netzwerken, im Hinblick auf die Verstärkung gewaltpräventiver Arbeit in den Kiezen, in den Schulen, beim Sport, der Antigewaltarbeit mit Frauen und Mädchen und anderswo, wie z. B. in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus. Vieles, was heute selbstverständlich ist, war vor 10 Jahren undenkbar, auch ein Berliner Präventionstag in der heutigen Zusammensetzung. Darüber dürfen und sollten wir uns freuen, denn diese Fortschritte kommen den Bürgerinnen und Bürgern, den Familien und Kindern Berlins zu Gute.

Gleichzeitig ist deutlich geworden, dass es immer noch viele Defizite und Probleme gibt: Denken Sie an die Ausführungen zum sexuellen Missbrauch, an die immer noch mangelhafte Evaluation der Gewalt- und Kriminalitätsprävention, an die Defizite in der Aus- und Fortbildung, an die immer noch zu stark defizitorientierten Konzepte unserer Arbeit, die uns den Blick, vor allem auf die Ressourcen von Eltern und jungen Menschen zu oft versperren. Und, wir haben mit dem koordinierten, kooperativen Handeln der Berliner Initiative gegen häusliche Gewalt ein anerkanntes und wirksames Instrumentarium geschaffen, aber dieses noch zu wenig auf andere Arbeitsbereiche übertragen.

Meine Damen und Herren, es gibt also noch viel zu tun. Wir werden diese Dinge aufgreifen und mit der Umsetzung der am Freitag letzter Woche der Öffentlichkeit vorgestellten 11 Essentials der Landeskommission Berlin gegen Gewalt zur Gewalt- und Kriminalitätsprävention in Berlin verbinden. Deren zentrale Botschaft ist,

- dass wir die Vernetzung und den Ausbau von Kooperationsstrukturen auf Landes-, Bezirks- und Kiezebene vorantreiben werden: Die Landeskommission Berlin gegen Gewalt wird um die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und 2 Mitglieder des Rates der Bürgermeister erweitert. Damit haben wir die Chance, unsere Zusammenarbeit mit dem Quartiersmanagement und mit den Bezirken entscheidend zu verbessern,
- dass wir ein wichtiges bisher vernachlässigtes Thema bearbeiten werden: Die überproportionale Belastung von jungen Männern nicht deutscher Herkunft mit Gewaltdelikten. Wir wollen dies gemeinsam mit den Organisationen der Bürgerinnen und Bürgern nicht deutscher Herkunft tun,
- dass wir eine Kampagne zur Stärkung der Erziehungskompetenzen von Eltern planen,
- dass wir uns gemeinsam mit unserem Beirat künftig mit dem Thema „Evaluation“ verstärkt auseinander setzen werden und
- dass wir mit den Bezirken verstärkt über die für die kommunale Prävention notwendigen Strukturen diskutieren werden.

Ich begnüge mich mit diesen wenigen Hinweisen - die 11 Essentials finden Sie in Ihrer Tagungsmappe - und ein Blick in das Programm zeigt, dass wir manche der eben von mir benannten Probleme bereits heute aufgreifen werden.

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen allen einen spannenden und ertragreichen 5. Berliner Präventionstag.
Vielen Dank

Sybille Krämer

Gewalt der Sprache - Sprache der Gewalt

„Viele Wort, ein halber Mord.“ (Sprichwort)

„Doch was, wenn Sprache in sich selbst ihre eigene Möglichkeit der Gewalt und Zerschlagung der Welt birgt?“ (1)

Fragen

Der römische Staatsmann *Cato der Ältere* beendete jede seiner öffentlichen Reden mit den Worten: „Cetero censeo Carthaginem esse delendam“ - „Im übrigen bin ich der Meinung, Karthago sollte zerstört werden.“ Karthago wurde schließlich (im dritten punischen Krieg) zerstört, die Überlebenden in die Sklaverei verkauft und Karthago fiel als Provinz Afrika an das römische Reich. Trifft Cato eine Schuld an der Vernichtung Karthagos?

Ein Schwarzer wird von zwei Halbwüchsigen verfolgt, die ihm unentwegt „Nigger, Nigger, Nigger...“ nachrufen. Er gerät in Zorn, dreht sich um, schlägt mehrmals auf einen der Jugendlichen ein und verletzt diesen schwer. Soll er in dem Gerichtsverfahren, in dem er sich für diese Körperverletzung verantworten muss, mildernde Umstände bekommen?

Einem Mannesmann - Manager wird die Äußerung zugesprochen „Menschen sind Kosten auf zwei Beinen“. Provoziert diese Äußerung? Und wenn ja, warum ist sie provozierend? Weil es sich um einen falschen Satz handelt oder gibt es dafür einen anderen Grund?

Ein Angestellter betritt das Zimmer des Vorgesetzten und lässt die Türe offen. „Haben Sie daheim Säcke vor den Türen?“ bemerkt daraufhin der Vorgesetzte. Zeugt eine solche Äußerung nun von beleidigender Aggressivität oder eher von metaphorischer Kreativität?

Zwei Gemeinplätze und wie wir sie vermeiden können

Über diese Beispiele schmerzhafter Rede nachzudenken heißt, sich mitten hineinzubegeben in das Thema „Gewalt der Sprache“. Es heißt allerdings auch zwei Gemeinplätzen nicht zu folgen, die gewöhnlich die Einsicht verhindern, dass auch Sprache selbst gewaltförmig sein kann.

Der erste Gemeinplatz ist die Auffassung, Sprache und Gewalt seien ein Gegensatz und verhielten sich zueinander wie etwa Zivilisation und Barbarei, wie Kultur und Kulturverlust.

Doch Gewalt und Kultur sind gleichursprünglich. Kultur ist nicht einfach das andere der Gewalt, sondern ist selbst eine Form des Umgangs mit der Gewalt. Wir werden - mehr oder weniger - als aggressive Wesen geboren; doch zu gewalttätigen Wesen werden wir erst im Aufwachsen innerhalb einer Kultur. Die unabweisbare Nähe von Kultur und Gewalt gilt nun auch für die Sprache selbst: Der Gebrauch unserer Sprache kann nicht nur der Vorbereitung von Gewalttaten dienen, sondern kann - unter gewissen, noch zu erläuternden Umständen - selbst eine Form von Gewalt sein. Sprache ist ein Medium zur Verhinderung von Gewalt - aber eben auch ein Instrument zur Ausübung von Gewalt. Denn Worte verletzen und sie kränken; sie sind immer noch die am weitest verbreitete und die am häufigsten eingesetzte Waffe!

Der zweite Gemeinplatz bezieht sich auf das Verhältnis von Sprechen und Handeln und lässt sich so ausdrücken: Etwas zu sagen, bedeutet gerade nicht, das Gesagte auch zu tun. Zwischen Sprechen und Handeln gibt es eine klare Demarkationslinie. Wir unterscheiden gewöhnlich zwischen Wort und Sache: Das Wort „Apfel“ ist nicht rot und auch nicht essbar und das Zerschneiden des Fotos heißt gerade nicht, die fotografierte Person selbst zu verletzen.

Doch der Philosoph *John Langshaw Austin* entdeckte Mitte des vergangenen Jahrhunderts, dass es Arten von Äußerungen gibt, die das, was sie besagen, zugleich auch tun und vollstrecken: Wetten, Versprechen, Kriegserklärungen, Taufen, das „ja“ in der Heiratszeremonie, Kündigungen sind allesamt Beispiele für Worte, die das, was sie besagen, zugleich auch vollziehen. (2) „How to do things with words“ ist der Titel seines Buches, in welchem er die These entwickelt, dass unser Sprechen die Weltzustände nicht nur beschreibt und beurteilt, sondern tatsächlich verändert. Unser Sprechen ist zugleich auch ein Tun.

Dieser Vortrag möchte also zeigen, dass wir mit Sprache Gewalt nicht nur androhen, sondern tatsächlich auch ausüben (können). Warum aber hat das Sprechen die Macht zu verletzen und warum sind wir überhaupt durch Sprache verletzbar? Um darauf eine Antwort zu finden, müssen wir zuerst über zwei Begriffe uns Klarheit verschaffen: Was bedeutet „Gewalt“ und was ist „sprachliche Gewalt“?

Was bedeutet Gewalt?

„Gewalt“ geht zurück auf die „potestas“ als Amtsgewalt oder Verfügungsgewalt, wie auch auf die „violentia“ als verletzende Gewalt an etwas. Für unsere Überlegungen bildet die Verletzung den Kern von Gewalt. (3) Das hat eine entscheidende Konsequenz: Sachen können beschädigt und zerstört werden, sie sind aber kein „Objekt“ von Gewalt. Gewalt ist, wenn jemand jemandem etwas antut. Bei Gewalt gibt es einen Täter, wie auch ein Opfer. Gewalt richtet sich also nicht gegen Sachen, sondern gegen Menschen. Der Adressat von Gewalt ist immer eine Person. Auf diese Eigenschaft, eine Person zu sein, kommt es uns hier an. Denn Personen besitzen einen zweifachen Körper: Sie sind einerseits physischer Leib und andererseits sozial und symbolisch konstituierter Körper. Beredtes Zeugnis dieses „sozialen Körpers“ ist unser Eigenname: Er wird uns auferlegt - übrigens auch in einem Akt machtvoller Willkür, bei dem uns etwas widerfährt. Vor aller biologischen und charakterlichen Ausprägung individueller Merkmale, verleiht unser Eigenname uns eine Unverwechselbarkeit und Identität genau dadurch, dass er uns eine bestimmte Stelle im sozialen Raum einer Gemeinschaft zuweist. Wir sind also zugleich unverletzbar Einzelne und Teil einer Gemeinschaft. Worauf es uns bei dieser „Doppelkörperlichkeit“ von Personen ankommt ist, dass sie das Fundament abgeben kann dafür, dass Menschen in zwei verschiedenen Hinsichten verletzbar sind: Sie können „physisch“ und sie können „moralisch“ verletzt werden. Diese Überlegungen zusammenfassend können wir auch sagen: Verletzbar durch Worte sind wir, insofern wir eine Individualität „besitzen“, die durch unseren Namen zugleich in eine soziale Identität transformiert wird.

Phänomene sprachlicher Gewalt

Was nun haben wir unter „sprachlicher Gewalt“ zu verstehen? Die gewalttätige Sprache ist ein historisch überliefertes Kulturgut(4): Ob in der Ilias des *Homer*, ob im alten Testament, ob bei *Goethe* oder *Kleist*, ob in der Parlamentsrede: mit Worten wird gekämpft und mit Worten wird geschmäht. Die Sprache wird zum Medium von Herabsetzung und Ausgrenzung. Unsere Umgangssprache kennt eine nicht enden wollende Liste von Begriffen, die gewalttätige Handlungen im Medium der Sprache ausdrücken: Wir tadeln, kritisieren und verurteilen; wir verdächtigen, verleumden, verraten oder begehen Rufmord; wir stellen bloß und hetzen auf, wir reden taktlos; wir beschimpfen, drohen, und provozieren; wir hänseln, verspotten und wir machen lächerlich ...

Überdies gibt es nicht nur die mit Worten angreifende Gewalt, sondern auch die durch Missachtung ausgeübte Gewalt, sowie das verletzende Wort, das vom Sprecher gar nicht als Aggression gemeint war. Es gibt ganze Ethnien (Juden, Schwarze) oder Klassen von Menschen (Frauen) diskriminierende Witze. Und schließlich ist da noch das Schreien, das sowohl „Antwort“ ist auf erlittene Gewalt, aber seinerseits auch, indem es die konventionelle Ordnung der Sprache durchbricht, selbst etwas Gewalttätiges ist. Übrigens ein Zeugnis davon, dass gerade der Stimme eine große Bedeutung zukommt(5): Es geht nicht nur darum, was gesagt wird, sondern vor allem auch darum, wie etwas gesagt wird, wenn wir der Erfahrung von praktizierter Macht und erlittener Ohnmacht im Sprechen auf die Spur kommen wollen.

Zur Grammatik diskriminierender Rede

Wir wollen uns im Folgenden auf die mit Worten „angreifende Gewalt“ konzentrieren. Im Zentrum der verbalen Gewalt steht die diskriminierende Rede. (6) Gibt es so etwas wie eine „Grammatik“, gar eine Semantik und eine Pragmatik der diskriminierenden Rede? Und wenn ja, wie lassen diese sich charakterisieren? Gehen wir Schritt für Schritt vor.

Vorab ist auffallend, dass die diskriminierende Rede keineswegs zum Weiterreden, zur Fortsetzung des Gesprächs, zum Dialog animiert. Vielmehr umgekehrt: verletzende Worte bringen die damit Angegriffenen oftmals zum Verstummen und Schweigen, reizen auch - in einer Art von Gegenwehr - zum nichtverbalen Gewaltausbruch. Die diskriminierende Rede entzieht also dem Dialog gerade den Boden: Sprache wird zu einem Instrument, ein Weitersprechen eher zu verhindern. Gewaltsame Sprache tendiert dazu, das Antworten im Medium der Sprache zu unterbinden. Wodurch aber wird dieser Effekt mit Sprache die Sprechfähigkeit zu unterminieren, wenn nicht zu zerstören, erreicht?

Der Inhalt der diskriminierenden Rede zielt immer auf die Schaffung einer Ungleichheit zwischen Sprecher und Angesprochenem. (7) Der Adressat der Rede wird herabgesetzt, herabgewürdigt, gedemütigt - und zwar immer in Relation zur Position des Sprechers selbst. An dieser Stelle wird eine Überlegung von *Jürgen Habermas* wegweisend: Streitigkeiten, die beim Kommunizieren entstehen, können wir deshalb auch durch Kommunikation beilegen, weil wir uns - trotz de facto bestehender Unterschiede zwischen den Sprechenden, - so verhalten, als ob wir alle gleich seien. Unsere Sprache ist also nur dann ein Medium der gewaltlosen Einigung in Streitfragen, wenn wir von einer für alle Sprechenden geltenden Gleichheit in der Möglichkeit, den „zwanglosen Zwang des Arguments“ ausüben und wirken zu lassen, ausgehen. (8) Der Inhalt diskriminierender Rede jedoch zerstört diesen ethischen Anspruch formalrationaler Gleichheit zwischen den Kommunizierenden. Überdies bedeutet das verletzende Wort immer auch einen Akt der Segregation und Ausschließung. Die diskriminierende Rede zielt darauf, den Adressaten einer Rede von der Gemeinschaft derjenigen, zu denen der Sprecher zugehörig ist, auszugrenzen.

Jeder Mensch ist von unverwechselbarer Einmaligkeit. Diskriminierende Rede nun macht sich die Urteilsstruktur der Sprache zunutze, der gemäß wir in der grammatischen Form der Subjekt - Prädikat - Struktur unserer Sätze stets ein Einzelnes unter etwas Allgemeines subsumieren. In der repressiven Äußerung wird das Prädikat, unter das wir ein Subjekt „fallen lassen“, zu einem denunzierenden Schema der Erniedrigung eben dieses Subjekts. Jeder ethnische Witz, jede rassistische Diskriminierung zehrt von dieser verunglimpfenden Kategorisierung und Typologisierung des Einzelnen, von seiner Subordination unter ein abfälliges Schema.

Im Schimpfnamen wird die herkömmliche Grammatik des Eigennamens außer Kraft gesetzt in der „Grammatik der Schimpfreden“: Gewöhnlich sind Eigennamen dadurch ausgezeichnet, dass sie zwar eine Person individuieren, sie aber gerade nicht beschreiben, charakterisieren und (be)werten. Doch der Schimpfname pervertiert den Eigennamen in ein abfälliges, diskreditierendes Prädikat. Daher ist die Verunglimpfung des Eigennamens ein so probates Mittel verletzender Rede.

Wir sehen also: einerseits zielt die gewaltförmige Rede darauf, den Angeredeten nicht länger mehr als gleichberechtigten Dialogpartner anzuerkennen und damit den Sprachgebrauch als Medium wechselseitiger Verständigung zu unterminieren. Das Personsein des Anderen wird in der verletzenden Rede aberkannt. Zugleich stellt die Sprache selbst mit den ihr eigenen linguistischen Mitteln, wie die der beurteilenden Prädikation, des Schimpfnamens, aber auch der Metaphern, die Instrumente bereit, von denen dann ein repressiver Gebrauch gemacht werden kann. Dass die Sprache eine Art von Waffenarsenal bereitstellt, können wir jetzt besser verstehen. Auch hat schon der Umstand, dass wir soziale Wesen sind und also auch einen Namen tragen, uns eine erste Antwort gegeben auf die Frage, warum wir durch sprachliche Aggression angreifbar und verletzbar sind. Doch versuchen wir den Fragen nach den Grundlagen der Verletzbarkeit durch Sprache, noch ein Stück genauer nachzugehen.

Warum sind wir durch Worte verletzbar?

An dieser Stelle möchte ich zwei Philosophen ins Spiel bringen, die uns - auf jeweils andere Weise - zeigen, warum Worte uns Gewalt antun können.

Der jüdische Philosoph *Emmanuel Lévinas* (9) geht davon aus, dass wir uns im Gespräch immer auch fremd bleiben. Anders als *Jürgen Habermas* und mit ihm die universalpragmatische Kommunikationstheorie, welche annimmt, dass jedes „gelungene“ Gespräch in wechselseitigem Verstehen münde, glaubt *Lévinas* an dieses Verstehen gerade nicht. Eine fremde Subjektivität ist für uns - und zwar prinzipiell - uneinholbar: Sie erschließt sich in ihrer individuellen Andersartigkeit weder durch Empathie, noch durch Argumentation und Analyse. Zugleich schafft das Gespräch, das sich im Nahraum unserer Leiblichkeit vollzieht, eine Situation, in der wir als Körper und als Person dem Anderen und seiner Fremdheit radikal ausgesetzt sind. Wir sind im Gespräch „entblößt und nackt“, sind denjenigen, mit denen wir sprechen, immer auch ausgeliefert. Daher ist für *Lévinas* in der Struktur des Miteinanderredens immer schon ein Umschlag von Sprechen in Gewalt latent angelegt. Eine Welt ohne Gewalt wäre nämlich eine Welt, in der es das, was anders ist als wir, gar nicht (mehr) gibt. „Du könntest töten“ - „Du darfst nicht töten“ ist die paradoxe Struktur einer Nähe im Gespräch, die zugleich eine uneinholbare Ferne (ver)birgt. Sprache und Gewalt sind für *Lévinas* also gleichursprünglich. Dass die Rede selbst gewalttätig werden kann, ist in diesem unserem Ausgesetztsein in und durch Rede strukturell angelegt: Sprachliche Gewalt ist keine Entgleisung, keine Abart und Perversion der Kommunikation, sondern in der Asymmetrie strukturell angelegt, die jedes Gespräch zwischen einander fremden Individualitäten birgt.

Die verletzende Rede ist dann eine Rede, welche die Andersartigkeit des Anderen gerade nicht anzuerkennen vermag und zugleich das eigene Selbstverhältnis durch diese nicht eliminierbare Andersartigkeit des Anderen bedroht sieht. Die Gewalt des Bösen - sei es in sprachlicher oder außersprachlicher Form - nimmt da ihren Ausgang, wo wir die Unverfügbarkeit anderer Menschen nicht respektieren. Das aber ist ein Anfang, dessen unauffälliger und sublimer Einsatz bereits da sich ankündigt, wo wir den Anderen zu verstehen suchen, indem wir ihn unserem ego-logischen Bewusstsein eingliedern, ihn der in unserem Ich verwurzelten solitären Perspektive und Weltansicht anverwandeln und subordinieren.

Die amerikanische Philosophin *Judith Butler* begründet die verletzende Kraft der Worte damit, dass Menschen erst durch Sprache zur Existenz kommen: Als gesellschaftliche Wesen werden wir durch Sprache überhaupt erst hervorgebracht. Schon unser Eigenname verleiht uns einen Platz im Gefüge des sozialen Raumes und der geschichtlichen Zeit. Doch dieser im Namen kulminierende und durch ihn auch beanspruchte Ort ist nicht ein für allemal gegeben, sondern muss stets aufs Neue erworben und errungen werden. Daher bedürfen wir der Anrede durch die Anderen, um überhaupt ein Subjekt zu werden: erst die Anrede macht aus uns Personen. Wir sind also in unserer sozialen Existenz von Sprache abhängig, weil und insofern wir darauf angewiesen sind, angeredet und angerufen zu werden. Die Anerkennung durch den Anderen geht der Anrede nicht voraus, sondern wird durch diese erst hervorgebracht. Diese Liaison von Anerkennung und Anrede nun ist es, die uns zugleich durch Worte verletzbar macht: Denn das beleidigende Wort ist kein Akt von Anerkennung, vielmehr von Aberkennung. Diskriminierende Sprache, rassistische oder sexistische Sprechakte kränken uns in einem psychosomatisch buchstäblichen Sinne. *John L. Austin* hatte am Beispiel von Versprechen, Taufen, Kriegserklärungen oder Wetten entdeckt, dass es Sprechakte gibt, die das, was sie besagen, zugleich auch vollziehen, die also die Welt nicht nur beschreiben, sondern in die Welt selbst eingreifen und sie verändern. Eben so ist für *Judith Butler* die verletzende Sprache nicht nur metaphorisch, sondern buchstäblich gewaltsam, insofern sie uns die für jedes menschliche Wesen notwendige Anerkennung durch die Anrede entzieht und unseren Ort im sozialen Gefüge bedroht und zerstört. Allerdings ist die vernichtende Kraft der Worte für *Judith Butler* kein Automatismus. Schon *Austin* stellte fest, dass die weltverändernden „performativen Äußerungen“ - denken wir nur an das „ja“ der Ehezeremonie - immer eingebettet sind in rituelle gesellschaftliche Praktiken. Analog dazu speist sich für *Butler* die beleidigende Kraft der Hetzrede aus der jeweiligen Geschichte dieser Äußerungen, die sich im Verletzungspotenzial von Worten dann „anlagert“ und verkörpert. Wenn aber nicht die individuelle bössartige Intention eines Sprechers allein verantwortlich zu machen ist für die verletzende Kraft seiner Rede, wenn es vielmehr die kulturell - historischen Praktiken des Sprachgebrauches sind, die den Ausschlag geben, was als sprachliche Gewalt zu gelten hat, dann ist das Verletzungspotenzial einer Äußerung auch kein Automatismus, sondern etwas, das durch den Sprachgebrauch selbst aufgehalten und verändert werden kann.

Angesichts dieser Situation macht es für *Judith Butler* wenig Sinn, diskriminierende Äußerungen unter Strafe zu stellen. Vielmehr eröffnet die juridische Stigmatisierung immer auch die Fallgrube der Zensur und der betrügerischen Denunziation. Da sprachliche Gewalt in der historischen Sedimentierung von Gewalt in unseren Begriffen als Kristallisationskernen diskriminierender Praktiken wurzelt, da überdies die verletzende Kraft von Äußerungen immer kontextabhängig ist, kann das Gewaltpotenzial von Worten durch einen veränderten Wort-Gebrauch immer auch gebannt werden. Was das bedeutet, zeigt die Verwendung des Wortes „Nigger“, dem wohl pointiertesten rassistischen Schimpfwort. Für die afroamerikanische Bevölkerung galt und gilt dieses Wort als die paradigmatische Beleidigung, als „superlative racial epithet“. (10) Seit der Bürgerrechtsbewegung in den 60er Jahren ist dieses Wort stigmatisiert. Doch diese Kriminalisierung hat auch neue Probleme geschaffen: Straftaten wurden mit dem Vorwand Opfer rassistischer Beleidigung geworden zu sein, vorgetäuscht; in bigotter Manier gab es Versuche, Literatur - etwa *Huckleberry Finn* - zu verbieten und das Wort „Nigger“ sogar aus den Lexika zu tilgen. (11) Doch das, was die diskriminierende Macht dieses Wortes dann tatsächlich und nachhaltig zu brechen vermochte, war nicht einfach sein Verbot, vielmehr sein - diese Zensur unterlaufender - wiederholter Gebrauch durch die Schwarzen selbst. In jüngster Zeit sind es vor allem der Rap und die Hip - Hop Kultur, welche aus „Nigger“ als ursprünglich schimpflicher Demütigung im Munde der Schwarzen selbst eine stolze Selbstzuschreibung afroamerikanischer Identität werden lassen.

Sprache - damit wollen wir diese kursorischen Bemerkungen abschließen - ist also nicht nur ein Reservoir von Gewalt: Sie stellt zugleich die Mittel bereit, diese Gewalt auch zu bannen.

Zitate

Sprache der Gewalt: ein Kulturgut:

„Doch was an anderen Gütern im schwärzlichen Schiffe ich berge,
Davon schleppst du mir schwerlich was fort, wenn ich es nicht dulde.
Aber versuch es doch mal, damit es denen da klar wird:
Schleunigst würde dein dunkles Blut vom Speer mir triefen.“
(*Homer, Illias*: Achill zu seinem Bundesgenossen Agamemnon, nachdem dieser ihm Briseis „nahm“)

„Gott, mache sie wie einen Wirbel, wie Stoppeln vor dem Winde.
Wie ein Feuer den Wald verbrennt und wie eine Flamme die Berge anzündet:
Also verfolge sie mit deinem Wetter, und erschrecke sie mit deinem Ungewitter.
Mache ihr Angesicht voll Schande, daß sie nach deinem Namen fragen müssen, o Herr.
Schämen müssen sie sich, und erschrecken auf immer und zu Schanden werden, und umkommen;“
(Altes Testament, Psalm 83: wie es den Feinden Israels ergehen soll)

„Ceterum censeo Carthaginem esse delendam“
(*Cato d. Ältere*, Schlusssatz aller seiner öffentlichen Reden. Karthago wurde dann im 3. Punischen Krieg dem Erdboden gleich gemacht.)

„Der Tausendsakerment!
Schlagt ihn tot, den Hund! Er ist ein Rezensent.“
(*J.W. Goethe*, Schlussverse des Gedichts „Rezensent“)

„Alle Triften, alle Stätten,
Färbt mit ihren Knochen weiß.
Welchen Rab' und Fuchs verschmähten,
Gebet ihn den Fischen preis:
Dämmt den Rhein mit ihren Leichen,
Laßt gestäuft von ihrem Bein,
Schäumend um die Pfalz ihn weichen
Und ihn dann die Grenze sein!
Chor
Eine Lustjagd, wie wenn Schützen
Auf die Spur dem Wolfe sitzen!
Schlagt ihn tot! Das Weltgericht
Fragt euch nach den Gründen nicht!
(*Heinrich von Kleist*, ruft mit diesen Versen zum Kampf gegen Napoleon auf)

Streitrede / Verbalinjurien:

„Wenn ich Ihre Frau wäre, würde ich Ihnen Gift in den Kaffee schütten.“ Er darauf:
„Wenn ich Ihr Mann wäre, würde ich den Kaffee auch trinken“
(Ausruf *Lady Astors* im Parlament und die Antwort von *Winston Churchill*, ihrem politischen Gegner)

„Herr Präsident, Sie sind ein Arschloch.“

(*Joschka Fischer* zu Bundestagspräsident *Richard Stücklen*)

„Beantworte die schwachen Argumente deines Gegners; die guten können sich selbst überlassen bleiben“...“Entblöße des Gegners Gedanken von allem Beiwerk. Stelle ihn nackt hin und gib ihn der Lächerlichkeit preis...Oft kannst du an einer Äußerung deines Gegners Fehler finden, wenn du sie so verstehst, wie sie nie beabsichtigt war.“

(*William Gerard Hamilton*, 18. Jahrhundert, aus den 12 Ratschlägen seiner ‚Parlamentarische Logik und Rhetorik‘, zit. Ludwig Reiners, Die Kunst der Rede und des Gesprächs, München 1955)

Diskriminierende Rede und die Aggression des Witzes:

„Sitzen der Pfarrer, der Pastor und der Rabbi des Ortes beisammen und tauschen Erfahrungen aus. Dabei kommt die Rede auch auf die Verwendung der Kollekte beim Gottesdienst. Meint der Pfarrer: „Ich ziehe mit der Kreide vor dem Altar einen Strich und werfe den Inhalt des Klingelbeutels hoch, was rechts fällt, gehört dem lieben Gott, was links fällt, gehört mir.“ - „Ich“, fährt der Pastor fort, „mache es ähnlich, ziehe vor dem Altar einen Kreis, werfe den Inhalt des Klingelbeutels hoch; was in den Kreis fällt, gehört dem lieben Gott, was außerhalb fällt, gehört mir.“ Meint schließlich der Rabbi: „Ich mach es einfach so: Ich werfe den Inhalt des Klingelbeutels vor dem Altar hoch: was oben bleibt, gehört dem lieben Gott, was wieder herunterfällt, gehört mir“.

(wahrscheinlich ein Witz von Juden über Juden)

„Weißt du, warum Moses mit Juden vierzig Jahre durch die Wüste gezogen ist? - ??? - Weil er sich geschämt hat mit der Mischpoche (Familie, Klan) auf die Straße zu gehen!“ (Antisemitischer Witz)

„Juden nicht erwünscht“

(Deutschland 1935)

„Querscheißer, Scheißhausflieger, Arschloch mit Eichenlaub und Schwertern, halber Hahn, homosexuelle Linkseinstellstute, Produkt einer Tanzpause, Schleimscheißer, usw.“

(Zusammenstellung obszöner Schimpfworte, die in der militärischen Ausbildung im Umlauf sind, dokumentiert im Stern 1964)

Wider den Automatismus der rassistischen Verletzung: das Beispiel „Nigger“:

Q: “What did God say when he made the first nigger?”

A: “Oh, shit!”

(Rassistischer Witz)

“I’m a nigger not a colored man or a black or a Negro or an Afro-American”

(Rapper *Ice-T*, Zeile aus einem Song)

„When we call each other ‚nigger‘ it means no harm, but if a white person uses it, it’s something different, it’s a racist word.“

(Rapper *Ice Cube*)

“Woman Is the Nigger of the World”

(*John Lennon*, *Yoko Ono*, Titel eines Songs)

Anmerkung

- (1) Judith Butler 1998, 15.
- (2) John L. Austin 1972.
- (3) So auch: Bernhard Waldenfels 2000.
- (4) Vgl. die Zitate im Anhang.
- (5) Sybille Krämer 2003
- (6) Carl F. Graumann 1998.
- (7) Cathrine MacKinnon 1993.
- (8) Jürgen Habermas 1984.
- (9) Emmanuel Lévinas 1978,1983 1998.
- (10) John F. Kennedy 2002, 28.
- (11) Viele Beispiele dazu: Kennedy 113 ff.

Literatur

Austin, John L. (1972), Zur Theorie der Sprechakte (How to do things with words), Stuttgart.

Butler, Judith (2004), Precarious Life. The Powers of Mourning and Violence, London.

Butler, Judith (1998), Hass spricht. Zur Politik des Performativen, Berlin.

Delgado, Richard/Stefancic, Jean (2004), Understanding words that wound, Boulder.

Ergräber, Ursula /Hirsch Alfred (Hg.) (2001), Sprache und Gewalt, Berlin.

Graumann, Carl F. (1998), Verbal discrimination: a new chapter in the social psychology of aggression, Journal for the Theory of Social Behavior, Vol 28, No.1 41-61.

Habermas, Jürgen (1984), Was heißt Universalpragmatik? in: ders. Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns, Frankfurt, 353-440.

Kennedy, Randall (2002), Nigger. The strange Career of a Troublesome Word, New York, Toronto.

Kiener, Franz (1983), Das Wort als Waffe. Zur Psychologie der verbalen Aggression. Göttingen.

Krämer, Sybille (2001), Sprache, Sprechakt, Kommunikation, Frankfurt.

Dies. (2003): Negative Semiologie der Stimme, in: Medien/Stimmen hrsg. v. Cornelia Eppinger-Jäger und Erika Linz, 65-85.

Lévinas, Emmanuel (1998), *Jenseits des Seins oder anders als Sein geschieht*. Freiburg/München.

Ders. (1987), *Totalität und Unendlichkeit. Versuch über die Exteriorität*. Freiburg/ München.

Ders. (1983), *Die Spur des Anderen. Untersuchungen zur Phänomenologie und Sozialphilosophie*, München: Karl Alber.

MacKinnon, Cathrine (1993), *Nur Worte*, Frankfurt.

Scarry, Elaine (1992), *Der Körper im Schmerz. Die Chiffren der Verletzlichkeit und die Erfindung der Kultur*, Frankfurt: Fischer.

Schade, Ute (1996), *Verbale Gewalt bei Jugendlichen: ein Praxisforschungsprojekt über ausgrenzendes und abwertendes Verhalten gegenüber Minderheiten*, Weinheim.

Waldenfels, Bernhard (2000), *Aporien der Gewalt*, in: *Gewalt. Strukturen, Formen, Repräsentationen*, hg. Mihran Dabag / Antje Kapust/Bernhard Waldenfels. München, 9-24.

Klaus Böger

Berliner Präventionspreis 2004 - Preisverleihung

Es ehrt mich, heute den Berliner Präventionspreis 2004 zu verleihen. Wie in den Vorjahren zeigt das große Interesse am heutigen Präventionstag, dass auch die im Jahr 2000 gestartete Initiative der *Landeskommission Berlin gegen Gewalt*, den Berliner Präventionspreis auszuloben, auf sehr fruchtbaren Boden gefallen ist. Mit diesem Preis wird nicht nur wegweisende Arbeit im Bereich der Gewalt- und Kriminalitätsprävention öffentlich anerkannt, sondern es werden letztlich auch für unsere Stadt wichtige Projekte gefördert.

Die heutige Preisverleihung eingeschlossen wurden bisher insgesamt 30 Projekte ausgezeichnet. 15 von ihnen erhielten den Berliner Präventionspreis, 6 einen Ehrenpreis und 9 Projekte Sonderpreise, gestiftet von der *Unfallkasse Berlin*, von der *SECURITAS Sicherheitsdienste GmbH & Co.KG* und von der *Initiative Schutz vor Kriminalität e.V.* Ihnen gilt auch heute mein besonderer Dank für ihr mehrjähriges Engagement für die Präventionsarbeit in Berlin. Ausgezeichnet wurden Projekte aus dem Bereich der Jugendhilfe, der Schulen, der Polizei, des Gesundheitswesens, der Antigewaltarbeit mit Frauen und Mädchen, der Kulturarbeit, des Sports sowie Kiezinitiativen von Bürgerinnen und Bürgern Berlins.

Nicht immer sind es die Institutionen und Projekte, die die Arbeit im Bereich der Gewalt- und Kriminalitätsprävention entscheidend prägen, sondern es sind mitunter einzelne Personen, die mit ihrer Begeisterung für eine Idee Neues entwickeln und die Kraft haben, dieses auch in die Praxis umzusetzen. Aus Anlass ihres 10-jährigen Bestehens hat die *Landeskommission Berlin gegen Gewalt* deshalb entschieden, in diesem Jahr zusätzlich einen Ehrenpreis für besonderes persönliches Engagement im Bereich der Gewalt- und Kriminalitätsprävention zu verleihen.

Für die Verleihung des Ehrenpreises wurden 13 Vorschläge eingereicht. 44 Projekte haben sich um den Berliner Präventionspreis 2004 beworben: Keine leichte Aufgabe für die unabhängige und ehrenamtlich tätige Jury. Sie hat über die Preisvergabe entschieden und auch, dass - abgesehen von den mit jeweils 1.000 € dotierten Sonderpreisen - in diesem Jahr ein erster Preis, dotiert mit 5.500 € und zwei zweite Preise, dotiert mit jeweils 3.500 €, vergeben werden. Mein und der Dank der *Landeskommission Berlin gegen Gewalt* für Engagement gilt Frau Prof. Dr. *Meinhold*, Frau *Willkomm*, Herrn Prof. Dr. *Ohder* und Herrn *Mehls*.

Meine Damen und Herren, ich komme zu der Verleihung des Berliner Präventionspreises 2004.

Stellen Sie sich bitte vor, sie hätten am 2. oder 3. Mai diesen Jahres unter der Überschrift „Der 1. Mai in Nord - Neukölln“ Folgendes in Ihrer Tageszeitung gelesen:

„Jugendliche und Polizei treffen aufeinander, die Jungs zeigen, was an überschüssigen Energien in ihnen steckt, die Mädchen stehen ihnen in nichts nach, kleine Kinder mitdrin, es kommt nach einigen Stunden des Kampfes zum großen Finale...da ist es schon dunkel...“.

Dann hätten Sie vielleicht gedacht: „Nun auch noch Neukölln. Alle Bemühungen um einen friedlichen 1. Mai waren wieder erfolglos.“ Abgesehen davon, dass Sie mit diesem Gedanken falsch gelegen hätten, hat diese Meldung leider kaum Eingang in die Presse gefunden.

Denn es ging nicht um Gewalt, sondern um das Fest „Fußball - statt - Steine“ des Kinder- und Jugendzentrums Lessinghöhe nahe am Rollbergviertel in Neukölln. Ein Fest, an dem 500 Kinder und Jugendliche teilnahmen. Kinder nutzten die Spielmöglichkeiten und standen für „Kinderpolizeiausweise“ Schlange. Die großen Jungs spielten ein Fußballturnier aus, hart, aber fair - der Fairnesspokal war der am meisten bewunderte und wurde von Polizeibeamten überreicht. Die Mädchen trainierten Selbstverteidigungstechniken, spielten Basketball oder führten ein Gespräch mit „ihrer“ Polizistin.

Dieses Fest ist nur ein Beispiel für Aktivitäten im und rund um den Rollbergkiez, die von der Berliner Polizei unterstützt, initiiert und durchgeführt werden. Schon 1995 fanden erste Gespräche zwischen Jugendarbeit und Polizei statt. Die Kooperation der Polizei mit anderen Institutionen im Rollbergviertel wurde in den folgenden Jahren intensiviert, z.B. 1998 mit dem Quartiersmanagement und mit dem Mädchentreff „MaDonna“. Der Polizei war bewusst, dass Prävention ein wichtiger Bestandteil polizeilichen Handelns ist, wenn es darum geht, mit den Auswirkungen negativer sozialer Entwicklungen umzugehen. Ihre präventive Arbeit ließ sich jedoch nur im Rahmen eines funktionierenden Netzwerkes realisieren. Dieses zu entwickeln, war ein zentrales Ziel polizeilicher Arbeit in den Rollbergen, für dessen Umsetzung nicht zuletzt dank des von der *Landeskommission Berlin gegen Gewalt* entwickelten und in den Rollbergen von 1996 bis 1999 umgesetzten Berliner Modells „Kiezorientierte Gewalt- und Kriminalitätsprävention“ der Boden schon bereitet war.

So hat z.B. die zuständige polizeiliche Koordinatorin für häusliche Gewalt in Kooperation mit dem Quartiersmanagement in den Jahren 2002 und 2003 eine Reihe von Vorträgen zum Thema „Häusliche Gewalt“ gehalten und in deren Folge eine Bürgersprechstunde eingerichtet. Mit ihrer Teilnahme am Frauenfrühstück des türkischen Kulturvereines steht sie als Gesprächspartnerin in zwangloser Atmosphäre zur Verfügung. Für Kiezbewohner und -bewohnerinnen jeden Alters organisierte die Polizei Vorträge zum Thema „Sicher durch den Alltag - nicht nur für Senioren“. Im MaDonna - Mädchentreff gab es Gesprächsrunden und Vorträge zum Thema „Sexueller Missbrauch“ für Mädchen und deren Mütter. Im Rahmen der Jugendrechtshausinitiative steht im Kinder- und Jugendzentrum Lessinghöhe jeden Donnerstag der Präventionsbeauftragte der Polizeidirektion 5 für Beratungsgespräche zur Verfügung. Seit November 2003 besteht für Jugendliche die Möglichkeit, an einem polizeilichen Präventionsunterricht teilzunehmen und Ende dieses Jahres wird erstmals das von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt entwickelte „Rechtskundepaket“ zur Vermittlung von Rechtsbewusstsein an einer Neuköllner Schule umgesetzt werden. Die Beamten und Beamtinnen des zuständigen Polizeiabschnittes 55 sind im Kiez in hohem Maße präsent, sie stehen nicht nur als Gesprächspartner zur Verfügung, sondern informieren auch, z.B. über das neue Waffengesetz. Neben der Verkehrssicherheitsberatung und weiteren Angeboten im Bereich des Sports kochen und essen Polizeibeamte und -beamtinnen regelmäßig mittwochs beim „Mieter kochen für Mieter - Mittagstisch“. Anlässlich des diesjährigen Tages der offenen Tür der Polizei luden sie und Kiezbewohnerinnen und -bewohner bei herzhaften und süßen Spezialitäten, bei Yogitee und Mokka sowie Folklore und Bauchtanz zum kennen lernen ein.

Die Aktivitäten der Polizei im Rollbergviertel zeigen, wie polizeiliche Präventionsarbeit mehrdimensional auf unterschiedlichen Ebenen und in Kooperation mit anderen Trägern und den Bewohnerinnen und Bewohnern vor Ort gestaltet wurde und wird. Es ist langfristig angelegte Präventionsarbeit, von der wir hoffen, dass sie künftig fortgesetzt und weiter ausgebaut wird. Sie ist vorbildlich, auch weil sie sich an Bürgerinnen und Bürger verschiedener nationaler und kultureller Herkunft, an Männer und Frauen, an Junge und Alte, kurzum an alle im Kiez wendet. Sie wäre ohne die Veränderungen polizeilicher Präventionsarbeit in den letzten Jahren nicht denkbar - für diese ist der Berliner Polizei an dieser Stelle ausdrücklich zu danken -, sie wäre jedoch auch ohne das Mitwirken vieler anderer ebenfalls nicht möglich. Deshalb gilt mein Dank auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Lessinghöhe, des Mädchenprojekts MaDonna, des Quartiersmanagements und allen anderen, die an dieser erfolgreichen Arbeit in den Rollbergen beteiligt sind.

Das Projekt „Rollbergviertel: Polizei und Kiez - kein Problem“ der Berliner Polizei, Direktion 5 wird auf Grund seines wegweisenden und vorbildhaften Charakters und wegen seines kooperativen und kiezorientierten Ansatzes im Bereich der Gewalt- und Kriminalitätsprävention im Rahmen des Berliner Präventionspreises 2004 mit dem 1. Preis ausgezeichnet. Herzlichen Glückwunsch an alle, die an diesem Projekt mitwirken.

Meine Damen und Herren, versetzen Sie sich bitte in die Situation eines 8-jährigen Jungen, der in der Spielwarenabteilung eines Kaufhauses stöbert, um für einen Freund ein Geburtstagsgeschenk zu kaufen. Währenddessen stellt er fest, dass er von einem Mann mittleren Alters beobachtet wird. Er misst dem jedoch keine weitere Bedeutung zu und stöbert weiter. Nach einiger Zeit gibt er auf: Er findet nichts Rechtes und verlässt das Kaufhaus. Auf dem Weg ins Erdgeschoss merkt er, dass ihm der Mann, der ihn beobachtet hatte, folgt und bekommt ein mulmiges Gefühl. Noch auf der Straße sieht er den Mann. Er nimmt ihn dann aber im Getümmel der Passanten nicht mehr wahr - auch weil er sich nicht traut, sich umzudrehen. Erst an der Bushaltestelle ist er sich sicher, dass der Mann verschwunden ist. Jahrelang hat der Junge über dieses Erlebnis geschwiegen, obwohl es ihn belastet hat. Als er als 15-jähriger vor einem Kaufhaus im Rahmen einer Studie befragt wurde, ob er Erfahrungen mit pädosexueller Anmache habe, bejahte er dies und berichtete von seinem Erlebnis. Als er gefragt wurde, warum er mit niemandem darüber gesprochen habe, antwortete er: „Mich hat ja noch keiner gefragt.“

Andere, die befragt wurden, erzählten von Exhibitionisten, die nicht so schlimm seien, denn sie machten ja nichts, oder davon, dass sie sich schon immer gefragt hätten, warum Männer an den Spielkonsolen der Kaufhäuser stünden. Sie berichteten von einem Mann, der einen „Jugendclub bei sich Zuhause“ habe und mit einem Jungen seit dessen 9. Lebensjahr eine „irgendwie komische“ Beziehung führe. Sie wussten von einem Jungen, der mit 11 Jahren in einem Park vergewaltigt wurde und schwer traumatisiert ist, unter anderem weil er von seinen Mitschülern und Mitschülerinnen lächerlich gemacht und als „Tunte“ bezeichnet wurde, als er vor der Klasse stand und von seiner Vergewaltigung berichtete, um seine Traurigkeit und das Abrutschen seiner Schulnoten zu erklären.

Im Rahmen einer Studie wurden über 300 Jungen befragt. Jeder 3. von ihnen gab an, eine sexuelle Anmache von ihm unbekanntem Männern erlebt zu haben. Den Autoren war aus ihrer Praxis bekannt, dass Jungen vor allem in Einkaufszentren, Schwimmbädern und an öffentlichen Plätzen durch pädosexuelle Übergriffe gefährdet sind. Wenige Recherchetage an solchen Orten bestätigten, dass Jungen vor aller Augen von Pädosexuellen belästigt wurden. Die Ergebnisse der ohne zusätzliche Mittel realisierten Befragung machten deutlich, dass die aus der alltäglichen Praxis in der Stricherszene gewonnenen Erfahrungen tatsächlich auf sehr ernst zu nehmende Probleme hingewiesen hatten.

Vor diesem Hintergrund und aus der Erkenntnis heraus, dass im Zusammenhang mit pädosexuellen Übergriffen präventive Arbeit von zentraler Bedeutung ist, wurden Mittel für eine großangelegte und längerfristige Studie akquiriert, von der man sich weiteren Aufschluss über Ausmaß, Qualität, Zielgruppen und Risikofaktoren im Bereich pädosexueller Übergriffe versprach. Über einen Zeitraum von 18 Monaten wurden ca. 850 Interviews mit Jungen bis zum Alter von 15 Jahren geführt. Insgesamt wurden über 2.100 Jungen unterschiedlicher nationaler Herkunft erreicht, darüber hinaus Eltern und Passanten. Die Befragung wurde unter zur Hilfenahme eines Infomobils an verschiedenen öffentlichen Orten oder z.B. am Beckenrand von Schwimmbädern durchgeführt und mit einem pädagogischen Angebot verknüpft.

Die Ergebnisse der Studie sind alarmierend: Fast jeder 4. Junge hatte mindestens eine Kontaktaufnahme, mehr als jeder 12. Junge hatte sexuelle Handlungen mit oder ohne Körperkontakt durch einen Mann erlebt.

Vor dem Hintergrund, dass sich Pädosexuelle überall aufhalten, wo Jungen sind, und bei deren Aktivitäten weder soziale Schicht noch ethnische Herkunft eine Rolle spielen, müssen Präventionskonzepte dort ansetzen, wo sich Jungen aufhalten und alle Jungen als Zielgruppe in den Blick nehmen. Das Präventionskonzept „berliner jungs“ setzt in zwei Bereichen an: Spaßbetonte Arbeit vor Ort - Präventionsmodule für Jungen, die eine Mischung aus Wissensvermittlung, Stärkung von Schutz- und Senkung von Risikofaktoren beinhalten und Wissensvermittlung bei Multiplikatoren wie Eltern, Angestellten von Schwimmbädern und Einkaufszentren. Jungen, die sexuellen Missbrauch erlebt haben, werden bei Bedarf an andere Einrichtungen weiter vermittelt.

Das Motto des diesjährigen Präventionstages wird von dem Projekt „Prävention von pädosexuellen Übergriffen auf Jungen“ des Vereins *SUB/Way berlin e.V.* in vorbildlicher Weise umgesetzt. Vor allem jedoch greift dieses Projekt ein bisher allzu sehr vernachlässigtes Problem auf und nimmt Jungen auch als Opfer in den Blick. Das Projekt „berliner jungs - Prävention von pädosexuellen Übergriffen auf Jungen im Alter bis 15 Jahren“ des Vereins *SUB/Way berlin e.V.* wird deshalb im Rahmen des Berliner Präventionspreises 2004 mit dem zweiten Preis ausgezeichnet. Herzlichen Glückwunsch an alle, die sich im Rahmen dieses Projektes engagieren.

Meine Damen und Herren, folgende Zitate stammen von Auszubildenden in Berlin:

„Extrem war mal ´ne Sache im Biesdorfer Park. Da waren ziemlich viele Linke. Dann kamen Faschos und hatten auch Pistolen dabei, die haben zwar nicht geschossen, sondern nur mit den Pistolen geschlagen. Einer hat einen Schlag auf den Kopf bekommen, so dass er dann ohnmächtig war. Ich war in der Nähe und habe es gesehen. Die Polizei war schon unterwegs. Ich hätte mich da sowieso nicht einmischen können...“

Und: „Wir sind so von der Schule nach Hause gelaufen wie immer. Da kamen die uns entgegengelassen und fragten: ‚Was habt ihr denn so dabei?‘ Ich habe gesagt: ‚Was sollen wir denn dabei haben, wir kommen von der Schule.‘ Mein Kumpel hat gesagt: ‚Haut ab.‘ Mich haben sie laufen gelassen, ihn haben sie beiseite gerissen und abgezogen...“

Körperliche Gewalt spielt vor allem im Alltag von männlichen Jugendlichen eine bedeutende Rolle. Dabei geht es um unterschiedliche Formen von Gewalt und um unterschiedliche Motive, die Gewalthandlungen zu Grunde liegen: Manche erfolgen, um sich zu bereichern, andere sind rassistisch motiviert oder sie dienen dazu, Macht zu demonstrieren oder eine Beleidigung nicht einfach auf sich sitzen zu lassen. Jugendliche sind Täter, sie sind aber auch in sehr vielen Fällen Opfer, nicht nur von Gewalt unter Jugendlichen, sondern auch von innerfamiliärer und - wie wir eben gehört haben - von sexueller Gewalt. Solche Gewalterfahrungen beeinflussen natürlich auch die Arbeit in Einrichtungen der beruflichen Bildung und so wundert es nicht, dass an einem überbetrieblichen Ausbildungszentrum, in dem 600 sozial benachteiligte und Jugendliche mit körperlichen und geistigen Behinderungen aus allen Bezirken der Stadt lernen, das Thema Gewalt eine Rolle spielt.

Vor diesem Hintergrund wurde das Projekt „Jeder ist anders - Jugendliche stark machen gegen Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt“ entwickelt. Es begann Ende 2002 mit drei Werkstatt-Tagen und einem Open Space. Es wurden zahlreiche Vorschläge zur Bearbeitung der Themen „Gewalt“, „Fremdenfeindlichkeit“ und „Toleranz“ entwickelt. Alle wurden der Schulöffentlichkeit präsentiert. 130 Jugendliche zeigten Interesse an der weiteren Arbeit, die zunächst eine Befragung von 200 Auszubildenden der Schule rund um die genannten Themen sowie um das Thema „Soziale Kompetenz“ beinhaltete. Es folgten Gespräche mit den Profis der Ausbildungseinrichtung. Als Ergebnis von Befragung und Expertengesprächen wurde eine Reihe von Projekten entwickelt. Aus diesen entstanden ein Videofilm, Plakate, Comics und eine szenische Darstellung. Insgesamt beteiligten sich an den Projektgruppen etwa 80 Auszubildende. Die Arbeitsergebnisse wurden anlässlich des Tages der offenen Tür in der Ausbildungseinrichtung einer breiten Öffentlichkeit zugänglich gemacht. Der Videofilm wurde an mehreren Terminen im „Offenen Kanal“ gesendet.

Als vorerst letztes Ergebnis des Projektes wurde mit ausgewählten Auszubildenden ein Konfliktlotsentraining durchgeführt und zwar erstmalig in Berlin in einer Einrichtung der beruflichen Bildung für benachteiligte Jugendliche. Inzwischen arbeiten die Konfliktlotsen mit großem Erfolg für ein friedliches und tolerantes Miteinander am OTA - Ausbildungszentrum in Lichtenberg.

Mit dem Projekt „Jeder ist anders - Jugendliche stark machen gegen Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt“ werden Jugendliche angesprochen, die schwer zu erreichen sind und oft aus dem Blick geraten. Im Bereich der Gewaltprävention führen Einrichtungen der beruflichen Bildung, die sich mit sozial benachteiligten und behinderten Jugendlichen befassen, bisher eher ein Schattendasein.

Es ist das Verdienst der Projektmacherinnen und -macher hier Zeichen zu setzen: Sie tragen mit einer gut strukturierten Projektkonzeption, vorbildlicher Kooperation und einem vielversprechenden Arbeitsansatz dafür Sorge, dass junge Menschen unterschiedlicher nationaler Herkunft - mit und ohne Behinderungen - mehr Toleranz und weniger Gewalt erleben und mehr an eigener sozialer Kompetenz entwickeln können.

Das Projekt „Jeder ist anders - Jugendliche stark machen gegen Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt“ der Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz e.V. wird deshalb im Rahmen der Verleihung des Berliner Präventionspreises 2004 ebenfalls mit einem zweiten Preis ausgezeichnet. Meinen Herzlichen Glückwunsch an die Initiatorinnen und Initiatoren sowie an alle Beteiligten.

Meine Damen und Herren, stellen Sie sich nun bitte folgende Situation vor: In der Wohnung der 87-jährigen Martha Krause in Charlottenburg - Wilmersdorf klingelt das Telefon. Nachdem die verwitwete und alleinlebende Rentnerin den Telefonhörer abgenommen hat, sagt eine männliche Stimme: „Hallo, Tante Martha, was glaubst Du wohl, wer sich hier seit langem wieder mal bei Dir meldet?“ Nach einigem hin und her Raten glaubte Frau Krause in der Stimme des Mannes ihren Neffen Peter, den Sohn ihrer in Köln lebenden Schwester zu erkennen. „Bist Du es, der Peter?“, fragt Frau Krause zögerlich am Telefon. Darauf hatte dieser nur gewartet und dann nimmt das in der Regel tragisch endende Schauspiel, genannt „Enkeltrick“, seinen Lauf, an dessen Ende Martha Krause um 8.000 €betrogen sein wird. Der „Enkeltrick“ ist nur einer von Vielen. Doch alle haben das gleiche Ziel, nämlich in die Wohnung der Opfer zu gelangen: Einmal drin, ist alles Weitere ein „Kinderspiel“.

Im Jahr 2003 wurden in Berlin über 1000 Trickdiebstähle und Trickbetrügereien mit mehr als 2,2 Mio. €Schaden registriert. Die Mehrheit dieser Taten ereignet sich in Wohnungen allein lebender älterer Damen. Einige Fälle waren nach Erkenntnissen des Landeskriminalamtes bühnenreife Inszenierungen in schauspielerisch preisverdächtiger Perfektion. Das Stichwort „bühnenreif“ und die Tatsache, dass in Charlottenburg - Wilmersdorf überproportional viele dieser Taten verübt werden, veranlassten den Leiter und die Präventionsbeauftragte des Abschnitts 22 der Berliner Polizei im Kreise der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Freiwillige für eine Präventionstheatergruppe zu suchen.

Sie wollten die Vorgehensweisen der Täter für Senioren auf der Bühne erlebbar machen. Mit den Mitteln des Theaters, so die Idee, soll der Argwohn bei älteren Menschen im Hinblick auf vergleichbare reale Situationen geweckt und den Tätern die Täuschung ihrer meist zu gutgläubigen Opfer erschwert werden. Es galt, Szenen zu entwickeln, in denen Tipps und Verhaltensweisen vorgestellt werden, die Seniorinnen und Senioren dabei helfen, sich vor solchen Taten zu schützen.

Von der Idee bis zu ihrer Umsetzung wurde zu jeder verfügbaren Zeit geprobt, oft auch in der Freizeit. Das Drehbuch schrieb das Leben oder es kam aus dem Fernschreiber, die Hintergrundinformationen vom Landeskriminalamt. Als Freiwillige schlüpfen Polizeibeamtinnen und -beamte in die Rollen der Betrüger, Diebe und Opfer. Requisiten wurden organisiert, auf Glanz poliert und in die Einzimmerwohnung der Martha Krause auf der Bühne des kleinen Theaters „Coupé“ verbracht.

In diesem Jahr wurden schon mehr als 1000 Seniorinnen und Senioren aus Berlin zu den Vorstellungen begrüßt. Ihr Applaus sowie der Zuspruch derer, die sich seit Jahren professionell mit der Seniorensicherheit beschäftigen, zeigen, dass hier eine am Bedarf orientierte und auf die Zielgruppe zugeschnittene Präventionsarbeit geleistet wird, bei der es im Übrigen um die Begrenzung nicht nur finanzieller Schäden, sondern auch der psychosomatischen Folgen für die Opfer geht.

Das Projekt „Präventionstheater des Abschnitts 22“ der Berliner Polizei wird wegen seines kreativen Ansatzes, seiner öffentlichen Wirksamkeit und auf Grund des ehrenamtlichen Engagements der Mitwirkenden im Rahmen des Berliner Präventionspreises 2004 mit dem von der *Initiative Schutz vor Kriminalität e.V.* gestifteten Sonderpreis ausgezeichnet. Herzlichen Glückwunsch an alle Beteiligten!

Sehr geehrte Damen und Herren, stellen Sie nun sich vor, Sie wären aufgefordert, in jeder Situation die Rechte anderer anzuerkennen und überall Fairness walten zu lassen, die wichtigsten menschlichen Gefühle an Hand verbaler und körperlicher Hinweise zu erkennen und zu benennen, die Auswirkungen Ihrer Handlungen auf Gefühle anderer Menschen ständig im Blick zu haben, ohne Ausnahme zu akzeptieren, dass Menschen unterschiedliche Wünsche und Vorlieben haben, ihre eigenen Gefühle in Ich - Botschaften mitzuteilen sowie zwischen zufälligen und absichtlichen Handlungen in jeder Situation trennscharf zu unterscheiden.

Was würden Sie empfinden? Vielleicht würden Sie denken: Das ist eine hohe Anforderung. Und in der Tat, so ist es. Sie können jedoch beruhigt sein, denn diese Anforderung gilt nicht Ihnen, sondern gehört zu den Lerninhalten eines Programms für Kinder im Alter zwischen 4 und 10 Jahren. Im ersten Teil dieses Programms geht es darum, dass Kinder Sicherheit im Umgang mit eigenen und fremden Gefühlen erlangen sowie ihre Fähigkeit zur Perspektivübernahme und Empathie zu fördern. Im zweiten Teil des Programms geht es um die Impulskontrolle: Kinder sollen lernen, impulsives und aggressives Verhalten zu vermindern, Kompetenzen im Umgang mit Konflikten erwerben und prosoziale Fähigkeiten üben. Der dritte Teil schließlich bezieht sich auf den Umgang mit Ärger und Wut und zielt darauf, wütendes Verhalten zu vermindern. Neben dem Beachten körperlicher Anzeichen von Ärger und Wut und dem Akzeptieren dieser Gefühle geht es um die Unterscheidung wütender Gefühle von wütendem Verhalten. Es werden Techniken zur Reduzierung von Ärger vermittelt und es wird gelernt, sich dem Problem zuzuwenden.

Die drei Bereiche des Programms umfassen jeweils ca. 10 Einheiten und es dauert insgesamt ungefähr ein Jahr, bei wöchentlich einer Stunde „Unterricht“. Die Unterrichtsmaterialien bestehen aus einem Handbuch, einem Anweisungsheft und Fotokartons. Für seine Durchführung mit Kindern von 4 bis 6 Jahren stehen zusätzlich zwei Handpuppen zur Verfügung. In jeder Lektion wird anhand der Bildmaterialien eine spezielle Situation erarbeitet; das Gelernte wird anschließend mit Hilfe von Rollenspielen eingeübt und in einem weiteren Schritt wird auf den Transfer des Gelernten in den Alltag der Kinder hingearbeitet.

Bei dem beschriebenen Programm handelt es sich um eine weiterentwickelte Form des Projektes „Faustlos“. Umgesetzt wurde es z.B. im Elternzentrum des Hauses der Familie mit Kindergruppen, mit Gruppen aus Kitas in Kreuzberg unter Einbeziehung von Erzieherinnen sowie mit Klassen zweier Grundschulen in Kreuzberg und in Schöneberg. Bei Bedarf und Interesse werden auch Eltern einbezogen. Empathie, Impulskontrolle, Kompetenz im Umgang mit Konflikten, Ärger und Wut sind entscheidende Voraussetzungen sozialen und gewaltfreien Verhaltens. Nicht früh genug kann damit begonnen werden, diese Fähigkeiten zu entwickeln und deshalb gehören entsprechende Programme zu den wesentlichsten Elementen der Gewaltprävention.

Das von Frau *Tatjana Schulz* umgesetzte Projekt „Durchführung und Ausweitung strukturierter Programme zur Gewaltprävention und zur Förderung sozial-emotionaler Fähigkeiten mit Kindergruppen von 4-10 Jahren und ihren Erziehungsverantwortlichen“ wird auf Grund seiner besonderen Bedeutung für die Weiterentwicklung der Gewaltprävention im Rahmen der Verleihung des Berliner Präventionspreises 2004 mit dem von der *Unfallkasse Berlin* gestifteten Sonderpreis ausgezeichnet. Herzlichen Glückwunsch!

Meine Damen und Herren, folgende Geschichten wurden mir zum 1. Mai berichtet

Kreuzberg 15.00 Uhr: Die Ruhe vor dem Sturm ist ziemlich laut. Die Kreuzberger Band „Anschlag 36“ zieht durch die Oranienstraße, singt „Es ist Feiertag“, „Kantate“ und wirft einen Schaumstoff - Pflasterstein in die tanzende Menge. Rap gegen Randalen. An der Naunynstraße Ecke Adalbertstraße spielen Jugendliche ihre Songs. Mit schräg sitzenden Basecaps und viel Selbstbewusstsein rappen sie ihren Frust heraus.

Heute stehen sie auf der Bühne, im Mittelpunkt der Aufmerksamkeit. Das wollten sie auch im letzten Jahr. Aber da noch verummumt und mit einem Stein in der Hand. Diesmal sind sie wieder dabei, doch ganz anders: Sie sind die „Macher“, sie können zeigen, was sie am besten können, und sie werden ernst genommen. Das Gefühl brauchen sie das ganze Jahr - deshalb muss es weiter gehen, nicht nur an einem Tag im Jahr, sondern an 365.

Kreuzberg 19.00 Uhr: Das Myfest läuft seit Stunden und es gibt sie, die auf Krawall aus sind. Auch eine Gruppe junger Migrant*innen ist dabei. Sie sind nicht ansprechbar für die Antikonfliktteams der Polizei und sie fühlen sich als Gruppe stark. Vertreter türkischer, arabischer und kurdischer Vereine gehen auf sie zu. Sie sind den Jugendlichen bekannt und sie werden respektiert. Es gelingt ihnen, die Jugendlichen von dem Wunsch Krawall zu machen, abzubringen.

Am Morgen danach: Es sieht so aus, als sei nichts passiert. In Kreuzberg herrscht friedliche Sonntagsruhe. Alles ganz normal. Am Heinrichplatz zeugen nur noch 2 Stellen von den Ausschreitungen. Die Straßenbauer, die sonst mehrere Tage zu schufteten hatten, meinen: „Schlecht für's Geschäft, aber gut für unsere Stadt!“

Die Straßenbauer haben recht und dass Sie am 2. Mai so wenig zu tun hatten, verdankt Berlin auch dem Netzwerk „Myfest - Farbe bekennen“. Die Initiatoren sind das Bezirksamt Friedrichshain - Kreuzberg, die Interessengemeinschaft Oranienstraße und der Kotti e.V. Weitere Kooperationspartner in diesem Netzwerk sind: *Jugendwohnen im Kiez.*, *Türkische Gemeinde zu Berlin*, *Türkischer Bund Berlin - Brandenburg*, *Al Karmel e.V.*, *Outreach; Gangway.*, *Radio Multikulti*, *Kurdistan Kultur- und Hilfsverein.*, *Polizeidirektion 5*, *Anti - Konflikt - Teams der Berliner Polizei*, *Christliches Netzwerk Gemeinsam für Berlin*, *St. Thomas Gemeinde*, *Technisches Hilfswerk*, *die sozialpädagogische Fortbildungsstätte Jagdschloss Glienicke* und andere. Ich nenne die Namen an dieser Stelle, weil deutlich werden soll, wie wichtig vernetztes Handeln im Rahmen der Gewalt- und Kriminalitätsprävention ist. Die Aktivitäten des Netzwerkes Myfest zeigen, dass ein Konzept, das nicht nur auf Repression setzt und sich nicht damit begnügt, präventive Strategien isoliert in einzelnen Bereichen umzusetzen, sondern auf einem breiten, miteinander abgestimmten Präventionsansatz beruht, in den Bürgerinnen und Bürger unterschiedlichster nationaler Herkunft einbezogen sind, der Schlüssel zum Erfolg ist: Am 1. Mai 2004 wurde erstmalig seit 18 Jahren das Gewaltritual mit Erfolg durchbrochen. Diesen Präventionsansatz weiter zu entwickeln und auch in den nächsten Jahren zum Erfolg zu führen, hat sich das Netzwerk vorgenommen und erste Schritte eingeleitet: So wurde die Idee eines Runden Tisches gegen Gewalt geboren, der sich derzeit konstituiert. Eine Initiative zur vernetzten Elternarbeit ist entstanden, eine breit angelegte Öffentlichkeitsarbeit zum Thema Gewaltprävention geplant. Das Projekt „Myfest - Farbe bekennen!“ wird wegen seiner vorbildlichen, erfolgreichen und auf Beteiligung und Nachhaltigkeit setzenden Präventionsarbeit im Rahmen der Verleihung des Berliner Präventionspreises 2004 mit dem von der *SECURITAS Sicherheitsdienste GmbH & Co.KG* gestifteten Sonderpreis ausgezeichnet. Mein herzlicher Dank und Glückwunsch gilt allen Beteiligten.

Meine Damen und Herren, ich komme zu der Verleihung des Ehrenpreises der Landeskommision Berlin gegen Gewalt für besonderes persönliches Engagement im Bereich der Gewalt- und Kriminalitätsprävention.

Gewalt und Gewaltprävention an Schulen ist ein Thema, das uns seit vielen Jahren beschäftigt, nicht erst seit Meißen und Erfurt. Die Sensibilität für die Gewaltproblematik ist in den letzten Jahren an unseren Schulen zwar gestiegen und es wurden zahlreiche gewaltpräventive Maßnahmen entwickelt und umgesetzt - denken Sie z.B. an den Einsatz von Konfliktlotsen und von Schulpsychologinnen und Schulpsychologen zur Gewaltprävention und Krisenintervention. Dennoch können wir nicht zufrieden sein, denn junge Menschen werden nach wie vor Opfer von großer und kleiner Gewalt an Schulen, zu viele junge Menschen, vor allem männlichen Geschlechts, sind immer noch bereit, zur Durchsetzung ihrer Interessen Gewalt anzuwenden.

Dem Ziel, die große und kleine Gewalt an unseren Schulen zu begrenzen und Schülerinnen und Schüler zu einem toleranten und friedfertigen Umgang miteinander zu ermutigen und zu befähigen, hat sich Frau Dr. *Helga Möricke*, Lehrerin am Friedrich - Engels - Gymnasium und Frauenvertreterin der Reinickendorfer Lehrerinnen und Erzieherinnen verschrieben. Sie, Frau Dr. *Möricke*, befassen sich seit Jahren mit der Frage, wie es gelingen kann, jungen Menschen im schulischen Alltag soziale und Selbstkompetenzen zu vermitteln. Als im Jahr 1996 das Programm „Erwachsen werden“ des Lions - Clubs aufgelegt wurde, übernahmen Sie dessen Organisation im Bezirk Reinickendorf - mehr als 250 Lehrerinnen und Lehrer nahmen damals teil. Im Laufe der Jahre bündelten Sie ihre praktischen Erfahrungen zu einem Konzept des Sozialen Lernens in der Schule, welches Sie selbst umsetzten und an interessierte Kolleginnen und Kollegen weitervermittelten. Inzwischen wurden von Ihnen gemeinsam mit anderen im „Team Soziales Lernen“ ca. 400 Kolleginnen und Kollegen fortgebildet. Im Jahr 2003 wurde das Soziale Lernen an 25 Schulen fast aller Schulformen im Bezirk Reinickendorf angeboten, in anderen Berliner Bezirken wird dies ebenfalls getan. Im Rahmen des BLK Modellversuchs „Demokratie Lernen und leben“ arbeiten Sie in der „Werkstatt Soziales Lernen“, der sich 6 von 28 Programmschulen angeschlossen haben, ehrenamtlich mit. Dies tun Sie auch im Verein Frauen und Schule e.V., der sich ebenfalls für die Entwicklung des Sozialen Lernens an Berliner und Brandenburger Schulen einsetzt. Im Rahmen Ihres Konzeptes zum Sozialen Lernen spielt der Gender - Aspekt eine große Rolle, die Stunden zum Sozialen Lernen werden, wenn möglich, als Jungen- und Mädchenstunden in Grundschulen und in der Sekundarstufe I angeboten. Auch vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen um die Probleme von Jungen an unseren Schulen ist dies von großer Bedeutung. Beim Sozialen Lernen geht es darum, dass Kinder und Jugendliche ein Selbstwertgefühl aufbauen, andere wahrnehmen und Empathie entwickeln, Vertrauen untereinander schaffen, Menschen mit ihren Unterschiedlichkeiten als gleichwertig akzeptieren, Kommunikations-, Kooperations- und Konfliktfähigkeit entwickeln und sich kritisch mit geschlechtsspezifischen Zuweisungen auseinandersetzen. Und es geht darum, dass sich Schülerinnen und Schüler diese Fähigkeiten systematisch aneignen, sie müssen möglichst an Hand von alltäglichen Situationen trainiert werden: „Die Wiederholung ist die Mutter der Pädagogik“ haben Sie, Frau Dr. *Möricke*, einmal geschrieben und wohl auch deshalb setzen Sie sich dafür ein, dass das Soziale Lernen nicht nur im schulischen Alltag insgesamt und nicht nur im Rahmen des Fachunterrichts umgesetzt wird, sondern in eigens dafür vorgesehenen Stunden. Meine Damen und Herren, ich glaube, dass wir mit dem neuen Schulgesetz und im Rahmen der Entwicklung von Ganztagschulen aber auch in den verlässlichen Halbtagschulen eine ganze Palette von Möglichkeiten haben, dem Sozialen Lernen in unseren Schulen mehr Raum als bisher zu geben. Dies sollten wir auch tun, denn neben den gewaltpräventiven Aspekten des Sozialen Lernens, die heute im Vordergrund stehen, werden in dessen Rahmen auch Kompetenzen gefördert, die für die Entwicklung des Schulklimas, für erfolgreiches Lernen im Fachunterricht, für das spätere Berufsleben und für das lebenslange Lernen bzw. das Lernen für's Leben von zentraler Bedeutung sind.

Sehr geehrte Frau Dr. *Möricke*, Sie haben mit Ihrem unermüdlichem und auch ehrenamtlichen Engagement für das Soziale Lernen an Berliner Schulen einen wesentlichen Beitrag zur Gewaltprävention in Berlin geleistet. Sie haben Manches gegen Widerstände mit Ihrer Beharrlichkeit und Überzeugungskraft realisiert und viele Schülerinnen und Schüler sowie Lehrerinnen und Lehrer haben davon profitieren können. Dabei sind Sie der Erkenntnis *Hartmut von Hentigs* gefolgt „Wenn die Gedanken groß sind, dürfen die Schritte klein sein“. Ich wünsche Ihnen die Kraft, auf Ihrem Weg weiter zu gehen und ich wünsche uns viel mehr Schulen in Berlin, die Ihr Konzept des Sozialen Lernens zum Wohl unserer Stadt übernehmen.

Sehr geehrte Frau Dr. *Möricke*, ich freue mich, dass ich Ihnen heute den Ehrenpreis der *Landeskommission Berlin gegen Gewalt* für Ihr besonderes persönliches Engagement im Bereich der Gewalt- und Kriminalitätsprävention überreichen darf. Herzlichen Glückwunsch.

Meine Damen und Herren, alle Preise sind verliehen, Dankesworte sind gesprochen, ich glaube, wir hatten Gelegenheit, viel Interessantes über die gewalt- und kriminalpräventive Arbeit in Berlin zu erfahren. Es gibt Anlass zur Zuversicht: Kooperation und Vernetzung im Bereich der Gewalt- und Kriminalitätsprävention entwickeln sich in Berlin in großen Schritten weiter, Bürgerinnen und Bürger Berlins werden zum Mitmachen eingeladen und motiviert, in vielen Bereichen wird hervorragende und erfolgreiche Arbeit geleistet, es gibt Persönlichkeiten in unserer Stadt, die sich mit großem Engagement für ein tolerantes und friedliches Zusammenleben in Berlin engagieren. Ich glaube, ich darf Sie für den heutigen Tag nach der nun folgenden Musik und einigen wenigen Hinweisen von Herrn *Dr. Horn - Wagner* in die wohlverdiente Pause entlassen.

Mit dem Berliner Präventionspreis 2004 ausgezeichnete Projekte

1. **Preis** (5.500€Preisgeld) für das Projekt „Rollbergviertel: Polizei und Kiez - kein Problem! Präventionsarbeit in einem funktionierenden Netzwerk“
Projektträger: Der Polizeipräsident in Berlin, Direktion 5, Stab 42
Friesenstr. 16, 10965 Berlin
Kontakt: Annette Müller, Tel: (030) 466433617
eMail: dir5@polizei.berlin.de
2. **Preis** (3.500€Preisgeld) für das Projekt „Jeder ist anders - Jugendliche stark machen gegen Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit und Gewalt“
Projektträger: Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz Berlin e.V.
Glambecker Ring 80-82, 12679 Berlin
Kontakt: Harald Schulzendorf, Tel: (030) 9339510
eMail: Harald.Schulzendorf@t-online.de
2. **Preis** (3.500€Preisgeld) für das Projekt „berliner jungs - Prävention von pädosexuellen Übergriffen auf Jungen im Alter bis 15 Jahren“
Projektträger: SUB/WAY berlin e.V.
Nollendorfstr. 31, 10777 Berlin
Kontakt: Lutz Volkwein, Tel: (030) 2155759
eMail: jungs@subway-berlin.de

Sonderpreis der Securitas Sicherheitsdienste GmbH & Co.KG (1.000€Preisgeld) für das Projekt „Myfest - Farbe bekennen!“
Projektträger: Kotti e.V. (Initiator) und BA Friedrichshain-Kreuzberg
Frankfurter Allee 35/37, 10247 Berlin
Kontakt: Ines Heuer-Sehlmann, Tel: (030) 902982021
eMail: ines.heuer-sehlmann@ba-fk.verwalt-berlin.de

Sonderpreis der Initiative Schutz vor Kriminalität ISVK (1.000€Preisgeld) für das Projekt „Präventionstheater des Polizeiabschnitts 24“
Projektträger: Der Polizeipräsident in Berlin, Direktion 2, A 24
Charlottenburger Chaussee 75, 13597 Berlin
Kontakt: Klaus-Dieter Burkowski, Tel: (030) 4664224000
e-Mail: dir2@polizei.berlin.de

Sonderpreis der Unfallkasse Berlin (1.000€Preisgeld) für das Projekt „Durchführung und Ausweitung strukturierter Programme zur Gewaltprävention und zur Förderung sozial-emotionaler Fähigkeiten mit Kindergruppen von 4-10 Jahren und ihren Erziehungsverantwortlichen“
Projektträgerin und Kontakt: Tatjana Schulz
Mehringdamm 69, 10961 Berlin, Tel: (030) 6949013,
eMail: tat88811@freenet.de

Die **Landeskommission Berlin gegen Gewalt** ehrt Frau Dr. Helga Moericke wegen ihres langjährigen Engagements mit dem von ihr entwickelten Projekt „Soziales Lernen“
Projektinitiatorin: Dr. Helga Moericke
Thuyring 27, 12101 Berlin
Tel: (030) 7862688, eMail: hmoericke@aol.com

Carola Czollek

Antisemitismus in neuen Kontexten **Eingangsstatement der *Jüdische Stimme***

Die *Jüdische Stimme* wurde am 9. November 2003 in Berlin gegründet. Sie schließt sich den *European Jews for a Just Peace* (EJJP) an, eine 2002 in Amsterdam konstituierte Föderation, der 18 Gruppen in 9 europäischen Ländern angehören. Ihr Ziel ist es, für Frieden und Gerechtigkeit in Palästina und Israel einzutreten.

Unter dem Oberbegriff: „Nicht in unserem Namen“ wollen die Mitglieder der *EJJP* und eben auch der jüdischen Stimme sagen, dass diejenigen, die vorgeben im Namen und im Interesse aller Juden und Jüdinnen der Welt zu handeln und zu sprechen, das nicht tun.

Das oberste Prinzip der *Jüdischen Stimme* Deutschland ist die Gewaltfreiheit bei der Lösung von Konflikten und Gewaltlosigkeit im Erreichen politischer Ziele. Wir richten uns gegen eine gewaltvolle Politik und militärisches Handeln, das durch die israelische Regierung veranlasst wird, wie z.B. gegen Besetzung, die Errichtung von Siedlungen, die extralegale Tötung von Gegnern, die Kollektivstrafen, die Zerstörung von Häusern und den Baus der so genannten Trennungsmauer mit allen weitreichenden Verletzungen von Menschenrechten von Palästinensern. Gleichzeitig richtet sich die *Jüdische Stimme* gegen die Selbstmordattentate nicht staatlicher Organisationen und Individuen in Palästina und formuliert hierzu: „Gewaltformen gegen Zivilisten und insbesondere auch Selbstmordattentate islamistischer Organisationen werden von uns moralisch und politisch verurteilt.“

Die *Jüdische Stimme* Deutschland will sich nicht durch ein polarisierendes Denken und Handeln charakterisieren und will damit nicht die jeweils anderen zum Sündenbock stilisieren und ausschließen, wenngleich wir nicht mit einer Stimme sprechen, sondern die Gewichtungen bei den unterschiedlichen Menschen in der Gruppe unterschiedlich sind. Wir sprechen uns nicht nur für eine Seite im Nahostkonflikt aus. Wenn wir Gerechtigkeit und Frieden einfordern, dann meinen wir damit, dass es um mehrere Dimensionen von Ausgrenzung und Diskriminierung geht und dass ihre Verflechtungen miteinander kritisch zu sehen sind. Wir möchten damit sagen, dass der entschlossene Widerstand gegen alle Formen von Verachtung, Diskriminierung und Ausgrenzung von Menschen der Gewalt in ihren verschiedenen Ausprägungen und Erscheinungsformen die Grundlage entziehen kann.

Grundlage für diese Haltung ist, dass wir sehen, dass es in Deutschland und in Europa nicht nur einen zunehmenden Antisemitismus gibt, sondern auch eine Zunahme von rassistischen Einstellungen, von Homophobie und eine generelle zunehmende Ausgrenzung und Diskriminierung von Menschen, die nicht in den Mainstream passen.

Wir werden immer wieder gefragt, ob denn eine Kritik an Israel gerade vor dem Hintergrund in Deutschland nicht antisemitisch sei oder sich verbiete. Man sollte das differenziert sehen. Es macht doch keinen Sinn, Israel pauschal zu kritisieren. Hier geht es doch darum, dass ein bestimmtes Handeln, bestimmte strukturelle Gegebenheiten einer Regierung und einer Gesellschaft kritisch befragt werden sollen. Dabei braucht es einen Referenzrahmen, auf den sich bezogen werden kann. Und das sind zum Beispiel international ausgehandelte Standards für Menschenrechte.

Es geht also darum, die ausgeübte Gewalt der israelischen Regierung explizit zu kritisieren und nicht jede Kritik daran per se als antisemitische Äußerung aufzufassen und dennoch die Kontexte zu berücksichtigen, in denen Kritik geübt wird.

Es geht aber auch darum, keine vereinfachenden Verallgemeinerungen vorzunehmen und alle Israelis für die Aktionen der Regierung verantwortlich zu machen, oder gar alle Juden und Jüdinnen auf der Welt mit Israel gleichzusetzen. Was ja auch unberücksichtigt lässt, dass Israel ein multikultureller Staat ist.

Das heutige Thema ist Antisemitismus vor dem Hintergrund des Konfliktes Nah - Ost. Dieser Konflikt wird mitunter als Ursache für bestimmte Formen von Antisemitismus herangezogen. Ich bin der Auffassung, dass das eine Vorstellung, eine Imagination, eine Phantasie oder ein Bild ist, die über die Vorstellung läuft, Israel sei gleich alle Juden und Jüdinnen der Welt. Die ja, wie wir alle wissen, reale Auswirkungen hat.

Man kann hier mehrere Ebenen unterscheiden:

- Erstens, was tut ein Staat. Das kann misslich sein oder weniger misslich.
- Zweitens, warum setzen manche Menschen und politischen Akteure Israel mit allen Juden und Jüdinnen gleich.
- Drittens, inwiefern wird Israel als Legitimierung für einen heutigen Antisemitismus in dieser Gleichsetzung herangezogen?

Mit diesen Fragen beschäftigen wir uns vor dem Hintergrund, dass wir als *Jüdische Stimme* denken, dass Frieden und Gerechtigkeit in Palästina und Israel möglich sind. Dazu braucht es den Abbau gegenseitiger Vorurteile und es finden sich hoffentlich immer mehr dialogische Gespräche aller Beteiligten.

Das erfordert unter anderem einen souveränen und lebensfähigen Staat Palästina, einen Friedensvertrag zwischen den Staaten Israel und Palästina, der „das Schutzinteresse der Bürger und Bürgerinnen beider Nationen berücksichtigt und zudem auf Sicherheitsabkommen beruht, die den spezifischen Sicherheitsbedürfnissen Israels und Palästinas Rechnung tragen“ und schließlich die Anerkennung des Rechtes beider Staaten mit Jerusalem als gemeinsame Hauptstadt.

Jetzt freue ich mich auf das Gespräch mit den hier Anwesenden.

Lars Sünnemann

Rechtsextremismus

Lagebild Berlin

Der aktionsorientierte Rechtsextremismus (1) in Berlin wird neben den hierarchisch strukturierten Kameradschaften (2) durch autonome, ideologisch gefestigte Neonazis bestimmt, die sich nach der Maxime „Widerstand gegen die herrschenden Zustände“ als „Freie Nationalisten“ (3) verstehen. Sie sind in einer unabhängigen, organisationsungebundenen Struktur informell miteinander vernetzt und werden effizient mittels Internet und/oder Funktelefon / SMS zu öffentlichkeitswirksamen Aktionen in Berlin, Brandenburg sowie bundesweit mobilisiert.

Integrative Einzelpersonen fördern verstärkt den Kontakt zwischen Rechtsextremisten der Länder Berlin und Brandenburg, u.a. die Führer der beiden aktivsten Berliner Kameradschaften „Berliner Alternative Süd-Ost“ (BASO) und „Kameradschaft Tor Berlin“ (KTB) sowie der Führer der in Brandenburg dominierenden Kameradschaft „Märkischer Heimatschutz“ (MHS).

Das durch einen in Berlin etablierten Rechtsextremisten gemeinsam mit einem führenden Brandenburger Kameradschaftsführer seit 2001 betriebene „Aktionsbüro Mitteldeutschland“ (4) mit dem Internetmedium „Nationaler Widerstand Berlin - Brandenburg“ (NWBB) erhebt den Anspruch, regionales Sprachrohr und Informationszentrum des „Nationalen Widerstandes“ im „Kampf um die Straße“ zu sein. Auf der Internet-Homepage www.nwbb.org werden regelmäßig Termine, Berichte sowie Pressemitteilungen zu aktuellen Ereignissen veröffentlicht und Mobilisierung für Veranstaltungen betrieben. Seit 2004 wird auch das „Berliner Infoportal“ www.berliner-infoportal.com durch die rechte Szene intensiv für Publikationen genutzt.

Auch die Berliner Kameradschaften „Berliner Alternative Süd - Ost“ (BASO) www.berliner-alternative.tk und die „Kameradschaft Tor Berlin“ (KTB) www.kstor.tk mit ihrer im Jahr 2004 gegründeten „Mädelgruppe“ www.maedelgruppe-kstor.tk verfügen über professionell gestaltete Homepages zur Informationssteuerung an führende Kameradschaftsaktivisten, „Freie Nationalisten“ und die breite Masse aktionsorientierter Jugendlicher, die sich zum Teil in Cliques mit neonazistischer Grundorientierung zusammengeschlossen haben. Diese Cliques haben kein sichtbares strukturiertes Organisationsgefüge und sind nicht an politisch - ideologischer Arbeit interessiert, jedoch jederzeit gewaltbereit und permanent von polizeilicher Relevanz.

Anlässlich von Demonstrationen und/oder anderen öffentlichen Veranstaltungen in Berlin und Brandenburg treten vermehrt Personen der Berliner Kameradschaftsszene als Vertreter des Projekts „Autonome Nationalisten Berlin“ (ANB) auf, die im Kampf gegen die „Antifa“ eine zunehmende Militanz demonstrieren. So werden vielfach Transparente mit den Botschaften „Organisiert den nationalen schwarzen Block (5) - Unterstützt örtliche Anti - Antifa - Gruppen - Wehrt Euch und schlagt zurück - Autonome Nationalisten Berlin“ präsentiert, die eine deutliche Gewaltbereitschaft erkennen lassen.

Die zunehmenden Bestrebungen der rechtsextremistischen Bewegung „Anti-Antifa“ (6), durch verdeckte und offene Aufklärung die Identität der „politischen Gegner“ (u.a. auch Repräsentanten des Staates und staatlicher Institutionen) in Erfahrung zu bringen, um diese durch Aufbau einer Drohkulisse zu verunsichern und einzuschüchtern - entsprechend dem Vorgehen der autonomen „Antifa“ - sind länderübergreifend aktuell.

Der organisierte Rechtsextremismus in Berlin versucht sich durch vermeintlich sozialadäquate Schwerpunktthemen, wie z.B. „Nationale Jugendzentren“, „Irak - Krieg“, „Anti - Globalisierung“ (7) oder „Anti - Amerikanisierung“ (8), aktiv nach außen sowohl auf Bezirksebene als auch länderübergreifend neu zu positionieren, um sich mehr Akzeptanz in Teilen der Bevölkerung zu verschaffen.

Neben den propagierten Inhalten verändert sich auch zusehends das äußere Erscheinungsbild vieler rechtsextremistischer Aktivisten, die sich aus strategischen Gründen keinem uniformen Kleidungskodex mehr unterwerfen und ihr vormals martialisches Auftreten zugunsten eines gefälligen, pseudobürgerlichen Aussehens zu verändern versuchen.

Rechtsextremistische Musik ist ein wesentlicher identitätsstiftender Faktor in der rechten Szene. Durch die rassistischen, antisemitischen und oft gewaltverherrlichenden Liedtexte werden Feindbilder aufgebaut und so die häufig noch ungefestigten ideologischen Einstellungen der meist jugendlichen Konsumenten geprägt. Mit dem attraktiven Medium wird versucht - Beispiel „Projekt Schulhof“ (9) -, unerfüllte Bedürfnisse, Ängste und Sehnsüchte junger Menschen zu instrumentalisieren und sie für die Sache zu gewinnen. Besondere Bedeutung für die gewaltbereite rechtsextremistische Szene haben Skinhead - Konzerte (10). Diese Veranstaltungen erzeugen bei den Besuchern ein Gefühl der Gemeinschaft und Stärke. Gerade auf Jugendliche, die der Szene noch nicht fest angehören, üben die zumeist konspirativen und damit nicht alltäglichen Veranstaltungen besondere Anziehungskraft aus.

Antisemitismus

Im Jahr 2003 wurde in Berlin eine Steigerung der rechtsextremistischen Gewaltdelikte (11) registriert. In der überwiegenden Zahl der Fälle sind diese politisch motivierten Gewaltdelikte durch situationsbedingt spontanes Handeln der Täter gekennzeichnet, die zumeist aus Kleingruppen heraus agieren und häufig unter Alkoholeinwirkung stehen. Zumeist lag der Tat eine fremdenfeindliche (12) und in einigen Fällen eine antisemitische (13) Motivation zugrunde. Israelfeindlich (14) motivierte rechtsextremistische Gewaltkriminalität wurde im Jahr 2003 nicht registriert. Für das Jahr 2004 (15) ist bis zum Berichtszeitpunkt eine ähnliche Entwicklung zu verzeichnen.

PMK (16) - rechts:

Straftaten mit antisemitischer Motivation sind geprägt durch Diffamierung (Beleidigung und Volksverhetzung (17) „Leugnung des Holocaust“ u.a.) jüdischer Bürger und Institutionen mittels anonymer Briefsendungen / eMails sowie Schmierereien (Mahnmale / Gräber u.a.), Plakate und Aufkleber in der Öffentlichkeit. Schmähschreiben umfassen etwa 75% der in Berlin registrierten antisemitischen bzw. israelfeindlichen Straftaten. Durch die Adressaten (Jüdische Gemeinde zu Berlin, Zentralrat der Juden in Deutschland und Israelische Botschaft) wird Berlin im Bundesvergleich überdurchschnittlich häufig als Tatort anonymer Briefsendungen / eMails statistisch erfasst. Die Intensität und Häufigkeit ist zumeist abhängig von der Weltpolitik, insbesondere auch von den aktuellen Konflikten im Nahen Osten. Gewaltdelikte sind - proportional zu den Fallzahlen - eher selten.

PMK - links

In der linksextremistischen Szene ist vereinzelt Israelkritik seitens der „Antiimperialisten“ zu verzeichnen, die jedoch keine Züge von Antisemitismus trägt.

PMK - Ausländer

Im Bereich der politisch motivierten Ausländerkriminalität sind es vermeintlich gläubige islamische Fundamentalisten, die eine verstärkt antiisraelische und antisemitische Grundhaltung erkennen lassen. Im Jahr 2003 wurden nur ein paar politisch motivierte Gewaltdelikte mit explizit israelfeindlichem Charakter durch Nichtdeutsche registriert.

Präventive und repressive Maßnahmen gegen Antisemitismus

Das gesamtgesellschaftliche Problem des Antisemitismus wird durch die Polizei sowohl gezielt im Rahmen der ihr obliegenden Strafverfolgungspflicht als auch durch allgemeine präventive und repressive polizeiliche Maßnahmen gegen politisch motivierte Extremisten bekämpft. Durch Aufklärung an Treffpunkten und bei Veranstaltungen in Verbindung mit gefahrenabwehrrechtlichen Maßnahmen, wie „Razzien“, wird die Szene zunehmend verunsichert und den geistigen Brandstiftern langfristig der Nährboden entzogen.

Konsequente Strafverfolgung in einer Hand (Staatsschutz):

Spezialdienststellen des LKA Berlin mit detailliert zugewiesenen Zuständigkeiten und kompetentem Fachwissen ermöglichen in Zusammenarbeit mit Dienststellen der Direktionen eine umfassende Bekämpfung und Prävention in den Phänomenbereichen rechts, links und Ausländer. Der durch den Einsatz szenekundiger Beamter (18) beharrlich ausgeübte intensive Kontroll-/Verfolgungsdruck führt zu immer mehr Transparenz in der Szene und hebt die Anonymität des Einzelnen auf, was sich wiederum mäßigend auf die Begehung politisch motivierter Straftaten auswirkt.

Die Masse der anonymen Verfasser von Schmähchriften ist mit repressiven Mitteln jedoch kaum zu erreichen. Ebenso sind die Einwirkungsmöglichkeiten der Polizei auf den politischen Willensbildungsprozess wegen der zu wahrenen Neutralitätspflicht beschränkt.

Bekämpfung der geistigen Brandstifter durch operative Maßnahmen:

CD's mit rechter Musik werden konsequent bei Ausschöpfung aller rechtlichen Möglichkeiten im Zuge eingeleiteter Ermittlungsverfahren vom Markt genommen und/oder deren Verbreitung verhindert. Im Strafverfahren gegen Mitglieder der rechts-extremistischen Band „Landser“ hat der Bundesgerichtshof (BGH) entschieden, das Hauptverfahren vor dem Kammergericht Berlin auch wegen des Vorwurfs der Bildung und Mitgliedschaft einer kriminellen Vereinigung (§129 StGB) zu eröffnen. Der Generalbundesanwalt hat daraufhin am 9. September 2002 gegen die Mitglieder der 1992 gegründeten Band „Landser“ Anklage erhoben. Die Band verfolgte das Ziel, aus dem Verborgenen heraus durch Produktion und Vertrieb von CD's politische Botschaften mit in hohem Maße strafbaren, insbesondere volksverhetzenden und die Bundesrepublik verleumdenden Inhalten in der rechtsextremistischen Jugendszene zu verbreiten.

Dem Beschluss des BGH kommt insofern besondere Bedeutung zu, als dass es sich um das erste Verfahren gegen Mitglieder einer rechtsextremistischen Musikgruppe wegen des Verdachts der Gründung und Mitgliedschaft einer kriminellen Vereinigung handelt. Die Mitglieder der Musikgruppe „Landser“ wurden am 22. Dezember 2003 durch das Kammergericht Berlin zu Haftstrafen von bis zu 3 Jahren und 4 Monaten verurteilt. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

Die konsequente Haltung der Ermittlungsbehörden von Polizei und Justiz und des Kammergerichts Berlin gegen die Mitglieder der Musikgruppe „Landser“ haben zum juristischen Erfolg geführt, da u.a. die weitere Produktion und der illegale Handel strafrechtlich relevanter Musikträger unterbunden worden sind. In Anbetracht der rechtsextremistischen Musikgruppen gerade durch Jugendliche entgegengebrachten Akzeptanz ist es weiterhin geboten, die „rechte Musikszene“ frühzeitig zu identifizieren und strafrechtlich zu belangen.

Seit Jahren ist festzustellen, dass rechtsextremistische Musikgruppen die Stadt Berlin als Veranstaltungsort meiden. Aufgrund polizeilicher Präsenz - bereits im Vorfeld von Veranstaltungen - wurde und wird den Veranstaltungsteilnehmern kein Spielraum zur Begehung politisch motivierter Straftaten gewährt. Skinhead -Konzerte werden zwischenzeitlich ausnahmslos im Land Brandenburg oder im übrigen Bundesgebiet veranstaltet.

Die jährlich stattfindenden Jahresfeiern der „Vandalen“ (19) verdeutlichen beispielhaft, dass beharrlicher Kontrolldruck die von solchen Veranstaltungen latent ausgehenden Gefahren reduziert.

Demonstrationen werden - soweit rechtlich möglich - verboten, mit Auflagen versehen oder bei Verstoß gegen diese aufgelöst. In Berlin stattfindende rechtsextremistische Versammlungen unter Beteiligung von Kameradschaften und Sympathisanten der rechtsextremistischen Szene verliefen, nicht zuletzt aufgrund der strukturierten Zusammenarbeit aller beteiligten Polizeidienststellen, weitestgehend gewaltfrei und signalisieren sowohl dem polizeilichen Gegenüber als auch der breiten Öffentlichkeit die kompromisslose Haltung der Berliner Polizeibehörde.

Anmerkungen

- (1) Bestrebungen zur Systemüberwindung, die sich - auch unter der Anwendung von Gewalt - gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richten. Häufig handelt es sich bei rechtsextremistisch motivierten Handlungen um solche mit strafrechtlicher Relevanz.
- (2) Zusammenschlüsse mehrerer Personen der rechten Szene mit gemeinsamer ideologischer Ausrichtung, die mit einem gewissen Organisationsgrad und auf längere Zeit angelegt sind.
- (3) Der „Nationale Widerstand“ bezeichnet eine Bewegung verschiedener Personen oder Organisationen als „*Freie Nationalisten*“ bzw. „Freie Kameradschaften“, wenn es sich um unabhängige „Einzelkämpfer“ bzw. unabhängige Gruppen handelt.
- (4) Netzwerk ohne von außen erkennbare Organisationsstruktur.
- (5) Nationaler Block - Verbot 11.06.1993 durch Bayerisches Ministerium des Innern gemäß §3 Vereinsgesetz.
- (6) Gegenstrategie als Antwort auf die „Antifa“, u.a. durch Veröffentlichung von Personalien und Lichtbilder.
- (7) Die „Anti - Globalisierungsdebatte“ wird auch von Rechtsextremisten mit dem Ziel thematisiert, das Rekrutierungspotenzial zu vergrößern und mehr gesellschaftliche Anerkennung zu gewinnen. Zielgruppe: „Ökonomische Verlierer der Globalisierung“. Begleitet wird diese Strategie von der Übernahme linksextremistischer Parolen und der Nutzung der englischen Sprache.
- (8) Für die Anschläge am 11. September machen intellektuelle Rechtsextremisten nicht islamistische Terroristen, sondern die USA und ihren „One - World - Terror“ verantwortlich. In den Antikriegsprotest mischen Rechtsextremisten antikapitalistische Töne und schüren antisemitische Ressentiments.
- (9) Die rechte Szene plante im Sommer 2004 unter der Bezeichnung „Projekt Schulhof“ eine bundesweite Verteilaktion von ca. 250.000 kostenlosen CD's mit rechten Inhalten vor Schulen und auf öffentlichen Plätzen. Der Sampler soll mit Unterstützung von rechtsextremistischen Skinheadmusik - Vertrieben, Bands, Kameradschaften und Einzelpersonen produziert worden sein. Zwar konnte die Verteilaktionen wegen der strafrechtlich relevanten und jugendgefährdenden Inhalte verhindert werden, eine Veröffentlichung in abgeänderter, strafrechtlich nicht mehr relevanter Form im Internet unter www.Schulhof.de ist jedoch zwischenzeitlich jedermann zugänglich.
- (10) Skinheads - Ursprüngliche Subkultur aus dem Arbeitermilieu, die sich Ende der 60er Jahre in Großbritannien als Gegenbewegung zu den Hippies und Mods der Mittelschicht entwickelte - seit Anfang der 80er Jahre auch in Deutschland. Die Gewaltbereitschaft und Fremdenfeindlichkeit der Skinheads ist weniger programmatisch / ideologisch, sondern entspringt mehr einer diffusen neonazistischen und rassistischen Weltan-

schauung. Gewalt ist in erster Linie Selbstzweck zum Ausdruck eines übersteigerten Männlichkeitswahnes und damit wesentliches Artikulationsmittel und Bindeglied.

- (11) Katalog Gewaltstraftaten - §§ 113, 114, 125, 125a, 177, 178, 211, 212, 213, 216, 220a, 222, 223, 224, 225, 226, 227, 231, 234, 239, 239a, 239b, 249, 250, 251, 252, 253, 255, 306, 306a, 306b, 306c, 307, 308, 315, 315b, 316a und 316c StGB.
- (12) Handlungen, die sich aus einer intoleranten Haltung gegen Rechtsgüter von Personen richten, die für Deutsche wegen ihres Aussehens, der bekannten oder erkennbaren Rasse, Herkunft, Religion oder Nationalität als „Nichtdeutsche“, also Fremde erscheinen.
- (13) Handlungen, die sich aus einer antijüdischen Haltung gegen Bürger jüdischen Glaubens, deren Vertreter im Zentralrat der Juden in Deutschland, der jüdischen Gemeinde zu Berlin oder gegen Vertreter des israelischen Staates richten.
- (14) israelfeindliche Fälle stellen den Teil der Hasskriminalität dar, der aus Ablehnung des israelischen Staates oder aus Anlass israelischer Staatshandlungen begangen wurde. Da diese Fälle vordergründig wegen einer antiisraelischen Einstellung und nicht aus antisemitischen Motiven begangen werden, erfolgt seit 2003 in Berlin eine entsprechend differenzierte Abbildung.
- (15) Stand 24. November 2004
- (16) Politisch motivierte Kriminalität
- (17) §130 StGB - Wer in einer Weise, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören, zum Hass gegen Teile der Bevölkerung aufstachelt oder zu Gewalt- oder Willkürmaßnahmen gegen sie auffordert oder die Menschenwürde anderer dadurch angreift, dass er Teile der Bevölkerung beschimpft, böswillig verächtlich macht oder verleumdet. Wer die systematische Vernichtung der Juden im Nationalsozialismus leugnet, billigt oder verharmlost - „Ausschwitz - Lüge“.

Politisch motivierte Straßenkriminalität:

Die „Vandalen - Ariogermanische Kampfgemeinschaft“ sind eine abgeschottete Gruppe ideologisch gefestigter Neonazis, die 1982 in der DDR gegründet worden ist. Die Vandalen machten sich den subkulturellen Code der Rocker und Skinheads zu eigen und treten in der Öffentlichkeit optisch als Rocker auf. Sie leben nach alten germanischen Ordnungsbildern und Riten und solidarisieren sich mit anderen rechtsextremistischen Gruppen sowie der Hooligan- und klassischen Rockerszene.

Rainer Erb / Michael Kohlstruck

Antisemitismus in neuen Kontexten - Anmerkungen zum aktuellen Diskurs

Zu dem Stichwort „Neuer Antisemitismus“ finden in den letzten Jahren verstärkt Einzelvorträge und Ringvorlesungen statt, Aufsätze und Bücher widmen sich dieser Themenstellung und nicht zuletzt die Tatsache, dass auch ein gut besuchtes Forum des Präventionstages 2004 diesem Thema gewidmet war, zeigt, dass dies für die interessierte Öffentlichkeit derzeit ein wichtiges Thema ist. (1)

Genau besehen werden mindestens vier große Fragenkomplexe mit dem Stichwort vom „Neuen Antisemitismus“ verbunden. (2) Einmal ist dies die Auseinandersetzung darüber, worin eine legitime Kritik an israelischer Politik besteht und wie sie sich von einer prinzipiellen Feindschaft gegenüber dem Staat Israel unterscheidet. Die zweite Frage gilt einem Antisemitismus der Linken. Hier diskutiert man, ob der Antizionismus, der seit den späten 60er Jahren in Teilen der linken Bewegung beobachtet werden kann, generell eine Variante von Antisemitismus ist bzw. wie ein Antizionismus in Antisemitismus übergehen kann. Diese Frage wird heute v.a. auch im Zusammenhang mit der Bewegung gegen Globalisierung aufgeworfen. Das dritte Subthema schließlich ist die Verbreitung von antisemitischer Kommunikation in der islamischen Welt. Die Topoi wie der jüdische Ritualmord und das jüdische Streben nach Weltherrschaft sind aus Europa, wo sie aufgekommen sind, in die islamische Welt gekommen und werden von dort nun in verstärktem Maße re-importiert. Neu sind in diesem Zusammenhang die Angriffe auf Juden und jüdische Einrichtungen, die in Westeuropa von jungen Männern aus Migrationspopulationen begangen werden. Strittig ist hier die Frage, ob dieser geistige Antisemitismus mit einer Ursache ist für die Schärfe des Nahostkonflikts oder ob er - so eine andere Möglichkeit - ein zeitweiliges Begleitprodukt des militärisch-politischen Konfliktes ist, also als eine Folge dieses Konfliktes zu verstehen ist.

Viertens lässt sich die Frontstellung eines „Neuen Antisemitismus“ in Abgrenzung vom „sekundären Antisemitismus“ bestimmen. Für diesen „sekundären Antisemitismus“ ist seine polemische Bindung an die Vergangenheitsbewältigung der nationalsozialistischen Verbrechen an den Juden charakteristisch: Die Ablehnung „der Juden“ wird bei diesem Typ von antisemitischer Kommunikation damit begründet, sie würden die Thematisierung der Massenverbrechen zu ihrem eigenen Vorteil und zum Nachteil der Deutschen instrumentalisieren. (3) Anders als noch in früheren Jahren ist die kritische Erinnerung an die nationalsozialistischen Staatsverbrechen heute zu einem festen Bestandteil der politischen Kultur Deutschlands geworden. Die Ablehnung der Erinnerung, wie sie vor allem von rechtsextremer Seite praktiziert wird, hat vor diesem Hintergrund ihren Charakter geändert: Sie bezieht sich nicht mehr auf eine offene Entwicklung, sondern auf die Erinnerungskultur als eine feste Institution der politischen Kultur. Damit haben antisemitische Äußerungen - wie sie etwa im Januar 2005 im Sächsischen Landtag von der *NPD* zu hören waren - Züge eines rechtsextremen Kulturkampfes gegen die Ergebnisse eines geschichtlichen Lernprozesses.

Diese Auffächerung von vier Aspekten des Themas zeigt zweierlei: Einmal gehört hinter das Wort vom „Neuen Antisemitismus“ weniger ein Ausrufezeichen als vielmehr ein Fragezeichen. Derzeit werden alte antisemitische Darstellungselemente, traditionelle Deutungsfiguren und bekannte Topoi genutzt; was sich geändert hat, ist deren Rahmung, nicht zuletzt durch den Nahost - Konflikt. Neu ist auch die Zusammensetzung der Akteure, die antisemitische Diskurse führen und Urheber von antisemitischen Attacken sind.

Noch besser also als ein Fragezeichen hinter „Neuen Antisemitismus“ zu setzen ist es wohl, von „Antisemitismus in neuen Kontexten“ zu sprechen und weder mit einem Ausrufezeichen noch mit einem Fragezeichen zu schließen, sondern einen schlichten Doppelpunkt zu machen: Um dann im Detail auf den jeweiligen Zusammenhang einzugehen, der als neue Rahmung von Antisemitismus identifiziert worden ist.

In der Frage, was als antisemitisch zu gelten habe, herrscht vielfach Unsicherheit. Die besondere Bedeutung des Themas in Deutschland und die bekannten Skandalfälle der letzten Jahre (Möller, Hohmann) lassen manche ängstlich werden, sobald die Sprache auf dieses Thema kommt. (4) Aber auch für die Diskussion um Antisemitismus gilt die bekannte Maxime von Wittgenstein: „Alles, was gesagt werden kann, kann klar gesagt werden.“

Als antisemitisch gelten Vorstellungen, Aussagen oder Darstellungen, die die im Folgenden angeführten Bedeutungselemente aufweisen: Es wird erstens über die Juden als feste, geschlossene soziale Gruppe gesprochen; der einzelne Jude wird nicht als individuelle Person, sondern als Repräsentant dieser Gruppe betrachtet. Der Gruppen der Juden werden zweitens im Hinblick auf ihr Verhältnis zu anderen Gruppen historisch unveränderliche Wesenseigenschaften, seien es innere Haltungen, seien es Verhaltensweisen zugeschrieben.

Diese Wesenseigenschaften sind negativ. Damit stellt die Gruppe der Juden in den Augen von Antisemiten eine Bedrohung oder eine Gefahr für die Nichtjuden dar. Die unterstellte Bedrohung durch „den Juden“ wird noch durch die Annahme verstärkt, die Machenschaften der Juden würden heimlich geplant und ausgeführt.

Die Kombination dieser drei Elemente stellt eine formale Bedeutungsstruktur dar. Findet sich diese Struktur in Vorstellungen, Äußerungen und Darstellungen, spricht man zu Recht von antisemitischen Äußerungen. Für eine solche begriffliche Bestimmung des antisemitischen Kerngehaltes ist es sekundär, wie die einzelnen Elemente jeweils konkretisiert werden. (5)

Handlungen, die in antisemitischen Vorstellungen motiviert oder mit antisemitischen Aussagen begründet werden, sind ebenfalls antisemitisch. Die Leugnung von antisemitischen Ereignissen in der Vergangenheit gilt gleichfalls als antisemitisch, da sie die geschichtliche Tatsache einer radikal antisemitischen Politik systematisch verneint.

Die Kritik an der staatlichen Politik Israels lässt sich von antisemitischen Äußerungen anhand von drei Kriterien unterscheiden: Eine politische Kritik misst die Politik Israels an den gleichen Standards, die sie auch für andere Staaten und Nationen geltend macht. Ebenso wie andere Völker das Recht auf einen eigenen Staat haben, stellt eine politische Kritik die Existenz des Staates Israel nicht in Frage. Schließlich unterstellt eine politische Kritik der Außenpolitik Israels keine anderen Ziele und Interessen wie der Außenpolitik anderer Staaten auch. Den antisemitischen Gehalt von vorgeblich nur israelkritischen Äußerungen erkennt man daran, dass die israelische Politik mit höheren moralischen Maßstäben gemessen wird als die Politik anderer Staaten („Double Standard“); dass sie auf eine grundsätzliche Delegitimierung Israels zielt und dass schließlich Israel dämonisiert wird.

Die begriffliche Klärung des Kerngehaltes von antisemitischen Aussagen ist für eine Versachlichung von Debatten hilfreich. Eine solche grundsätzliche Klärung erlaubt es, aktuelle Fälle an diesem Konzept von Antisemitismus zu messen. Erfüllt der jeweils vorliegende konkrete Fall die genannten Kriterien, handelt es sich um eine antisemitische Aussage, erfüllt er sie nicht, wäre es unangemessen, von Antisemitismus zu sprechen.

Zur Präzisierung der Diagnose und einer Versachlichung der öffentlichen Debatten kann eine weitere Überlegung beitragen: Heutzutage sind vielfach kritische Diagnosen verbreitet, die konstatieren, bei einer bestimmten Einstellung, bei dieser oder jener Äußerung oder einem konkret beobachteten Verhalten handele es sich um einen Fall von Antisemitismus. Dabei wird der Antisemitismusbegriff häufig nicht nur zur sachlichen Klassifikation einer bestimmten Aussage genutzt, die die oben dargestellten Kriterien erfüllt. Er ist darüber hinaus auch ein Alarmsignal. Diese alarmierende Funktion von Antisemitismusdiagnosen in der öffentlichen Kommunikation verwischt nun leicht Unterscheidungen, die für eine angemessene Bewertung der beobachteten Fälle von einiger Bedeutung sind.

Die erste Unterscheidung ist die zwischen Einstellungen und Verhalten. Es liegt auf der Hand, dass es für die Wirklichkeit des sozialen Lebens kein unbedeutender Unterschied ist, ob jemand bestimmte Einstellungen hat oder ob er ein in diesen Einstellungen begründetes Verhalten an den Tag legt. Um kurz beim Verhalten zu bleiben: Spontane Äußerungen und unüberlegte Meinungsbekundungen sind offensichtlich weniger schwerwiegende Fälle von antisemitischer Kommunikation als strategisch plazierte Propagandatexte, als handgreifliche Attacken auf Juden oder die Schändung von religiösen Stätten. Die Diagnose eines „Antisemitismus“ ohne weitere Differenzierungen verzichtet auf eine Gewichtung von Vorfällen und eine Hierarchisierung von Gefahren. Sie setzt sich damit nur zu leicht über die (auch juristisch erhebliche) Unterscheidung von Einstellung und Verhalten hinweg und wird zwangsläufig ungenau. (6)

Eine zweite Unterscheidung betrifft den Referenzrahmen, innerhalb dessen antisemitische Phänomene beurteilt werden. Es gibt antisemitische Äußerungen, die nach den moralischen Maßstäben eines zivilen zwischenmenschlichen Umgangs zu verurteilen sind und es gibt andere, die darüber hinaus auch Tatbestände des Strafrechts erfüllen. Volksverhetzung etwa oder die Leugnung der deutschen Verbrechen an den europäischen Juden sind verbotene und mit Strafen bedrohte Verhaltensweisen. Mit den unterschiedlichen Sanktionen erkennen die moralische Ordnung und die Rechtsordnung den zugrunde liegenden Verfehlungen auch ein jeweils unterschiedliches Gewicht zu. Die ungeschriebenen Gesetze der Moral führen dazu, dass mit Missachtung gestraft wird, wer die Würde anderer Personen verletzt. Dauer, Intensität und Reichweite dieser persönlichen Missachtung sind seiner sozialen Umwelt überlassen. Die geschriebenen Gesetze des Strafrechts können demgegenüber ein förmliches Gerichtsverfahren begründen und abgestufte Geld- und Freiheitsstrafen nach sich ziehen. Auch im Hinblick auf die Bewertungssysteme und ihre Hierarchisierung in Regel- und Normverstöße wird deutlich, dass das Konstatieren von Antisemitismus allein nicht sachklärend ist.

Drittens ist es für eine angemessene Bewertung von antisemitischen Phänomenen notwendig, auch ihren gesellschaftlichen und politischen Rahmen miteinzubeziehen. Die soziale Bedeutung einer antisemitischen Äußerung oder Handlung variiert je nach dem Meinungsklima ihrer unmittelbaren Umwelt, je nach den herrschenden Standards der politischen Kultur und dem jeweils geltenden nationalen Recht. In verschiedenen kleineren Geltungsmilieus (Rechtsextremismus, Islamismus) finden sie Zustimmung, aufs Ganze gesehen werden sie bei uns abgelehnt. Antisemitische Äußerungen stoßen in der politischen Öffentlichkeit Deutschlands heute weitgehend auf Widerspruch und sie sind wie andere Beleidigungen, Bedrohungen und Volksverhetzungen strafbar. (7) Lässt man die Gegenkräfte unberücksichtigt, kommt man leicht zu einer Situationsbewertung, in der die Existenz von antisemitischen Phänomenen von ihrer Bedeutung nicht unterschieden wird und damit gleichsam der Antisemitismus „das letzte Wort behält“.

Was erbringt der Hinweis auf Unterscheidungen, die jeder kennt und die selbstverständliche Grundlage unser gesellschaftlichen Lebens sind? Aktuelle Diagnosen von Antisemitismus, die in sich nicht weiter differenziert sind, nivellieren das Gewicht der verschiedenen Vorfälle. Alles wird gleich leicht, alles wird gleich schwer. Man verliert den Sinn für Proportionen, wenn man Schüleräußerungen wie systematische Propaganda von politischen Aktivisten, Spontanattacken wie geplante Anschläge unterscheidungslos als Fälle von Antisemitismus bezeichnet.

Erforderlich ist ein Bewusstsein für das unterschiedliche Gewicht von Äußerungen und Verhaltensweisen und die Bedeutung des sozialen wie politischen Kontextes jedoch nicht allein aus Gründen einer sachangemessenen Diagnose. Eine angemessene und erfolgreiche Auseinandersetzung mit antisemitischen Phänomenen ist unmittelbar an realistische und nachvollziehbare Problemeinschätzungen gebunden. Die bloße Klassifikation eines Ereignisses als „Antisemitismus“ ist nützlich, um die öffentliche Aufmerksamkeit zu gewinnen und ein Unwerturteil auszusprechen. Für das Verstehen der Hintergründe und Motive eines Vorfalls wie für seine soziale Bedeutung ist damit aber noch nichts gewonnen. Gerade im Hinblick auf aktuelle antisemitische Äußerungen von Kindern und Jugendlichen stellt dies aber für das pädagogischen Handeln die Hauptaufgabe dar. (8)

Anmerkung

- (1) Vgl. u.a.: Phyllis Chesler: Der neue Antisemitismus. Die globale Krise seit dem 11. September (2003), Hamburg, Berlin 2004; Philipp Gessler: Der neue Antisemitismus. Hinter den Kulissen der Normalität, Freiburg 2004; Hans Rauscher: Israel, Europa und der neue Antisemitismus. Ein aktuelles Handbuch, Wien 2004; Kafka. Zeitschrift für Mitteleuropa 2004, H. 14 (Themenheft „Antisemitismus“).
- (2) Vgl. Doron Rabinovici / Ulrich Speck / Natan Sznajder: Einleitung, in: diess. (Hrsg.): Neuer Antisemitismus? Eine globale Debatte, Frankfurt a.M. 2004, S. 7-18
- (3) Vgl. Werner Bergmann / Rainer Erb: Antisemitismus in Deutschland 1945-1996, in: Wolfgang Benz / Werner Bergmann (Hrsg.): Vorurteil und Völkermord. Entwicklungslinien des Antisemitismus, Freiburg i.B. 1997, S. 397-434.
- (4) Vgl. zu den genannten Fällen: Wolfgang Benz: Was ist Antisemitismus? Bonn 2004.
- (5) Vgl. zu dieser Begriffsbestimmung: Dietz Bering: Gutachten über den antisemitischen Charakter einer namenpolemischen Passage aus der Rede Jörg Haiders vom 28. Februar 2001, in: Anton Pelinka / Ruth Wodak (Hrsg.): „Dreck am Stecken“. Politik der Ausgrenzung, Wien 2002, S. 173-186.
- (6) Beispiele für diesen pauschalisierenden Typ von Diagnosen finden sich etwa in: Bulletin. Schriftenreihe des Zentrums Demokratische Kultur (ZDK), Nr. 5/ 2004.
- (7) Antisemitische Äußerungen und Handlungen stoßen in der Öffentlichkeit auf Widerspruch - auch wenn die Beobachtung zutrifft, derzufolge vielleicht die besondere historische Phase einer verstärkten Kommunikationslatenz des Antisemitismus zu Ende geht. Vgl. Werner Bergmann/ Wilhelm Heitmeyer: Antisemitismus: Verliert die Vorurteilsrepression ihre Wirkung? in: Wilhelm Heitmeyer (Hrsg.): Deutsche Zustände, Folge 3, Frankfurt a.M. 2005, S. 224-239.
- (8) Vgl. Michael Kohlstruck: Für eine unterschiedliche Thematisierung von Antisemitismus in Pädagogik und Politik, in: Überblick. Zeitschrift des Informations- und Dokumentationszentrums für Antirassismusbearbeitung in Nordrhein - Westfalen 10 (2004), Nr. 4, S. 21f. (http://www.ida-nrw.de/html/Ueberblick4_04.pdf)

Michael Schwandt

Anmerkungen aus der Bildungsarbeit zum „Antisemitismus in neuen Kontexten“

Erscheinungsformen von Antisemitismus in der Bildungspraxis

Der Titel des Panels -„Antisemitismus in neuen Kontexten“- unterstellt, dass wir es mit einem alten Phänomen zu tun haben, dass sich derzeit über die bekannten Formen des christlichen, völkischen und sekundären Antisemitismus hinaus neue Ausdrucksmuster sucht. Hier kann die Jugendarbeit und -bildung sicher helfen, ein aktuelles Lagebild zu gewinnen.

Das darf aber nicht dazu verleiten, dass es sich bei den hier benannten Ereignissen um Jugendphänomene im engeren Sinne handelt. Vielmehr ist zu vermuten, dass Jugendliche auch zum Antisemitismus nur lauter und ungebärdiger aussprechen, was andere Generationen ebenfalls umtreibt. Antisemitismus ist seit langem ein meist latent bleibendes Massenphänomen, und wenn es sich derzeit unter Jugendlichen stärker manifestiert, sollte daraus eher auf eine Verschiebung des politischen Meinungsklimas in der Bundesrepublik geschlossen werden als auf Unterschiede der Generationen.

Sekundärer Antisemitismus: Deutschland und seine NS - Vergangenheit

Bildung, auch Jugendbildung, hat bei aller Methodenvielfalt viel mit Sprache zu tun, und sie begegnet Antisemitismus daher meist in sprachlicher Form. Damit liegt sie am Schnittpunkt zwischen Einstellungs- und Handlungsebene. Mitarbeiter/innen vieler Jugend- und Bildungseinrichtungen haben zuletzt eine spürbare Zunahme von antisemitischen Äußerungen erlebt: Mancherorts hat sich unter Kindern und Jugendlichen etwa „Du Jude“ als gängiger Pejorativ eingebürgert.

Ob diese Berichte auf eine zunehmende Verbreitung entsprechender Stereotype zurückgehen, wird die Sozialforschung klären müssen, diese Antwort vermag die Pädagogik nicht zu geben (1). Sicher ist hingegen, dass die Hemmschwelle, judenfeindliche Einstellungen öffentlich manifest werden zu lassen, in den letzten Jahren gesunken ist. Das bisherige Tabu dagegen (2) scheint fortschreitend zu erodieren. Inhaltlich handelt es sich bei antisemitischen Äußerungen aus der deutschen Mehrheitsbevölkerung meist um Themen aus dem Kontext des „sekundären Antisemitismus“, des „Antisemitismus nach und wegen Auschwitz“. Wirtschaftliche Erpressung und politisches „Niederhalten“ Deutschlands durch angebliche übertriebene, einseitige oder sonst wie böswillige Überbetonung der NS - Geschichte sind die aktuell verbreiteten Topoi, deren nationalistische Untertöne mal mehr, mal weniger deutlich zu vernehmen, aber jedenfalls vorhanden sind, auch wenn die Akteure oft subjektiv keinerlei Nähe zu dezidierten Neonazis oder Rechtsextremisten verspüren. Da dieser Bereich doch insgesamt am besten bekannt und dokumentiert ist, möchte ich auf ihn nur kurz an einem Praxisbeispiel eingehen.

Bei mehreren hundert Projekttagen des Projektes „Courage“, die NDC und DGB (3) in Berlin und Brandenburg seit 2001 zu den Themen Diskriminierung, Vorurteile und Demokratie durchgeführt haben, brachten nur vereinzelt Schüler/innen von sich einschlägige Stereotype vor. Zu Äußerungen gegen jüdische Menschen als Personengruppe kam es dabei nur selten, verglichen mit den in manchen Klassen nahezu konsensualen abwertenden Ansichten über „Ausländer“, obwohl diese in manchen Brandenburger Regionen faktisch auch eine kaum wahrnehmbare Minderheit sind.

Islamisch und panarabisch motivierter Antisemitismus: Hass auf Israel

Zum expliziten Thema wurde Antisemitismus bei Projekten von NDC und DGB erst in Berliner Klassen mit hohem Schüleranteil arabischen oder türkischen Migrationshintergrundes. Auf die routinemäßige Frage der Pädagogen/innen, ob den Jugendlichen Beispiele für Gruppendifferenzierung bekannt wären, wurde hier oft sinngemäß geantwortet: „In Israel. Die Juden diskriminieren die Palästinenser.“ Der verdrückte, sich etwas windende Habitus des im NS - Kontext bekannten „Man wird doch wohl noch sagen dürfen ...“ fehlt dabei, an seine Stelle trat mitunter heftige Feindseligkeit.

Sich mit „den Palästinensern“ positiv identifizierende Jugendliche äußern Vorurteile offener, so kann vermutet werden, weil ihnen das in der deutschen Mehrheitsgesellschaft doch recht stark verankerte Verdikt gegen den Antisemitismus äußerlich geblieben ist, weil sie die deutsche NS - Geschichte nicht als ihren historischen Hintergrund begreifen (4). Legitimation ihres politischen Denkens finden sie offenbar eher im politischen Islam oder in panarabischen Ideen, soweit ideologische Herleitungen überhaupt vorgebracht wurden.

Um Verallgemeinerungen vorzubeugen betone ich, dass bis zum Beweis des Gegenteils nicht davon ausgegangen werden sollte, dass bestimmte Minderheiten antisemitischer sind als die Mehrheitsbevölkerung. Dass auch deutsche Schüler/innen vor allem im Kontext mit Israel viele Vorurteile äußern, haben die Projekte „Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus“ (5) und „Bildungsbausteine gegen Antisemitismus“ (6) angemerkt. Bei der Betrachtung wäre also wohl besser von Ähnlichkeiten zwischen arabischem und deutschem Nationalismus (7) auszugehen, die beide eine beständige Kränkung durch die Existenz Israels erleben - der eine, weil Israel ihn an die verdrängte Shoa gemahnt, der andere, weil Israel seinen Homogenitätsvorstellungen im Nahen Osten entgegensteht.

Arabische und islamische Jugendliche könnten aber durchaus dazu beitragen, dass der latent vorhandene Antisemitismus auch der Mehrheit von einer Unterströmung wieder zu einem manifesten Problem wird. Weltweit haben islamische und arabische Täter inzwischen einen größeren Anteil an antijüdischen Übergriffen zu verantworten als Neonazis (8). Damit ist dieser „neue Kontext“ die vielleicht aktuellste Herausforderung, aber zahlenmäßig wird man die meisten Antisemiten nach wie vor in der Mitte der Gesellschaft finden.

„Antiimperialistischer“ Antisemitismus und Anti - Amerikanismus

Wenn ein virulentes Vehikel des aktuellen Antisemitismus die Feindschaft gegen Israel ist, welche Anknüpfungspunkte an die deutsche Mehrheitsmeinung können in der Bildungsarbeit beobachtet werden? Eine Antwort führt auch zu den neuesten politischen Bewegungen.

Seit dem Sechstagekrieg 1967 gab es in der westdeutschen Linken eine sich als „antizionistisch“ bezeichnende Strömung, die nicht antisemitisch genannt werden mochte und darauf bestand, Israel aus rein antiimperialistischen Motiven Feindschaft angesagt zu haben. Dass dabei immer wieder auch jüdische Personen und Einrichtungen attackiert wurden, die mit dem Staat Israel nicht das Geringste zu tun haben, zeigt, wie weit diese Differenzierung trägt (9). In der DDR wurde lange ein Antizionismus gelehrt, der ebenso Israelfeindschaft mit leninistischem Antiimperialismus legitimierte (10). Dass Studien wie die von *Elmar Brähler* und *Oliver Decker* (11) immer noch Differenzen bezüglich der Ost - West - Verteilung einschlägiger Einstellungen feststellen -mehr Israel- und Amerikafeindschaft bei gleichzeitig weniger personaler Vorurteilen gegen Juden als Individuen im Osten- mag dadurch verständlich werden.

Mit dem Erstarken der deutschen Globalisierungs- und Friedensbewegung in den letzten Jahren tauchen auch wieder entsprechende antisemitische Klischees auf (12). Häufig wurde *ATTAC* in diesem Zusammenhang für populistische Kritik an der Weltwirtschaft getadelt (13), aber auch große Organisationen aus dem Öko- und Entwicklungshilfespektrum blasen zur *WTO*- oder *IWF* - Kritik gerne mal einen Zigarre rauchenden, fetten Gummikapitalisten an ihren Informationsständen auf.

Wo ökonomische Verhältnisse in so schlichten Bildern personalisiert werden, da lugt der „Sozialismus des Dummen Kerls“ (A. Bebel über den Antisemitismus) um die Ecke. Wo nur Spekulation und Finanzwelt kritisiert werden, liegt die Trennung von „raffendem“ und „schaffendem Kapital“ nahe. Geld und Juden sind dann meist der nächste Schritt in der Assoziationskette.

Nur wenige Pädagogen/innen können solchen Klischees ein klares wirtschaftliches Verständnis entgegensetzen und z.B. erklären, welche Funktion etwa eine Börse in der warenproduzierenden Ökonomie hat. Wer nicht weiß, nach welchen Gesetzen ein Wirtschaftssystem funktioniert, wird eher geneigt sein, Personen verantwortlich zu machen. Verschwörungstheorien sind schneller geglaubt als widerlegt (14), zumal von Jugendlichen, die einfache Erklärungen für den kritikwürdigen Zustand unserer Welt suchen.

Seit dem Irak - Krieg und der letzten Präsidentenwahl in den USA ist auch zu beobachten, dass heftige Kritik an den USA in fast allen Schichten und Spektren der deutschen Gesellschaft ungeachtet sonstiger Differenzen auf breite emotionale Zustimmung stößt. Dieser Antiamerikanismus geht mit nationalistischen Untertönen einher und ist von verschwörungstheoretischen und antisemitisch konnotierten Elementen durchzogen, die schon seit dem „11.9.“ eine Konjunktur erleben: Hollywood, Medienlobby, Ostküste, Wall - Street sind Schlüsselwörter, die in diesem Zusammenhang allesamt Juden meinen, ohne es auszusprechen.

In emotionaler Verbundenheit mit den Verlierern der Weltordnung neigen viele Engagierte offenbar zudem dazu, vorbehaltlos für die scheinbar Schwächeren Partei zu ergreifen - im Nahostkonflikt sind dies dann die Palästinenser. Israel als Partner der USA bietet sich dabei bestimmten Gruppen offensichtlich als negative Projektionsfläche an (15). Beispielsweise ergab eine Umfrage der EU-Kommission, dass 65% der Deutschen Israel für eine Gefahr für den Weltfrieden halten, während dies von Syrien und Saudi Arabien nur halb so viele denken (16). Die Quelle solcher Einschätzungen auch in Fehlern der neuesten sozialen Bewegungen zu suchen wäre wohl angeraten.

Modelle der Auseinandersetzung mit Antisemitismus in der Bildungsarbeit

Angesichts der Tatsache, dass Antisemitismus seit Gründung der Bundesrepublik ein Massenphänomen ist, gibt es eher wenige Akteure, die sich kontinuierlich mit ihm beschäftigen. Pioniere waren kirchennahe Organisationen wie die Gesellschaft für Deutsch-Jüdische Zusammenarbeit oder Aktion Sühnezeichen, die allerdings primär mit Bezug auf den Nationalsozialismus tätig waren und sind. Außerhalb dieses Zusammenhangs gab es lange Zeit wenig.

Im Rahmen der zivilgesellschaftlich orientierten Programme zur Bekämpfung des Rechtsextremismus sind in den letzten Jahren verstärkt neue Ansätze entwickelt worden. Neben solchen Projekten sind auch Schulen und Bildungsverwaltungen initiativ geworden. In Berlin sind derzeit zwei größere Arbeitskreise mit Antisemitismus befasst, in denen ca. zwei Dutzend regionale und überregionale Projekte und Träger beteiligt sind. Dies sind

- die Netzwerkstelle „Projekte gegen Antisemitismus“ bei der *Amadeu - Antonio - Stiftung* (17)
- die „Taskforce Education on Anti-Semitism“ beim *American Jewish Committee Berlin* (18).

Zielgruppe der meisten Projekte sind meist unmittelbar die Öffentlichkeit und Multiplikatoren im Bildungsbereich. Die Formen umfassen neben Aufklärungsarbeit vor allem Bildungsangebote wie Projekttag und Workshops für Jugendliche und Multiplikatoren.

Inhaltlich sind verschiedene Strömungen der Bildungsarbeit vertreten. In der historisch-politischen Bildung wird Antisemitismus meist über die Auseinandersetzung mit der NS - Geschichte thematisiert. In diesen Zusammenhang gehören die meisten Ansätze, die sich der Bearbeitung von sekundärem Antisemitismus widmen und vor allem versuchen, ein angemessenes Geschichtsbild zu vermitteln, das für Abwehr- und Verdrängungsreaktionen keinen Anlass mehr bietet (19).

Eher Ansätzen der interkulturellen Pädagogik verpflichtet fühlen sich Projekte, die sich auf die Herausbildung von Kompetenzen zur Anerkennung von verschiedenen Hintergründen, Lebensweisen und Herkunftskulturen konzentrieren und in diesem Zusammenhang verstärkt auch auf jüdisches Leben in Deutschland und seine Beziehungen zu anderen Minderheiten eingehen.

Erst im Zusammenhang mit dem gestiegenen Interesse und aktuellen Förderprogrammen sind auch einige Konzepte entwickelt worden, die sich explizit dem Thema Antisemitismus widmen und es mit interessierten Jugendlichen und Multiplikatoren direkt behandeln.

Wie auch immer der jeweilige pädagogische Ansatz aussieht, Einigkeit herrscht darüber, dass die Reflektion über die eigene Verstrickung in antisemitische Denkmuster vorrangig ist vor der Information über jüdisches Leben und jüdische Kultur. Bleiben stereotype Wahrnehmungsmuster erhalten, wird nämlich keine Begegnung, keine Sachinformation, kein Aufklärungsversuch eine Wirkung erzielen. Hauptziel wäre es daher, im Rahmen der pädagogischen Intervention Einsicht in eigene Denk- und Erlebnisprozesse zu erlangen, um Jugendliche und Erwachsene gegen projektive und verschwörungstheoretische Weiterklärungen zu immunisieren. Das Thema aller Bemühungen ist der Antisemitismus, nicht das Judentum!

Davon ist allerdings aus rein pragmatischen Gründen die Information oft nicht zu trennen, schon aufgrund der allgemeinen Konfusion vieler Jugendlicher in gesellschaftlichen Fragen. Wird das Thema Judentum direkt angesprochen, erhält man als Pädagoge häufig einen Wust von Vorstellungen, die auf völliger Unkenntnis der historischen, politischen und sozialen Fakten beruhen. Den meisten Jugendlichen sind weder die Zusammenhänge der drei großen monotheistischen Religionen bekannt, noch verfügen sie über ausreichende Informationen darüber, was das Judentum, insbesondere im Spannungsfeld zwischen den Begriffen „Religion“ und „Nationalität / Volk“ ausmacht, noch sind sie sich über die Entstehungsgeschichte des Staates Israel im klaren. Häufig herrscht auch Unkenntnis, ob „Jude“ eine legitime Bezeichnung ist, die man im alltäglichen Sprachgebrauch verwenden darf.

Perspektiven: Wirkungsvolle Strategien gegen Antisemitismus?

„Antisemitismus ist das Gerücht über die Juden“, schlug *T.W. Adorno* als Definition vor. Der Un- oder Halbwahrheit entgegenzutreten, Fakten an Stelle des Gerüchts setzen wäre tatsächlich eine klassische Bildungsaufgabe. Könnte Antisemitismus dementsprechend durch intensive Bildungsanstrengungen -die ausreichende Allokation von Finanzmitteln und die Sammlung von fachlichem Know - How vorausgesetzt- zum Verschwinden gebracht werden?

Leider ist das nicht zu erwarten. Der Antisemitismus ist über seinen Inhalt hinaus -Hass gegen Juden und alle mit ihnen assoziierten Erscheinungen- eben auch Teil eines Komplexes der Antiaufklärung und tief mit der europäischen Gesellschaftsstruktur verwoben. *Leszek Kolakowski* hat dies einmal so charakterisiert: „Der Antisemitismus ... ist keine Doktrin, die kritisiert werden kann, sondern eine Haltung, deren soziale Wurzeln so geartet sind, dass sie keine Begründung erfordert. Man kann ihm keine Argumente entgegensetzen, denn er ist mit einer Reaktionsart verbunden, der die Beweisführung als Denkart fremd und verhasst ist. Er ist ein Mangel an Kultur und Menschlichkeit, etwas, was im Gegensatz zu Theorie und Wissenschaft steht. Davon hat sich jeder überzeugt, der Gelegenheit hatte, mit einem Antisemiten eine jener hoffnungslosen Diskussionen zu führen, die immer dem Versuch ähneln, einem Tier das Sprechen beizubringen.“ Auch wenn nicht viele Fälle derart drastisch sind - ein pädagogisches Programm gegen weltanschaulich verfestigten Antisemitismus gibt es nicht.

Für die Klärung der Frage nach angemessenen Handlungskonzepten für die pädagogische Praxis wäre es daher zuerst notwendig, zwischen der eher oberflächlichen Verwendung antisemitischer Stereotype oder Meinungsfragmenten - also antisemitischer Äußerungen - und tatsächlichem Antisemitismus im Sinne eines geschlossenen Weltbildes, zu unterscheiden. Danach müssten sich die Strategien richten, die zwischen Information, Diskussion und Repression einzuschlagen wären. Leider wird sich erst nach längerer konkreter Auseinandersetzung offenbaren, wo zwischen diesen Polen ein gegebener Fall liegen mag, und ob kurz- oder langfristige Bildungsanstrengungen angemessen sein können.

Aus den bisherigen Bemühungen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus kann sicherlich einiges für das Engagement gegen Antisemitismus gelernt werden. Es handelt sich beim Antisemitismus wie beim Rechtsextremismus nicht primär um Gewalt-, Jugend oder Randgruppenphänomene. Eine Konzentration auf diese Bereiche wäre eine falsche Schwerpunktsetzung (20). Es handelt sich um ein Problem der Mehrheit bzw. der Mitte der Gesellschaft.

Bildungsprogramme sollten daher zumindest vom Grundgedanken her die unentschlossene, ambivalente Mehrheit mitdenken, egal ob diese nun durch Maßnahmen mit direkter Breitenwirkung oder vermittelt über Peer Group Education und ähnliche Vorhaben angesprochen wird. Bei manifesten Antisemiten bieten sich wohl nur sehr langfristig orientierte, eher sozialarbeiterische Zugänge an, wobei aus den massiven Fehlern bei der akzeptierenden Jugendarbeit mit rechtsextremen Jugendlichen gelernt werden sollte.

Ein gewisses Augenmerk sollte daher auf die Kontextualisierung der Äußerungen Jugendlicher gerichtet werden. Dazu bedarf es einer zielgruppengerechten Ansprache, weil das deutsche Geschichtsverständnis, an dem sich die Diskurse um Israel, Judentum und Antisemitismus orientieren, erstens auch unter Deutschen zunehmend umstritten ist und zweitens bei Jugendlichen mit Migrationshintergrund überhaupt nicht vorausgesetzt werden kann (21). Eine Konzentration auf spezielle Zielgruppen kann also pädagogisch-fachlich geboten sein, aber nicht von der Problemstellung her.

Auch existierende Programme könnten sich der Herausforderung Antisemitismus widmen. Wer sich beispielsweise mit Gedenkstättenpädagogik befasst wird beim Besuch einer entsprechenden Einrichtung in Israel oder den USA feststellen, dass dort die Geschichte der Shoa nicht nur bis zum 8.5.45 dokumentiert wird, sondern in der Regel bis zur Gründung und Festigung des Staates Israel 1948/49. Vielleicht wäre ein solches Vorgehen auch für deutsche Rahmenpläne und Bildungseinrichtungen bedenkenswert.

Solange in der deutschen Öffentlichkeit aber Politiker, Intellektuelle oder Generäle mit Themen hausieren gehen, die eine zwielichtige Sphäre ressentimentgeladenen Einverständnisses unterhalb eines offenen Antisemitismus schaffen, das Gerede vom „es - muss - doch - mal - schluss - sein“ und „man - wird - doch - wohl - noch - sagen - dürfen“ - solange werden Bildungsanstrengungen an der gesellschaftlichen Basis sehr wirksam durch die veröffentlichte Meinung konterkariert.

Daher ist es nicht nur wichtig, dass z.B. arabische Sattelitenprogramme, die Verfilmungen der „Protokolle der Weisen von Zion“ und ähnliche Machwerke senden, abgeschaltet werden (22), und dass der Vertrieb entsprechender Schriften unterbunden wird, sondern dass auch im öffentlich - rechtlichen Fernsehen der Bundesrepublik darauf verzichtet wird, palästinensische Siedlungen als „Flüchtlingslager“ zu bezeichnen, die „von der israelischen Luftwaffe bombardiert werden“ - ein Sprachgebrauch, der zwar formal korrekt sein mag, aber hochgradig geeignet ist, Assoziationen zu schüren, die bestehende Vorurteile stärken und bestätigen können (23).

Institutionen, die langfristige Aufgaben übernehmen und nachhaltige Veränderungen im öffentlichen Klima der Bundesrepublik herbeiführen sollen, brauchen dafür übrigens ebenso langfristige Perspektiven. Kurzzeitige Projekte oder Maßnahmen ins Leben zu rufen ist gut, aber nicht ausreichend. Trotz der Programme *XENOS*, *ENTIMON* und *CIVITAS* etc. sind die Wahlerfolge rechtsextremer Parteien bekanntlich nicht geringer geworden. Dieser Umstand belegt weder die Nutzlosigkeit von

Bildungsprogrammen, noch ihre tatsächlich mangelhafte Ausstattung und Finanzierung. Er verweist schlicht darauf, dass es gesellschaftliche Kräfte und Entwicklungen gibt, die auf das Verhalten der Mitmenschen einen stärkeren Einfluss ausüben als pädagogische Maßnahmen in ihrer Gesamtheit (24).

In diesem Zusammenhang würde ich gerne auch noch darauf hinweisen, dass Bildungsziele auf allen Ebenen, von der vorschulischen Erziehung bis hin zur Hochschulreform, heute allgemein nicht mehr unter der Prämisse diskutiert werden, dass an ihrem Ende ein mündiger, gebildeter und selbstreflektierter Bürger stehen möge, sondern ein möglichst junger, fachlich qualifizierter, mobiler und flexibler Arbeitskraftbesitzer. Diese Orientierung sollte man angesichts der vielbeklagten gesellschaftlichen Probleme, von denen Antisemitismus nur eines ist, und bei denen dann zyklisch immer laut nach Bildungsexperten gerufen wird, als vollkommen unzureichend verwerfen.

Anmerkungen

- (1) Je nach Umfrage- und Bewertungsmethode liegt der Anteil von überzeugten Antisemiten stetig bei 5-10%, zusätzlich stimmen 20-40% der Bevölkerung einzelnen Stereotypen zu. Zuletzt nannte z.B. Prof. Werner Bergmann im Tagesspiegel vom 23.1.2005 Zahlen von 15-20%.
- (2) Das so stark nie gewesen ist, wie seine erstaunlich motivierten Kritiker gerne vortragen. Das Jammern über die angebliche Unmöglichkeit, in Deutschland Juden und Israel zu kritisieren, ist selbst Teil eines antisemitischen Komplexes oder „Tickets“.
- (3) Projektvorstellung unter www.tagesseminare.de oder www.netzwerk-courage.de
- (4) Die Bedeutung von Geschichte für die Identitätsbildung in der deutschen Migrationsgesellschaft (die bekanntlich große Integrationsdefizite aufweist) beschreibt z.B. Viola Georgi in „Entlehene Erinnerung“, Hamburg 2003.
- (5) Internet www.kiga-berlin.org
- (6) Internet www.bildungsteam.de/bausteine.htm
- (7) „Überall dort, wo eine bestimmte Art des militanten und exzessiven Nationalismus predigt, wird der Antisemitismus gleichsam automatisch mitgeliefert.“ T.W. Adorno, Zur Bekämpfung des Antisemitismus heute, Frankfurt a. M. 1986, GW, Bd.20.1, S.361. So gut wie nichts in diesem Text ist übrigens von der Zeit überholt worden.
- (8) So eine Studie des dem israelischen Außenministerium nahe stehenden „Globalen Forums gegen Antisemitismus“ in Jerusalem nach einem Rundschreiben der Amadeu - Antonio - Stiftung vom 25.Januar 2005.
- (9) Genannte seien Anschläge auf jüdische Einrichtungen, die Flugzeugentführung nach Entebbe und die „Boykottiert Israel“ - Parole an der Hamburger Hafenstrasse. Das Konstrukt der „Siedlerstaaten“ USA, Israel und Südafrika, in denen homogene Siedlergemeinschaften die lokale Bevölkerung unterjochen würden, der deshalb kollektiv im Sinne von Lenins „Unterdrückten Völkern“ beizustehen sei, lieferte dafür ein krudes ideologisches Fundament.
- (10) Detailliert nachzulesen z.B. in Thomas Haurys „Antisemitismus von Links“, Hamburg 2002.
- (11) Vgl. Elmar Brähler, *Oliver Decker*, „Einstellungen zu Juden und Amerikanern, Einschränkungen der Bürgerrechte, Militäraktionen und Ausländerängsten, Ergebnisse einer repräsentativen Befragung im Herbst 2003“, Uni Leipzig, 2004.
- (12) Die entsprechenden Tendenzen aus den 80er Jahren sind von Wolfgang Pohrt u.A. in „Stammesbewusstsein, Kulturnation“, Berlin 1984, einer profunden und lesenswerten Kritik unterzogen worden.
- (13) Attac hat inzwischen wiederholt darauf hingewiesen dass man das Problem erkannt und eine öffentliche Debatte eingeleitet habe. www.attac.de/debatte/israpal.php.
- (14) Eine Methode zur pädagogischen Bearbeitung von Verschwörungstheorien enthalten die vom DGB Bildungswerk Thüringen herausgegebenen „Bausteine für die nicht-rassistische Bildungsarbeit“, die in ihrer sehr empfehlenswerten Neuauflage ein Kapitel zu Antisemitismus enthalten. <http://baustein.dgb-bwt.de>

- (15) Auf Seminaren des Bildungswerks Berlin der Heinrich - Böll - Stiftung für politisch aktive Jugendliche zeigt sich immer wieder sowohl hohes Interesse als auch eine rational wenig erklärbare emotionale Besetzung des Themas „Nahost“. www.alt-l.de
- (16) Umfrage der EU:
[tp://europa.eu.int/comm/public_opinion/flash/fl1151_iraq_full_report.pdf](http://europa.eu.int/comm/public_opinion/flash/fl1151_iraq_full_report.pdf). Höhere Werte wurden nur in den Nachbarländern Niederlanden (74%), Luxemburg (66%) und Österreich (69%) gemessen.
- (17) www.projekte-gegen-antisemitismus.de
- (18) www.ajc.org/german/kontakt.asp
- (19) Dieser Ansatz ist wohl am weitesten verbreitet und am besten erprobt, Leider hat der Mangel an anderen Diskursen dazu geführt, dass die einzige Information, die vielen Jugendlichen über Juden bekannt ist, diese Opfer des NS waren.
- (20) Das „Aktionsprogramm gegen Gewalt und Aggression“, AGAG, führte z.B. seinerzeit zu einer fatalen Entpolitisierung der Arbeit gegen Rechtsextremismus und verfehle insgesamt sein Ziel. Vgl. Birgit Rommelspacher, Ülger Polat, Czarina Wilpert Die Evaluation des CIVITAS-Programms, in: Lynen von Berg, R. Roth (Hg.): Massnahmen und Programme gegen Rechtsextremismus wissenschaftlich begleitet. (Opladen 2002).
- (21) In Berlin arbeitet derzeit u.A. die Kreuzberger Initiative gegen Antisemitismus“ auf diesem Feld: www.kiga-berlin.org.
- (22) Ein erster Schritt in diese Richtung wurde z.B. in Frankreich unternommen, als der Beiruter „Hisb Allah“-Sender Al-Manar, der u. A. im Ramadan 2003 die antisemitische Serie „Diaspora“ ausstrahlte, auf Anweisung des Conseils d'Etat vom Sattelitenprogramm genommen wurde.
- (23) Zur Kritik der Israel-Berichterstattung empfiehlt es sich, auf die Arbeiten des „Midle East Media Research Institute“ zurückzugreifen. <http://memri.de/>.
Trotzdem sind die entsprechenden Klagen der aktiven Träger verständlich. Wer selber einmal sei eigenes Geld in leichter mess- und bewertbare Güter als Bildung investiert hat weiß genau: Wenn Kosten das einzige Kriterium sind, bekommt man auf Dauer unausweichlich nur schlechte Qualität. Dass dies im Bildungssektor mit seinen immateriellen, schwer evaluierbaren Produkten ebenso ist muss offenbar erst noch begriffen werden.

Jakob F. Dittmar

Gewaltprävention und Massenmedien

Nachrichtenwert und Selektion

Journalistische Arbeit beruht auf Auswahlmechanismen: es wird immer zwischen Nicht - Information und Information unterschieden. Journalisten werden hierbei zu den Torhütern der Medien, sie entscheiden darüber, was hinein kommt und was nicht.

Die Kriterien hierfür sind recht simpel. Wesentlich ist, dass es sich um Neuheiten handelt, die idealerweise an bestehende Themen anknüpfbar sind, die man serialisieren kann. Die Betroffenheit und die Darstellbarkeit ist wichtig. Wenn ein Thema allgemein genug aufzuhängen ist, einen großen Teil der Bevölkerung betrifft, so ist davon auszugehen, dass es seinen Weg in die Medien findet. Wenn Themen die Medienmacher interessieren, so ist die Wahrscheinlichkeit ebenfalls groß, dass sie berichtet werden. Eingeschränkt wird die Berichtbarkeit massiv durch geringe Darstellbarkeit des Themas, durch hohe Komplexität. So werden z.B. legislatorische oder verwaltungstechnische Feinheiten selten thematisiert, da sich die Details in einer entsprechend groben Zusammenfassung nicht mehr berichten lassen und der Anlass des Berichts wegfällt. Der Raum für eine umfassende Einführung, die hierfür notwendig wäre, wird Themen, die sich durch die ihnen eigene Komplexität als Stoffe für Spezialisten darstellen, in den allgemeinen Massenmedien nicht eingeräumt.

Berichtet wird normalerweise von Ausnahmen, nicht von den Regeln. So wird z.B. nicht über die unzähligen Radfahrer auf Berlins Straßen berichtet, sondern es wird von dem verunglückten Radfahrer berichtet, der für die Medien „idealerweise“ dramatisierbar ist - der spektakulär verunglückt, selber sehr unaufmerksam / leichtsinnig oder Opfer extremer Unaufmerksamkeit anderer war, der Familie hinterlässt, usw.

Jeder Bericht in den Medien ist an Details aufgehängt. Diese Aufhänger sichern die Anbindung an aktuelle Geschehnisse oder an zurückliegende Ereignisse („wir berichteten“). Was an einem Ereignis als Aufhänger genutzt wird, ist von den entsprechend aktuellen Themen und der Ausrichtung der berichtenden Medien abhängig: die Schwerpunkte sind auch innerhalb ein und desselben Fernsehsenders je nach Sendung, in der ein Ereignis thematisiert werden soll, extrem unterschiedlich.

Die Medien bzw. die Medienmacher wählen aus der Masse der Geschehnisse aus. Nur was ihnen auffällt, hat eine Chance, auch aufgegriffen und berichtet zu werden. Der Großteil der Ereignisse wird nicht zur Information für und in den Medien. Zu beachten ist hierbei, dass massmediale Kommunikation ein dreistufiger Selektionsprozess ist:

- Selektion der Information - aus der Masse der Ereignisse werden einige bemerkt, andere bleiben unbemerkt. Es trennt sich, was als Information wahrgenommen wird und was nicht.
- Selektion der Mitteilung - aus der Menge der Informationen wird einiges mitgeteilt, anderes nicht. Die ausgewählten Informationen werden zu Mitteilungen. Die anderen bleiben unberichtet.
- Selektion der Annahme / des Verstehens - die gegebenen Mitteilungen werden von den Rezipienten angenommen oder auch nicht. Dies hängt von der jeweiligen Aufmerksamkeit und Interessenlage, dem Bedarf nach Information ab.

Objektive Realität ist für die Medien nicht erreichbar. Massenmedien konstruieren aber eine sozial verbindliche, gemeinsame Realitätsvorstellung. Hierdurch geben sie eine „Lesart für die Welt“ vor und stabilisieren durch ihre Berichte und Verweise das Gedächtnis der jeweiligen Gesellschaft. Die Massenmedien arbeiten hierbei mit zwei Realitäten.

Die Kommunikation, die in den Massenmedien abläuft, die Themen und ihre Aufbereitung, die die Massenmedien durchläuft, ist die „reale Realität der Massenmedien“. Die durch die Kommunikation der Massenmedien für andere erscheinende Realität ist die „beobachtete Realität“. Immer gilt, dass die Themen auch ganz andere sein könnten und so eine entsprechend andere Realität beobachtet werden könnte. Nach Niklas Luhmann (von dem das Modell der dreistufigen Selektion und die Beobachtung zur Realität der Massenmedien stammen) ist den Rezipienten bewusst, dass die Medien selektiert haben und entsprechend auch ganz andere Mitteilungen in den Medien stehen könnten. Als Gegenargument ließe sich jedoch festhalten, dass die Medien bestimmen, was zum Thema wird. D.h., was nicht in der Zeitung stand, nicht in den Fernsehberichten auftaucht, hat für die breite Öffentlichkeit nicht stattgefunden.

Ob sich ein Fernsehkonsument oder Printmedienleser von einem Bericht angesprochen fühlt, hängt davon ab, ob seine Aufmerksamkeit, sein Interesse geweckt werden kann, und ob er sich angesprochen, betroffen fühlt. Entsprechend ist für die Wirkung in den Medien wesentlich, wie die Themen aufbereitet werden.

Was die Medien im Zusammenhang mit dem entsprechenden Thema berichten, beeinflusst die Bewertung der Mitteilung durch den Rezipienten. Was diese von dem Berichteten annehmen, ist von dem gewählten Aufhänger, der Tonart des Berichts und dem Blickwinkel auf das Problem abhängig - und wird zusätzlich massiv von den die eigentlichen Inhalte begleitenden Bildern beeinflusst.

Hierbei ist die Emotionalisierung von Berichten extrem wichtig. Wenn z.B. zur Illustration eines Berichts über die Gefahren von Kampfhunden Bilder eines menschenleeren Spielplatzes gezeigt werden, aufgenommen aus Kinderperspektive, so ist die emotionale Wirkung entsprechend. Der selbe Bericht wirkt völlig anders, wenn er mit Bildern von herumtollenden Hunden auf grüner Wiese illustriert wird, idealerweise aufgenommen von einem erhöhten, also als sicher oder dominant wirkenden Standort.

Jedes Thema lässt sich so unterschwellig werten. Und entsprechend beeinflusst kommt die Berichterstattung beim Empfänger an, der sich nun betroffen oder nicht angesprochen fühlt und die angebotene Information aufnimmt oder nicht.

Zum Thema werden - Gewaltprävention in den Medien

Der Anlass für die Mitteilung von Präventionsmöglichkeiten ist in der Medienpraxis von den beschriebenen Mechanismen abhängig. Aufhänger und Nachrichtenwerte für die Medien und die Medienempfänger müssen gegeben werden, sonst wird das Angebot nicht als Information wahrgenommen. Im Zusammenhang mit Geschehnissen, die man gerade vermeiden möchte, kann natürlich versucht werden, die Präventionsstrategien zu platzieren. Ob dies jedoch gelingt, hängt vom Thema, dem hierfür zur Verfügung stehenden Raum in den Medien, der Aufmerksamkeit und dem Interesse der Journalisten respektive der Medienmacher ab.

Entsprechend hat Präventionskommunikation entscheidende Kommunikationsprobleme. Das Material bzw. der jeweilige Bericht muss aus der Masse der Information herausstechen, damit er wahrgenommen und berichtet werden kann. Er muss als mitteilenswert betrachtet werden, in den aktuellen Kontext passen und er muss darstellbar sein.

Selbst wenn die entsprechende Kommunikation in die Medien gelangt, muss sie dort auch wieder auffindbar sein (einen entsprechend günstigen Sendeplatz bzw. Platzierung in den Printmedien bekommen) und zu guter Letzt muss der Empfänger Bedarf an den mitgeteilten Inhalten haben. Wenn sie für ihn relevant sind, wird er sie nutzen können, wenn sie ihn interessieren, besteht die Wahrscheinlichkeit, dass er sich zu gegebener Zeit an die Information erinnert - und hoffentlich danach handelt.

Hans Peter Peters hat im Bereich der Risiko-Kommunikation den Begriff „Schnell - Lern - Situationen“ geprägt. Dieser ist auf die Präventionskommunikation übertragbar, da diese ebenfalls die deutlichsten Ergebnisse und stärksten Erfolge verbuchen kann, wenn die Empfänger sich in Situationen befinden, in denen sie feststellen, dass sie ein entsprechendes Defizit an Informationen und damit an Handlungsalternativen haben. Als die Katastrophe von Tschernobyl Europa in Angst und Schrecken versetzt hat, waren auch komplexere Zusammenhänge der Atomphysik sogar in der Boulevard-Presse Thema. Beim Einkauf blieb auch langfristig die Aufmerksamkeit hinsichtlich der Gefahr der jeweiligen Strahlenbelastung von Produkten groß, man war informiert. Als Aids als aktuelle Gefahr für die breite Masse begriffen wurde, waren entsprechende Präventionsthemen allgegenwärtig. Die Erfolge der Präventionsarbeit hierzu waren beträchtlich. Aber an diesem Beispiel wird auch deutlich, wie kurz die Aufmerksamkeitsspanne der Massenmedien und der Menschen heute ist. Gewöhnung hat eingesetzt, die Werbung für Kondome verliert ihre Wirkung. So ist die gegenwärtig wachsende Verbreitung von Syphilis und anderen eigentlich eingedämmten Krankheiten aufgrund der fehlenden Nutzung von Ansteckungsverhütungsmitteln immens, aber kaum Thema in der Presse. Es muss scheinbar erst etwas Gewaltiges geschehen, damit die Aufmerksamkeit und Betroffenheit der Massen für eine Weile sicher ist.

Gewaltprävention mit den Medien

Es ist in der gegenwärtigen Lage der Medien und dem daraus resultierenden Sparsifer dortselbst nicht zu erwarten, dass die Zeit, die Journalisten für Recherchen zur Verfügung steht, vermehrt wird. Vielmehr droht die Arbeitsmenge bei gleichzeitigem Zeitmangel dazu zu führen, dass die Themenauswahl immer mehr nach erstem Augenschein getroffen wird und entsprechend komplexe Themen nicht aufgegriffen werden. Die vielbeschriebene Boulevardisierung der Medien geht damit einher.

Wer in der Gewaltprävention tätig ist, ist auf ein bestimmtes Feld ausgerichtet, gearbeitet wird mit Opfern oder Tätern, beziehungsweise mit möglichen Opfern oder Tätern. Öffentlichkeit kann für das eigene Arbeitsfeld und dessen Etablierung hilfreich sein, Zukunft und Finanzierung können davon abhängen - aber Presseberichte können auch kontraproduktiv sein. Es sollte auch unterschieden werden zwischen Öffentlichkeit und Massenmedien. Berichterstattung in den Massenmedien bietet die größte und schnellste Verbreitung der Nachricht. Aber gerade im Hinblick auf die Mechanismen der Themenauswahl und Schwerpunktsetzung in der Medienberichterstattung muss vor dem Kontakt mit der Presse immer die Frage stehen, wie die eigene Bezugsgruppe reagieren könnte - und wie sich deren Thematisierung in den Medien auf die Gruppe und ihre Mitglieder auswirkt. Wenn aggressives Verhalten, oder Außenseiter in ihrer Rolle inszeniert und bestätigt würden oder ein Vertrauensverlust der Gruppe in die eigene Arbeit droht, kann der Umgang mit der Presse, wenn überhaupt, nur sehr vorsichtig geschehen.

Vermieden werden muss jede Anbiederung an die Presse. Das Profil, die Stärken und Eigenheiten der eigenen Präventionsarbeit müssen sicher sein vor einer zweifelhaften Inszenierung in den und durch die Medien, die das Thema sonst verbrauchen, bis es nicht mehr „neu“ und „spannend“ ist, um sich dann anderen zuzuwenden. Und hinter sich eine Trümmerlandschaft zurücklassen.

Für die Präsentation der eigenen Anliegen in den Medien muss man die sich bietenden Situationen und Gelegenheiten nutzen. Entsprechend müssen für solche Bedarfsmomente Informationen bereitgehalten werden. Diese Informationen müssen aufbereitet sein, so dass sie verstehbar, abbildbar und portionierbar sind. Sie sind ein Angebot an die Medien, die nach ihren Kriterien auswählen, die Aufhänger und Berichtsschwerpunkte nach ihren Kriterien setzen. Im Umgang mit den Medien muss man entsprechend tolerant gegen Frustrationen sein, die sich angesichts der Umsetzung des eigenen Themas in den Medien fast zwangsläufig einstellen.

Man kann über die Nutzung von fremdbestimmten Ereignissen hinaus versuchen, Gründe für Berichte in den Medien zu schaffen. Veranstaltungen, Aktionen, usw. Hierbei braucht man Anknüpfungspunkte, man muss die Aufmerksamkeit der Bevölkerung und der Medien wecken. Kontakt mit Medienmitarbeitern erleichtert dies, sichern kann er nichts. Es hilft, gute Bildmotive zu bieten. Reißerisches ist zu vermeiden. Man kann versuchen, entsprechende Erwartungen angenehm zu enttäuschen. Wobei keine Gewalt gar nicht so einfach darzustellen ist.

Literatur

Luhmann, Niklas: Die Realität der Massenmedien. Opladen: 1995.

ders.: „Was ist Kommunikation?“ in: Soziologische Aufklärung 6. Opladen: 1995, 113 - 124.

Peters, Hans Peter: "Massenmedien als Vermittler zwischen Experten und Nichtexperten" in: Kerner, Max (Hrsg.): Aufstand der Laien: Expertentum und Demokratie in der technisierten Welt. Aachen: 1996, 61 - 88.

Brigitte Grunert

Input der Pressevertreterin

Meine Herren und Damen, ich kann mich der Auffassung nicht anschließen, Gewaltprävention werde von den Medien stiefmütterlich behandelt. Man findet zu diesem Thema vielfältige Berichte und Hinweise in recht dichter Folge. Wer in die Archive geht, kann sich davon überzeugen. Nur dringen solche Berichte offenbar wenig ins Bewusstsein. Sie gehen leicht unter in der Informationsflut, die uns täglich überspült. Nie gab es so viele und so schnelle Informationen wie heute. Journalisten müssen diese beinahe schneller verarbeiten, als sie denken können. Die moderne Technik macht es möglich. Das aktuelle Geschehen steht naturgemäß im Vordergrund der Nachrichten, Hintergrundberichte, Analysen, Reportagen und Kommentare. Dabei müssen die Themen gewichtet, die Spreu vom Weizen getrennt werden. Es ist übrigens eine alte Zeitungsweisheit: Auf dem Rand kann man nicht drucken. Ich kann allerdings wenig mit dem ewigen Vorwurf anfangen, für Journalisten sei nur eine schlechte Nachricht eine gute Nachricht.

Richtig ist zweierlei. Erstens: die Presse braucht Leser, der Rundfunk braucht Hörer, das Fernsehen braucht Zuschauer. Sonst könnten sie nicht existieren. Der Konkurrenzkampf um Leser und Einschaltquoten ist hart. Das Publikum will möglichst rasch über alles aus aller Welt informiert sein. Folglich müssen die Medien die Dinge knapp, übersichtlich, spannend und unterhaltsam schildern. Damit rede ich keiner billigen Sensationsmacherei das Wort, die es leider auch gibt.

Zweitens: Die Medien dürfen schlechte Nachrichten nicht ignorieren. Sonst würden sie uns eine heile Welt vorgaukeln, die es nicht gibt. Nur in Diktaturen werden schlechte Nachrichten nach dem Motto unterdrückt, dass nicht sein kann, was nicht sein darf. Selbstverständlich machen erfreuliche Ereignisse ebenso Schlagzeilen wie unerfreuliche. Nur müssen auch so genannte gute Nachrichten kritisch beäugt werden. Man wird ja wohl noch fragen dürfen, ob ein sinnvoller Plan hält, was er verspricht. Die Einstellung von zusätzlich 15 Schulpsychologen war vor zwei Jahren zweifellos eine gute Nachricht. Doch wurde ebenso über die Kritik berichtet, dass 15 zu wenig seien.

Die Medien informieren in mehr oder weniger großer Aufmachung über Skandale, Jammer und Elend, Gewalt, Mord und Totschlag. Auch die Ursachen und Motive werden von allen Seiten beleuchtet. Die Warum - Frage ist ja immer die eigentlich interessante hinter der Was - Ist - Frage. Warum hat eine Mutter ihr Kind verdursten lassen? Hat das Jugendamt versagt, wenn von Kindesmisshandlung, womöglich mit Todesfolge, die Rede ist? Wieso kann jemand in einem Gerichtsgebäude oder im Sozialamt Amok laufen? Häufig werden dieselben aufregenden Gewalttaten wiederholt behandelt, um die Leute über neue Aspekte auf dem Laufenden zu halten. So entsteht der Eindruck, es werde mit Lust nur über alles Übel berichtet und Präventionsmaßnahmen keine Rolle. Dieser Eindruck ist, wie gesagt, falsch. Bei näherem Hinsehen fällt nämlich auf, dass oft die Warum - Frage mit der Verhinderungsfrage verknüpft wird. Motivforschung und Hinweise auf Prävention werden miteinander verbunden.

Ich will hierfür ein Beispiel aus den letzten Wochen nennen, das auch im Abgeordnetenhaus zur Sprache kam. Ein Mann hat seine Frau in einem Imbisslokal erstochen, vor den Augen der Tochter und der Mutter der Frau. Wie *Der Tagesspiegel* berichtete, hatte sich die Frau von ihrem Mann getrennt, weil er gewalttätig war, was auch bei der Polizei aktenkundig war. Sie hatte mit dem Kind eine eigene Wohnung bezogen und sogar beim Amtsgericht ein Annäherungsverbot des Ehemannes erwirkt, von dem sie sich bedroht fühlte. Dem *Tagesspiegel* zufolge hieß es nach der Bluttat bei der polizeilichen Präventionsstelle vor häuslicher Gewalt, man könne nicht jeden, der sich bedroht fühle, unter Polizeischutz stellen. Die Leser erfuhren also nicht nur, dass eine Bluttat geschah, sondern auch einiges über Präventionsmöglichkeiten, die in diesem Fall leider nichts nutzten.

Kurz darauf las ich, passend zu diesem traurigen Fall, dass in Spanien gewalttätige Männer zum Tragen einer elektronischen Fessel am Handgelenk verurteilt werden können, damit die Polizei sofort einschreiten kann, wenn sie ihren Frauen verbotswidrig zu nahe kommen. Auch las ich neulich in der Zeitung, dass die BVG mehr Überwachungskameras in der U - Bahn installieren will, um Graffiti - Sünder und Scheiben - Zerkratzer dingfest zu machen oder sie von ihrem Tun abzuhalten. Der Artikel war gefällig verpackt in Informationen über die Vorbereitung auf die Fußball - WM 2006 und Hinweise auf reisende Graffiti - Sprayer, die man zu diesem Ereignis nicht als Touristen sehen will. Auch war davon die Rede, wie andere Städte das Graffiti - Problem losgeworden sind. Mit solchen Vergleichen gibt die Presse den Politikern womöglich Anstöße, sich mit Maßnahmen anderswo zu befassen. Ob sie diese für probate Mittel halten, steht auf einem anderen Blatt.

Oder nehmen wir das Blutbad von Erfurt, das ein Amok laufender Schüler im Jahr 2002 in der Schule angerichtet hat. 16 Todesopfer waren zu beklagen. Bundesweit schlug sich das grauenhafte Geschehen wochenlang in den Medien nieder, einschließlich breiter Erörterungen, ob und wie man dies hätte verhindern können oder Derartiges überhaupt verhindern kann.

Es ist klar, dass jede große Neuigkeit, jede Freudenbotschaft, jede Schreckensmeldung, jeder Skandal Emotionen weckt. So etwas ist aufregend. Man diskutiert darüber erregt, egal, ob aus reiner Neugier und Sensationslust oder aus Erschütterung und Anteilnahme. Jeder fühlt sich berufen, zu beurteilen und zu verurteilen. Prävention für sich genommen ist hingegen ein zwar interessantes Thema, aber keines, das unter die Haut geht, sofern eben kein Drama der Anlass ist.

Trotzdem ist das Thema auch ohne aktuelle Anlässe in den Medien zu finden. Seit Jahren wird zum Beispiel das Quartiersmanagement in Berliner Problemkiezen immer wieder ausführlich behandelt. Dass Mieter, Wohnungsgesellschaften, Behörden, Vereine und Kirchen zusammenarbeiten, um Verwahrlosung entgegenzuwirken, ist schließlich auch eine Form der Gewaltprävention und vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung.

Ebenso spielen jetzt die neuen Kiezstreifen der Ordnungsämter eine starke Rolle in den Medien. Selbstverständlich ist die Berichterstattung kritisch, teils auf Grund der politischen Diskussion, teils auf Grund eigener Recherchen. Aber man macht ja eine erfreuliche Initiative, eine sinnvolle Einrichtung noch lange nicht madig, wenn man fragt, ob die Konzepte aufgehen oder korrigiert werden müssen, ob es zum Beispiel genügend Kiezstreifen gibt, ob sie auf ihre Aufgabe gut vorbereitet wurden und so weiter. Kiezstreifen sollen nur Ordnungswidrigkeiten ahnden, aber das ist eben eine Voraussetzung dafür, dass Schlimmeres verhütet wird.

Die Medien berichten auch über scheinbar kleine Möglichkeiten der Prävention, etwa über Schüler/innen als Konfliktlotsen, über Kooperationen von Polizei und Schulen, über Krisenzentren und Zufluchtwohnungen für Jugendliche, die häuslicher Gewalt entfliehen, über Drogenprävention, über Familienhelfer und anderes mehr. Seit 1987 haben in Berlin Krawalle zum 1. Mai Tradition. Seither spiegeln sich in den Medien immer rund um den 1. Mai die heißen Erörterungen von Politikern und Polizei über die richtige Strategie wider, Randalen nicht nur zu bekämpfen, sondern möglichst auch zu verhindern.

Sicherlich könnten sich Zeitungen, Rundfunk und Fernsehen noch intensiver des Themas Prävention annehmen. Sie könnten beispielsweise ehrenamtliche Akteure mit ihren Erfolgen und Sorgen vorstellen. Erst dieser Tage hörte ich im *Info - Radio* einen, wenn auch sehr kurzen, Bericht über zwei offenbar selbst ernannte Kiezläufer, die aus eigenem Antrieb im Soldiner Kiez nach dem Rechten sehen, mit den Menschen reden und sich ihrer Sorgen annehmen, so weit sie es können. Die Medien könnten sicherlich detaillierter über Stärken und Schwächen der Jugendarbeit berichten. Wie weit lassen sich schwierige Jugendliche überhaupt auf Vereine und Jugendclubs ein? Gibt es fesselnde Angebote? Was tun die Institutionen, um irre geleitete Jugendliche, etwa rechtsextremistische Rabauken, in die richtige Bahn zurückzuholen?

Eines muss ich allerdings betonen. Die Medien können nicht jedes der vielen Präventionsprojekte unter die Lupe nehmen. In der Politik spielen diese meist auch erst dann eine Rolle, wenn es ums liebe Geld geht, also um den Zwang zu Haushaltskürzungen.

Die Medien für jedermann sind zudem keine Fachzeitschriften und taugen nicht für seminaristische Abhandlungen. Sie orientieren sich an der Aktualität, sie können immer nur ziemlich knapp und allgemein informieren und aufklären. Sie können nur helfen, das Bewusstsein dafür zu schärfen, wie wichtig Prävention ist und welche Möglichkeiten es gibt. Ich denke, das tun sie.

Hartmut Pfeiffer

Bedingungen erfolgreicher Öffentlichkeitsarbeit von Präventionseinrichtungen

Faszinosum Kriminalität - unwiderstehlich für die Medien

Kriminalität, und hier insbesondere drastische Formen von Kriminalität wie Tötungsdelikte, Entführungen, schwere Sexualdelikte und Ähnliches hat traditionell einen hohen Nachrichtenwert. Die Spuren der medialen Verbreitung von besonders schrecklichen Formen kriminellen Handelns lassen sich durch die gesamte Geschichte der Massenmedien und bis hinein in die Zeit vor Erfindung des Buchdruckes zu den Moritatenängern und Geschichtenerzählern des Mittelalters verfolgen. Die vielschichtigen Ursachen für diesen hohen Nachrichtenwert sollen und können hier nur angerissen werden: Der Bruch von Elementarnormen, das Negieren vielfach geteilter Grundüberzeugungen und -werte, anrührende persönliche Aspekte bei den Opfern, zuweilen auch bei den Tätern, das Bedienen eigener unterdrückter Wünsche und Phantasien oder auch schlichte Neugier auf das Besondere und viele andere Aspekte sind als Ursachen für diese Faszination der Kriminalität zu identifizieren. Es ist daher sehr nachvollziehbar, dass Medien, die von der Akzeptanz der Medienkonsumenten leben müssen und die zueinander in Konkurrenz stehen, auf dieses Thema gerne zurückgreifen.

Dabei scheint gerade die Kriminalität unter all den anderen möglichen publikumswirksamen Themen in den vergangenen Jahren für die Medien von besonderem Wert zu sein. So wurde festgestellt, dass im Zeitraum von 1991 bis 1995 in den Abendnachrichten aller großen Fernsehsender der USA sich die Zahl der Berichte über gravierende Gewalttaten um rund das Vierfache erhöht hatte. Dabei spiegelte diese Steigerung in der Berichterstattung nicht eine Entwicklung der tatsächlichen Häufigkeit derartiger Vorfälle wieder - im Gegenteil konnte in dem betrachteten Zeitraum sogar ein leichter Rückgang schwerer Gewaltdelikte in den USA festgestellt werden. (1)

Aber nicht nur in den USA, sondern auch in Deutschland gibt es eine Tendenz, Kriminalität vermehrt in den Massenmedien darzustellen. Hinsichtlich der Tageszeitungen lässt sich dies empirisch bisher nicht sicher nachweisen; es liegen lediglich punktuelle Untersuchungen vor, die allerdings nachweisen konnten, dass in der Berichterstattung der Tageszeitungen Berichte über Gewaltkriminalität deren tatsächliche Bedeutung im Gesamtspektrum der Kriminalität bei weitem überstiegen. (2)

Für die fünf großen Fernsehsender ARD, ZDF, RTL, SAT 1 und PRO 7 liegen ab 1997 Befunde über den Anteil der Thematisierung von Kriminalität am Gesamtprogramm vor. Im Jahr 2000 konnte dabei eine stabile Tendenz der privaten Fernsehanstalten festgestellt werden, in ihrem Nachrichtenangebot das Thema Kriminalität bei weitem häufiger zu thematisieren als öffentlich-rechtliche Sender, mit starken Tendenzen zur „Boulevardisierung“, also Betonung von individuellen, nicht strukturellen Aspekten und zur Emotionalisierung und Personalisierung der Darstellungen. (3)

In jüngerer Zeit wurde im Rahmen derselben Analyse eine wachsende Tendenz zur Angleichung von ARD und ZDF an die Berichterstattung der privaten Fernsehanstalten festgestellt. (4) Die skizzierten Tatsachen lassen die Dimension des Problems erahnen, vor dem Menschen und Einrichtungen, die sich die Kriminalprävention als Aufgabe gesetzt haben, im Umgang mit den Medien stehen - ihr Ziel ist hinsichtlich der beschriebenen Medieninhalte geradezu kontraproduktiv, denn es besteht letztlich darin, Nachrichten über Kriminalität möglichst nicht entstehen zu lassen.

Aus dieser Diskrepanz eine Unvereinbarkeit der Zielsetzungen von Massenmedien und kriminalpräventiven Einrichtungen zu schließen, ist allerdings unzulässig. Denn selbstverständlich erfüllen die Massenmedien, auch Boulevardzeitungen und private Fernsehsender, einen umfassenden Informationsauftrag und berichten nicht nur über Kriminalität, sondern auch über alle anderen Bereiche gesellschaftlichen Lebens und Handelns.

Betrachtet man den gesamten Bereich gesellschaftlich konstruktiver Tätigkeit, so dürfte der Anteil der Berichterstattung über dieses Thema in den Medien sogar erheblich höher sein als derjenige der Berichterstattung über Kriminalität und ihre Auswirkungen. Allerdings besteht in diesem Bereich eine erhebliche Konkurrenz der verschiedenen „Anbieter“ - von der Kultur über den Sport, Jugendarbeit, Bildung bis hin zur sozialen Arbeit im engeren Sinne.

In Anbetracht der Faszination seitens des Publikums und der offenkundigen Bedeutung der Berichterstattung über Kriminalität bei den Medien macht es wenig Sinn zu versuchen, in diesem Sektor medialer Darstellungen sich Veränderungen zu erhoffen, etwa dergestalt, dass ein gewisser Anteil der Berichterstattung über das Thema Kriminalität nicht mehr über tatsächlich geschehene Kriminalität, sondern über verhinderte Straftaten stattfindet. Es macht erheblich mehr Sinn, sich der Konkurrenz der Anbieter gesellschaftlicher Arbeit zu stellen, diese zu bestehen und Kriminalprävention als das zu präsentieren, was sie auch tatsächlich ist: Konstruktive soziale Arbeit, die das friedliche Zusammenleben der Menschen fördert. Mit dieser Perspektive erhält Kriminalprävention auch für die Medien eine relevante Perspektive, hat auch die nicht geschehene Straftat einen Nachrichtenwert.

Die Existenz der Kriminalprävention als Stiefkind in den Medien ist aus meiner Sicht und Erfahrung daher nicht zwangsläufig. Es gilt, die Kriminalprävention interessant und diejenigen, die sie betreiben, für die Medien wahrnehmbar zu machen.

Kriminalprävention und Öffentlichkeitsarbeit

Vor Erörterung der Möglichkeiten von massenmedialer Präsenz kriminalpräventiver Einrichtungen bedarf es einer wichtigen Klarstellung hinsichtlich dessen, was in diesem Kontext mit Öffentlichkeitsarbeit und Kriminalprävention gemeint ist.

Nicht behandelt werden soll die Rolle, die die Kommunikation als Vermittlungsinstrument zwischen dem aussendenden, kriminalpräventive Arbeit verrichtenden Menschen und dem Adressaten der präventiven Arbeit, dem Empfänger der Botschaften, spielt. Diese Form des Transports von Informationen, Meinungen, Forderungen und ähnlichen Inhalten ist für die meisten Arbeitsfelder der Kriminalprävention unerlässlich - selbst rein situativen Ansätzen wie dem Einbau sicherer Schlösser oder Fenster in eine Wohnung geht Kommunikation in Form einer technischen Beratung voraus.

Diese Abgrenzung ist deshalb wichtig, weil es Aufgabenstellungen im Bereich der Kriminalprävention gibt, die von ihrem Erscheinungsbild und den Methoden, insbesondere auch hinsichtlich der Nutzung von Massenmedien, mit der hier zu behandelnden Öffentlichkeitsarbeit von Präventionseinrichtungen leicht verwechselt werden kann. Gemeint ist das Feld der sogenannten „präventiven Öffentlichkeitsarbeit“, wie sie insbesondere die Polizei als tradierte Aufgabenstellung wahrnimmt. Beispielhaft sind hier die vom Programm Polizeiliche Kriminalprävention (ProPK) erarbeiteten und herausgegebenen Materialien zu nennen - Broschüren, Flyer, Informationsschriften aller Art, aber auch Filme und Zeitungsartikel. Zielsetzung dieser präventiven Arbeit ist die Information nicht spezifizierter potenzieller Opfergruppen über bestimmte Gefahren im Zusammenhang mit Kriminalität und die Verbreitung von Verhaltensempfehlungen zu deren Vermeidung.

Dieser aufklärerische Ansatz, kombiniert mit einer zahlenmäßig großen Zielgruppe der jeweiligen Kampagne, macht die Besonderheit dieser Präventionstätigkeit aus - und führt zur Nutzung von Medien in einer Art und Weise, wie sie auch die Öffentlichkeitsarbeit der Präventionsinstitutionen anstreben muss, wie unten näher auszuführen sein wird.

Die bei der massenhaften Informationsverbreitung entstehenden Streuverluste können dabei in Kauf genommen werden, wenn nur die jeweils anzusprechende Zielgruppe eine hinreichend große Teilmenge aller Empfänger der massenmedial verbreiteten Information ist - ein Ansatz, der sich für viele spezifisch ausgerichtete Präventionsansätze schon aus ökonomischen Gründen verbietet.

Ohne das Thema unnötig komplizieren zu wollen, ist doch zu erwähnen, dass diese Art der Präventionstätigkeit wegen der Nähe zu den Methoden und den Medien der Öffentlichkeitsarbeit auch hervorragende Möglichkeiten der Selbstdarstellung und Eigenwerbung und damit der Öffentlichkeitsarbeit nicht für die präventiven Inhalte, sondern für die sie betreibende Institution bietet. Präventionseinrichtungen mit spezifischen Zielgruppen und nicht öffentlichkeitsattraktiven Arbeitsinhalten sollten insoweit daraus die Lehre ziehen, dass es sich unter der Perspektive der Außendarstellung durchaus lohnen kann, auch unspezifische, aufklärerische Elemente in ihren Tätigkeitskanon aufzunehmen.

Im Folgenden soll die Öffentlichkeitsarbeit von Präventionseinrichtungen stehen, die das Ziel hat, präventive Arbeit in der Bevölkerung bekannt zu machen, ihre Akzeptanz bei wichtigen Zielgruppen zu erhöhen, die Arbeit der Einrichtungen zu fördern bzw. ihre Existenz zu sichern.

Öffentlichkeitsarbeit von Präventionseinrichtungen

Es ist ein geradezu klassischer Fehler von Einrichtungen des sozialen Bereichs zu glauben, dass allein der gute Zweck und die offenkundig positiven Auswirkungen ihrer Tätigkeit genügen, um sowohl ihrer Arbeit als auch ihnen selbst Aufmerksamkeit und Anerkennung nicht nur bei den unmittelbaren Adressaten dieser Tätigkeit, sondern auch im gesellschaftlichen und politischen Bereich zukommen zu lassen.

Die Wahrheit ist, dass dies nicht den Tatsachen entspricht.

Institutionalisierte, d. h. über die zwischenmenschliche Aktion hinausgehende, auf Dauer angelegte und mit einem gesellschaftlich-politischem Ziel verfolgte gemeinschaftsbezogene Arbeit ist immer davon abhängig, dass ihre Zielsetzung und ihre Institutionalisierung anerkannt wird, und zwar sowohl von denjenigen, die die Ressourcen für diese Arbeit zur Verfügung stellen als auch von denjenigen, die potentiell Adressaten der Arbeit sind, als auch von denjenigen, die in demselben oder einem benachbarten Tätigkeitsfeld aktiv sind und als (Netzwerk-)Partner, aber auch als Konkurrenten in Betracht kommen.

Wie aber kann diese Anerkennung erreicht werden? Wie kann Aufmerksamkeit auf die eigene Arbeit, die Institutionen und die sie tragenden Menschen gelenkt werden? Wie kann das Anliegen der Kriminalprävention bekannt gemacht und weiter verbreitet werden?

Die Beantwortung dieser Fragen erfordert eine genauere Betrachtung der Notwendigkeiten und der Möglichkeiten von Öffentlichkeitsarbeit im Bereich der Kriminalprävention.

Selbstdarstellung

Bei dieser Betrachtung soll zunächst der Blick gelenkt werden auf diejenigen, die Prävention als gesetzliche, gesellschaftliche oder selbst gewählte Aufgabe betreiben, also die präventions anbietenden Institutionen. Es muss jedem Akteur der Präventionslandschaft bewusst sein, dass bereits hier ein wichtiger Faktor erfolgreicher Öffentlichkeitsarbeit liegt - oder die Grundlage für negative Erfahrungen von der Frustration aufgrund Nichtwahrnehmung bis hin zur Aufgabe der Tätigkeit wegen Entziehung der dafür notwendigen Finanzmittel.

Fachliche Identität entwickeln

Die Kriminalprävention betreibende Einrichtung bedarf einer fachlichen Identität. Diese erlangt sie durch die Definition ihrer Ziele und Aufgaben, welche sie erreichen bzw. erfüllen möchte und der Benennung des Instrumentariums zur Zielerreichung. Je klarer und eindeutiger diese Ziele, Aufgaben und Mittel definiert sind, desto höher ist die Verbindlichkeit für alle Personen, die für diese Einrichtung tätig werden - die Einrichtung erhält ein Profil.

Öffentliches Profil schaffen

Dieser für eine erfolgreiche Arbeit ohnehin unerlässliche Schritt der Identitätsbildung von Präventionseinrichtungen bedarf für die Öffentlichkeitsarbeit einer wesentlichen Ergänzung: Die Festlegung dessen, was nach außen von der fachlichen Identität der Einrichtung wahrgenommen werden soll. Gerade bei komplexen Aufgabenstellungen, wie es bei der Kriminalprävention häufig der Fall ist, kann es für die Vermittlung dessen, was eine Einrichtung an Zielen verfolgt und zur Erreichung an Maßnahmen umsetzt, notwendig sein, einzelne Aspekte hervorzuheben und andere in den Hintergrund treten zu lassen.

Der Grund dafür ist in der Regel ein Vermittlungsproblem; so ist ein komplexes Gewaltpräventionsprogramm mit unter Umständen vielen aufeinander aufbauenden Modulen nur sehr schwer einem nicht fachlich vorgebildeten Publikum zu vermitteln. Bei solchen Aufgabenstellungen gilt es, aussagefähige Kernbereiche herauszuheben, die darauf hoffen lassen, auf ein allgemeines Verständnis zu stoßen.

Das Profil, das auf diese Weise nach außen tritt, ist dabei notwendig kein grundlegend anderes als das, was auch nach innen als Identität der Einrichtung wahrgenommen wird. Nur die Ausprägung der Konturen, oder, um ein Bild zu gebrauchen, die Ausleuchtung einzelner Partien des Profils ist heller als die der anderen.

Verwendung von Namen und Zeichen

Auch bei einer sorgfältigen Definition der nach außen tretenden fachlichen Identität besteht bei einem komplexen Thema wie der Kriminalprävention häufig ein Vermittlungsproblem, insbesondere dann, wenn eine große Zahl verschiedener Aktivitäten entfaltet und viele Einzelaspekte behandelt werden. Gerade für Institutionen im Bereich der Kriminalprävention ist es daher unerlässlich, die eigene Identität durch einen Namen und durch ein Zeichen (Logo) auszudrücken.

Diese Notwendigkeit ist von den großen, auf Bundes- und Landesebene tätigen Einrichtungen der Kriminalprävention erkannt und umgesetzt worden. Dabei ist der Prozess der Namensgebung und insbesondere das Finden eines Zeichens, welches sowohl dem Selbstverständnis der verwendenden Institutionen entspricht als auch ästhetischen Ansprüchen genügt, einen hohen Wiedererkennungswert hat und schließlich beim Betrachter den Zielen und Aufgaben der verwendenden Einrichtung affine Assoziationen weckt, eine außerordentlich schwierige Aufgabe, die nicht immer zufriedenstellend gelöst worden ist.

Namensgebung

Bei der Namensgebung hat z. B. das Land Schleswig-Holstein als Pionier der gesamtgesellschaftlichen Kriminalprävention in Deutschland im Jahre 1990 zwar viele gute Ideen aus Dänemark übernommen, nicht jedoch den einprägsamen Namen „Kriminalpräventiver Rat“. So wurde als Bezeichnung „Rat für Kriminalitätsverhütung“ gewählt, was zwar 1990 den Vorteil

hatte, das Fremdwort „Kriminalprävention“ zu vermeiden, heute jedoch, wo der Fremdwortcharakter sich zunehmend verliert, den Nachteil hat, dass außerhalb des Landes Schleswig - Holstein häufig erklärend hinzuzufügen ist, dass es sich um einen Landespräventionsrat handelt - wohl denjenigen Bundesländern, die sich für dieses einprägsame, inhaltlich exakte und inzwischen in den allgemeinen Fachsprachgebrauch eingegangene Wort als Bezeichnung für ihre kriminalpräventiven Gremien auf Landesebene entschieden haben.

Auch der Name „Landeskommission Berlin gegen Gewalt“, welcher zwar inhaltlich exakt und durchaus einprägsam ist, hat gegenüber diesem Begriff den entscheidenden Nachteil, zu lang zu sein. So passiert es, dass bei einer Veranstaltung wie dem Landespräventionstag Berlin nicht nur in den Pausengesprächen zwischen den Teilnehmern, sondern sogar in Referaten alle möglichen Verkürzungen, Abkürzungen und Fehlbildungen dieses Namens zu hören sind.

Auch bei lokalen Gremien und Initiativen der Kriminalprävention lassen sich einige öffentlichkeitswirksame Namensgebungen finden, bei denen die Verwender nicht damit rechnen dürfen, richtig zitiert zu werden. Formulierungen, wie „Runder Tisch gegen Gewalt, für Sicherheit und ...“ oder ähnliche Konstruktionen lassen darauf schließen, dass die notwendige Abstrahierungs- und Komprimierungsarbeit bei der Namensfindung nicht stattgefunden hat.

Eine besonders riskante Art der Namensgebung ist die Verwendung von Abkürzungen, insbesondere von Buchstabenkombinationen zur Handhabarmachung überlanger Namen. Zwar ist eine prägnante Abkürzung mit einem hohen Bekanntheitsgrad fast schon das Optimum für eine Außendarstellung, im Bereich der Kriminalprävention hat sich bisher aber nicht eine Einrichtung mit einer solchen Abkürzung in dieser Weise etablieren können. Bis zum Wiedererkennungswert und Verbreitungsgrad eines „LKA“ (jeder weiß, was das bedeutet) oder gar „BKA“ (noch ein bisschen besser) ist es ein langer und schwieriger Weg voller Missverständnisse und Fehldeutungen.

Aus meiner Sicht am wenigsten gelungen sind Namensgebungen, die Abkürzungen mit Vokalen enthalten, jedoch als Wort nur mit Schwierigkeiten auszusprechen sind. Beispiele hierfür sind „KWABSOS“ (ein renommierter Träger der Jugendhilfe in Hildesheim) und auch „ProPK“ (Programm Polizeiliche Kriminalprävention). Für Letzteres hat eine interne Analyse in diesem Jahr ergeben, dass die Abkürzung in der Öffentlichkeit so gut wie unbekannt ist und selbst in Fachkreisen nur geringe Verbreitung hat.

Setzen eines Zeichens

Stellt schon das Finden eines für die Belange der Öffentlichkeitsarbeit geeigneten Namens ein erhebliches Problem dar, so ist die Markierung der wesentlichen Ziele und Aufgaben einer Präventionseinrichtung durch ein Zeichen noch eine weitaus größere Herausforderung. Bedauerlich ist, dass ein moderner Ansatz wie die Kriminalprävention kein tradiertes Symbol hat, wie es etwa bei den alten, aber bis heute verwendeten Zunftzeichen der Handwerksberufe oder auch dem Äskulapstab der Ärzte der Fall ist. Die Komplexität des Präventionsansatzes macht dabei die notwendige Komprimierung und Abstrahierung, die die Erstellung eines Zeichens notwendig voraussetzen, nicht leichter.

Auch die Belange der Öffentlichkeitsarbeit führen nicht zu einer engen Umgrenzung dessen, was als Zeichen akzeptabel ist - mit Ausnahme des Kriteriums der Einprägsamkeit. Ein in der Öffentlichkeitsarbeit verwendetes Zeichen wird nur dann einen Sinn machen, wenn der Leser/Zuschauer die Möglichkeit hat, das Zeichen anhand seiner optischen Klarheit bei mehrfachem Erscheinen wiederzuerkennen und so die gewünschte Verknüpfung mit Namen, Ziel und Tätigkeitsbereich des Zeichenverwenders herstellen kann. Nachfolgend sollen einige Beispiele diese öffentlichkeitsbezogene Funktion eines Zeichens illustrieren, zugleich aber auch einen Einblick in die Probleme der Verwendung solcher Zeichen geben.

Das von der *Landeskommission Berlin gegen Gewalt* verwendete Zeichen ist graphisch als symbolhafte Verfremdung des Namens dieser Präventionseinrichtung gestaltet. Diese Lösung hat den Vorteil, sich nicht auf die rein optische Aussage und die Assoziation des Betrachters zu verlassen, sondern vermittelt neben der optischen zugleich auch eine inhaltliche Botschaft. Der Nachteil dieses Zeichens ist, dass es bei Verwendung auf Drucksachen zunächst nicht als Zeichen, sondern als Fehler im Druckbild erkannt werden kann, da es mit denselben Gestaltungsmerkmalen - nämlich Buchstaben - arbeitet wie das Druckwerk selbst. Dennoch erfüllt dieses Zeichen im Hinblick auf die Identifizierbarkeit und die Eindeutigkeit der Zuordnung zu dem es verwendenden Präventionsgremium alle Voraussetzungen für eine erfolgreiche Öffentlichkeitsarbeit.



Das gemeinsame Präventionsprogramm der Polizeien der Länder und des Bundes verwendet seit vielen Jahren einen stilisierten zwölfzackigen Polizeistern, verbunden mit einem Motto als Zeichen für Präventionsaktivitäten.



Dieses Zeichen hat aufgrund der deutlichen Erkennbarkeit des Polizeisterns den Vorteil, dass die präventionsbetreibende Institution auf den ersten Blick für jeden erkennbar ist; das Zeichen erfüllt insoweit die wichtige Voraussetzung der Eindeutigkeit und ist sehr einprägsam. Hinsichtlich der Zuordnung dieses Zeichens zum Präventionsauftrag der Polizei besteht jedoch ein Defizit. Der Polizeistern steht als Zeichen für alle Tätigkeitsbereiche der Polizei, also Strafverfolgung, Gefahrenabwehr und Kriminalprävention und ist damit als Kennzeichnung für Präventionsaktivitäten weniger gut geeignet.

Das Programm Polizeiliche Kriminalprävention hat im Jahr 2000 erstmals ein ausschließlich für den Aufgabenbereich der Prävention der Polizei entwickeltes Zeichen eingeführt, das noch heute Verwendung findet.

Das Zeichen greift einen wichtigen Aspekt der Kriminalprävention, das Zusammenwirken verschiedener Akteure, auf und sendet so ein eindeutiges Signal an den Betrachter aus - dafür ist eine Zuordnung zum Verwender, der Polizei, mangels irgendeines Hinweises aber nicht möglich. Im Hinblick auf den Präventionsauftrag der Polizei und dessen Verdeutlichung bedarf daher die Verwendung dieses Zeichens notwendig immer einer entsprechenden Ergänzung.



Das bis heute provokanteste Zeichen wurde im Jahr 2000 für den Landespräventionsrat Niedersachsen entwickelt.



Der hohe Grad an Abstraktion traf von Beginn an und trifft bis heute nicht den Geschmack aller Akteure in Niedersachsen; das Zeichen selbst ist jedoch aufgrund vielfacher Verwendung und hoher Präsenz in Fachkreisen sehr bekannt und ermöglicht eine klare Zuordnung zu dem verwendenden Präventionsgremium.

Das Logo des Landespräventionsrates Niedersachsen wird in anderen Farbkombinationen und mit entsprechend veränderten Buchstabenkombinationen (z.B. KPR für Kommunalen Präventionsrat) auch von einigen kommunalen Präventionsgremien in Niedersachsen verwendet.



Den höchsten Abstraktionsgrad und damit stilistisch am anderen Ende der Skala der Möglichkeiten wie das Berliner Zeichen ist das erst vor kurzem eingeführte Zeichen des Landespräventionsrates Nordrhein - Westfalen. Die Reduktion, die dieses

Zeichen im Hinblick auf die Ziele und Aufgaben eines Landespräventionsrates darstellt und die Freiheit der Assoziation, die es zulässt, sprechen für den Mut der Verwender. Im Hinblick auf die für die Verwendung in der Öffentlichkeitsarbeit wesentlichen Kriterien der Klarheit und



Wiedererkennbarkeit ist es jedoch von nicht zu bezweifelnder Qualität. Wie sehr gerade unter diesem Aspekt der Landespräventionsrat Nordrhein-Westfalen einen Qualitätssprung mit dem neuen Zeichen gemacht hat, lässt sich bei einem Vergleich mit dem zuvor verwendeten Zeichen dieser Einrichtung ermessen:

Landespräventionsrat NRW

Resümee

Fachliches Profil, treffender Name und einprägsames Zeichen sind die Grundelemente der Außerdarstellung einer Präventionseinrichtung, ohne die eine Öffentlichkeitsarbeit nicht erfolgreich sein kann.

Diese Grundelemente sind nicht nur für Einrichtungen mit einem ausschließlichen Präventionsauftrag unverzichtbar, sondern auch für den entsprechenden Tätigkeitsbereich von großen Institutionen wie der Polizei, Jugendeinrichtungen oder kirchlichen Diensten, die neben der Kriminalprävention auch andere Aufgaben wahrnehmen. In solchen großen Einrichtungen stellt sich als besondere Anforderung neben der Öffentlichkeitsarbeit mit den eingangs skizzierten Zielgruppen auch die Aufgabe einer „internen Öffentlichkeitsarbeit“ in dem Sinne, dass im Zusammenspiel und ggf. in der Konkurrenz der verschiedenen Aufgabenzweige etwa der Polizei die Bedeutung und die Leistung der Prävention entsprechend gewürdigt wird. Ein klares Profil und ein deutlicher Auftritt sind für diese spezifische Aufgabe von Präventionsakteuren in großen Institutionen eine völlig unverzichtbare Basis, um bei wichtigen Entscheidungen - Ressourcenverteilung, Personaleinsatz, Entwicklungskonzepte - hinreichend berücksichtigt zu werden.

Bereiche der Öffentlichkeitsarbeit

Ebenso wie die inhaltliche kriminalpräventive Arbeit setzt auch die Öffentlichkeitsarbeit voraus, sich über die Zielsetzung und die Zielgruppe im Klaren zu sein. Oben unter 3. wurde bereits erwähnt, dass eine Kriminalprävention betreibende Einrichtung von der Anerkennung der fachlich auf demselben Feld tätigen Personen und Einrichtungen, der potentiellen Adressaten ihrer präventiven Arbeit und der Entscheider über die Ressourcen für diese Arbeit abhängig ist. Damit sind wesentliche Ziele und auch Zielgruppen von Öffentlichkeitsarbeit definiert. Hinzu kommt als weitere Zielsetzung die Verbreitung kriminalpräventiver Ideen und Ansätze in der allgemeinen Bevölkerung und Schaffung von Akzeptanz dieser Tätigkeit. Als Zielgruppe hierfür ist eine nicht spezifizierte Öffentlichkeit, also die Allgemeinheit, festzustellen.

Die Differenzierung der unterschiedlichen Zielsetzungen und der entsprechenden Zielgruppen von Öffentlichkeitsarbeit ist insofern von Bedeutung, als jede Zielgruppe mit anderen Mitteln bedient werden muss. Öffentlichkeitsarbeit einer Präventionseinrichtung sollte daher konzeptionell die drei Bereiche

fachbezogene Öffentlichkeitsarbeit,

Öffentlichkeitsarbeit für Zielgruppen der Präventionsarbeit, Geldgeber und die politische Ebene (innerer Adressatenkreis) sowie

Öffentlichkeitsarbeit für die Allgemeinheit (äußerer Adressatenkreis)

umfassen.

Fachbezogene Öffentlichkeitsarbeit

Ziel dieser Form der Öffentlichkeitsarbeit ist es, die fachliche Identität in der Wahrnehmung anderer, in demselben oder benachbarten Arbeitsbereichen tätigen Personen und Einrichtungen ausprägen und eine Außenwahrnehmung als kompetente Einrichtung zu erreichen. Hintergrund ist, dass gerade im Bereich der Kriminalprävention mit stark vernetzten Strukturen jede Einrichtung auf die Zusammenarbeit mit anderen angewiesen ist, was Vertrauen der Netzwerkpartner in die Kompetenz des jeweils anderen voraussetzt. Dieses Vertrauen gilt es durch fachbezogene Öffentlichkeitsarbeit herzustellen, zu festigen und kontinuierlich zu bestätigen. Als Maßnahmen bieten sich an:

- Einbringen in Arbeitsgruppen, berufsständische Gremien und Fachkonferenzen. Die genannten Arbeitszusammenhänge haben gemeinsam, dass sie häufig die Grundlage oder auch schon das Vorbereitungsstadium weitergehender Aktivitäten, etwa in Form von Landesaktionsplänen, Schwerpunktprogrammen etc. sind. Damit dient die Mitarbeit in derartigen Gruppen nicht nur der Schärfung des fachlichen Profils, sondern unter Umständen auch einer günstigen Positionierung bei zukünftigen Aufgabenstellungen mit der Möglichkeit der Gewinnung von Ressourcen.
- Teilnahme an Kongressen, möglichst durch Vorträge, wenigstens durch Präsenz, z. B. auf einem Markt der Möglichkeiten, Fachvorträge auf Kongressen sind für alle Disziplinen ein wichtiger Baustein für die fachliche Anerkennung durch die jeweilige berufliche / fachliche Bezugsgruppe; hier gilt für den Themenbereich der Kriminalprävention keine Ausnahme.
Mittlerweile gibt es auch im Themenfeld der Kriminalprävention zahlreiche Möglichkeiten, sich fachlich in derartige Großveranstaltungen einzubringen; die Landespräventionstage, wie sie in vielen Bundesländern stattfinden, der Deutsche Präventionstag, aber auch Fachforen zum Thema Prävention berufsbezogener Großkonferenzen bieten reichlich Gelegenheit zur Profilierung. Das Minimum stellt die Teilnahme durch einzelne Mitglieder der jeweiligen Präventionseinrichtung dar; erheblich öffentlichkeitswirksamer ist allerdings die Präsenz mit einem Messestand, der, gut gestaltet und unter Verwendung des gewählten Zeichens eine ideale Plattform für Fachgespräche und die Verbreitung von Informationen an ein Fachpublikum darstellt.
- Vorhalten und Verbreiten von Fachinformationen. Hierzu gehören Fachveröffentlichungen (Aufsätze in Fachzeitschriften, Bücher, Buchbeiträge, auch Konzeptionen als sog. graue Papiere). Neben diesen klassischen Instrumenten fachlicher Veröffentlichungen ist es heute unerlässlich, auch über die eigene Internetseite Fachinformationen zur Verfügung zu stellen. Diese können neben eigenen Ausarbeitungen durchaus auch Links zu den Internetseiten anderer Einrichtungen enthalten; gerade bei vernetzten Ansätzen, wie sie in der Kriminalprävention gängig sind, bietet sich die Setzung von Links geradezu an.

Innerer Adressatenkreis

Diese Zielgruppe der Öffentlichkeitsarbeit umfasst, wie oben bereits dargestellt, die potentiellen Adressaten der präventiven Arbeit einer Einrichtung, die Geldgeber der Einrichtung und die politische Entscheidungsebene, welche für Grundlagenentscheidungen oder auch Aufträge zuständig ist.

Für diese Zielgruppe stellen sich für die Öffentlichkeitsarbeit folgende Aufgaben:

- Erstellen und Vorhalten von Info-Material für die erkennbaren Informationsbedürfnisse der potentiellen Zielgruppe der präventiven Arbeit.
Keinesfalls ausreichend ist es, nur auf ein Informationsmedium, z. B. den häufig verwendete sog. Flyer, zu setzen und in diesen womöglich so viele Informationen über die präventive Einrichtung und ihre Arbeit hineinzupressen, wie die Papieroberfläche und die Lesbarkeit ohne Lupe es zulassen. Bei jeder Veranstaltung, auch auf dem Berliner Präventionstag, ist dieser Elementarfehler der Öffentlichkeitsarbeit an den Info-Tischen zu besichtigen.
Derartig gestaltetes Informationsmaterial bedient weder das Interesse des nur oberflächlich Interessierten, der sich lediglich einen Überblick über die Szene verschaffen will - dafür enthält es zu viele Fachinformationen und ist zu aufwendig zu lesen - noch bedient es das Interesse an umfassender Information - dafür ist es zu kurz - noch bedient es das Interesse an spezifischen Fragen zu einzelnen Aspekten - dafür kann es aus Platzgründen nicht detailliert genug sein.
Das Info-Material muss also verschiedene Produkte, zugeschnitten wenigstens auf die drei oben benannten Zielgruppen - oberflächlicher, noch nicht befasster Besucher, Interessent für umfassende Informationen, Interessent für spezielle Aspekte - umfassen.
Das Info - Material zu komplexen Programmen sollte daneben auch den Programmnamen bekannt machen. Darüber hinaus ist z. B. das LKA Niedersachsen dazu übergegangen, bei großen Programmen im Präventionsbereich auch ein programmbezogenes Zeichen zu verwenden.
- Vorhalten einer ständigen Ansprechstelle. Die Besetzung eines zentralen Telefonanschlusses mit einer Person, die zu allen Tätigkeitsbereichen einer Präventionseinrichtung Auskunft geben kann, ist mittlerweile für große Einrichtungen ein selbstverständlicher Standard geworden.
Insbesondere kleine Einrichtungen oder Einrichtungen, die Kriminalprävention nur am Rande betreiben, tun sich gerade mit dieser wichtigen Form der Außendarstellung schwer. Hier gilt es, ein entsprechendes Dienstleistungsbewusstsein herzustellen, das insbesondere berücksichtigt, dass die Erreichbarkeit für Personen, die potentiell in einen fachlichen Kontakt mit der Einrichtung treten, ein immens wichtiges Kriterium für deren Akzeptanz ist. Das insbesondere im Bereich der klassischen sozialen Arbeit häufig immer noch übliche Prinzip, statt Rufumleitungen auf Mobiltelefone oder andere, präsenste Mitarbeiter einen Anrufbeantworter einzuschalten, kann unter diesem Aspekt nur als verheerend bezeichnet werden.
- Vorhalten einer aussagefähigen Homepage mit Servicefunktionen. Die Notwendigkeit, eine Homepage zu unterhalten und damit im Internet mit dem Angebot der Präventionseinrichtung präsent zu sein, soll hier nicht weiter begründet werden, da dies als bekannt unterstellt werden kann. Weniger bekannt als diese Tatsache ist, dass Servicefunktionen, etwa Info-Dienste, Linksammlungen, Bibliographien etc. gern genutzte „Zugaben“ für interessierte Personen sind, die daneben auch die fachliche Reputation der verwendenden Einrichtung erhöhen können.
- Durchführung von Informations-Veranstaltungen oder Fachtagen mit Ankündigung in Massenmedien. Als Informationsveranstaltungen kommen das gesamte Spektrum vom wissenschaftlichen Symposium über öffentliche Vorträge bis hin zu Tagen der offenen Tür in Betracht. Unter der Perspektive der Öffentlichkeitsarbeit besonders wichtig ist deren möglichst breit gestreute Ankündigung. Hierfür bieten sich zum einen die entsprechenden Veranstaltungsrubriken in Tageszeitungen oder Anzeigenblättern, die traditionell einen starken lokalen bzw. regionalen Bezug haben, an. Zum anderen ist die Aufnahme solcher Veranstaltungen in die Terminkalender von Fachorganisationen aller Art (kommunale, regionale oder bundesweite) für eine breite Streuung der Einladung ebenso anzustreben wie für den Nebeneffekt, dass jeder Leser dieses Terminkalenders

erfährt, was die entsprechende Einrichtung zu bieten hat. Daneben gelten selbstverständlich die bekannten Regeln der Bekanntmachung derartiger Veranstaltungen, also Plakataushänge, Anschläge an Plakatwänden, direkte Einladungen, Auslage von Flyern und Ähnliches.

- Vorhalten von Pressespiegeln. Pressespiegel sind eine Zusammenstellung von Originalartikeln aus Printmedien, insbesondere Tageszeitungen, in denen über die Tätigkeit einer Präventionseinrichtung berichtet wird. Diese Sammlung von Produkten der Öffentlichkeitsarbeit mit der Zielgruppe Allgemeinheit kann für Zwecke der Öffentlichkeitsarbeit bezogen auf den inneren Adressatenkreis hervorragend eingesetzt werden, belegen die Artikel doch ein über die fachliche Befassung hinausgehendes allgemeines Interesse an der Einrichtung und ihrer Arbeit. Daneben haben Pressespiegel auch die positive einrichtungsinterne Wirkung, eine Rückkopplung im Sinne einer positiven Bestärkung der Tätigkeit der Mitarbeiter / innen zu sein. Dieses ist ganz besonders dann wichtig, wenn eine Einrichtung (auch) mit ehrenamtlichen Kräften arbeitet.
- Geschäftsbericht mit Management-Fassung. Hinsichtlich der Zielgruppe der Geldgeber und der politischen Entscheidungsebene gilt für die Öffentlichkeitsarbeit neben den o.g. Anforderungen eine wichtige zusätzliche Bedingung: die Erstellung eines sachlich umfassenden Jahresberichtes in Form eines Geschäftsberichts, der nicht nur Ziele, Aufgaben und Tätigkeitsbereiche, sondern auch zumindest die Grunddaten der Finanzierung und des personellen Aufwandes enthält.
Diese Grundvoraussetzung wirksamer Öffentlichkeitsarbeit wird von vielen Präventionseinrichtungen beachtet, wenn sie eigenständig arbeiten. Bis heute nicht üblich ist es bei Arbeitsbereichen zur Kriminalprävention von großen Einrichtungen oder Verbänden mit vielen anderen Arbeitsschwerpunkten. Hier verschwinden derartige Tätigkeitsberichte häufig in einer Gesamtdarstellung eines Verbandes - und sind damit fast unauffindbar - oder sie unterbleiben einfach - unter der Perspektive der präventionsbezogenen Öffentlichkeitsarbeit ist beides ein gravierender Fehler.
Aber auch Einrichtungen, die in der beschriebenen Form Geschäftsberichte erstellen, beachten nicht alle eine weitere, unerlässliche Anforderung: das Erstellen einer aussagekräftigen Zusammenfassung der wesentlichen Inhalte auf einer Seite. Dies jedoch ist eine unerlässliche Pflicht, deren Erfüllung umso dringlicher ist, je umfangreicher ein Geschäftsbericht ausfällt. Wer jemals das Zeitbudget von politischen Entscheidungsträgern, insbesondere von ehrenamtlich tätigen kommunalen Ratsherren, durchgerechnet hat, dem ist klar, dass für mehr als eine Seite pro Einzelaspekt die Zeit nicht reicht. Diesen nicht veränderbaren strukturellen Bedingungen politischer Entscheidungsprozesse und ihrer Vorbereitung muss sich jede Einrichtung der Kriminalprävention unterwerfen.
Schließlich sei noch ein anderes Erfordernis, das häufig nicht beachtet wird, angesprochen. Der beste Geschäftsbericht mit der gelungensten Zusammenfassung ist dann wertlos, wenn er zur Unzeit erscheint. Unzeit ist dann gegeben, wenn er außerhalb der Befassungsperioden, etwa des Bewilligungszeitraums für einen Förderschwerpunkt, aber auch nach Festlegung öffentlicher Haushalte den Entscheidungsträgern bekannt wird. Selbst der gutwilligste Abgeordnete kann, wenn erst einmal der Haushaltsbeschluss gefällt ist, nicht mehr Mittel für ein Präventionsprogramm zur Verfügung stellen, sei es auch noch so nützlich und wichtig. Kriminalpräventive Einrichtungen müssen daher den Erscheinungszeitpunkt ihrer Geschäftsberichte an den Befassungsperioden der für sie jeweils relevanten politischen Entscheidungsgremien anpassen.

Äußerer Adressatenkreis

Die Öffentlichkeitsarbeit bezogen auf einen großen, unspezifischen Adressatenkreis, am treffendsten mit "Allgemeinheit" beschrieben, hat für eine Präventionseinrichtung mehrere Funktionen:

- Flankierung von Maßnahmen für die Zielgruppen der präventiven Arbeit. Personen, die an Präventionsprojekten teilnehmen, erhalten die Gelegenheit, in Massenmedien zu erscheinen und Gegenstand der Berichterstattung zu sein. Dies fördert die Teilnahmebereitschaft und bestärkt die Einschätzung, an etwas richtigem und wichtigem teilzuhaben.
- Bestätigung und Motivation für die Mitarbeiter / innen. Neben einrichtungswirtschaftlichen Maßnahmen zur Motivation kann eine von außen kommende Berichterstattung in einem Massenmedium ein wesentlicher zusätzlicher Motivationsfaktor sein. Die Mitarbeiter/innen erhalten eine Rückmeldung aus einem nicht mit ihnen fachlich verbundenen Bereich und erfahren Wahrnehmung und Wertschätzung bis in den privaten Bereich hinein durch Heraushebung ihrer Arbeit.
- Verstärkung von fachpolitischer Arbeit. Kriminalprävention hat neben individuellen, sozialen und allgemeingesellschaftlichen Aspekten immer auch eine politische Dimension, da sie in einem Kernbereich der Politik, der Inneren Sicherheit, angesiedelt ist, der traditionell besonderer Beachtung der Öffentlichkeit unterliegt. Damit nimmt Berichterstattung über Kriminalprävention als "positive Seite" des Negativ-Themas Kriminalität eine wichtige Funktion weit über den Tätigkeitsbereich der Einrichtungen hinaus wahr. Das Sicherheitsgefühl, welches eine zunehmend große Relevanz für die Politik der Inneren Sicherheit hat, kann durch Berichterstattung über Kriminalprävention positiv beeinflusst werden. Berichte über Effekte kriminalpräventiver Arbeit, etwa durch die Veröffentlichung und Kommentierung von Begleitforschungsergebnissen, können das Bewusstsein in der Bevölkerung entwickeln oder stärken, dass Kriminalität nicht ein unentrinnbares Schicksal freiheitlich verfasster Gesellschaften ist, sondern durch aktives Handeln vermeidbar, wenigstens aber beeinflussbar.
Dieser Aspekt der Öffentlichkeitsarbeit bezogen auf den äußeren Adressatenkreis ist also für Präventionseinrichtungen von besonderer Bedeutung, weil er die Grundvoraussetzung der Akzeptanz dieses Ansatzes in der Bevölkerung fördert. Daneben beeinflusst diese Form der Öffentlichkeitsarbeit auch politische Entscheidungsträger, da diese zum einen selbstverständlich auch Medienkonsumenten sind und zum anderen Stimmungen und Strömungen in der Bevölkerung, von deren Zustimmung sie in ihrer politischen Funktion abhängig sind, aufnehmen und in politisches Handeln umsetzen.
- Medien. Generell eignen sich alle Massenmedien für die Öffentlichkeitsarbeit bezogen auf die Allgemeinheit - sowohl Printmedien als auch die klassischen sowie die neuen elektronischen Medien. Die Beschreibung der Möglichkeiten und Bedingungen der Platzierung von Präventionsthemen erfordert auch in diesem Öffentlichkeitsarbeitsbereich eine genaue Differenzierung im Hinblick auf gemeinsame, aber auch vom Einzelmedium abhängige Gegebenheiten.
- Internet. Auch in diesem Bereich der Öffentlichkeitsarbeit soll zunächst das Internet als neuestes Medium betrachtet werden. Zur Notwendigkeit eines Internet - Auftritts ist oben im Hinblick auf die fachbezogene Öffentlichkeitsarbeit und den inneren Adressatenkreis bereits eingegangen worden. Im Hinblick auf den äußeren Adressatenkreis kommen einige wichtige Aspekte hinzu: Entscheidend ist, dass ein Internet - Nutzer ohne spezifisches Interesse eine Chance hat, die Internet - Seite der Präventionseinrichtung zu finden. Personen, die im Internet surfen, arbeiten in aller Regel mit Suchbegriff

fen in Suchmaschinen. Hier kann und sollte sichergestellt werden, dass die gängigen Suchmaschinen auch in der Lage sind, die jeweilige Präventionseinrichtung zu finden und darzustellen. Die Verwendung von Schlüsselbegriffen, die auch in der nicht fachlich gebildeten Bevölkerung bekannt sind, an exponierter Stelle der Homepage - noch besser im Namen der Einrichtung oder eines Programms - ist dafür hilfreich, ebenso Hinweise an die Redaktionen der Suchmaschinen.

Die Verknüpfung der eigenen Internetseiten mit denen anderer, leicht aufzufindender Einrichtungen oder unter einem gemeinsamen Oberbegriff ist eine weitere Möglichkeit, Internet - Nutzer auf das eigene Informationsangebot aufmerksam zu machen. So nutzt die Polizei diese Möglichkeit mit großem Erfolg - wer über allgemein bekannte Schlagworte wie „Polizei“ oder auch „LKA“ auf die entsprechenden Homepages gelangt, findet dort eine direkte Verbindung zum Bereich der Prävention.

Wie für den inneren gilt auch für den äußeren Adressatenkreis, dass das Anbieten von Service - Funktionen das Interesse an einer Homepage und damit an dem Anbieter erhöhen kann. Inwieweit hier auch nicht fachbezogene Funktionen, wie z.B. kostenfreie Spielprogramme oder andere Unterhaltungsangebote, zum Profil eines Präventionsanbieters passen, ist letztlich nur von diesem selbst zu beurteilen. Sicherlich wird dabei die Positionierung innerhalb der Präventionslandschaft, insbesondere aber die Zielgruppe der präventiven Arbeit eine Rolle spielen. Als Faustregel kann gelten, dass nichtfachliche Funktionen mit Unterhaltungscharakter umso akzeptabler sein können, je jünger die Zielgruppe der Präventionsarbeit ist. Auch nicht zur Zielgruppe gehörende Nutzer können eine solche Präsentation als zielgruppengerecht und zeitgemäß wahrnehmen und im Idealfall neugierig werden.

Unter den Medien für die Öffentlichkeitsarbeit bezogen auf die Allgemeinheit nimmt das Internet insoweit eine Sonderstellung ein, als der Inhalt der verbreiteten Informationen von der anbietenden Einrichtung selbst bestimmt werden kann. Dies ist von Vorteil, weil auf diese Art Verkürzungen oder gar Verfälschungen durch redaktionelle Tätigkeit außerhalb der anbietenden Einrichtung ausgeschlossen sind und der Leser sich umfassend und korrekt informieren kann.

Dies ist jedoch von Nachteil, weil gerade die journalistische Aufarbeitung eines Themas die Chance bietet, neue Aspekte von öffentlichem Interesse herauszuarbeiten, Zusammenhänge über die einzelne Institution und das dort bearbeitete Gebiet hinaus aufzuzeigen und so Informationen mit einem eigenen, von den „Lieferanten“ nicht erzielbaren Wert zu produzieren.

Weiterhin ist das Bestehen einer Nachricht oder eines Berichtes in einer Redaktion in der Konkurrenz der täglichen Informationsflut eine zusätzliche Wertschätzung, die auch Medienkonsumenten bewusst ist - was es bis in eine Zeitung, in ein Hörfunk- oder Fernsehprogramm schafft, trägt das Merkmal der Wichtigkeit.

Daraus ist zu folgern, dass der Einsatz des Internets als Medium auch für den äußeren Adressatenkreis zwar unerlässlich, aber für diesen Bereich der Öffentlichkeitsarbeit nicht hinreichend ist.

- Klassische Medien. Die Platzierung von Präventionsthemen in den Printmedien sowie in Hörfunk- und Fernsehprogrammen weist mehrere Voraussetzungen auf, die für diese Medien gemeinsam gelten.
- Regelmäßiger eigeninitiiertes Kontakt mit den Redaktionen. Eine ständige Kontaktpflege zwischen der Präventionseinrichtung und den für sie relevanten Redaktionen ist die Grundlage für die Möglichkeit, mit einiger Regelmäßigkeit Präventionsthemen zu platzieren. Im Idealfall geschieht dies über einen Pressesprecher oder einen sonstigen Vertreter der Einrichtung, der speziell mit dieser Aufgabe betraut ist. Dieser fungiert als ständiger Ansprechpartner der Redaktionen und kann über den ständigen Kontakt das fachliche Profil der Einrichtung vermitteln, aber auch Anfragen und Anforderungen, die

von den Journalisten an ihn herangetragen werden, in der Einrichtung verbreiten und diskutieren.

Mittel der Kontaktpflege sind auch Einladungen zu Veranstaltungen der Präventionseinrichtung selbst oder zu solchen, bei denen die Einrichtung in herausragender Weise vertreten ist. Solche Gelegenheiten, sich außerhalb offizieller Pressetermine kundig zu machen, werden von Journalisten sehr geschätzt. Derartige Einladungen sollten, wenn irgend möglich, persönlich an solche Mitglieder einer Redaktion gerichtet sein, mit denen bereits ein Kontakt besteht, z.B. aus Anlass einer früheren Berichterstattung. (Dass sich bei Annahme der Einladung dann ein Repräsentant der Einrichtung speziell und ausschließlich um die Belange der Journalisten kümmert, sollte selbstverständlich sein, wird hier aber vorsichtshalber doch noch erwähnt).

Die regelmäßige Zusendung einer Pressemappe gehört ebenfalls zum Instrumentarium der Öffentlichkeitsarbeit. Für deren Erstellung gelten ähnliche Regeln wie für den Geschäftsbericht - auch Journalisten haben ein knappes Zeitbudget. Die übersichtliche und straffe Darstellung der wichtigsten Fakten sollte in einer Pressemappe ergänzt werden um beispielhafte Einzelfälle aus der präventiven Arbeit, um Hinweise auf mögliche Berichterstattungsthemen zu geben.

- Medientaugliche Auswahl und Aufbereitung von Themen. Gerade in der Anfangsphase einer systematischen Kriminalprävention in Deutschland wurde häufig der Fehler gemacht, auch in der auf die Allgemeinheit bezogenen Öffentlichkeitsarbeit die neuen Strukturen der Gremien, das Netzwerk und die kunstvoll ineinander greifenden Programme darzustellen. Inzwischen hat auch die Präventionsszene gelernt, dass die Darstellung von Strukturen zwar in der fachbezogenen Öffentlichkeitsarbeit elementar und auch für den inneren Adressatenkreis interessant, für die Allgemeinheit aber untauglich ist. Daraus kann die wichtigste Regel für die Themenauswahl und -aufbereitung abgeleitet werden:

Informationen über kriminalpräventive Arbeit müssen mit konkreten Aktionen, Personen oder Ereignissen verbunden werden - auch diese Nachrichten brauchen ein „Gesicht“! Jede Einrichtung hat Beispielfälle zu bieten, anhand derer der Erfolg oder auch die Notwendigkeit von präventiven Maßnahmen verdeutlicht werden kann. Diese Fälle bedienen häufig neben den rein fachlichen Aspekten auch Ebenen des Interesses, wie sie für die Berichterstattung über Kriminalfälle oben angesprochen wurden: Emotionen hervorrufende Schicksale, außergewöhnliche, nicht alltägliche Vorkommnisse, überraschende Wendungen können die fachliche Botschaft begleiten und sie für die Allgemeinheit „verdaulich“ machen.

Daneben gibt es für die Öffentlichkeitsarbeit im Hinblick auf die einzelnen klassischen Medien auch spezifische Anforderungen:

- Hörfunk und Fernsehen. Für die Verbreitung von Inhalten der Kriminalprävention über Hörfunk und Fernsehen gilt es, die in Frage kommenden Produkte der Sender zu kennen und einschätzen zu können. Dieses gilt auf allen Ebenen, von lokalen Radiostationen bis hin zu bundesweit ausgestrahlten Fernsehprogrammen. Daneben ist es unerlässlich, dass die jeweilige Präventionseinrichtung eine Vorstellung von der erreichten Zielgruppe des jeweiligen Medienproduktes entwickelt - diese kann auch innerhalb desselben Senders völlig unterschiedlich sein -; dies gilt insbesondere dann, wenn es sich nicht um eine Sendung mit Nachrichten- oder Magazincharakter handelt. Die Gefahr, dass die Informationen aus der Kriminalprävention bis zur Unkenntlichkeit „verarbeitet“ werden, ist dort besonders groß.
- Presse. Die gedruckten Medien weisen eine unübertroffene Vielfalt an Möglichkeiten auf, Informationen über Kriminalprävention zu platzieren. Regionale und überregionale

Tageszeitungen, Boulevardblätter, Anzeigenblätter, Sonntagszeitungen, Wochenzeitungen und Magazine unterscheiden sich hinsichtlich ihrer Leserschaft, inhaltlichen und politischen Ausrichtung und thematischer Schwerpunktsetzung erheblich.

Hier besteht für eine Präventionseinrichtung zunächst die Aufgabe, in der für sie relevanten Region eine Medienanalyse vorzunehmen, um prägende Merkmale der journalistischen Arbeit herauszufinden. Es gilt, Zeitungen ausfindig zu machen, die eine Affinität zu dem Themenspektrum der Kriminalprävention aufweisen. Diese sollten für die Öffentlichkeitsarbeit, insbesondere für einen Einstieg in die Arbeit mit Massenmedien, bevorzugt ins Auge gefasst werden. Wird erkannt, dass Kriminalprävention in einer Zeitung offen abgelehnt wird oder die Darstellung des entsprechenden Themenfeldes nur in skandalisierender Form erfolgt, so sollte auf eine Einbeziehung dieses Mediums in die Öffentlichkeitsarbeit verzichtet werden.

Für die Platzierung von Informationen in Zeitungen macht es für die Präventionseinrichtung Sinn, sich Gedanken darüber zu machen, in welcher Art von Zeitung bzw. in welcher Rubrik eine Information erscheinen soll. Auf diese Weise lassen sich die Präsentation und der inhaltliche Zuschnitt auf die jeweiligen Erfordernisse einrichten:

So ist für eine Platzierung auf der Lokalseite einer Tageszeitung erforderlich, dass die Information einen ausgeprägten lokalen Bezug aufweist - umso stärker, je lokalpatriotischer die redaktionelle Grundlinie für diese Seite ausgeprägt ist.

Für die Landesseite einer überregionalen Tageszeitung sollte ein Bezug zur jeweiligen Landespolitik hergestellt werden, da derartige Themen unabhängig von sonstigen Schwerpunkten auf dieser Seite zu finden sind.

Für die Seiten der Tageszeitungen, die der politischen Hintergrundberichterstattung vorbehalten sind, ist auf grundsätzliche, kontroverse oder auch besonders vorbildliche und zukunftsweisende Aspekte einzugehen.

Anzeigenblätter sind in der Regel stark lokal orientiert, sodass für die Platzierung von Informationen dort dieselben Regeln gelten wie für die Lokalseite von Tageszeitungen. Bei Anzeigenblättern ist darüber hinaus zu beachten, dass sie häufig personell nur schwach besetzt sind, es daher durchaus lohnend sein kann bei einem guten und vertrauensvollen Kontakt zwischen Einrichtung und Redaktion nicht nur Informationen, sondern auch vorformulierte Textpassagen zur Verarbeitung anzubieten.

Für die Platzierung in einer Boulevardzeitung muss darauf geachtet werden, dass ein stark personifizierter oder ereignisbezogener Aspekt der Information unerlässlich ist, da ansonsten die Information für diese Sparte der Printmedien untauglich ist und nicht aufgegriffen werden wird.

Fazit

Es ist eingangs bereits erwähnt worden und soll hier nochmals herausgehoben werden: Kriminalprävention ist auch für die Medien eine spannende, berichtenswerte Angelegenheit mit vielen für ganz unterschiedliche Medienkonsumenten relevanten Informationen. Ihre Präsenz in den Medien hängt stark von der Art und Weise der Informationspräsentation und der Selbstdarstellung der Präventionseinrichtungen ab. Für diese gilt es, auch im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit so analytisch und konzeptionell sorgfältig, so methodisch und so zielgruppengenau vorzugehen wie sie es von ihrer inhaltlichen Arbeit her gewohnt sind.

Anmerkungen

- (1) Pfeiffer, C.; Windzio, M.; Kleimann, M.: Die Medien, das Böse und wir. Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform 6/2004, 415 ff.
- (2) Scharf, W.; Mühlenfeld, H.-U.; Stockmann, R.: Zur Kriminalitätsberichterstattung in der Presse. In: Publizistik 4/1999, 445 ff.

- (3) Vgl. Krüger, M.: Unterschiedliches Informationsverständnis im öffentlich-rechtlichen und privaten Fernsehen. In: Media Perspektiven 7/2000, 278 ff.
- (4) Krüger, M.; Zapf-Schramm, T.: Inhalte und Gestaltung öffentlich-rechtlicher und privater Informationsangebote im Fernsehen. In: Media Perspektiven 12/2003, 534 ff.

Dietmar Ring

Einführungsstatement zum Thema „Intensivtäterkonzept der Berliner Polizei“

Entwicklung der Intensivtäterbearbeitung

Anfang der 90-iger Jahre machten knappe Ressourcen eine Konzentration der zur Verfügung stehenden Mittel auf Erfolg versprechende, d.h. beeinflussbare Handlungsfelder, erforderlich.

Als ein wichtiger Ansatz wurde die gezielte Hinwendung zum Täter erkannt.

Besondere Zielgruppe war eine kleine Zahl intensiv agierender Täter, die einen Großteil der anfallenden Straftaten beging und somit wesentlich zum Unsicherheitsgefühl der Bevölkerung beitrug.

Diesen Intensivtätern (1) wurde bereits 1994 mit dem Programm „Täterorientierte Ermittlungsarbeit“ (TOE) entsprochen. Grundlage des Programms ist es, einem gezielt ausgewählten Tatverdächtigen einen Sondersachbearbeiter zuzuordnen, der - entgegen der allgemeinen Zuständigkeitsregelungen - alle Ermittlungsvorgänge, die im Zusammenhang mit der ausgewählten Zielperson anfallen, bearbeitet.

Das Ziel der täterorientierten Ermittlungsarbeit besteht darin, durch eine Bündelung des Wissens über den Straftäter zielgerichtete Ermittlungs- und Operativmaßnahmen ergreifen zu können. Vor dem Ziel der Inhaftierung steht immer die präventive Komponente des Programms, d.h., durch die gesammelten Erkenntnisse besteht die Möglichkeit, den Tatverdächtigen in seinem weiteren Handeln günstig zu beeinflussen. Hierzu ist es erforderlich, dass der Sondersachbearbeiter mit anderen verantwortlichen Stellen Kontakt hält und diese im Hinblick auf ihre originären Aufgaben sensibilisiert.

Um die Intensivtäterbearbeitung zu stärken, wurden im Herbst 2001 im Rahmen einer Projektarbeit aller Direktionen unter Beteiligung des LKA Standards für die Täterorientierte Ermittlungsarbeit entwickelt. Durch Standards, u.a. ein verpflichtender Maßnahmenkatalog, sollte eine einheitliche Vorgehensweise gewährleistet sowie die Mehrbelastung für die Sondersachbearbeiter einschätzbar gemacht werden.

Das Ergebnis der Projektarbeit war die Grundlage eines neuen stadtweiten Gesamtprogramms, der „Arbeitsanweisung TOE“, welche im Oktober 2003 in Kraft gesetzt wurde.

Ziel der neuen Vorgehensweise ist, neben der Bündelung des Wissens über einen Straftäter innerhalb der Polizei, verstärkt auf die kooperative Zusammenarbeit mit anderen Behörden - Justiz, Bezirksämtern, Jugendhilfe, Schulen und Sozialpädagogischen Diensten - hinzuwirken.

Aktueller mehrstufiger Bekämpfungsansatz

Das Programm sieht einen mehrstufigen Bekämpfungsansatz vor, der kriminellen Karrieren durch präventive und repressive Maßnahmen begegnen soll.

Diese polizeiliche Maßnahmenkette lässt sich wie folgt darstellen:

Eine besonders häufig auf „Kiezebene“, also im Bereich der Polizeiabschnitte, anfallende Person (ggf. auch unterhalb der Schwelle von Straftaten) erfährt Betreuung durch

den Präventionsbeauftragten auf den Polizeiabschnitten,

ggf. unter Einbindung der Diversionsbeauftragten und Jugendbeauftragten.

Bei dennoch weiterer wiederholter Straftatenbegehung erfolgt eine Einstellung in das Programm zur Täterorientierten Ermittlungsarbeit (TOE) als sog. Kiezorientierter Mehrfachtäter (KoMT)

Ein kiezorientierter Mehrfachtäter ist eine Person, die innerhalb eines bestimmten eingrenzbaeren örtlichen Bereiches (Abschnitt) und innerhalb eines zeitlich relativ engen Zeitraumes (ein Jahr) durch die wiederholte Begehung von Straftaten polizeilich in Erscheinung getreten ist und bei der unter kriminologischer Betrachtung und Bewertung ihres bisherigen Verhaltens die Prognose gestellt werden kann, dass sie auch künftig mit hoher Wahrscheinlichkeit Straftaten begehen wird und bei der daher eine personenbezogene Sondersachbearbeitung für mindestens sechs Monate geboten erscheint.

Die Betreuung eines KoMT bedeutet eine verstärkte personenbezogene Sachbearbeitung gemäß des in der Arbeitsanweisung TOE vorgegebenen Maßnahmenkatalogs.

Einstufung im TOE als Intensiv-/Mehrfachtäter (IMT): Lässt sich abermals ein Fortschreiten der „Kriminellen Karriere“ beobachten, ist eine Übergabe der Personenakte von den Kollegen der Polizeiabschnitte an die Kriminalreferate anzustreben.

Intensiv-/Mehrfachtäter (IMT) ist eine Person, die mindestens eine Straftat begangen hat, bei der es sich um ein Verbrechen handelt oder ein Vergehen, welches auf Grund der Begehungsweise, der Dauer oder Schwere geeignet war, den Rechtsfrieden besonders zu stören, insbesondere wenn die Tat gewerbs-, gewohnheits-, serien- oder bandenmäßig begangen wurde und dabei ein erkennbar hohes Maß an krimineller Energie gezeigt hat und für die unter kriminologischer Betrachtung und Bewertung ihres bisherigen Verhaltens die Prognose gestellt werden kann, dass sie auch künftig mit hoher Wahrscheinlichkeit Straftaten (jegliche und nicht zwingend nur die oben genannten) begehen wird und bei der daher eine personenbezogene Sondersachbearbeitung für mindestens zwölf Monate für erforderlich gehalten wird.

Bei der Betreuung eines IMT findet eine nochmals intensivierete personenorientierte Betreuung auf Ebene der Kriminalreferate und unter Einbeziehung von Jugendbeauftragten, Operativen Gruppen Jugendgewalt sowie anderer Behörden (z.B. Jugendamt, Ausländerbehörde) gemäß des vorgegebenen Maßnahmenkatalogs statt.

Weitere mögliche Zusatzmaßnahmen

- Programm Berlin / Brandenburg:
Werden durch den Intensivtäter Straftaten in beiden Bundesländern begangen, besteht die Möglichkeit einer Einstellung der Person in das gemeinsame Programm Berlin/Brandenburg. Ziel ist es, konzentrierte, abgestimmte Maßnahmen gegen einen hochaktive Straftäter treffen zu können. Die Einstellung einer Person in dieses Programm bedeutet für den Sondersachbearbeiter, dass ihm ein Ansprechpartner in dem anderen Bundesland zur Verfügung steht.
- Sonderabteilung der Staatsanwaltschaft für Intensivtäter:
Ermittlungsverfahren von Personen, die durch besonders intensive kriminelle Energie im Hinblick auf
 - besondere Gewaltanwendung
 - Rücksichtslosigkeit
 - Opferauswahl
 - Schadenshöhe
 - zeitliche Abfolge der Straftaten
 - Mangel an Einsichts- und /oder Resozialisierungsbereitschaft

auffallen, werden bei der Sonderabteilung der Staatsanwaltschaft für Intensivtäter bearbeitet. Hier werden, wie bei der polizeilichen Intensivtätersachbearbeitung, sämtliche Ermittlungsverfahren eines Straftäters - entgegen der sonstigen Zuständigkeitsregelungen - von einem Staatsanwalt bearbeitet.

- **Intensivtäterstreife:**
Sollte in besonders schwerwiegenden Fällen die Notwendigkeit zur Durchführung gezielter Maßnahmen gegen einen Intensivtäter erkannt werden, kann die Intensivtäterstreife (ITS) des LKA 63 für folgende Maßnahmen unterstützend hinzugezogen werden:
kurz- aber ggf. auch längerfristige Observationen
konsequente Überprüfungen der Person insbesondere auch im öffentlichen Straßenland
Ahndung jeglichen Fehlverhaltens (geringfügige Straftaten, OWI)
Gefährderansprachen im Rahmen der Überprüfungen
konsequente Durchführung von Erkennungsdienstlichen Maßnahmen (bei vorliegenden Straftaten/Gefahrenlagen)
Ggf. Sicherstellung gefährlicher Gegenstände aufgrund einer negativen Gefahrenprognose

Zur Steuerung sämtlicher Maßnahmen wurden eine Koordinierungsstelle im LKA sowie zentrale Ansprechpartner in jeder Direktion eingerichtet. Neben der gezielten Vorgangsbearbeitung stellen diese eine enge Zusammenarbeit mit der Justiz (insbesondere der Sonderabteilung für Intensivtäter) sowie zum angrenzenden Bundesland Brandenburg sicher.

Zahlen zu den Einstellungen im Programm TOE (Stand: 11/04)

Zum Abschluss noch ein Überblick über die aktuelle Anzahl der im Programm TOE eingestellten Personen:

Einstellungen insgesamt:	553
Intensiv-/ Mehrfachtäter (IMT):	372
Kiezorientierte Mehrfachtäter (KoMT):	76
davon in Sonderbearbeitung bei der StA:	231

Mittelfristiges Ziel ist es, die behördenübergreifende, täterorientierte Sachbearbeitung für Intensivtäter zu intensivieren, auszubauen und den jeweils aktuellen Erfordernissen anzupassen.

Anmerkung

- (1) Für den Begriff des Intensivtäters existieren in den unterschiedlichen Arbeitsbereichen verschiedene, den jeweiligen Erfordernissen angepasste Definitionen.

Manfred Schweitzer

Intensivtäter - (k)ein Problem? - Das neue Handlungskonzept ein Jahr danach aus der Sicht der Staatsanwaltschaft Berlin

Im Februar 2003 wurde über den Jugendlichen „Mahmut R.“ berichtet, der durch die Begehung von angeblich 80 schwersten Straftaten zu trauriger Berühmtheit gelangte, ohne dass ihm durch die anscheinend ohnmächtige oder unwillige Strafjustiz Einhalt geboten worden wäre. Dies entsprach zwar nicht den Fakten, denn tatsächlich war „Mahmut R.“ bereits mehrfach verurteilt worden und zwar zuletzt zu einer vierjährigen Einheitsjugendstrafe, wobei er zum Zeitpunkt des medialen Aufschreis überdies bereits seit einem Jahr inhaftiert war. Ungeachtet dieser Sachlage war ein Diskussionsfeld eröffnet, was nahezu zwangsläufig zu einer durch die beteiligten Senatsverwaltungen veranlassten Überprüfung der polizeilichen und staatsanwaltschaftlichen Aufarbeitung des erwähnten Falles führte. Dabei stellte sich heraus, dass sich insgesamt 54 polizeiliche Sachbearbeiter und eine namhafte Zahl von Staatsanwälten mit dem jungen Mann befasst hatten, wodurch unabhängig von dem letztlich doch erzielten Ergebnis jedenfalls vermeidbare Reibungsverluste aufgetreten waren. Um diesem Zustand wirksam zu begegnen, Informations- und Zeitverluste weitestgehend zu minimieren und eine möglichst effektive Verfolgung besonders hartnäckiger junger Straftäter zu erreichen, wurde im März 2003 eine Kommission mit der Erarbeitung einer gemeinsamen Richtlinie zur Strafverfolgung von Intensivtätern beauftragt.

Um welche Täter geht es und wie stellt sich die gemeinte Zielgruppe sowohl in qualitativer als auch quantitativer Hinsicht dar ?

Hier gilt es zunächst festzuhalten, dass es eine bundeseinheitliche Definition des Intensivtäterbegriffs nicht gibt, wofür u.a. deutliche regionale Unterschiede in Täterstruktur, Fallaufkommen, Deliktsschwerpunkten und Tatgelegenheitsstrukturen maßgeblich sind. Eine bundesweit durchgeführte Bestandserhebung bereits bestehender Konzepte zur Bekämpfung von Mehrfach- und Intensivtätern und die in Hessen bereits im August 2002 in Kraft getretene Intensivtäterrichtlinie bildeten die Grundlage der in Berlin geschaffenen „Gemeinsamen Richtlinie von Polizei und Staatsanwaltschaft zur Strafverfolgung von Intensivtätern“, aufgrund derer eine Abteilung der Staatsanwaltschaft Berlin seit dem 1. Juni 2003 mit dem neuen Arbeitsgebiet der Verfolgung von Intensivtätern betraut wurde.

Als Zielgruppe weist die Richtlinie Personen aus, die durch besonders intensive kriminelle Energie im Hinblick auf

- besondere Gewaltanwendung
- Rücksichtslosigkeit
- Opferauswahl
- Schadenshöhe
- zeitliche Abfolge der Straftaten
- Mangel an Einsichts- und/oder Resozialisierungsbereitschaft
- Tatbegehung während Freigangs, offenen Vollzugs, Hafturlaubs, -verschönerung, Bewährung

auf sich aufmerksam gemacht haben. Darüber hinaus kommen auch Personen in Betracht, von denen aufgrund ihrer aktuellen Entwicklung erwartet werden kann, dass sie zeitnah weitere Straftaten begehen werden.

Definiert werden Intensivtäter nach dieser Richtlinie als Straftäter, die verdächtig sind,

- den Rechtsfrieden besonders störende Straftaten, wie z.B. Raub-, Rohheits- und/oder Eigentumsdelikte in besonderen Fällen, begangen zu haben oder
- innerhalb eines Jahres in mindestens zehn Fällen Straftaten von einigem Gewicht begangen zu haben
- und bei denen die Gefahr einer sich verfestigenden kriminellen Karriere besteht.

Durch Zusammenfassung von Wissen, Konzentration von Kräften und Ressourcen soll eine deliktübergreifende, täterorientierte Sachbearbeitung erfolgen, die nicht nur jugendliche und heranwachsende Täter, sondern auch strafunmündige und erwachsene Täter erfasst, da der Intensivtäter seine Karriere häufig nicht erst mit Vollendung des 14. Lebensjahres beginnt und diese auch nicht mit Vollendung des 21. Lebensjahres beendet. So können einerseits wiederholt zu kriminellen Handlungen neigende und deshalb in ihrer Entwicklung gefährdete Kinder und Jugendliche rechtzeitig erkannt und behandelt, andererseits später nachreifende Erwachsene durchgehend beobachtet werden. Insoweit ist auch von Belang, dass die gewonnenen Erkenntnisse den zuständigen Jugendrichtern, den Jugendämtern, der Jugendgerichtshilfe, den Justizvollzugsanstalten und ggf. auch der Ausländerbehörde zur Verfügung gestellt werden.

Die Richtlinie erweist sich im Wesentlichen als rein organisatorische Maßnahme zwischen Polizei und Staatsanwaltschaft vor dem Hintergrund der Erkenntnis, dass ein überproportional hoher Anteil von Straftaten, insbesondere im Bereich der Gewalt- und Straßenkriminalität, von relativ wenigen jungen Intensivtätern begangen wird. Diese Täter wurden zwar auch bislang strafrechtlich verfolgt. Gleichwohl vermochte dies eine bereits seit längerer Zeit andauernde Entwicklung zur immer hemmungsloseren Begehung einer Vielzahl brutalster Straftaten nicht zu stoppen.

In quantitativer Hinsicht erscheint mir Folgendes von Belang: Im Jahre 2003 waren 3.333.132 Personen aller Altersgruppen und Nationalitäten in Berlin als Einwohner mit Hauptwohnung melderechtlich registriert, davon 141.377 Jugendliche, was einem Bevölkerungsanteil von 4,2 % entspricht, und 111.747 Heranwachsende, die einen Bevölkerungsanteil von 3,4 % repräsentieren. Von den mithin insgesamt 253.124 jungen Menschen, die uns damit als potentielle Zielgruppe im schlimmsten Falle interessieren könnten - Kinder lasse ich bei dieser Betrachtung unberücksichtigt - wurden ausweislich der polizeilichen Kriminalstatistik im Jahre 2003 aber nur oder immerhin 30.390, nämlich 15.992 Jugendliche (= 11,3%) und 14.398 (=12,8%) Heranwachsende, tatsächlich straffällig. Von diesen 30.390 Jugendlichen und Heranwachsenden sind mittlerweile etwa 200 oder 0,64 % als Intensivtäter gemäß der Berliner Richtlinie eingestuft. Diese in der Relation geringe Anzahl mag überraschen, erklärt sich aber daraus, dass derzeit noch nicht alle Intensivtäter auch als solche erfasst sind. So kann insbesondere der gesamte Bereich der Eigentumskriminalität mangels ausreichender personeller Ressourcen noch nicht entsprechend bearbeitet werden. Vordringlicher erschien demgegenüber zunächst die täterorientierte Bearbeitung von Raub- und Rohheitsdelikten, wobei auch insoweit noch nicht alle Tatverdächtigen erfasst sind. Die bislang gewonnenen Erkenntnisse lassen zwar hinsichtlich der konkreten Anzahl von Intensivtätern in Berlin noch keine verlässliche Einschätzung zu, mutmaßlich könnte aber eine Größenordnung von etwa 400 bis 500 Tätern erreicht werden, was dann etwa 1,5 % der insgesamt straffällig gewordenen Jugendlichen und Heranwachsenden entsprechen würde. Diese noch immer vergleichsweise geringe Zahl von jungen Straftätern relativiert sich erheblich, wenn berücksichtigt wird, dass sie unter den 5% derjenigen, die etwa 30 % aller Straftaten dieser Altersgruppe begehen, deutlich überproportional - nämlich mit nicht selten 50 bis 60, teilweise aber auch mehr als 80 Straftaten - beteiligt sind, wobei es sich zudem noch um überwiegend schwerste Straftaten handelt. Dies führt zu Anklagen, die dann 20 bis 30 ausgewählte Fälle betreffen; eine der bislang umfangreichsten Anklagen in diesem Bereich enthielt über 60 Taten. Insgesamt sind bislang 184 Anklagen erhoben worden und 85 Urteile ergangen. Eine dieserart sowohl quantitativ wie auch qualitativ beachtliche Dimension in Bezug auf die Gesamtkriminalität Jugendlicher und Heranwachsender belegt m. E. mit hinreichender Deutlichkeit die Berechtigung der Frage, mit welchen strafrechtlichen Mitteln angemessen, zugleich aber auch wirkungsvoll und nachhaltig auf die Täter eingewirkt werden kann, um derartige kriminelle Karrieren zu beenden. Nicht selten haben sie bereits nahezu alles an Maßnahmen hinter sich, was professionell zur Verfügung gestellt werden kann; sie scheinen deshalb jedenfalls mit erzieherischen Mitteln unerreichbar zu sein.

Insoweit führt das Kammergericht Berlin in einem Beschluss, der gemäß den §§120, 121 StPO zur Frage der weiteren Haftfortdauer im August 2004 erlassen wurde, Folgendes aus:

„Der soziale und strafrechtliche Werdegang dieser Täter zeigt regelmäßig die Merkmale einer massiven dissozialen Entwicklung mit frühen, häufigen und zum Teil schweren Straftaten, teilweise mehrfacher Verurteilung und der Einbindung in kriminelle Jugendbanden und macht deutlich, dass der elterliche Einfluss auf die Täter seit langem wirkungslos ist. Aufgrund ihrer Entwicklung und Persönlichkeit - wie sie sich regelmäßig im Zeitpunkt zu treffender Haftentscheidungen darstellt - muss davon ausgegangen werden, dass ihnen auch Vereinbarungsfähigkeit und Verlässlichkeit fehlen, die allerdings unabdingbare Voraussetzung für mildere Maßnahmen sind (KG, Beschluss vom 18. Februar 2002 - 5 Ws 102/02 -). Verfolgungsmaßnahmen von Polizei, Staatsanwaltschaft und Gerichten, sowohl die leider üblichen sehr häufigen Einstellungen, teils im Hinblick auf andere Verfahren, in denen keine nennenswerte gerichtliche Reaktion erfolgte, als auch Untersuchungshaft, Haftverschonung, laufende Verfahren, zur Bewährung ausgesetzte Jugendstrafen, Jugendarrest oder gar die Teilverbüßung von Jugendstrafe haben bei diesen Tätern vielfach nicht den mindesten Einfluss und können damit auch keine Warnfunktion ausüben (KG, Beschluss vom 12. August 2004 (5) 1 HES 126/04 (31-37/04)).“

Unter Berücksichtigung dieser tatsächlichen Gegebenheiten war es auch anlässlich des diesjährigen „Deutschen Jugendgerichtstages“ in Leipzig durchaus opportun, den das Jugendstrafrecht beherrschenden Erziehungsgedanken mit Blick auf die Intensivtäterproblematik erneut auf den Prüfstand zu stellen, denn unter den 240 Intensivtätern befinden sich nur 41 Erwachsene, aber 79 Heranwachsende und 119 Jugendliche sowie 1 Kind.

Das Intensivtäterproblem erweist sich in erster Linie als das Problem gescheiterter oder untauglicher Integrationsstrategien, weil etwa 75 % der Täter Ausländer sind oder einen Migrationshintergrund aufweisen.

In dem Bestreben auf einer sachlich zutreffenden Tatsachengrundlage zu argumentieren und schlichtweg falschen Vorurteilen mit aller Deutlichkeit entgegenzutreten, werde ich nicht müde immer wieder darauf hinzuweisen, dass sich die überwältigende Mehrzahl der hier lebenden Nichtdeutschen nach allen uns vorliegenden Erkenntnissen gesetzestreu verhält. Das im Bereich der Gewaltkriminalität aber vorhandene Problemfeld einer nachweislich überproportionalen Beteiligung von Ausländern und deutschen Tätern mit Migrationshintergrund muss gleichwohl thematisiert und darf nicht tabuisiert werden, wollen wir diesem Besorgnis erregenden und gesellschaftliche Konflikte auslösenden Problem wirksam entgegenreten.

Die hohe Kriminalitätsbelastung nichtdeutscher Intensivtäter hat Ursachen, wobei die Erklärungsansätze üblicherweise wie folgt lauten: Generelle Integrationsschwierigkeiten und ethnische Probleme sowie mangelhafte Sprachkenntnisse, daraus resultierender Bildungsmangel, daraus sich wiederum ergebende Perspektivlosigkeit auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt und damit einhergehende finanzielle Probleme.

Diese Analyse mag grundsätzlich zutreffen. Die tägliche Befassung mit Intensivtätern lässt aber zumindest einige Akzentverschiebungen erkennen. Finanzielle Nöte sind im Bereich der alltäglichen Rohheits-, Gewalt- und Straßenkriminalität wenn überhaupt, dann nur von ganz untergeordneter Bedeutung. Entscheidend ist hier vielmehr die Ausübung jeglicher Hemmungen vermissender Gewalt, insbesondere durch Täter aus dem süd - ost - europäischen Raum, wobei Gewalt hier in erster Linie die Ausübung von Macht und Autorität bedeutet, durch die auch das Umfeld geprägt ist, in dem diese Täter aufgewachsen sind.

Ein weiterer Aspekt verdient besondere Beachtung, nämlich der des Opferschutzes: Kriminalität wird nicht im Nirgendwo begangen, sondern fordert Opfer unter Bürgern. Jede Straftat gegen Individualrechtsgüter stellt zugleich einen Angriff auf die Menschenwürde des Opfers dar. Diesem Angriff hat der Staat entgegenzutreten, denn gerade dafür hat ihm der Bürger das Gewaltmonopol verliehen. Im Intensivtäterbereich sind darüber hinaus Besonderheiten festzustellen. Wie auch bei den Tatverdächtigen zeigt sich ein Schwerpunkt der Opfergefährdung bei den 14- bis unter 21-Jährigen, die sich in den letzten zehn Jahren nahezu verdoppelt hat.

Dies bedeutet, dass gerade auch Jugendliche zu Opfern werden, deren Entwicklung - ebenso wie die der Täter - noch nicht abgeschlossen, sondern vielmehr in ihrem Fortgang gefährdet ist, wenn der Staat nicht den gerade für diese Opfer erforderlichen besonderen Schutz gewährt. Unterlässt er dies, macht er sich mitschuldig, wenn nunmehr das jugendliche Opfer, von dem eben noch nicht die besonnene Selbstbeherrschung Erwachsener erwartet werden kann, dadurch selbst zum Täter wird, dass es die Dinge in die eigene Hand nimmt und Rache übt.

Kriminalpolitische Entscheidungen sollten nicht ohne gesicherte Erkenntnisse über deren Wirkungen gefällt werden. Auch das Intensivtäterproblem kann deshalb weder isoliert betrachtet noch außerhalb des Jugendstrafrechts gelöst werden. Da unbestritten ist, dass der Gesetzgeber dem Erziehungsgedanken im Jugendstrafrecht Vorrang einräumen wollte und dies auch nach wie vor will und wir darüber hinaus davon ausgehen können, dass dem Jugendstrafrecht allgemein auch der Zweck einer Normbegründung zukommt und seine Anwendung daher abstrakt auch der positiven Generalprävention dient, sollte auch Konsens darüber bestehen, dass die dem Jugendstrafrecht immanente Generalprävention nur dann wirksam werden kann, wenn die Durchsetzung der Verbote im Einzelfall gewährleistet ist und praktiziert wird. Das Vorhandensein der Strafandrohung zwingt mithin zu ihrer Verwirklichung. Eine Gemeinschaft, die Verbote ausspricht, auf die Sanktion des Verstoßes aber verzichtet, wird die Vermittlung der Wertordnung und deren Einhaltung nicht erreichen. Die Verfolgung dieses Ziels sollte allerdings unser gemeinsames Anliegen sein und sowohl das theoretische Denken als auch das praktische Handeln aller am Jugendstrafverfahren Beteiligten bestimmen.

Claudius Ohder

Intensivtäter - (k)ein Problem - Eingangsstatement aus der Sicht eines Kriminologen

„Intensivtäter - (k)ein Problem - Das neue Handlungskonzept ein Jahr danach“ - so der thematische Ausgangspunkt für dieses Podium. Ein knappes und vor allem eindeutiges Eingangsstatement vermag ich allerdings nicht abzugeben. Dies schon deshalb, weil hier nach meinem Verständnis wenigstens zwei unterschiedliche Aspekte angesprochen sind.

Zum einen geht es um die Frage, ob man ein Jahr nach Erlass der gemeinsamen Richtlinie für Polizei und Staatsanwaltschaft zum Verfahren bei Intensivtätern bereits einschätzen kann, ob sich dieser Ansatz bewährt hat oder nicht. Zum anderen steht die Beurteilung des Phänomens Intensivtäter im Raume. Handelt es sich um ein bekanntes Phänomen, das zu keiner wirklichen Aufregung führen müsste oder um eine Entwicklung, die zu starker Beunruhigung zwingt?

Ich möchte mit dem ersten Punkt beginnen. Im Kern ist mit dieser Dienstanweisung erreicht worden, dass im Bereich der Polizei und der Staatsanwaltschaft eine personenbezogene Zuständigkeit für Intensivtäter besteht. Wie man hört, sind dadurch Bearbeitungsfristen verkürzt und auch bei Minderjährigen härtere Sanktionen rascher verhängt worden. Dies mag, sofern damit eine erzieherische Wirkung verbunden ist und / oder Straftaten verhindert werden, positiv sein. Der eigentliche Gewinn dürfte jedoch darin bestehen, dass ein junger Mensch, der wiederholt Strafnormen verletzt, die Erfahrung macht, dass er bei Polizei, Staatsanwaltschaft und Gericht stets auf die gleichen Personen trifft, die sich mit seinen Taten, aber auch seinem Werdegang und Hintergrund auskennen. Konsequenzen - unabhängig davon, ob sie früher oder später erfolgen, härter oder milder ausfallen - rücken dadurch näher an die Handlungen und den Handelnden, ein Ausweichen wird schwerer. So zu verfahren, dürfte dem erzieherischen Ansatz des Jugendstrafverfahrens entsprechen und man muss sich fragen, weshalb eine solche Zuständigkeitsregelung nicht generelle Praxis ist. Und in der Tat hat beispielsweise die *Unabhängige Kommission Berlin gegen Gewalt*, die 1991 per Senatsbeschluss ins Leben gerufen worden ist, in ihrem Schlussbericht gefordert, im Bereich der Jugendstaatsanwaltschaft grundsätzlich eine personenbezogene Zuständigkeit zu etablieren. Wegen erheblichen Widerstandes aus der Berliner Staatsanwaltschaft ist es jedoch damals zu keiner Umsetzung gekommen. Insofern sollte man nicht in Euphorie verfallen: Unter massivem öffentlichen und politischen Druck hat man sich nun auf ein Vorgehen eingelassen, das fachlich geboten erscheint und längst überfällig war. Und der Umstand, dass nach wie vor nur für einen kleinen Teil jugendlicher Straftäter die beschriebene personenbezogene Zuständigkeit besteht, ist bei genauerer Betrachtung nur dann vertretbar, wenn man sicher sein könnte, dass tatsächlich die „Fälle“ herausgefiltert werden, bei denen ein erhöhtes Risiko für die Entwicklung einer kriminellen Karriere besteht. Dass dies der Fall ist, erscheint jedoch nicht gesichert, denn beispielsweise kann es als offen gelten, ob die Selektion für das so genannte Intensivtäterprogramm tatsächlich intensivem Interventionsbedarf folgt oder auch Kriterien wie intensive Lästigkeit eine erhebliche Rolle spielen.

Der zweite in dem Thema enthaltene Aspekt ist die Frage, ob das Intensivtäterphänomen etwas Neues ist. Aus kriminologischer Sicht wäre dieses eher zu bezweifeln, denn es ist wiederholt empirisch belegt worden, dass eine kleine Anzahl von Straftätern für einen erheblichen Anteil der Straftaten verantwortlich ist. Während leichte Straftaten in geringer Zahl während der Adoleszenz als „normal“ anzusehen sind und sich solch delinquentes Verhalten in der Regel „verwächst“, fallen ca. 3% eines Jahrganges mit schwereren und / oder häufigeren Strafnormverletzungen auf. Auch wenn es durchaus sein mag, dass diese Problemgruppe in Berlin aktuell zugenommen hat und aus ihren Taten eine besondere Brutalität spricht, haben wir es somit mit keinem grundsätzlich neuen Phänomen zu tun.

Dies dürfte sich insbesondere mit den Einschätzungen von Jugendgerichten und Strafvollzugsanstalten decken, die sich schon immer mit den schweren Fällen zu beschäftigen hatten.

Diese relativierenden Äußerungen sollen keinesfalls den Eindruck erwecken, als könne und solle man vor dem Problem der Intensivtäter die Augen verschließen und untätig bleiben. Aber vielleicht sollte man sich auch fragen, ob die Gründe für die große Sorge oder sogar Aufregung, die die (Fach)Öffentlichkeit aktuell umtreibt auch „außerhalb“ des Problems zu suchen sind. Die Vermutung liegt nahe, dass eine zunehmend pessimistische Beurteilung der gegenwärtigen gesellschaftlichen Zustände „hinein färbt“. Insofern ist die Bewertung des Phänomens auch vor dem Hintergrund anderer Problemdiskurse zu sehen: die gescheiterte Integration von Immigranten, die Unsicherheit hinsichtlich eines Konsenses über einen Kernbestand an Normen und Werten oder Zweifel über die Erziehungskompetenz von Familien und / oder Schulen.

Insofern schließt ein angemessenes Reagieren auf das Problem jugendlicher Intensivtäter auch ein, jegliche Überfrachtung abzuwehren: Es geht um nicht mehr, aber auch nicht um weniger, als eine überschaubare Zahl von Minderjährigen davon abzuhalten, fortgesetzt schwere Straftaten zu begehen. Sich vor der öffentlichen Meinung hertreiben zu lassen und in kurzfristig angelegten Aktionismus zu verfallen, wäre falsch. Die Jugendstrafrechtspflege sollte ihre Ansätze und Konzepte kritisch prüfen, aber nicht das Wissen und die Erfahrungen, die aus Jahrzehnten der Beschäftigung mit jugendlichen Straftätern herrühren, vorschnell aufgeben. Aktuell unterliegt sie meines Erachtens der Gefahr, sich zu stark einer populistischen Vorstellung anzunähern, wonach hartes rasches Durchgreifen der Schlüssel zum Erfolg ist.

Peter Zernicke

„Intensivtäter-(k)ein Problem? - Das neue Handlungskonzept ein Jahr danach“

Mit Handlungskonzept ist für mich das Schreiben der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport Nr. 3/04 vom 31.03.2004 gemeint, dieses da lautet: „Aufgaben der Jugendhilfe im Rahmen der Prävention krimineller Karrieren und beim sachgerechten Umgang mit jungen Intensivtätern“.

Es gibt kein einheitliches Bild über den Umgang der Berliner Jugendämter mit diesem Fachproblem. Aus meiner Sicht sind manche Jugendämter bemüht bei der Umsetzung von Forderungen aus dem Rundschreiben, andere verhalten sich abwartend. Das Papier aber ist allen allgemein bekannt.

Ich will in sieben Punkten auf bestimmte Entwicklungen eingehen und erhebe dabei keinen Anspruch auf Vollständigkeit.

1. Das geforderte geregelte Meldesystem über junge Intensivtäter zwischen Polizei, Staatsanwaltschaft und den Jugendämtern funktioniert mehrheitlich in den Bezirken nicht. In manchen Jugendämtern wird an Kooperationsvereinbarungen dieser Art gearbeitet und es werden Ansprechpartner zwecks Erleichterung der Zugänge zueinander benannt.
2. Ein jugendamtsinternes Verfahren im Umgang mit Intensivtätermeldungen ist meines Wissens nur in zwei Bezirken Berlins bisher festgelegt worden. Allerdings sind die Jugendgerichtshilfen in den Jugendämtern besonders sensibilisiert für Klienten aus dem Intensivtäterbereich und setzen besondere Schwerpunkte bei der Mitwirkung in diesen Jugendgerichtsverfahren, auch was Angebote von Hilfen zur Erziehung betrifft.
3. Am weitesten fortgeschritten in ihrer Umsetzung in den Jugendämtern sind die geforderten regelmäßigen Treffen zur Lagebeurteilung von Kinder- und Jugenddelinquenz, zum Informationsaustausch und zur Entwicklung gemeinsamer Handlungen zwischen Polizei und Jugendamt sowie anderer Beteiligter. Dazu beigetragen hat das Sozialpädagogische Institut mit seinem Angebot, die Gründung solcher Projekte konkret zu unterstützen. Diese Runden, Arbeitsgruppen und Runden Tische begreifen sich inzwischen als Präventionsprojekte. In acht Bezirken wird an der Umsetzung von Projekten zur Delinquenzprävention gearbeitet oder diese Gremien existieren bereits, beziehungsweise es gibt nachhaltiges fachliches und politisches Interesse daran.
4. Das Rundschreiben und die Diskussion um Kinder- und Jugenddelinquenz hat zu einer erheblich größeren Annäherung zwischen Jugendämtern und den örtlichen Polizeidirektionen geführt. In kurzer Zeit ist hier zum Teil Kooperation - wie bisher nicht üblich - entstanden. Eine Ursache dafür ist wohl die Erkenntnis, dass eine Institution allein nicht effektiv genug sein kann und auch der verstärkte Anspruch der Polizei präventiv wirksam zu werden, ist dafür ein weiterer Grund.
5. Bisher „wirkt“ der Schulbereich am wenigsten bewegt im Sinne eines anderen Umgangs mit Kinder- und Jugenddelinquenz. Ohne Schule wird ein sachgerechter Umgang mit Delinquenz nicht möglich werden. Zwischen Schuldistanz und Delinquenz gibt es deutliche Zusammenhänge.

6. Die Jugendämter sind mit der Änderung ihrer Struktur beschäftigt. Sozialraumorientierung, die spezielle präventive Möglichkeiten im Umgang mit Intensivtätern eröffnet, und der schwierige Weg dorthin, binden Kraft und Ressourcen. Neue Arbeitsfelder, neue Gremien und neue Regeln verunsichern Mitarbeiter.
7. Hilfen zur Erziehung für volljährige Intensivtäter sind schwieriger zu realisieren als in den Vorjahren.

Die deutliche und erklärte Absicht der Staatsanwaltschaft, bei Intensivtätern überwiegend zu Jugendstrafen ohne Bewährung zu kommen - das ist zumindest meine Wahrnehmung - lässt weniger Raum für Jugendhilfe, obgleich auch in meiner beruflichen Erfahrung zunehmend die Erkenntnis entstanden ist, dass manche Klienten mit Jugendhilfe nicht oder zunächst nicht zu erreichen sind.

Klaus-Dieter Gens

Gewaltfreie Kommunikation

Gewaltfreie Kommunikation ist nicht in erster Linie eine Deeskalationsmethode. In konkreten Gewaltsituationen würden wir erst mit den anderen Methoden deeskalieren. Die dann folgenden Gespräche können durch die gewaltfreie Kommunikation angereichert sein. Die gewaltfreie Kommunikation ist eher eine längerfristige Methode zur besseren Verständigung und zur Steigerung der sozialen Fähigkeiten der Menschen und damit eine Präventionsmaßnahme. In der gewaltfreien Kommunikation haben wir eine bestimmte Sicht, warum es in Kommunikationssituationen schief geht. Wir untersuchen, welche Sprachelemente Gewalt fördern, und welche die Gewalt mindern. Gewaltfördernde Elemente sind all die Sprachanteile, die beim anderen Frustration, Enttäuschung, Druck, negative Aggression, Widerstand, Schuld, Scham oder Angst auslösen.

Durch diese Sprachanteile sind die Bedürfnisse des Hörers nicht befriedigt - und wenn Bedürfnisse nicht befriedigt sind, besonders über lange Zeit, so erhöht sich der Druck und die Aggression, die sich auch zum Teil gegen Unbeteiligte entlädt.

Wir haben in der gewaltfreien Kommunikation ein Symbol für die gewalthaften Anteile in der Sprache. Es ist der Wolf. Der Wolf ist ein Symbol und wie im Märchen bekommt er die Negativrolle. Das hat mit den echten Wölfen in der Welt nichts zu tun. Der Wolf spricht eine lebensentfremdende Sprache.

Diese Sprache ist gekennzeichnet durch:

- moralische Urteile

- Urteile darüber, was richtig und falsch ist, gesund und krank, angemessen oder unangemessen

- Analysen

- Vorurteile durch Vergleiche

- Verantwortung leugnen - die Ursache liegt beim anderen

- keine Wahlmöglichkeiten

- Forderungen

- Lob oder Strafe verdienen

- Denkweisen, die uns Schlechtigkeit, Mangelhaftigkeit und die Notwendigkeit einer Erziehung vermitteln.

Insbesondere benutzen wir in dieser Sprache vier so genannte Erziehungsmittel, von denen wir hoffen, dass Menschen sich so verhalten, wie wir das wünschen:

- Schuld: Wir weisen Menschen nach, was sie falsch gemacht haben

- Scham: Wir weisen Menschen nach, was mit ihnen falsch ist

- Strafe - Drohung - Rache

- Belohnung

Wir gehen auch davon aus, dass in dem Moment, in dem wir gewalthafte Anteile in unserer Sprache haben, wir nicht mit unseren Bedürfnissen, also dem, was wir dringend brauchen, in Verbindung sind. Wir sind eher außer uns.

Warum reden Wölfe so? Unsere Erklärungsmuster sind folgende: Sie können sich nicht besser ausdrücken. Man hat es ihnen nicht anders beigebracht. Sie geben die Sprachmuster weiter, die sie selbst erfahren haben und glauben, dass diese Maßnahmen nützen. Bis zu einem gewissen Grad nützen sie auch in dem Sinne, dass Menschen sich unterwerfen oder aus Angst handeln. Sie lernen jedoch auf diese Weise nicht, aus inneren Motiven zu handeln, wie Verständnis, Mitgefühl, Solidarität oder aus dem Wunsch das Leben zu bereichern. Gewaltsprache ist eine Behelfs-Sprache.

Der Sprecher will eigentlich etwas anderes ausdrücken. So gesehen ist Gewalt der tragische Ausdruck eines unerfüllten Bedürfnisses. Alle Aktionen sind der Versuch, sich mit dieser Behelfssprache ein Bedürfnis zu erfüllen. Menschen geben die erlebte Gewalt (als Versuch der Bedürfnisbefriedigung) weiter.

Gewalt ist ein Echo auf Gewalt:

Menschen, die wenig Achtung erfahren haben, können nicht achten.

Menschen, die wenig Wertschätzung erfahren haben, können nicht wertschätzen.

Menschen, die Gewalt erfahren, geben diese weiter.

Gewaltmenschen haben mangelnde Empathiefähigkeiten, sie haben zu wenig Empathie empfangen.

Das Ausmaß der Gewalt ist ein Maß dafür, dass viele Bedürfnisse nicht befriedigt sind - und für das Fehlen der sozialen Fähigkeiten mit bestimmten Gefühlen, unerfüllten Bedürfnissen und Konflikten umzugehen.

Um die Gewalt im zwischenmenschlichen Bereich zu reduzieren wäre es nach unserer Auffassung notwendig, auf die vier Beherrschungsmittel zu verzichten: ein Zusammenleben ohne Schuld, Scham, Strafe und Drohung und auch ohne Belohnung. Weiter müssten wir lernen, mit Konflikten, unangenehmen Gefühlen und unerfüllten Bedürfnissen so umzugehen, dass die Bedürfnisse der anderen Menschen auch erfüllt sein können. Sozialpolitisch betrachtet würden wir für eine Umwelt sorgen, die günstigere Voraussetzungen für die Befriedigung der wesentlichen Bedürfnisse schafft.

Gewaltfreie Kommunikation ist eine Kommunikationsmethode, die in zunächst einfach aussehenden vier Schritten kommuniziert. Sie ist gleichzeitig eine bestimmte Weise, Sprache und Handlungen im Sinne von Gefühlen und Bedürfnissen zu deuten. Sie hat damit ein eigenes Deutungssystem, in dem dem Menschen sinnvolle Handlungsmotive unterstellt werden, die er mehr oder weniger sinnvoll in die Tat umsetzen konnte. Die gewaltfreie Kommunikation bemüht sich so zu sprechen, dass die Bedürfnisse des anderen nicht verletzt werden. Elemente dieser Sprache sind Respekt, Wertschätzung, Empathie, Zugewandtheit usw.

Dabei sind folgende Grundannahmen von besonderer Bedeutung: Alles was Menschen tun, ist der mehr oder weniger gelungene Versuch, Bedürfnisse zu erfüllen. In der gewaltfreien Kommunikation ist es uns wichtig, dass die Bedürfnisse aller Seiten berücksichtigt und so weit es geht, befriedigt werden. Menschen handeln in erster Linie für sich und nicht gegen andere. Wir sehen in der Handlung des anderen im Wesentlichen eine Aussage über sich selbst. Oder: alles was „Wölfe“ uns an den Kopf werfen, hören wir nicht als gegen uns, sondern als eine Botschaft über die Gefühle und Bedürfnisse des Sprechers. Menschen sind grundsätzlich an guten Verbindungen interessiert und sie tun nichts lieber, als zum Leben beizutragen.

Als erste Hilfe aus dem Notfallkoffer können wir uns immer dies fragen, wenn uns jemand einen Vorwurf, einen Angriff, eine Beleidigung entgegenbringt: hat dieser Mensch jetzt Bitte oder Danke gesagt. Wir würden alles, was Menschen sagen, dahingehend übersetzen.

Bevor ich Ihnen die Schritte der gewaltfreien Kommunikation aufzeige, möchte ich Ihnen gerne unser Verständnis von Bedürfnissen mitteilen: Wir unterscheiden Bedürfnisse von der Art und Weise wie sie erfüllt werden. Bedürfnisse sind universell und alle Menschen auf diesem Planeten haben dieselben Bedürfnisse. Bedürfnisse sind zum Beispiel: Harmonie, Frieden, Wertschätzung, Zusammengehörigkeit, Kommunikation, Zuneigung, Zuwendung, aber auch Kreativität, Inspiration, Freiheit, Autonomie, Wirksamkeit usw. Eine Liste von möglichen Bedürfnissen teilen wir aus. Wir unterscheiden dagegen die Art und Weise, in der ein Bedürfnis befriedigt werden soll. Wir nennen dies die Strategie. Also: jemandem einmal die Meinung sagen zu wollen ist eine Strategie. Schimpfen, schlagen, drohen sind Strategien, mit denen Bedürfnisse erfüllt werden sollen. Die meisten Menschen haben nur sehr eingeschränkte Möglichkeiten, für ihre Bedürfnisse zu sorgen.

Wer für seine Bedürfnisbefriedigung nur wenige Wahlmöglichkeiten hat, läuft Gefahr, genau die Mittel zu verwenden, die sein eigenes Bedürfnis und das Bedürfnis des Gegenübers nicht erfüllen. Soziales Lernen bedeutet in diesem Zusammenhang, die angemessenen Strategien zur Erfüllung der Bedürfnisse zu finden. Nicht die Bedürfnisse sind unangemessen, sondern möglicherweise die Strategie.

Ich möchte Ihnen gerne aufzeigen, wie wir in der gewaltfreie Kommunikation schrittweise Vorgehen, wenn wir einen Vorwurf, einen Angriff oder eine Beleidigung hören.

Selbsteinfühlung Klar ausdrücken, wie es mir geht - ohne Kritik, Vorwurf oder Forderung	Einfühlung in den anderen Einfühlsam wahrnehmen, wie es meinem Gegenüber geht - ohne Kritik, Vorwurf oder Forderung zu hören
1. Situation, Auslöser, Beobachtung Wenn ich sehe/höre/erlebe ... Keine Bewertung, Interpretation	1. Situation, Auslöser, Beobachtung Wenn du siehst/hörst/wahrnimmst... Keine Bewertung, Interpretation
2. Gefühl ... dann fühle ich mich ... Unterscheiden zwischen Gefühl und Gedanken	2. Gefühl Fühlst du dich dann .../bist du dann ... Wie könnte mein Gesprächspartner sich fühlen?
3. Bedürfnis weil ich ... brauche. weil ich das Bedürfnis nach ... habe. Unterscheiden zwischen Wunsch u. Bedürfnis	3. Bedürfnis weil du ... brauchst? weil du das Bedürfnis nach ... hast? Was könnte das unerfüllte Bedürfnis
4. Bitte Deshalb bitte ich dich, ... Deshalb hätte ich gerne, dass ... Unterscheiden zwischen Bitte und Forderung	4. Bitte Und möchtest du gerne ...? Hättest du jetzt gerne, dass ...? Positiv, konkret machbare Bitte heraus-

In der Regel ist die Reihenfolge so: Selbsteinfühlung in den vier Schritten (linke Spalte), danach hypothetische Einfühlung in den anderen (rechte Spalte). So, wie wir gesprochenes in unsere Hörweise übersetzen, so werden wir auch mit dem anderen sprechen: Wir werden ihn also fragen, ob er sich in der Situation so oder so gefühlt habe und ob sein Bedürfnis nach sowieso unerfüllt war und ob er eigentlich dieses oder jenes lieber gehabt hätte. Auch wenn wir mit unserer Vermutung nicht genau das treffen, was der andere fühlt oder braucht, so wird er schon sehr dankbar sein, dass wir versuchen, uns in ihn hinein zu versetzen und versuchen zu verstehen, was in ihm vorgeht. Oft verhilft es auch dazu, dass der andere sich selbst besser versteht.

Ich würde Ihnen an dieser Stelle gern noch einmal den Sinn dieser vier Schritte aufzeigen: Durch die Selbsteinfühlung finden wir unser eigenes Bedürfnis heraus und durch die Einfühlung in den anderen finden wir das Bedürfnis des anderen heraus. Im vierten Schritt äußern wir verhandelbare Bitten, was uns ermöglichen soll, aus verschiedenen Strategien die zu finden, die die Bedürfnisse beider Seiten befriedigt.

Dieser Weg erfordert Übung und auch etwas Mut, sich dem anderen zu öffnen und ihm auch ein Gespräch über Gefühle und Bedürfnisse zuzutrauen.

Frank Gesemann

Junge Zuwanderer und Gewalt

Vielen Dank Herr Hessler, sehr geehrte Damen und Herren, ich bin gebeten worden, Ihnen - in nicht mehr als fünfzehn Minuten - einen kurzen Überblick zu präsentieren zur Entwicklung der Gewaltdelinquenz junger Zuwanderer unter Bezugnahme auf die Polizeiliche Kriminalstatistik und neuere wissenschaftliche Forschungsergebnisse. Diese Aufgabe kommt zwar einer Quadratur des Kreises gleich, aber ich werde versuchen, es innerhalb dieses engen Zeitrahmens zu schaffen.

In der öffentlichen Darstellung verschwimmen häufig die Grenzen zwischen der gewöhnlichen Delinquenz von Jugendlichen, die für diese Altersphase typisch ist, und der intensiven, andauernden Delinquenz von Mehrfach- und Intensivtätern. In meinem Vortrag werde ich mich ausdrücklich nur auf die Gewaltdelinquenz beziehen, also nicht auf Straftaten insgesamt, und ich werde mich auf „gewöhnliche Gewalttäter“ konzentrieren. Die Auseinandersetzung mit Intensivtätern erfolgt ja in einem anderen Forum.

„Was ist Gewalt?“ Diese Frage kann natürlich, das haben wir nicht zuletzt heute Morgen gesehen, ganz unterschiedlich beantwortet werden. Ich möchte Sie jetzt auch nicht langweilen mit einer umfangreichen Definition, sondern nur deutlich machen, dass ich an dieser Stelle als Indikator für Gewalt die Rohheitsdelikte aus der Polizeilichen Kriminalstatistik nehme. Zu den Rohheitsdelikten gehören vor allem Raub und Körperverletzung.

Zunächst möchte ich Ihnen einige Zahlen präsentieren: Rund ein Viertel der jungen Tatverdächtigen ist im vergangenen Jahr durch eine Beteiligung an Rohheitsdelikten auffällig geworden. Das ist kein unerheblicher Anteil, aber keineswegs die Mehrheit aller Tatverdächtigen. Und noch ein wichtiger Hinweis an dieser Stelle: Über 80 Prozent der Tatverdächtigen in dieser Altersgruppe sind männlich (siehe Folie 2 - die Folien der PowerPoint - Präsentation siehe S. 92 ff).

Wie haben sich Rohheitsdelikte in Berlin in der Altersgruppe von 8 bis 21 Jahren, also bei Kindern, Jugendlichen und Heranwachsenden, in den letzten Jahren entwickelt? Ich habe versucht, das für den Zeitraum 1991 bis 2003 darzustellen und mit einigen Schlagworten zu benennen. Zum einen, wenn wir uns auf die offiziell registrierten Rohheitsdelikte in der Polizeilichen Kriminalstatistik in Berlin beziehen, dann können wir feststellen, dass seit 1991 eine starke Zunahme der Tatverdächtigen um mehr als die Hälfte auf zuletzt rund 10.000 Tatverdächtige zu beobachten ist. Wenn wir nach der Staatsangehörigkeit differenzieren, und die Unterscheidung zwischen Deutschen und Nichtdeutschen ist ja ein zentrales Merkmal in der Polizeilichen Kriminalstatistik, dann können wir eine starke Zunahme der Tatverdächtigenzahlen in beiden Gruppen feststellen. Die Zunahme ist allerdings etwas stärker bei den deutschen Staatsangehörigen (um 61 Prozent) als bei den nichtdeutschen Tatverdächtigen (um 43 Prozent) ausgeprägt. Allerdings liegt der Anteil der Nichtdeutschen an allen Tatverdächtigen in dieser Altersgruppe mit 28,7 % im Jahr 2003 deutlich über ihrem Anteil an der Bevölkerung (siehe Folie 3). Die Folie 4 veranschaulicht die Entwicklung der absoluten Tatverdächtigenzahlen nach Staatsangehörigkeit in der Altersgruppe 8 bis 21 Jahre im Zeitraum 1991 bis 2003. Die starke Zunahme der absoluten Zahlen bei Rohheitsdelikten bis Ende der 90er Jahre, und die anschließende Stagnation auf hohem Niveau, werden hier sichtbar. Auf dem Schaubild sind die Entwicklungskurven für Deutsche und Nichtdeutsche zu sehen. Deutlich wird, dass die Zunahme der Zahlen bei den deutschen Staatsangehörigen in diesem Zeitraum stärker ausgefallen ist als bei den Nichtdeutschen; die Schere zwischen beiden Gruppen hat sich daher deutlich geweitet, insbesondere bis Ende der 90er Jahre (siehe Folie 4).

Allerdings handelt es sich hier nur um absolute Zahlen, die sich ja auf unterschiedlich große Bevölkerungsgruppen beziehen. Ein Indikator für die so genannte Kriminalitätsbelastung verschiedener Bevölkerungsgruppen sind die Tatverdächtigenbelastungszahlen.

Das sind statistische Konstrukte, bei denen die Zahl der Tatverdächtigen auf die Größe der jeweiligen Bevölkerung bezogen wird, um die jeweilige „Belastung“ vergleichbar zu machen. Dem nachfolgenden Schaubild können Sie entnehmen, dass die Tatverdächtigenbelastungszahlen bei den Nichtdeutschen, also denjenigen, die nicht über die deutsche Staatsangehörigkeit verfügen, mehr als doppelt so hoch ist wie bei den Deutschen.

Allerdings hat sich der Abstand zwischen den beiden Kurven in den letzten Jahren nicht mehr erhöht, sondern ist zeitweise sogar etwas geringer geworden. Am größten war die Differenz Ende der 90er Jahre (siehe Folie 5).

Die Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik vermitteln allerdings nur ein eingeschränktes Bild von der Kriminalitäts- und Gewaltentwicklung insgesamt. Es gibt, Sie werden das alle wissen, eine Reihe kritischer Anmerkungen zu dieser Statistik. Die Polizeiliche Kriminalstatistik gibt zum einen nur das Hellfeld der Kriminalität und nicht das gesamte Ausmaß der Kriminalität wieder. Zum anderen ist die Berechnung der Tatverdächtigenbelastungszahlen in Bezug auf Nichtdeutsche sehr umstritten, da die genauen Zahlen für die nichtdeutsche Bevölkerung nicht bekannt sind.

Zu den Möglichkeiten, die Trends und Ergebnisse der Polizeilichen Kriminalstatistik zu vervollständigen, gehören vor allem Dunkelfelduntersuchungen. Dabei handelt es sich um Studien, in denen Jugendliche befragt werden, ob bzw. wie oft sie ausgewählte Delikte in einem bestimmten Zeitraum begangen haben. Diese Befragungen stellen einen Versuch dar, nicht nur das Hellfeld, sondern auch das Dunkelfeld zu erfassen, um das gesamte Ausmaß von Gewalt und Kriminalität in den Blick zu nehmen.

Ich habe versucht, aus der Vielzahl von Studien, die es zur Frage der Gewaltbelastung von Jugendlichen bzw. junger Zuwanderer gibt, die wichtigsten Ergebnisse herauszufiltern und zu den Ergebnissen der Polizeilichen Kriminalstatistik in Bezug zu setzen. Zum einen ist relativ unumstritten, dass nichtdeutsche männliche Jugendliche bei Gewaltdelikten überrepräsentiert sind. Ein wichtiger Punkt ist aber auch, dass Gewaltvorfälle überproportional zwischen Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft stattfinden, also zwischen Jugendlichen, die verschiedenen „ethnischen Gruppen“ angehören. Dies hat Auswirkungen auf die Darstellung von Jugendgewalt im Hellfeld, da Gewalttaten häufiger angezeigt werden, wenn Opfer und Täter verschiedenen ethnischen Gruppen angehören. Das heißt, dass es in den Fällen, in denen es zu Gewalthandlungen zwischen Deutschen kommt, die Wahrscheinlichkeit größer ist, dass informelle Regelungen gesucht und gefunden werden, während Gewalthandlungen zwischen Jugendlichen unterschiedlicher ethnischer Herkunft häufiger bei der Polizei angezeigt werden. Zu den Folgen dieses ethnisch-selektiven Anzeigeverhaltens gehört, dass junge Zuwanderer in der Polizeilichen Kriminalstatistik, also im Hellfeld, überrepräsentiert sind (siehe Folie 6).

Zu weiteren Ergebnissen der Dunkelfeldforschung, die ich an dieser Stelle nur streifen möchte, gehört erstens, dass die Gewalttäterraten junger Zuwanderer mit zunehmender Aufenthaltsdauer steigen. In der wissenschaftlichen Debatte wird dies als Folge einer Entwicklung interpretiert, in der Ansprüche und Rechte, die in unserer Gesellschaft erworben bzw. vermittelt werden, nicht mit den Möglichkeiten, den beruflichen Chancen und den Bildungschancen der Jugendlichen übereinstimmen. Zweitens hat die Dunkelfeldforschung gezeigt, dass die Erfahrung innerfamiliärer Gewalt weit verbreitet ist und dass Jugendliche häufiger zum Opfer von Gewalt in der Familie werden als von Gewalthandlungen durch andere Jugendliche oder von Gewalt in der Öffentlichkeit. Allerdings ist die Anzeigewahrscheinlichkeit in den Fällen innerfamiliärer Gewalt sehr viel geringer, so dass diese Proportionen im Hellfeld nicht mehr sichtbar sind. Aus der Dunkelfeldforschung wissen wir aber nicht nur, dass Gewalt in der Familie weit verbreitet ist, sondern dass junge Migranten, insbesondere türkischer Herkunft, sehr viel häufiger von elterlicher Gewalt betroffen sind als deutsche Jugendliche. Ein weiteres Ergebnis der Dunkelfeldforschung ist, das wird Sie sicherlich nicht besonders überraschen, dass Jugendliche, die ein niedriges Bildungsniveau aufweisen und von ungünstigen sozialen Rahmenbedingungen betroffen sind, auch erhöhte Tötungsraten aufweisen (siehe Folie 7).

Welche Schlussfolgerungen lassen sich aus den Ergebnissen der Dunkelfeldforschung ziehen? Ethnische Unterschiede in der Gewaltbelastung von jungen Zuwanderern können - so lautet

zumindest das empirisch gut belegte Resümee des Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) - erklärt werden durch sozialstrukturelle Faktoren (soziale und wirtschaftliche Lage der Familien, Bildungserfolge der Jugendlichen), familiäre Sozialisationsbedingungen und Erziehungsstile, insbesondere innerfamiliäre Gewalterfahrungen sowie Gewalt legitimierende Männlichkeitsnormen (siehe Folie 8).

Zum Abschluss möchte ich diese Forschungsergebnisse auf die Lebenssituation junger Zuwanderer in Berlin beziehen. In diesem Zusammenhang sind drei Punkte hervorzuheben. Die vorliegenden Zahlen beziehen sich zwar alle auf die Staatsangehörigkeit und erfassen daher nur einen Teil der Einwanderer in der Bevölkerung, aber das gilt ja auch für die Polizeiliche Kriminalstatistik mit ihrer schlichten Unterscheidung zwischen Deutschen und Nichtdeutschen (ohne Berücksichtigung von Eingebürgerten sowie Aus- und Spätaussiedlern). Die soziale und wirtschaftliche Situation der nichtdeutschen Bevölkerung in Berlin hat sich seit Anfang der neunziger Jahre deutlich verschlechtert. Die folgende Folie veranschaulicht die Entwicklung der Arbeitslosenquoten seit 1990 für abhängige Erwerbspersonen und Ausländer. Der Vergleich fällt ein wenig schief aus, da es keine Zahlen für Deutsche gibt und Ausländer in den Zahlen für abhängige Erwerbspersonen mit eingeschlossen sind. Die Schere zwischen Deutschen und Nichtdeutschen hat sich daher in den 90er Jahren noch stärker geweitet als dies im Schaubild zu sehen ist (siehe Folie 9).

Welche Zukunftschancen haben Jugendliche, die unter Bedingungen aufwachsen, die durch Arbeitslosigkeit und relative Armut gekennzeichnet sind? In diesem Kontext ist der Zugang zu Bildung von zentraler Bedeutung. Allerdings haben wir in Berlin in diesem Schlüsselbereich seit vielen Jahren Verhältnisse, die nur als skandalös bezeichnet werden können. Selbst im Vergleich mit anderen Bundesländern oder vergleichbaren Großstädten, gibt es in Berlin extrem hohe Anteile ausländischer Schulabgänger, die die Schule ohne irgendeinen Abschluss verlassen. Die entsprechenden Werte lagen in den 90er Jahren durchweg über 30 Prozent und sind erst in den letzten Jahren auf einen Wert von 28,5 Prozent gesunken (2002/03). Es braucht nicht viel Phantasie, um sich vorzustellen, was das für die Zukunftsperspektiven der Jugendlichen heißt (siehe Folie 10).

Zur innerfamiliären Gewalt gibt es leider keine Studien in Berlin, so dass wir uns an dieser Stelle mit den Zahlen aus den bereits erwähnten Dunkelfelduntersuchungen des Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen begnügen müssen. Die Jugendlichen wurden hierbei in verschiedenen deutschen Städten nicht nur zu ihren Gewalthandlungen, sondern auch zu ihren Gewalterfahrungen in der Öffentlichkeit und in der Familie befragt. Ein zentrales Ergebnis der KFN - Untersuchungen ist, dass – wie schon zuvor berichtet – insbesondere junge Türken sehr viel häufiger und intensiver von Gewalt in der Familie betroffen sind als junge Deutsche. Unterschieden wurde in diesem Zusammenhang insbesondere zwischen schwerer Züchtigung und Misshandlung, wobei Aussagen wie „hat mich geprügelt, zusammengeslagen, mit einem Gegenstand oder einer Waffe verletzt“ als Indikatoren für Misshandlung genommen wurden (siehe Folie 11).

Im folgenden Schaubild habe ich noch einmal versucht die Vielzahl der Faktoren, die für das Gewalthandeln junger Zuwanderer von Bedeutung sind, zusammenzufassen und nach verschiedenen Bereichen zu ordnen. Ich denke, dass ich dieses Bild an dieser Stelle unkommentiert stehen lassen kann, da wir es für die anschließende Diskussion nutzen können (Folie 12).

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Literatur

Frank Gesemann: Junge Zuwanderer und Kriminalität in Berlin. Bestandsaufnahme - Ursachenanalyse - Präventionsmaßnahmen. Herausgeber: Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration. Berlin 2004.

Bezug der Studie: Der Beauftragte des Senats von Berlin für Integration und Migration

Potsdamer Straße 65, 10785 Berlin, Tel.: 030 / 90 17 23 51, Fax: 030 / 262 54 07

e-mail: Integrationsbeauftragter@auslb.verwalt.berlin.de , Internet: www.berlin.de/auslb

Folie 1

Junge Zuwanderer und Gewalt

Dr. Frank Gesemann

**Fachhochschule für
Verwaltung und Rechtspflege Berlin**

Landeskommission Berlin gegen Gewalt
5. Berliner Präventionstag, Forum 5
3. November 2004

Folie 2

Was ist Gewalt?

- ☀ Rohheitsdelikte als **ein** Indikator in der Polizeilichen Kriminalstatistik
- ☀ Definition der Rohheitsdelikte: Hierunter fallen insbesondere die Delikte Raub und Körperverletzung
- ☀ Etwas mehr als ein Viertel der jungen Tatverdächtigen (10.275 TV unter 21 Jahren) ist im Jahr 2003 durch eine Beteiligung an Rohheitsdelikten auffällig geworden
- ☀ Über 80 Prozent der jungen Tatverdächtigen bei Rohheitsdelikten sind männlich

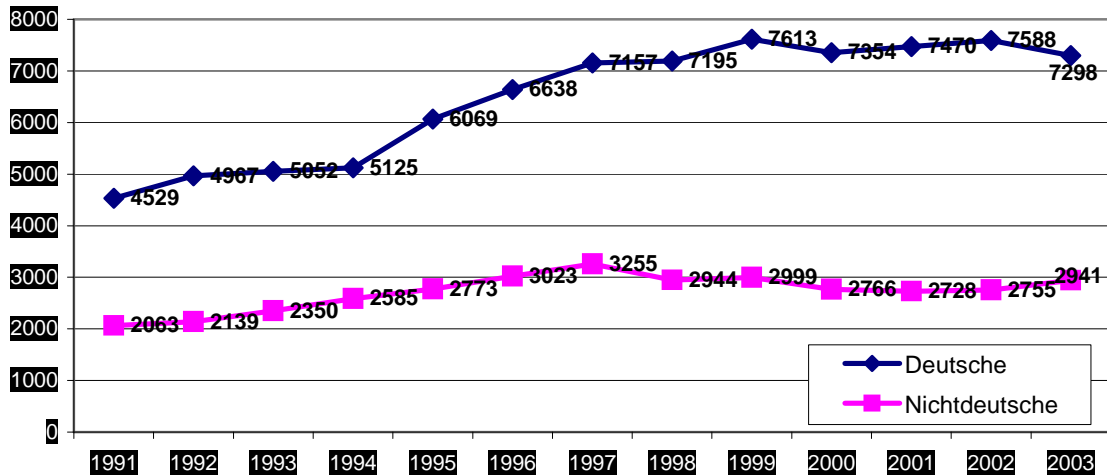
Folie 3

Entwicklung von Rohheitsdelikten in Berlin Altersgruppe 8 bis 21 Jahre, 1991 bis 2003

- ☀ starke Zunahme der absoluten Zahlen junger Tatverdächtiger bei Rohheitsdelikten im Zeitraum 1991 bis 2003 um mehr als die Hälfte (von 6.592 auf 10.239 TV).
- ☀ Zunahme der deutschen TV bei Rohheitsdelikten um 61,0 Prozent und der Nichtdeutschen um 42,6 Prozent.
- ☀ Anteil der Nichtdeutschen an den TV bei Rohheitsdelikten: 28,7 %

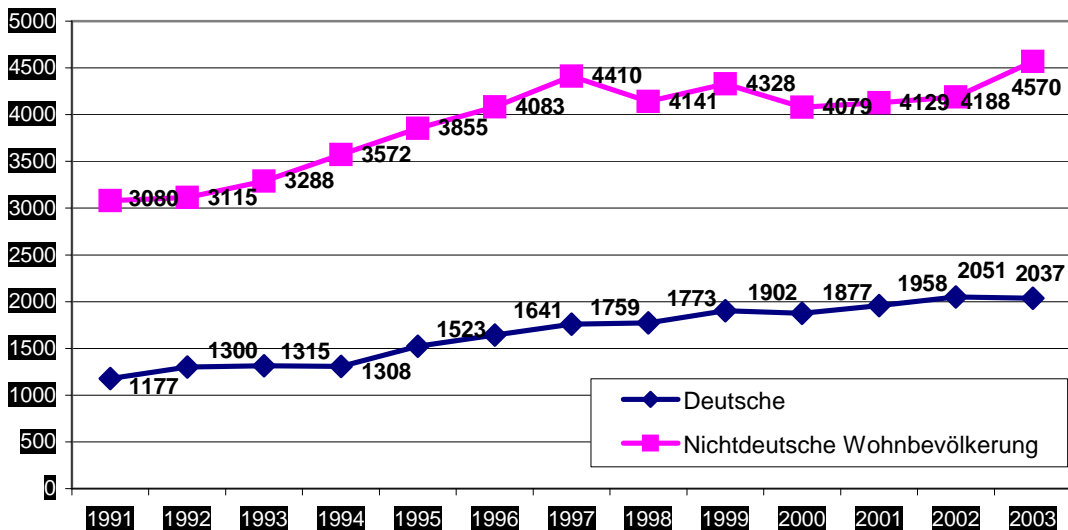
Folie 4

**Tatverdächtige nach Staatsangehörigkeit
in der Altersgruppe von 8 bis 21 Jahren,
Rohheitsdelikte, Berlin 1991 - 2003**



Folie 5

**Tatverdächtigenbelastungszahlen (TVBZ)
für die Altersgruppe von 8 bis 21 Jahren,
Rohheitsdelikte, Berlin 1991 - 2003**



Folie 6

**Junge Zuwanderer und Gewalt –
Ergebnisse der Dunkelfeldforschung I**

- ☀ Nichtdeutsche männliche Jugendliche sind bei Gewaltdelikten deutlich überrepräsentiert
- ☀ Gewaltvorfälle finden überproportional häufig zwischen Jugendlichen unterschiedlicher Herkunft statt
- ☀ Gewalttaten werden häufiger angezeigt, wenn Opfer und Täter verschiedenen ethnischen Gruppen angehören
- ☀ Das ethnisch-selektive Anzeigeverhalten hat zur Folge, dass junge Zuwanderer in der Tatverdächtigenstatistik überrepräsentiert sind

Folie 7

**Junge Zuwanderer und Gewalt –
Ergebnisse der Dunkelfeldforschung II**

- ☀ Gewalttäterraten steigen mit zunehmender Aufenthaltsdauer
- ☀ Gewalterfahrungen in der Familie sind weit verbreitet, wobei junge Immigranten, insbesondere türkischer Herkunft, sehr viel häufiger von elterlicher Gewalt betroffen sind als deutsche Jugendliche
- ☀ Jugendliche, die ein niedriges Bildungsniveau aufweisen und von ungünstigen sozialen Rahmenbedingungen betroffen sind, weisen eine erhöhte Täterrate auf

Folie 8

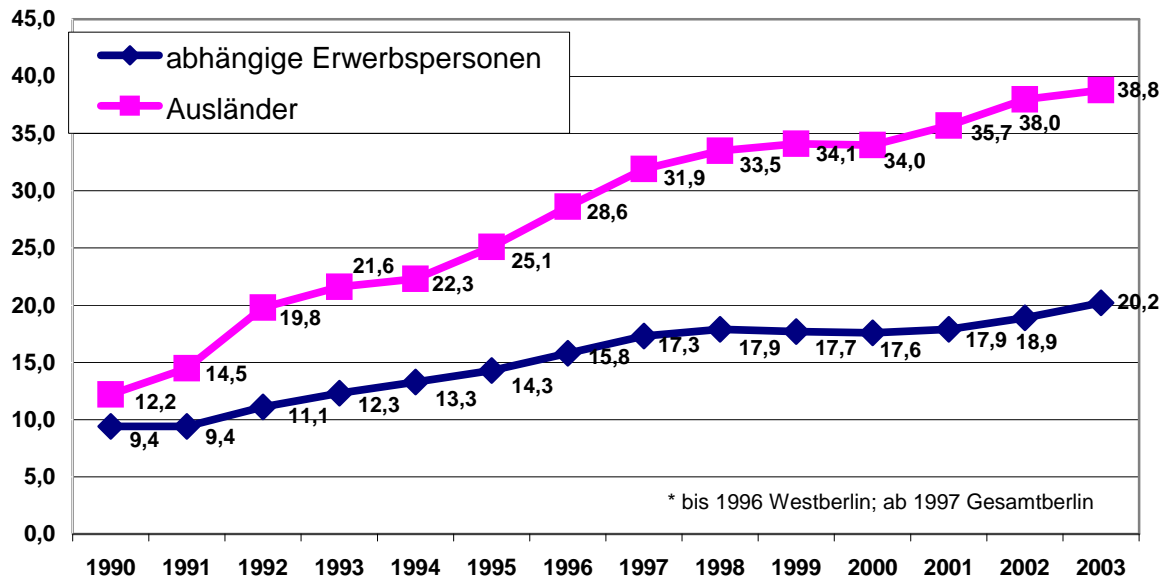
**Junge Zuwanderer und Gewalt – Ergebnisse der Dunkelfeld-
forschung III**

Ethnische Unterschiede im Gewalthandeln von Jugendlichen können erklärt werden durch

- ☀ sozialstrukturelle Faktoren
- ☀ familiäre Sozialisationsbedingungen
- ☀ gewaltlegitimierende Männlichkeitsnormen

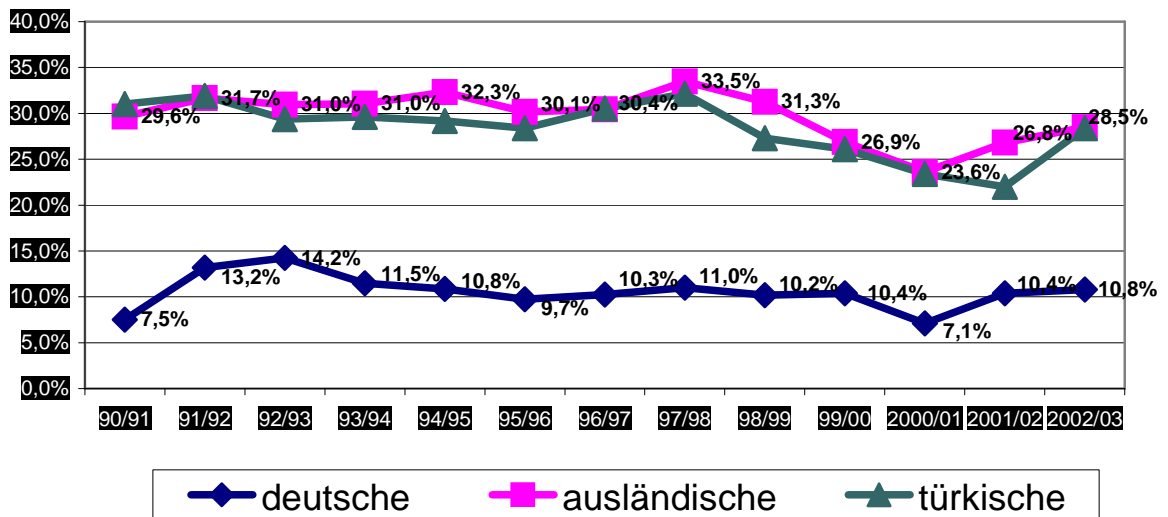
Folie 9

**Entwicklung der Arbeitslosenquote in Berlin
1990 bis 2003 (im Jahresdurchschnitt)**



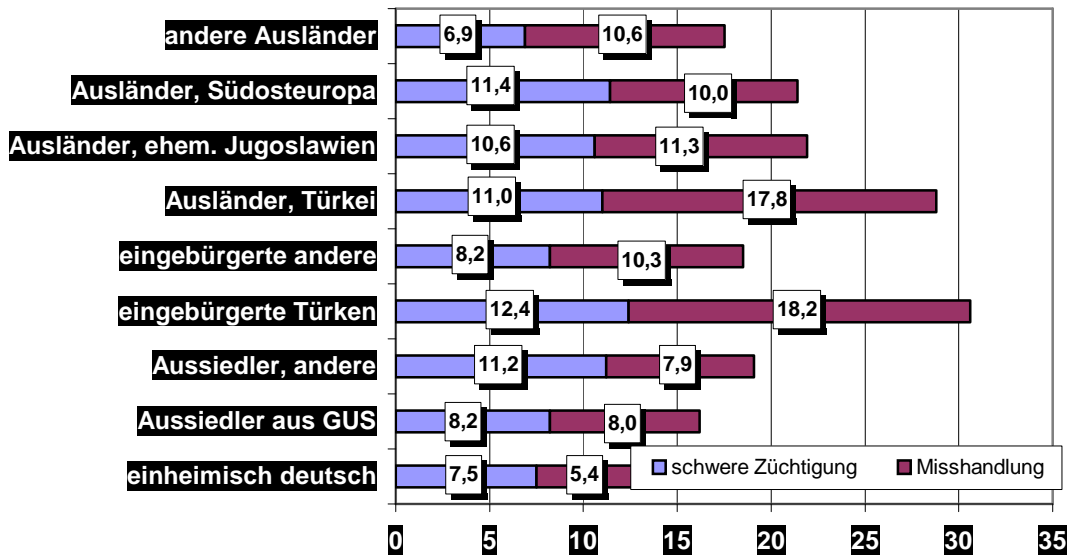
Folie 10

Deutsche, türkische und ausländische Schulabgänger in Berlin ohne Schulabschluss 1990/91 bis 2002/03



Folie 11

**Opfer schwerer elterlicher Gewalt
nach „ethnischen Gruppen“, 1997/98**



Quelle: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen

Folie 12

**Junge Einwanderer:
Dimensionen von Gewalt und Gewalterfahrung****Sozioökonomische und sozialräumliche Prozesse**

- Arbeitslosigkeit
- Abhängigkeit von Sozialleistungen
- räumliche Konzentration
- geringe Schulbildung
- fehlende berufliche Qualifikationen

Mangelnde soziale Anerkennung

- Ausgrenzung
- Geringschätzung
- Missachtung
- Diskriminierung
- Fremdenfeindlichkeit

Kulturelle Faktoren

- Bindung an kollektivistische Normen
(Ehre, Achtung, Ansehen)
- Männlichkeitsvorstellungen
(Unerschrockenheit, Aggressions-
und Gewaltbereitschaft, verbales und
körperliches Durchsetzungsvermögen)

Familie und Gleichaltrigengruppe

- Konflikte zwischen den Generationen
- Gewalterfahrungen in der Familie
- Zusammenschluss in
devianten und gewaltbefürwortenden
Gleichaltrigengruppen

Gesemann (2004)

Kenan Kolat

Gewaltdiskussion innerhalb der ethnischen Communities

Ich weiß nicht, ob ich alle Erwartungen erfüllen kann und das Gewaltproblem in unserer Gesellschaft durch meine Vorschläge lösen kann, aber ich denke, wir müssen diese Problematik annehmen und soweit es geht, aus dem ethnischen Zusammenhang herausreißen. Natürlich gibt es kulturelle, ethnische, vielleicht auch religiöse Züge, auf die ich dann kurz eingehen werde, aber wir dürfen das Problem der Gewalt in der öffentlichen Wahrnehmung nicht ethnisiert diskutieren, auch wenn unser Innensenator immer wieder von gewaltfähigen oder gewalttätigen Ausländern spricht und die entsprechenden Zahlen dann an die Öffentlichkeit bringt, was manchmal zur Irritation führt.

Ich habe festgestellt, dass in der Türkei ein Familieninstitut existiert und es gab auch Untersuchungen in der Türkei über diese Frage. Dieses könnte vielleicht für unsere Arbeit hier nützlich sein, weil solche Untersuchungen in den Familien in der Bundesrepublik - soweit ich weiß - nicht direkt durchgeführt wurden. Ich werde von diesen für die Türkei relevanten Ergebnissen berichten und der Frage nachgehen, ob einiges vielleicht auf die Bundesrepublik Deutschland übertragbar ist. Diese Untersuchungen wurden 1998/99 und 2000 bei 4.287 Menschen durchgeführt. Danach werde ich entsprechende Vorschläge von meiner Seite, von unserer Seite machen. In dieser Untersuchung ging es einmal um häusliche Gewalt und um Gewalt in der Öffentlichkeit. Man stellte fest, dass in der Familie über 34% der Menschen - insbesondere Frauen und Kinder - physische und / oder sprachliche Gewalt erlebt haben. Die Gewalt direkt an Kindern beträgt 46%: Jedes zweite Kind in der Türkei hat in der Vergangenheit eine physische Gewalt erlitten. Weiterhin wurde festgestellt (das hat *Dr. Gesemann* auch gesagt), dass diese Gewalterfahrungen der Kinder bei ihrem späteren Leben bis zu 70% sozusagen umgesetzt werden in dem Sinne, dass diese Kinder später selber Gewalt ausüben. Wir haben es hier mit einer Situation zu tun, die sich direkt auch auf die Bundesrepublik übertragen lässt, genauer gesagt auf die türkische Minderheit in der Bundesrepublik. Diese Anteile dürften aufgrund der sozialen Situation eher noch höher sein.

80% der Teilnehmer an dieser Untersuchung glauben, dass dagegen nichts gemacht werden kann. Es hat mich auch bestürzt, dass man offensichtlich keine Hoffnung hat, in diesem Bereich etwas dagegen tun zu können. Das muss uns in der Bundesrepublik, in Berlin anspornen, wir müssen uns dieser Problematik annehmen.

Im *Türkischen Bund* oder in den Organisationen beschäftigen wir uns mit diesem Themenbereich und natürlich war das immer ein Thema. Aber wir müssen neben dieser wichtigen Frage um die Selbstverständlichkeiten kämpfen, um rechtliche und soziale Gleichstellung. Diese Themen werden jetzt von uns langsam angenommen und ich werde auch darüber sprechen, was wir bis jetzt in diesem Bereich gemacht haben. Es ist sehr interessant, dass nach dieser Untersuchung in der Türkei 55% der Eltern angeben, dass sie keine Gewalt an ihren Kindern ausüben, demgegenüber aber 40% so eine entsprechende Gewaltausübung an Kindern einräumen. Zwischen 40 - 46% der Kinder haben somit eine entsprechende Gewalterfahrung und bringen sie dann mit. Insbesondere bei den jungen Männern (das hat auch *Dr. Gesemann* betont) zwischen 15 und 22 Jahren haben wir es mit einer erhöhten Auffälligkeit zu tun. Die Gruppe ist eine riskante Gruppe, was wir auch hier in Berlin erleben.

Bei der Integrationshilfe hatte ich eine Zeit lang Jugendliche betreut. Mit straffälligen Jugendlichen, insbesondere mit türkischen Jugendlichen, hatte ich die Erfahrung gemacht, dass sie alleine sehr schwach waren, jedoch sich in der Gruppe immer stark fühlten. Diese Erfahrung machten wir auch mit den Jugendgruppen in den 80er Jahren, besonders zu Ende der 80er Jahre, als die Jugendgruppengewalt stark zunahm. Man kann das auch so erklären: je schlechter die Lage auf dem Arbeitsmarkt ist, desto größer ist die Gewaltbereitschaft. Das alles darf allerdings nichts rechtfertigen: Jegliche Gewalt, jede Kriminalität muss bekämpft werden, das ist eindeutig. Auf der anderen Seite müssen wir aber auch die sozialen Ursachen bekämpfen. Ich werde die sozialen Ursachen, die Allgemeindiskussion, jetzt erst einmal weglassen.

Das ist die politische Diskussion, die führen wir immer wieder und die müssen wir führen: Die sozialen Ursachen bekämpfen, die Arbeitslosigkeit, die Jugendarbeitslosigkeit, die wirtschaftliche Lage, die Bildungssituation, Diskriminierungserfahrungen. Ich denke, dort werden wir uns schnell einigen können. Ich möchte Ihnen nun ein paar Bilder vermitteln, wie sie in den Köpfen der Menschen existieren, um auch das einmal zu verdeutlichen. Wenn ich innerhalb der türkischen Community von Kitas spreche und dann höre, „diese Institution ist für mich eine Aufpasserinstitution“, also keine Bildungsinstitution, dann müssen wir erst mal viel tun, um überhaupt klarzumachen, dass Erziehung und Bildung auch in diesen Institutionen erfolgen. Wir müssen die Eltern erreichen und ihnen dieses nahe bringen. Natürlich gibt es viele Institutionen in Berlin, die in diesem Bereich arbeiten, aber wir müssen dort vielleicht noch mehr den Schwerpunkt auf die Elternarbeit setzen. Wir müssen zu den Eltern hingehen, weil die jetzigen Angebote, die wir in Berlin haben, passive Angebote sind. Wir haben Beratungsstellen, man kann hingehen und sich beraten lassen, aber es kommen natürlich überwiegend nur diejenigen Eltern, die in diesen Fragen weniger Probleme haben. Wir müssen vielmehr in die Elternhäuser hineingehen und dort mit den Eltern über unsere Themen sprechen. Bevor wir das alles tun, weil dieses Thema in der Bevölkerung noch nicht als Problem erkannt wird, müssen wir wahrscheinlich erst einmal mit unseren Multiplikatoren darüber sprechen, weil ich merke, dass innerhalb der Community auch viele Multiplikatoren dieses als ein nicht so großes Problem erkennen oder erkannt haben. Natürlich ist man immer gegen Gewalt, aber das als Problem zu erkennen und entsprechende Maßnahmen einzuleiten, ist sehr schwierig. Deshalb schlage ich vor, dass wir gemeinsam mit der *Landeskommission Berlin gegen Gewalt* eine Multiplikatorenschulung durchführen und entsprechende Informationen geben, z.B. zum Gewaltschutzgesetz. Nur sehr wenige in der Community wissen, was das Gewaltschutzgesetz eigentlich ist. Außerdem ist die Frage zu erörtern, wie wir dieses der Bevölkerung, besonders der nichtdeutschen Bevölkerung, näher bringen können. Das sollte erst einmal mit Multiplikatoren diskutiert werden, denn diese müssen wir davon überzeugen, dass das ein Thema ist.

Im *Türkischen Bund* entwickeln wir zurzeit ein Projekt, das heißt Elternlotsenprojekt. Das Projekt umfasst die gesamte Bildungsproblematik, aber da kann man auch diese Themen mit ansprechen. Was wir auch noch vorhaben, ist, dass wir darüber mit den Medien einen Workshop planen mit dem Ziel, die türkischen Medien zu diesen Fragen zu sensibilisieren. Diejenigen, die aus der Community kommen, wissen, welche Bilder dann dort entstehen, welche Gewaltpotentiale auch entstehen und welche sprachliche Gewalt dort existiert. Dieses muss hinterfragt werden und wir müssen dort gemeinsam mit den Journalistinnen und Journalisten darüber sprechen, entsprechende Formen der Auseinandersetzung finden.

Der Islam ist ein Bereich mit unterschiedlichen Meinungen. Ich denke, die Moscheen und Moscheenvereine hier haben auch eine Verantwortung. Ich könnte mir vorstellen, dass der Imam oder der Vorbeter im Rahmen der Freitagsgebete (die ja immer freitags stattfinden) diese Problembereiche aufgreift. Wir müssen sicherlich mit entsprechenden Organisationen wie z.B. *DI-TIB (Türkisch - Islamische Union der Anstalt für Religion)* darüber sprechen, damit in den Gebeten die Gewalt geächtet wird. Häusliche Gewalt muss ebenso wie Gewalt allgemein als Problem erkannt werden und es sollten dafür entsprechende Suren aus dem Koran herausgesucht werden. Der *Türkische Bund* hat in der Vergangenheit und auch jetzt vor kurzem gemeinsam mit der *Friedrich - Ebert - Stiftung* zur häuslichen Gewalt eine Veranstaltung durchgeführt. Dabei handelte sich um eine Multiplikatorenveranstaltung.

Wir thematisieren jetzt, und das ist ein besonders heikles Thema, Homosexualität in der türkischen Community und wie man mit der Thematik umgeht. Dazu gibt es eine Plakataktion „Kai ist schwul, Murat auch“ mit dem *Lesben- und Schwulenverband*. Bis jetzt erhielt ich fünf Anrufe von Jugendlichen, die alle Murat hießen und die gesagt haben: „Ich bin aber nicht schwul, wieso nennen Sie meinen Namen?“ Was unsere Plakataktion bisher gebracht hat, ist, zumindest bei einem kleinen Teil unserer Community zu erreichen, dass sie sich jetzt nicht mehr so abfällig über Homosexuelle äußern. Zurzeit schweigen sie, sie kommen auch nicht zu einer Diskussion, aber wir haben sie vielleicht ein wenig zum Schweigen gebracht. Das reicht nicht aus, wir müssen sie mit der Thematik noch eingehender auseinandersetzen. Dieses werden wir demnächst am 3. Dezember 2005 wieder mit dem türkischen Verein „Gays und Lesbiens aus der Türkei“ weiter diskutieren und versuchen, in diesem Bereich weiter aktiv zu bleiben.

Am 12. November 2005 führen wir eine Veranstaltung zum Thema Antisemitismus durch, weil - auch das ist ein sehr wichtiges Thema, denke ich - dieses auch mit Gewalt und besonders mit Diskriminierung zu tun hat. Wir versuchen von unserer Seite, diese Schritte zu gehen. Wichtig ist, diese Diskussion nicht nur intellektuell zu führen, das müssen wir dann in entsprechenden Kreisen tun, wir müssen besonders die Bevölkerung mitnehmen.

Als *Türkischer Bund* müssen wir schon darauf achten, dass diese Themen in der türkischen Bevölkerung nicht nur einfache Themen sind und wir müssen zusehen, wie wir in der Bevölkerung die Meinung verändern können, weil die hiesige Bevölkerungsgruppe im Vergleich zu der in der Türkei etwas anders strukturiert ist. Über 75% der hiesigen türkischen Bevölkerung gehört eher den unteren sozialen Schichten an, der entsprechende Anteil bei der deutschen Bevölkerung liegt demgegenüber bei ca. 13%. Wir haben es hier mit einem großen Unterschichtproblem zu tun, deswegen sprechen wir auch bei diesen Problembereichen von einem kumulierten Unterschichtproblem in der Bundesrepublik. Ich denke, dass wir schon unsere Verantwortung sehen, dass wir auch unseren Beitrag leisten können. Wir sind auch gerne mit dabei und möchten auf jeden Fall die entsprechenden Bemühungen unterstützen, damit wir eine gewaltfreie Zukunft für unsere Kinder und unser Land Berlin haben. Danke schön.



Mouhammed Issmail

Gewalt bei Migranten mit arabischem Hintergrund

Ich habe für heute zwei Folien vorbereitet, weil ich denke, dass man sich visuell besser orientieren kann. Wir kommen jetzt zu einem praktischen Teil: Ich bin Diplompsychologe und arbeite seit zwölf Jahren vor allem im Bereich der psychologischen Beratung. Deshalb werde ich ein paar Vorschläge direkt aus meinem Alltag machen. Ich habe da Lösungsmöglichkeiten, d.h., es sind Möglichkeiten, jedoch keine Wahrheiten, die man überall übertragen kann. Es sollen nur Anregungen sein. Man muss sehen, wie das so in andere Bereiche hineinpasst. Deshalb habe ich sieben Möglichkeiten benannt, die ich in verschiedene Bereiche unterteilt habe.

Einen Bereich möchte ich mit „allgemein“ bezeichnen. Darunter verstehe ich, wie man so eine Grundlage vorbereiten kann, wie man mit Menschen, vor allem mit Menschen mit arabischem Hintergrund, arbeiten kann. Der erste wichtige Punkt für mich ist, extreme Positionen zu vermeiden. Durch meine Arbeit habe ich bemerkt, dass es immer extreme Positionen gibt. Entweder versuchen die Menschen zu verharmlosen, was da passiert, so nach dem Prinzip: „ach na ja, passiert doch gar nichts, alles normal“. Das führt manchmal in Richtung Kulturrelativismus, was letztendlich zu gar nichts führt. Die andere extreme Position ist, dass die Leute sagen, es ist schlimm und katastrophal. Deshalb ist es für mich so wichtig, diese extremen Positionen zu vermeiden und stets in der Mitte zu bleiben.

Der nächste Punkt, der für meine Arbeit wichtig ist, ist „das Gesamte erfassen“. Darunter verstehe ich immer zu schauen, was im Hintergrund passiert. Meinetwegen habe ich einen Jugendlichen vor mir, der gewalttätig ist. Ich muss trotzdem sehen, was da im Hintergrund passierte, was da für eine Entwicklung die ganze Zeit passierte, welcher familiäre Hintergrund vorliegt, nur um zu verstehen. Nicht zu rechtfertigen, sondern nur verstehen, damit ich besser arbeiten kann, damit ich eine Grundlage habe.

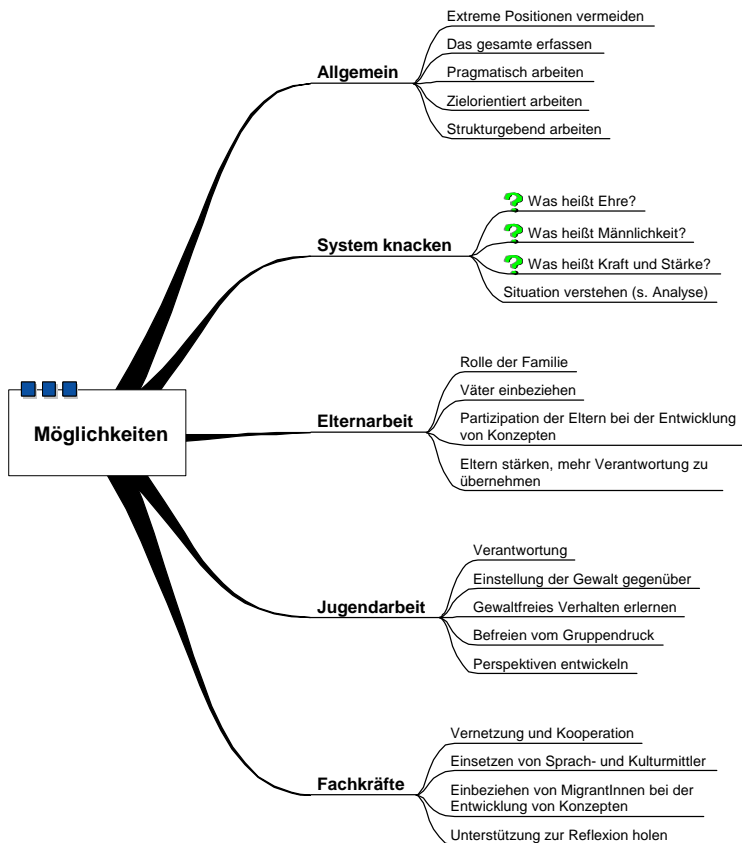
Der dritte Punkt ist - was ich auch mit der Zeit gelernt habe - pragmatisch zu arbeiten, also keine Grundsatzdiskussionen in bestimmten Fällen. Da kommt ein Jugendlicher und dann führe ich mit ihm eine ethische Diskussion über ich weiß nicht was. Ich habe ein Ziel und ich muss an diesem Ziel arbeiten. Deshalb lautet der nächste Punkt „zielorientiert arbeiten“. Was passiert in diesem konkreten Fall und was kann ich machen, anstatt Grundsatzdiskussionen zu führen. Die Jugendlichen nennen das „sie volltexten“. Sie gehen danach wieder raus und sagen, er hat mich vollgetextet, ich habe keinen Bock darauf - und sie kommen nie wieder. Deshalb muss ich ganz genau achten, was ich mit ihnen machen kann.

„Strukturgebend arbeiten“ ist für mich auch ein sehr wichtiger Punkt meiner Arbeit. Meistens und wie ich es mit den Jugendlichen erfahren habe, kommen sie aus familiären Verhältnissen, wo sie selber keine Strukturen, keine Orientierung haben. Deshalb muss ich strukturgebend arbeiten. Doch wieder zurück zum Thema: Nicht einfach nur über irgendetwas diskutieren, sondern ganz klar und deutlich Vereinbarungen treffen mit diesen Jugendlichen oder mit diesen Familien, dass ich sagen kann, in drei Monaten kann ich überprüfen, was wir besprochen haben, ansonsten ist das ganze so unendlich. Das ist so dieser allgemeine Teil.

Der zweite große Punkt oder Komplex ist „das System knacken“, wie kann ich dieses Familiensystem oder das System, in dem sich der Jugendliche bewegt (z.B. was heißt Ehre bei Jugendlichen, vor allem arabischen Jugendlichen) aufbrechen?

In diesem Zusammenhang gibt es für mich drei Hauptsäulen, wie ich dieses System verstehen kann. So eine Art Situationsanalyse oder richtige Systemanalyse machen. Zunächst einmal gibt es im allgemeinen Gewalt bei Migrantinnen und Migranten. Ich muss hier auf zwei Sachen achten: Einmal Migration (was hat die Migration für einen Einfluss auf diese Menschen), dann auch Gewalt, speziell bei Arabern, bei den arabischen Familien, bei den arabischen Jugendlichen. Das muss ich ständig unterscheiden. Unter dem Thema Migration muss ich wieder analysieren, welchen Einfluss die Migration im Allgemeinen auf diese Menschen hat.

Eine zweite Sache ist: Welchen Einfluss hat speziell in Deutschland die Migration auf diese Menschen? Das muss ich auch verstehen und analysieren. Es gibt da einen Unterschied, weil Migration in Deutschland, im bestimmten Zusammenhang die ganze Entwicklung der Migration in Deutschland, etwas Spezielles hat. Das muss ich analysieren und verstehen, welche Auswirkung das auf diese Menschen hat. Bei Gewalt in arabischen Familien und bei arabischen Jugendlichen muss ich überprüfen, welche Vorstellungen sie im Kopf haben, wie sind sie in den arabischen Herkunftsländern aufgewachsen sind, wenn sie später dazukamen? Oder wie haben die Familien dort gelebt? Was bedeutete Gewalt oder war das im Alltag, waren sie in Krisenregionen, wo sie Gewalterfahrung erlebt haben und wie haben sie das dann später auf die Kinder und auf die Erziehung übertragen. Das alles muss ich verstehen.



Bei der zweiten Säule, „Gewalt in den arabischen Familien“, da unterscheide ich auch Gewalt in den arabischen Familien und Gewalt bei arabischen Jugendlichen, weil das zwei Themen sind. Gewalt in den arabischen Familien: Ich überprüfe immer, welche allgemeine Einstellung sie zur Gewalt in der Familie und welche Vorstellungen sie über Gewalt in der Erziehung haben, wie sie ihre Kinder erziehen. Gewalt in den arabischen Familien, da gibt zwei große Themen: Einmal die allgemeine Einstellung zur Gewalt. Welche Einstellungen und Vorstellungen haben die Familien von Gewalt? Dann Gewalt in der Erziehung.

Die dritte Säule, die auch wichtig ist, ist Gewalt bei Jugendlichen. Da versuche ich zu unterscheiden, erst einmal

Gewalt bei Jugendlichen im allgemeinen. Was bedeutet das unabhängig von dem kulturellen Hintergrund? Der zweite Punkt ist Gewalt bei arabischen Jugendlichen. Das hängt wiederum zusammen mit der Gewalt in der Erziehung, was sie in der Familie erlebt haben, in welchen Kreisen sie sich bewegen usw. Das ganze ist trotzdem als Komplex zu sehen, also ich muss das in diesem Komplex sehen. Man soll sich jedoch vorstellen, das ist die Sicht eines Psychologen. Man muss auch die Sicht eines Sozialarbeiters berücksichtigen und die Sicht eines Polizisten und dann alles zusammenbringen. Ich bin der Meinung, wenn man in dieser Komplexität das Ganze sieht, dann kommt man erst einmal ein Stück weiter und kann besser arbeiten - das ist so meine Erfahrung.

Aber zurück zu diesen Möglichkeiten, zu der dritten Säule. Ich habe mit der Zeit gelernt, dass Elternarbeit notwendig ist. Früher habe ich viel Jugendarbeit gemacht und momentan mache ich Jugendarbeit selten ohne Elternarbeit. Wir haben bemerkt, wenn wir mit den Jugendlichen etwas vereinbaren, etwas mit ihnen, und sie dann zurück in die Familie kommen, dann geht es wieder von vorne los und man muss fast bei Null anfangen. Deshalb ist die Elternarbeit inzwischen für mich zentral. Deshalb überprüfe ich, welches die Rolle der Familie ist, wie kann ich vor allem bei arabischen Jugendlichen die Väter in die Arbeit einbeziehen. Väterarbeit ist sehr schwierig, sehr mühselig, auch bei deutschen Vätern. Aber bei arabischen Vätern ist es noch schwerer.

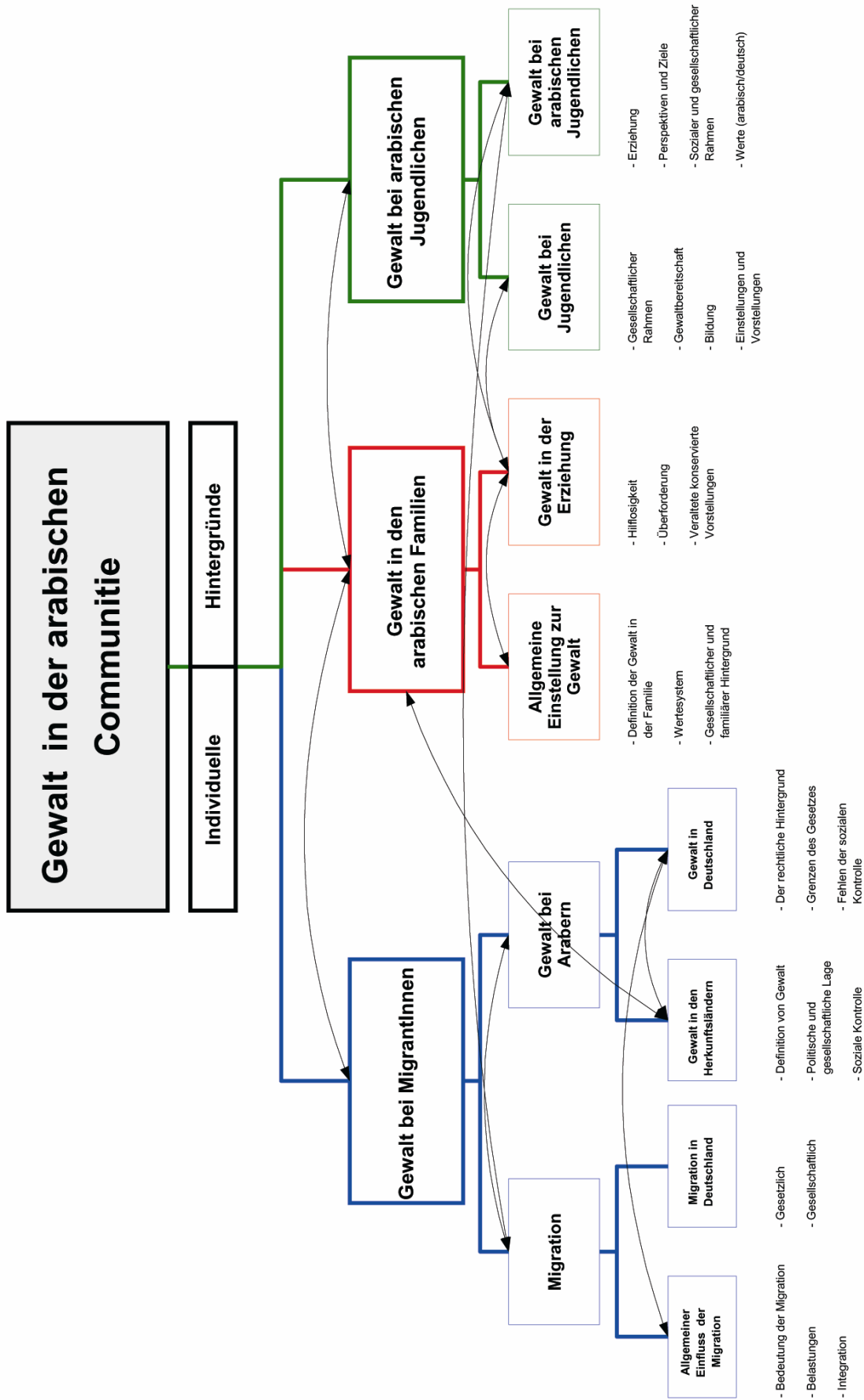
Eine Sache, die ich gelernt habe, ist, ich versuche die arabischen Familien von Anfang an partizipieren zu lassen, bei der konzeptionellen Arbeit einzubeziehen. Was oft passiert: Wir Experten, wir entwickeln irgendetwas und dann versuchen wir, das so anzuwenden und dann klappt es oft nicht, weil die Menschen keinen Zugang dazu haben. Sie können damit nichts anfangen. Dann gibt es als eine weitere wichtige Säule die Jugendarbeit. Erst einmal versuche ich, dort die Verantwortung den Jugendlichen zu übergeben. Ich trage die Verantwortung nicht, sie sollen irgendwann einmal die Verantwortung in allen Bereichen selber tragen: Für ihre Taten, für ihre Überlegungen, für ihre Gedanken. Das Thema Verantwortung ist also wichtig.

„Befreien vom Gruppendruck“. Das ist auch ein sehr wichtiger Punkt meiner Arbeit. Wie kann man die Jugendlichen befreien, wenn man mit ihnen irgendwelche Konzepte erarbeitet, und sie gehen raus, sind wieder in ihrer Gruppe und es geht dann wieder los.

„Perspektiven entwickeln“ bei Jugendlichen, das ist für mich zentral. Meiner Erfahrung nach haben die Jugendlichen meistens keine Perspektiven, keine Orientierungen und deshalb muss ich ihnen das erst einmal anbieten oder ich muss das mit ihnen gemeinsam entwickeln. Wenn sie irgendwann einmal Perspektiven entwickeln, dann ist die Grundlage da und dann kann man Schritt für Schritt daran arbeiten.

Ein weiterer Teil ist „Arbeit mit Fachkräften“. Vernetzung und Kooperation ist für mich inzwischen sehr wichtig. Ohne Vernetzung und Kooperation - finde ich - können wir als Beratungsstelle nicht mehr existieren, wir müssen ständig darauf achten, wer noch etwas anbieten kann. Ich empfehle auch das Einsetzen von Sprach- und Kulturmittlern bei anderen Beratungsstellen, die sich nicht unbedingt im interkulturellen Bereich auskennen. Meine Empfehlung an Fachkräfte lautet: Einbeziehung von Migrant*innen bei der Entwicklung von Konzepten. Von Anfang an sollen die Migrant*innen dabei sein, vor allem, wenn wir Konzepte gegen Gewalt entwickeln. Und „Unterstützung holen bei Fachkräften“, wenn sie an einen Punkt kommen, wo sie nicht mehr weiterkommen.

Wie ich gesagt habe, ich verstehe meinen Beitrag nur als einen Input. Ich weiß, bei jedem Thema kann man stundenlang diskutieren und das können wir vielleicht so anschließend machen. Ich wollte nur so eine Art Ausschnitt geben, von dem, wie wir in der Beratungsstelle arbeiten. Okay, danke.



Safter Çinar

Communities von Bürgerinnen und Bürgern nichtdeutscher Herkunft und Gewaltprävention - Ein Diskussionsbeitrag

Ich bin nicht kurzfristig, aber mittelfristig eingesprungen und habe leider nur ein begrenztes Zeitbudget - ich bitte, mir das nachzusehen. Etwas, was hier bereits geäußert wurde, hatte ich mir auch notiert. In unserem Land ist die Diskussion um Migration und Integration deshalb oft sehr schwierig, weil sie sofort eine rassistische Komponente bekommt und wir, also Menschen mit Migrationshintergrund, uns dann sofort abschotten. Heute hier ist die Diskussion gut, aber draußen wird das nicht so sein, da tragen eine Menge dazu bei, vor allem die Politik. Das ist ein wichtiger Punkt, wenn - hier wurde das ja öfter gesagt - die betroffenen Communities sich diesen Fragen öffnen, diese Fragen gemeinsam behandelt werden sollen. Vor allem auch die kulturspezifischen Anteile. Das geht nur, wenn diese Diskussion sachlich geführt und nicht in den Genen der Betroffenen vermutet wird - um das einmal zu verkürzen. Das muss vor allem die Politik, teilweise auch die Presse lernen. Jetzt bin ich ein bisschen dazu in der Lage, nach dem Motto zu reden "es wurde alles gesagt, aber nicht von allen". Sehr vieles ist auch umsetzungsfähig. Es gibt in den Niederlanden einen interessanten Versuch, welcher in Deutschland angesichts der Geschichte etwas negative Assoziationen hervorrufen könnte: Die Frage von Kiezältesten in Migrantenbezirken. Da kommt man natürlich hier sofort auf die Idee Blockwart oder so ähnlich, aber das ist natürlich völlig anders gemeint. Das wäre ein mögliches Modell.

Aber nun die sehr spannende Frage: Wer sind eigentlich die Wortführer und die Vorbilder?

Ich denke, es ist wichtig, dass es sie gibt. Wenn man auf bestimmte kulturelle Möglichkeiten zurückgreift, haben wir in den überwiegend von Migrantinnen und Migranten bewohnten Wohngebieten Menschen der sogenannten ersten Generation, die jetzt ins Rentenalter gekommen sind. Die können dann wirklich, weil auch sie für sich eine sinnvolle Tätigkeit suchen, ehrenamtlich oder mit einer kleinen Unterstützung so etwas machen und sie hätten durch ihr Alter auch einen gewissen Respekt. Man müsste sich einmal genau anschauen, wie das in den Niederlanden läuft, ob das Sinn macht, ob das übertragbar ist. Ich denke, das wäre eine Möglichkeit, dass eben vor Ort aus der eigenen Community her geschlichtet wird und darauf eingewirkt wird, bestimmte Sachen anders zu regeln.

Die Frage, was ist hier kulturspezifisch, ist natürlich sehr spannend und lässt sich vielleicht nicht immer beantworten, weil, wie *Manfred Heßler* gesagt hat: Frauenhäuser - ich gebe immer dieses Beispiel, wenn die Diskussion zu sehr in rassistische Richtungen geht - Frauenhäuser sind ja nicht für türkische Frauen erfunden worden, aber trotzdem ist natürlich der Anteil von türkischstämmigen Frauen, die häusliche Gewalt erfahren, sehr hoch. Es hilft nichts, zu sagen, es gibt auch Deutsche, die ihre Frauen verprügeln. Das ist nicht der Punkt, es geht nur darum, ob das geschieht. Auch die ganzen Schichtfragen sind zwar auch nicht falsch, aber es gibt sicherlich einen unterschiedlichen öffentlichen Umgang mit Gewalt und diese Art der Gewalt ist zumindest nach 40/50 Jahren, vor allem auch nach der Studentenbewegung, die ich ja selber miterlebt habe, schon eine Sache, die geächtet wird. Dass sie dann trotzdem stattfindet, ist etwas anderes. Also ich denke, wir haben hier bei allen Problemen, die es noch gibt, einen anderen Stand erreicht.

Wenn ich jetzt an die Situation in meiner ehemaligen Heimat denke - das sage ich auch draußen, das sage ich jetzt nicht hier, weil wir in einem geschlossenen Raum sind -, was haben wir für schöne Sprichwörter im Türkischen „Die Prügelstrafe entspringt dem Paradies“, und noch eines speziell für Frauen „Wer seine Tochter nicht haut, haut sein Knie“. Das sind natürlich Sachen, die einfach einen anderen Umgang mit Gewalt, vor allem auch in der Erziehung und der Beziehung beinhalten. Das bedeutet nicht, dass alle türkischen Männer ihre Frauen schlagen.

Ich habe zumindest meine Frau und meine Kinder nicht geschlagen, aber das zeigt schon, dass in der Gesellschaft der Umgang mit Gewalt, auch Gewalt als Problemlösung, nicht so geächtet wird, wie es heute in der Bundesrepublik Deutschland überwiegend der Fall ist, um das einmal relativierend auszudrücken. Dass heißt also, es gibt schon ein paar Verhaltensnormen, die mit der Herkunftskultur zu tun haben und die sollte man auch als solche benennen.

Der Punkt aber ist, wenn man damit dialogfähig bleiben will, natürlich das so zu benennen, dass die Menschen das nicht als einen Angriff auf ihr Wesen erfahren oder erleben und dann in Schutzhaltungen zurückkehren. Ich denke, das ist hier ganz wichtig, weil sowohl eine falsche Toleranz (eigentlich ein schlechtes Wort, es kann eigentlich keine falsche Toleranz geben), aber bestimmte Sachen dürfen auch nicht nur deshalb toleriert werden, weil es sich hier um arme Migranten handelt, um das einmal auf dieser Ebene auszudrücken. Bestimmte Sachen müssen auch benannt werden. Wir haben das hier 40 Jahre lang erlebt, es gab einerseits in Teilen der Gesellschaft sozusagen diese stigmatisierende Diskriminierungshaltung, der andere Teil sah das alles nach, weil es ja die armen diskriminierten ausgegrenzten Migranten sind. Beides hilft nicht, weil das zweite führt dazu, dass sie sich dann bei allem legitimiert fühlen und viele unter ihnen, denke ich, haben auch solche Erfahrungen gemacht, dass Migrantenjüngliche, mit denen sie in der Sozialarbeit, wo auch immer, jahrelang gut gearbeitet haben, irgendwann, wenn ihnen etwas nicht passt, sagen: Du bist ja auch ein Rassist, nur du hast es jetzt erst zutage gebracht. Man darf diese Psychologie erst gar nicht entstehen lassen. Was nicht gewollt ist, was in dieser Gesellschaft verpönt ist, muss benannt werden gegenüber den Betroffenen und wenn es dafür Sanktionen gibt, müssen diese Sanktionen ohne Rücksicht umgesetzt werden.

Wir haben da allerdings ein Problem, das mit der allgemeinen Frage zu tun hat. Ich kenne das aus meiner Zeit, als ich noch im GEW - Vorstand in Berlin war, weil ich öfter von Kolleginnen und Kollegen Anrufe bekommen habe. Es gab elterliche Gewalt gegenüber den Kindern. Die Kollegin oder der Kollege hatten als ersten Reflex nach dem erfolglosen Gespräch mit den Eltern, das nichts gebracht hat, das Bedürfnis, das Vorkommnis anzuzeigen, wollten aber von mir zurecht wissen, wenn ich den Vater jetzt oder die Mutter anzeige, ob es dann sein kann, dass der oder die ausgewiesen werden. Das hängt dann von bestimmten Konditionen ab, ist aber durchaus nicht ausgeschlossen. Das hat in sehr vielen Fällen dazu geführt, dass der Kollege oder die Kollegin sich sagten, wenn das so ist, wenn ich damit den Aufenthaltsstatus gefährde, dann zeige ich das doch nicht an. Das heißt also, es gibt bestimmte Faktoren, die hier den Umgang wieder erschweren. Heute hat sich vielleicht der Aufenthaltsstatus eher verfestigt als in den 90er Jahren, aber es gibt auch solche Probleme, die den adäquaten Umgang mit diesen Gewaltphänomenen erschweren.

Noch ein letzter Punkt: Im Interview mit der TAZ hat Dr. Gesemann heute auf einen ganz wichtigen Punkt hingewiesen, der für uns durchaus klar ist: Dass nämlich allgemein mit dem Wort Ausländer oder Migrant operiert wird, ohne überhaupt zu differenzieren, worum es denn hier überhaupt geht. Er hat ja hier auch ein paar Gruppen genannt. Geht es um Asylbewerber, Bürgerkriegsflüchtlinge, politische Flüchtlinge, zweite/dritte Generation von Arbeitsmigrantinnen und -migranten, Aussiedler oder um Spätaussiedler. Das ist, denke ich, auch deshalb wichtig, weil zum Teil die sozialen Gründe für diese Verhaltensweisen ja auch aus der Biographie entstehen, vor allem, wenn es um Menschen geht, die aus der Heimat durch Bürgerkrieg u.ä. schon als Kinder Gewalterfahrung hatten. Wir haben ja im Moment bestimmte Bevölkerungsmigrantengruppen, Jugendliche, die - zumindest nach den Zeitungsberichten - sehr auffällig sind. Das sind aber die Gruppen, deren Eltern vor allem in den 80er Jahren als Flüchtlinge hierher gekommen sind und denen man 20 Jahre mit einer aufenthaltsrechtlichen Duldung den Aufenthalt bei uns ermöglichte. Völlig perspektivlos. Mit den Jugendlichen aus dem ehemaligen Jugoslawien wird teilweise genauso verfahren, da sollte sich keiner nach zehn Jahren wundern, dass wir da in dieser Gruppe dieses Phänomen auch haben. Dass heißt also auch, wie Flüchtlings- und Migrationspolitik in diesem Kontext gemacht wird, hat teilweise einen wichtigen Einfluss auf bestimmte Teile der Betroffenen. Ich denke, dass sollte man auch nicht ausblenden.

Ich möchte noch kurz einen Satz sagen. In Berlin - denke ich - sind wir ja zumindest viel weiter als wir es in den 80er Jahren waren. In den 80er Jahren hat die Politik Migrantenorganisationen als Gefahr angesehen. Da gab es so schöne Diskussionen, ob türkische Elternvereine oder der *Türkische Bund* - den gab es ja damals noch nicht - eben Vorgänger oder arabischer Verein, integrationsfördernd oder integrationsschädlich seien und deshalb hat man sie auch als Ansprechpartner gar nicht angenommen. Da sind wir jetzt auch schon ein bisschen weiter. Nicht weit genug, aber ganz konkret denke ich, dass die Akteure in der Mehrheitsgesellschaft das immer mit im Hinterkopf haben müssten, bevor sie etwas entwickeln. Das ist immer ein Problem, wenn man zu einer Migrantenorganisation mit einem Rezept kommt und sagt, soll man hier noch eine Prise Salz dazu tun oder nicht. Nein, da müsste man schon von vornherein bei der Problemanalyse und bei der Entwicklung zusammenarbeiten und dann denke ich, würde man auch weiterkommen. Danke schön.

Renée Abdul-Ella

Communities von Bürgerinnen und Bürgern nichtdeutscher Herkunft und Gewaltprävention - Ein Diskussionsbeitrag

Eine der zentralen Fragen unserer Arbeit mit arabischen Familien ist die Frage nach dem Umgang mit der arabischen Kultur. Immer wieder erlebe ich die Situation, dass Kolleg/innen aus einer Schule, einem Jugendamt oder einer anderen Institution unsicher sind, wie sie handeln sollen, weil sie einerseits die betreffenden Personen und deren Kultur respektieren wollen, aber andererseits nicht wissen, was genau der Bestandteil der arabischen Kultur ist, der unangetastet bleiben muss. Denn nicht jede Verhaltensweise ist Kultur und Kultur ist auch nichts Statisches. Jede Kultur entwickelt sich weiter, abhängig von der Zeit und der Umgebung, in der sie gelebt wird.

Ist es Kultur, dass arabische Mädchen nicht zum Schwimmunterricht gehen oder an einer Klassenfahrt teilnehmen dürfen? Ich sage Nein. Ich selbst beispielsweise durfte als allein stehende, junge Frau in den 60er-Jahren in Ägypten studieren - diese Erfahrung habe ich mit nach Deutschland gebracht und damit eine andere Kultur. So stehen wir also einem breit gefächerten arabischen Kulturbegriff gegenüber, der geprägt ist von den Erfahrungen, der Ausbildung und der sozialen Herkunft jeder einzelnen Familie.

Im Umgang mit dieser Kultur ist ein höflicher, aufgeschlossener Dialog deshalb von größter Wichtigkeit. Es gibt sicher Verhaltensweisen, die Sie nicht verstehen können und dennoch akzeptieren müssen. Respekt zu haben vor der fremden Kultur heißt nicht, diese nicht hinterfragen zu dürfen. Von entscheidender Bedeutung ist aber hier die Qualität des Dialoges. Ich ermutige Sie aufgrund meiner 26-jährigen Erfahrung ausdrücklich dazu, dieses Gespräch zu suchen und Ihre „deutsche“ Position deutlich zu machen. Denn wenn wir gemeinsam ein friedliches Zusammenleben gestalten wollen, müssen wir uns auf gleicher Augenhöhe begegnen. Ängste vor Fehlern im Umgang mit der anderen Kultur können so gar nicht entstehen - eine solide Basis für präventive Arbeit.

Die Prävention bildet den Schwerpunkt meiner Arbeit, vor allem aus pragmatischen Gründen. Angesichts (sehr) begrenzter Ressourcen, sowohl menschlicher als auch finanzieller, müssen wir abwägen, wo und wie wir diese einsetzen. Und es gibt leider Fälle, bei denen Hilfe zu spät kommt. Erreichen können wir am meisten bei den Kindern und Jugendlichen unter sechzehn Jahren, die gemeinsam mit ihren Familien betreut werden. Dabei ist uns durchaus bewusst, dass wir hier insbesondere mit den Vätern arbeiten müssen. Aber selbst für uns gleicht dieser Auftrag einer „mission impossible“. Hier brauchen wir Hilfe von allen, allein als Mitglieder der arabischen Community können wir nichts erreichen.

Grenzen zu setzen von außen halte ich in diesem Zusammenhang für enorm wichtig. Denn die Familien, und insbesondere die Väter, müssen feststellen, dass die Grenzen, die sie aus ihrem Kulturkreis mitgebracht haben, hier keine Gültigkeit mehr haben. Aus dieser Unsicherheit heraus setzen sie dann gar keine Grenzen mehr - fatal für die Entwicklung der Kinder, die in dem Glauben groß werden, ihnen könne nichts passieren. Ein „blauer“ Brief von der Schule beispielsweise hat deshalb durchaus Gewicht in der betroffenen Familie, auch wenn keine unmittelbare Reaktion darauf erfolgt. Ich habe auch die Erfahrung gemacht, dass es auf straffällig gewordene Kinder und Jugendliche, selbst wenn sie noch nicht strafmündig waren, durchaus Eindruck macht, wenn sie bis zu Abholung durch mich bei der Polizei festgehalten werden. Denn dann stellen sie fest, dass sie nicht die Größten sind, die machen können, was sie wollen.

Neben dem Grenzen-Setzen ist der Dialog mit den Familien aber nach wie vor der richtige Weg. Ein gelungenes Beispiel hierfür wird in einer Weddinger und einer Schöneberger Grundschule praktiziert: Wir haben für arabische Eltern eigene Elternabende veranstaltet. Diese Elternabende wurden von arabischen Sozialpädagoginnen geleitet, die die Treffen mit den Klassenlehrer/innen vorbereitet hatten. So wurde die Botschaft der Lehrkörper in arabischen Begriffen und innerhalb der arabischen kulturellen Grenzen vermittelt.

Möglichkeiten wie diese gäbe es viele, wenn nur das Geld dafür bereitgestellt würde! Ich fordere Sie daher auf, innovative Projektvorschläge zunächst einmal inhaltlich-konzeptionell zu prüfen und erst dann nach der Finanzierung zu fragen. So könnte es gelingen, das vorhandene Geld an die richtigen Stellen zu verteilen. In diesem Sinne bitte ich Sie nachdrücklich um Ihre Kooperation!

Sabine Behn

Kommunale Präventionsräte in Berlin

Ich freue mich, heute den Input zu diesem Forum halten zu können, denn *Camino* ist quasi seit Beginn kommunaler Prävention in Berlin mit diesem Thema befasst. Wir haben im Auftrag der *Landeskommission Berlin gegen Gewalt* seit 1998 Präventionsaktivitäten in Berlin wissenschaftlich begleitet und bis heute die Entwicklungen in der Stadt verfolgt. Vor diesem Hintergrund möchte ich Geschichte und Stand bezirklicher Präventionsräte skizzieren, Ziele und Ansätze bezirklicher Prävention beschreiben sowie notwendige Rahmenbedingungen aufzeigen.

Entwicklung der bezirklichen Präventionsräte

Beginnen möchte ich nicht mit der Darstellung der ersten Präventionsräte, sondern mit dem Modellprojekt „Kiezorientierte Gewalt- und Kriminalitätsprävention“, das von der *Landeskommission Berlin gegen Gewalt* konzeptioniert wurde und von 1997 bis 1999 in zwei Kiezen der Bezirke Neukölln und Friedrichshain umgesetzt wurde. Dieses Modellprojekt zeichnete sich dadurch aus, dass es als Ansatzpunkt den sozialen Nahraum, den Kiez, vorsah, konkret vor Ort ansetzte und kleinräumig Ressourcen bündelte und vernetzte. Der Aktivierung der in den Kiezen lebenden und agierenden Bürger / innen kam dabei große Bedeutung zu, denn sie stellten die zentrale Ressource dar, um Präventionsstrategien umzusetzen. Mit diesem Modellprojekt wurde ein wichtiger Anstoß zur Beförderung der Diskussion über kommunale Gewalt- und Kriminalitätsprävention sowie über soziale Aktivierung in den Bezirken gegeben. Im Nachhinein betrachtet, leistete das Modellprojekt einen wichtigen Beitrag zur Etablierung des Präventionsgedankens in der Fach- und allgemeinen Öffentlichkeit und verstärkte die Bereitschaft der Bezirke, Präventionsräte einzurichten. Auch nahmen Konzeption und Ergebnisse des Modellprojektes konkret Einfluss auf die Gestaltung von einzelnen Präventionsgremien.

Seit Ende der neunziger Jahre kam es zur Gründung der ersten Präventions- oder Sicherheitsräte auf bezirklicher Ebene. Grundlage war zumeist ein Beschluss der Bezirksverordnetenversammlung, um die Gremien politisch zu legitimieren. In mehreren Bezirken bildeten sich Präventionsräte, so in Wedding, Schöneberg, Steglitz, Pankow u.a. Diese Gremien unterschieden sich von der Bezeichnung her - so gab es neben den Präventionsräten auch Sicherheitsräte oder Sicherheitsbeiräte -, aber auch von der Konzeption und dem Ansatz her. Die Mehrzahl agierte bezirkswert, einige jedoch überwiegend quartiersorientiert.

Die meisten der Präventionsräte waren Gremien, in denen Mitarbeiter / innen der Bezirksverwaltung sowie Verantwortliche aus den Bereichen Polizei, Jugend, Schule, Kirche, Gewerbe, Sport und zum Teil auch Bezirksabgeordnete vertreten waren. Eine Ausnahme bildete der Präventionsrat Schöneberger Norden, der sich bis heute eher als Stadtteilversammlung versteht, die allen Bürger / innen offen steht und in der jede / r seine Probleme vortragen kann. Hier nimmt die Aktivierung und Beteiligung der Bewohner/innen - die bei allen Präventionsräten eine wichtige Rolle spielt - eine zentrale Stellung ein. Eine weitere Besonderheit kennzeichnet den Reinickendorfer Präventionsrat, der auf Initiative des Jugendamtes entstanden ist und der seine Arbeit stark mit den Grundsätzen des KJHG verknüpft. Hier nimmt die Fachebene also eine besondere Rolle ein.

Bis zur Bezirksfusion im Jahr 2001 festigten sich einige der agierenden Präventionsräte und beförderten eine langfristig und dauerhaft angelegte Präventionsarbeit. Andere Räte tagten zwar regelmäßig, entwickelten jedoch wenig Handlungsperspektiven - und setzten folglich auch keine um. Andere lösten sich aus ähnlichen Gründen völlig auf.

Die Berliner Koalitionsvereinbarung aus dem Jahr 1995 hatte vorgesehen, dass in allen Bezirken ortsteilbezogene Sicherheitsforen eingerichtet werden sollten. Mit der Umsetzung dieser Koalitionsvereinbarung wurde die *Landeskommission Berlin gegen Gewalt* beauftragt, die seither für die Koordination und Vernetzung der Präventionsräte zuständig ist. In diesem Rahmen ist auch das „Konzept zur Weiterentwicklung von Präventions- und Sicherheitsbeiräten in Berlin“ zu sehen, das die Landeskommission Berlin gegen Gewalt im Jahr 2001 erarbeitet hat und das Überlegungen zur Unterstützung von bezirklicher Präventionsarbeit enthielt. Dieses Konzept wurde allerdings nicht vom Rat der Bürgermeister aufgegriffen und folglich auch nicht umgesetzt. Somit wurde die Arbeit der Präventionsräte nicht formell etabliert und blieb in starkem Maße Sache der jeweiligen Bezirke - und dementsprechend uneinheitlich. Folglich wird von manchen Seiten kritisiert, dass in Berlin kein verbindliches Rahmenkonzept existiert, das die bezirkliche Präventionsarbeit vereinheitlicht.

Mit der Bezirksfusion 2001 weiten sich einige der etablierten Präventionsräte auf den neu entstandenen Großbezirk aus, so in den Bezirken Mitte und Steglitz - Zehlendorf. Oder es bildet sich ein neuer Präventionsrat, wie in Tempelhof - Schöneberg, der sich als zuständig für den ganzen Bezirk sieht; der inzwischen zur Institution gewordene Präventionsrat Schöneberger Norden bleibt daneben bestehen.

Unterstützend für die Präventionsräte wirkt in manchen Bezirken auch das gegen Ende der neunziger Jahre in sogenannten Problemkiezen eingerichtete Quartiersmanagement, das hinsichtlich der Verbesserung der Situation vor Ort ähnliche Zielsetzungen verfolgt. In manchen Stadtteilen kommt es zu fruchtbaren und engen Kooperationen zwischen Präventionsrat und Quartiersmanagement, so z.B. in Schöneberg - Nord, wo eine enge Verzahnung stattfindet und die finanziellen Mittel des Quartiersmanagements auch den Aktivitäten des Präventionsrates zugute kommen.

Ziele und Aktivitäten der Präventionsräte

Von der Zielrichtung her wollen die Präventionsräte an zentraler Stelle die Sicherheitslage und das Sicherheitsempfinden im Bezirk verbessern. In den meisten Bezirken wird zudem die Frage der Lebens- und Wohnqualität und die Verbesserung der Lebenslagen vor Ort explizit mit einbezogen. Erklärte Absicht und verfolgte Praxis ist dabei, die Problemsicht der Bürger/innen vor Ort aufzugreifen. Dies geschieht entweder im ortsteilbezogenen Präventionsrat selber, zumeist jedoch in Kiezversammlungen oder in kiezbezogenen Arbeitsgruppen.

Im Rahmen dieser Bürgerbeteiligung wird in den meisten Bezirken deutlich, dass das subjektive Sicherheitsgefühl und die Lebensqualität vor Ort im Wesentlichen durch so genannte „Disorder“ - Konflikte beeinträchtigt sind, also z.B. Unordnung und Schmutz im öffentlichen Raum, Belästigungen durch Lärm oder freilaufende Hunde, die deutliche Präsenz von „auffälligen“ Bevölkerungsgruppen wie Punker, Trinker oder Obdachlose auf öffentlichen Plätzen etc. Damit ist auch ein Teil der eingeschlagenen Aktivitätsfelder der Präventionsräte vorgezeichnet, die sich oft auf dem Feld primärer Prävention bewegen. Das Maßnahmenspektrum umfasst z.B. Wohnumfeldverbesserung, Freizeitangebote, Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Mieterengagement, Nachbarschaftsentwicklung, Verkehrssicherheit, Ordnung und Sauberkeit im öffentlichen Raum und zielt auf eine allgemeine Verbesserung der Lebensqualität ab. Häufig kann als Wirkung der Arbeit der Präventionsräte eine größere Zufriedenheit der Bürger / innen sowie eine erhöhte Problemsensibilisierung beobachtet werden.

Ein weiterer Schwerpunkt bezieht sich direkt auf die Frage von Gewalt und Kriminalität, insbesondere in den Bezirken, in denen sich ein oder mehrere Kriminalitätsschwerpunkte oder besonders belastete Kieze befinden. Es gibt zwar noch keine Evaluation der Arbeit der Berliner Präventionsräte, jedoch lässt sich aus einzelnen Untersuchungen und Befragungen festhalten, dass nach Ansicht der Polizei und vieler Anwohner / innen sich durch eine konsequente Präventionsarbeit die Situation in diesen Kiezen verbessern kann - wenngleich Präventionsräte natürlich nicht in der Lage sind, gesellschaftliche Entwicklungen wie Arbeitslosigkeit, Armut und dadurch resultierende Segregationsprozesse zu verändern.

Ein weiteres wichtiges Tätigkeitsfeld, das eng mit den eben skizzierten zusammenhängt, ist die Etablierung einer neuen Konflikt- und Streitkultur im Kiez. Hierzu zählen Ausbildung und Einsatz von Stadtteilmediator / innen und die Unterstützung von nachbarschaftlichen Zusammenhängen ebenso wie die Förderung von Streitschlichterprogrammen an Schulen und das Angebot von Trainingskursen zum Umgang mit Gewalt. In diesen Kontext gehören auch Bemühungen um ein am Miteinander orientiertes Zusammenleben der verschiedenen Kulturen und um die Integration ethnischer Communities.

Ein weiterer wichtiger Schwerpunkt ist die Thematik „Häusliche Gewalt“, die alle Präventionsräte als wichtiges Feld benennen. Das ist umso erfreulicher, als dass sich mittlerweile die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass häusliche Gewalt ein zentrales Feld von Präventionsbemühungen sein muss.

Bürgerbeteiligung

Eng verzahnt mit den Zielen und Aktivitäten der Präventionsräte ist die Bürgerbeteiligung; daher möchte ich auf diesen Punkt etwas genauer eingehen.

Die Aktivierung und Beteiligung von Bürger / innen hat in den meisten Bezirken eine hohe Bedeutung. Dies bezieht sich sowohl auf die Beschreibung von Problemstellungen und die Thematisierung von Lösungsmöglichkeiten, aber auch auf die direkte Beteiligung von Bürger / innen bei der Entwicklung und Umsetzung von Bewältigungsstrategien. Die Bürger/innen, die sich in diesem Kontext beteiligen, gehören in der Regel zur mittleren und älteren Erwachsenengeneration und rekrutieren sich aus unterschiedlichen sozialen Gruppen der Bevölkerung vor Ort. Festzustellen ist allerdings, dass sich die jüngeren Generationen der vor Ort ansässigen Bevölkerung, die in vielen Fällen Gegenstand der Beschwerden sind, eher weniger an den Versammlungen und Arbeitsgruppen im Kontext des Präventionsgeschehens beteiligen. Somit besteht die Gefahr, dass die Interessen und Bedürfnisse von Jugendlichen nicht ausreichend bei der Planung und Umsetzung von Projekten und Maßnahmen berücksichtigt werden. Diese Entwicklung ist auch deshalb bedenklich, weil ohne die gleichberechtigte Einbeziehung von Jugendlichen diejenigen Konfliktpotenziale, an denen sie beteiligt sind, nicht langfristig zufriedenstellend bewältigt werden können.

Aus den Erfahrungen der Präventionsräte ergeben sich folgende Punkte, die als wichtig für erfolgreiche Bürgerbeteiligung bezeichnet werden können: Eine hohe Identifikation mit dem Wohngebiet. Das heißt, man wohnt gerne dort und ist bereit, eigenes Engagement vor die Entscheidung zum Wegzug zu setzen. Weiterhin kommt es darauf an, sich nicht nur den Sachproblemen zu widmen, sondern ebenso einem Anliegen nach sozialer Kommunikation und Anerkennung entgegenzukommen. So wird seitens aktiver Bürger/innen z.B. immer wieder der Anspruch an die Entwicklung von nachbarschaftlichen Beziehungen betont. Die Beachtung dieses Kommunikationsaspektes ist aller Erfahrung nach von nicht zu unterschätzender Bedeutung für eine auf Kontinuität angelegte Beteiligung. Dabei geht es nicht nur um das Innenleben von Gruppen, sondern genauso um das kommunikativ angelegte Hineinwirken in den Sozialraum, wie z.B. durch Stadtteilstefte.

Ein wichtiger Aspekt liegt auch auf der symbolischen Ebene des Gehört - Werdens. Hier ist es von Bedeutung, dass Bürger / innen die Möglichkeit geboten wird, ihre Problemsicht in einem öffentlichen Rahmen gegenüber den jeweiligen institutionellen Verantwortungsträgern vorzutragen und dadurch ein öffentlich wahrgenommenes und anerkanntes Gehör zu erhalten. Dies gilt auch für die Möglichkeit zu kritischen Äußerungen im Hinblick auf das offizielle Handeln bzw. Nicht - Handeln.

Weiterhin steigern schnelle Reaktionen von öffentlichen Handlungsträgern im Zusammenhang mit den aufgeworfenen Problemstellungen die Bereitschaft von Bürger / innen zum Engagement. Letztlich kommt es darauf an, dass deutlich wird, dass mit dem bürgerschaftlichen Engagement auch eine Wirksamkeit erreicht werden kann.

Notwendige Rahmenbedingungen - und gleichzeitig Empfehlungen für die Installierung von Präventionsräten:

- **Politischer Wille:** Wenn Präventionsräte bei der Bewältigung politischer Probleme erfolgreich sein wollen, ist ein entsprechender politischer Wille auf Bezirksebene, der das Gremium trägt, unerlässlich. Das bedeutet, dass der Bezirksbürgermeister politische Verantwortung übernehmen oder auch leitend tätig werden sollte. Das kann in unterschiedlichem Ausmaß geschehen. Der Einsatz des Bürgermeisters erhöht die Anerkennung und verschafft mehr Durchsetzungskraft. Daneben sind auch die Präsenz und das Engagement von Vertreter / innen der Bezirksverwaltungen von Bedeutung, denn hier, in den Verwaltungen, werden Prozesse befördert oder behindert. Die Einbeziehung von höheren Verwaltungsebenen vermittelt den Eindruck, dass Ideen und Vorschläge nicht nur gesammelt, sondern auch umgesetzt werden sollen.
- **Ausstattung mit Ressourcen:** Präventionsarbeit kann auf lange Sicht nur funktionieren, wenn genügend materielle Ressourcen bereitgestellt werden. Personelle und finanzielle Kapazitäten sind wichtig, damit der Präventionsrat arbeitsfähig ist und tragfähige Arbeitszusammenhänge entwickeln kann. Zusätzliche Ressourcen sind auch nötig, um eine effektive Koordination der Präventionsarbeit durch Einrichtung einer Geschäftsstelle zu gewährleisten - aller Erfahrung nach geht es oft schief, wenn diese Arbeit so nebenher geleistet werden soll.
- **Vernetzung und Mut zu neuen Kooperationen:** Die Forderung nach Vernetzung und Kooperation ist mittlerweile zum Allgemeinplatz geworden – dennoch ist sie richtig und wichtig. Präventionsräte müssen eine Struktur für Vernetzung und Kommunikation schaffen, und damit verbessern sie die Zusammenarbeit von Verwaltung, Institutionen und freien Trägern. Hier ist es wichtig, über den Tellerrand hinauszuschauen und neue Kooperationspartner zu suchen, sei es die Wohnungsbaugesellschaften oder Gewerbebetriebe oder andere.
Vernetzung bietet die Entlastung der einzelnen Akteure durch kurze Wege und kann neue Formen des Dialogs ermöglichen. Auch werden so Kommunikationsprozesse zwischen Institutionen und Bürger / innen in Gang gesetzt, die die Basis für Bürgerbeteiligung bilden.
Wichtig in diesem Kontext ist die Mitarbeit von engagierten Vertreter / innen der jeweiligen Institutionen - die Teilnahme am Präventionsgeschehen sollte keine ungeliebte Pflichtaufgabe sein.
- **Kiezorientierung:** Auf die Bedeutung von Kiezorientierung als eine weitere Gelingensbedingung bin ich schon eingegangen. Die Erfahrungen zeigen, dass ein kleinräumiger Ortsbezug für Präventionsaktivitäten und für Bürgeraktivierung eine günstige Voraussetzung darstellt. In mehreren Fällen beziehen sich die eigenständigsten Bürgeraktivitäten auf Straßenzüge, die nur einige hundert Meter umfassen.
- **Bürgerbeteiligung:** Bürgerbeteiligung ist eine weitere wichtige Voraussetzung für erfolgreiche Präventionsarbeit, wie ich bereits ausgeführt habe. Ob sie sich durch direkte Beteiligung am Präventionsrat, kiezbezogene oder themenbezogene Arbeitsgruppen realisiert, muss je nach den lokalen Gegebenheiten entschieden werden.

Festhalten lässt sich, dass die Bezirke, die einen Präventionsrat eingerichtet haben, durchgehend von positiven Erfahrungen berichten. Festhalten lässt sich auch, dass Berlin über eine reichhaltige Landschaft an Präventionsarbeit verfügt, auch in Bezug auf bezirkliche Präventionsräte.

Diese Uneinheitlichkeit wird mancherorts bemängelt, allerdings bietet eine solche Unterschiedlichkeit auch Chancen, indem mittlerweile verschiedene Konzepte erprobt sind und Bezirke die Möglichkeit haben, voneinander zu lernen. Voraussetzung hierfür ist natürlich ein kontinuierlicher Erfahrungsaustausch, der durch die regelmäßigen Treffen der Präventionsratvertreter / innen stattfindet.

Und auch unser heutiges Forum bietet eine Möglichkeit zum intensivem Erfahrungsaustausch, auf die mich freue. Vielen Dank.

Anmerkung der Redaktion

Die Diskussionsteilnehmer / innen aus 4 Berliner Verwaltungsbezirken vertraten einheitlich die Auffassung, dass die praktische Präventionsarbeit auf die jeweiligen Erfordernisse angepasst werden sollte und sprachen sich einvernehmlich gegen eine einheitliche Verfahrensweise in Berlin aus.

Christiane Waclaw

PrävIS - das Informationssystem der Prävention im Netz

PrävIS ist das Informationssystem der Prävention im Netz. Die zugrundeliegende Präventionsmanagementsoftware wurde mit der Zielsetzung entwickelt, einen Überblick über die vorhandene Präventionslandschaft auf nationaler und internationaler Ebene zu schaffen, den Akteuren der gesamtgesellschaftlichen Prävention eine Plattform zur Vernetzung zu bieten, Wissenstransfer zu unterstützen, Qualität, Effektivität und Effizienz von Prävention zu fördern, eine Komplettlösung zu ihrer Administration und Organisation zu bieten und den Präventionsgedanken in der Öffentlichkeit zu verbreiten.

Es dient dazu, detaillierte Informationen zur Prävention schnell, zeitnah und recherchefähig zur Verfügung zu stellen, um Präventionsakteure, Verantwortliche und andere Interessierte zu beraten und zu unterstützen, Anfragen, z.B. aus Politik, Verwaltung und Justiz, kurzfristig beantworten zu können und die Planung, Durchführung und Bewertung von Präventionsaktivitäten zu erleichtern.

Das Fachkonzept PrävIS wurde nicht allein von der *Landeskommission Berlin gegen Gewalt* entwickelt, sondern von einer Arbeitsgruppe unter Federführung der *Stiftung Deutsches Forum für Kriminalprävention (DFK)*, an der neben Berlin die Präventionsgremien und / oder die Landeskriminalämter der Bundesländer

Thüringen (Koordinierungsstelle Gewaltprävention)
 Baden - Württemberg (Landeskriminalamt)
 Nordrhein - Westfalen (Landeskriminalamt)
 Sachsen (Landeskriminalamt)
 Hessen (Landespräventionsrat)
 Niedersachsen (Landespräventionsrat)
 Nordrhein - Westfalen (Landespräventionsrat)
 Schleswig - Holstein (Landesrat für Kriminalitätsverhütung)
 Mecklenburg - Vorpommern (Landesrat für Kriminalitätsvorbeugung)

beteiligt waren. Die Softwareentwicklung erfolgte durch die Firma up_d@te Informationsverarbeitung in Hannover.

PrävIS besteht aus drei Komponenten:

- Vollversion (gesamte Funktionalität und Dateneingabe ins Internet)
- dezentrale Erfassungsmodule (eine „Miniausgabe“ der Vollversion, bei der die Dateneingabe ins Internet nur über den Inhaber der Vollversion erfolgen kann)
- Internetdatenbank (stellt die Präventionsdaten recherchierfähig im Internet zur Verfügung und bildet damit die Grundlage für die Internetrecherche).

Die Vollversion steht in der Geschäftsstelle der *Landeskommission Berlin gegen Gewalt*. Dort sind schon eine beachtliche Anzahl von Datensätzen, nämlich so ca. 200 gespeichert und bereits ins Internet gestellt. Dies werde ich Ihnen ein wenig später demonstrieren. Zunächst möchte ich noch etwas genauer auf das dezentrale Erfassungsmodul eingehen. Das dezentrale Erfassungsmodul könnte für Sie das Instrument zur professionellen Administration und Organisation Ihrer Präventionsaktivitäten, wie Projekte, Veranstaltungen, Arbeitsgruppen etc. sein.

Dezentrales Erfassungsmodul

Das dezentrale Erfassungsmodul ist eine Datenbank, sozusagen eine „Miniausgabe“ der Vollversion und bietet Ihnen einen Überblick über alle für Ihre Institution wichtigen oder von ihr ausgehenden Präventionsaktivitäten. Das Gerüst für diesen Überblick und später auch für die Recherchierbarkeit von Präventionsdaten im Internet bilden die acht Grundtabellen

Gremien
Arbeitsgruppen
Kampagnen
Projekte
Personen (diese werden jedoch nicht im Internet abgebildet)
Institutionen
Veranstaltungen
Literatur

Diese Grundtabellen können miteinander verknüpft werden, um so die Beziehungen der verschiedenen Präventionsakteure untereinander sichtbar zu machen. Um die Arbeitsbereiche und Tätigkeitsfelder zu konkretisieren und damit eine Recherchierbarkeit im Internet zu erleichtern, enthält PräVIS drei präventionsspezifische Kataloge zu den Bereichen „Themen“, „Zielgruppen“ und „Beteiligte“, mittels derer dem einzelnen Datensatz standardisierte Stichworte zugeordnet werden können. Das heißt für Sie, dass Sie Ihre Präventionsaktivitäten systematisch sammeln, erfassen und gliedern sowie „auf Knopfdruck“ eine entsprechende Übersicht erstellen können. Darüber hinaus bietet Ihnen das dezentrale Erfassungsmodul Instrumente zur Vernetzung und effizienten Verwaltung Ihrer Präventionsaktivitäten:

- eine komfortable Dateneingabe durch z.B. die Projektverantwortlichen,
- durch eine E-Mail-Schnittstelle die Möglichkeit der Kommunikation per Email mit der zugehörigen Vollversion, mit anderen Erfassungsmodulen und anderen beliebigen E-Mail-Adressaten, z. B. im mit Personenverzeichnis gespeicherten Ansprechpartnern für Projekte,
- Sie können mit einer Suchfunktion in Ihrer Datenbank recherchieren und das Ergebnis ausdrucken,
- Datensätze postalisch oder per Fax versenden,
- Änderungen der Kontaktangaben, z.B. Adresse, Tel.-Nr., Email-Adresse oder Ansprechpartner schnell und problemlos eingeben,
- per Email die von Ihnen erstellten und geeigneten Datensätze an die Vollversion, also an uns, schicken, damit sie dort integriert, bearbeitet und/oder in das Internet eingestellt werden können.

Sie können also Ihre Institution sowie Ihre Präventionsaktivitäten im Internet darstellen und sie somit einer interessierten Öffentlichkeit, nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland, sondern weltweit zugänglich machen.

Und ein weiterer Vorteil in Zeiten knapper Kassen: Das Programm ist kostenfrei und wird durch den Inhaber der zugehörigen Vollversion, also uns, zur Verfügung gestellt.

Qualitätsmerkmale für PräVIS

PräVIS erhebt einen hohen Qualitätsanspruch als Informationssystem, bei dem der Kooperationsgedanke von herausragender Bedeutung ist. Wesentliche Qualitätsmerkmale sind unter anderem hochwertige Recherchemöglichkeiten für interne und externe Nutzer zur Informationsgewinnung sowie der Umstand, dass jedes Suchergebnis durch mindestens eine Kontaktadresse ergänzt wird und somit eine persönliche Kontaktaufnahme ermöglicht.

Dies setzt voraus, dass bereits bei der Informationseingabe mit großer Sorgfalt vorgegangen und auf die Einhaltung elementarer Regeln geachtet wird. Im Interesse effektiver Recherchierbarkeit werden keine Datensätze identischen Inhalts in der Datenbank erfasst.

Jeder Datensatz wird regelmäßig - mindestens alle zwölf Monate - auf Aktualität geprüft. Zu jedem Datensatz gibt es eine Kontaktangabe. Projekte und Kampagnen werden nur dann ins Internet eingestellt, wenn sie bestimmte Qualitätskriterien wie Problembeschreibung, Zielbeschreibung und einen Projekt- und Kampagnenplan vorweisen können.

Datenschutz

Beim Einsatz von PräVIS sind die jeweils geltenden Datenschutzgesetze und sonstigen (eigenen) Datenschutzbestimmungen zu beachten und einzuhalten. Ohne die ausdrückliche Einverständniserklärung von Betroffenen dürfen weder in der Datenbank noch im Internet deren personenbezogene Daten gespeichert bzw. dargestellt (veröffentlicht) werden. Deshalb sollten diese Daten nur auf freiwilliger Basis erhoben und in PräVIS eingestellt werden. Außerdem wird die Grundtabelle „Personen“ nicht ins Internet gestellt, sondern dient nur als Adressdatei und zum internen Gebrauch.

Internetrecherche

Ich habe Ihnen die Darstellung Ihrer Institutionen im dezentralen Erfassungsmodul und dessen Funktionsweise erläutert.

Nun möchte ich Ihnen zeigen, wie diese Datensätze dann im Internet erscheinen:

Sie gelangen zu PräVIS über die Homepage der *Landeskommission Berlin gegen Gewalt* www.berlin-gegen-gewalt.de, dort über die Recherchemaske „Suche“ auf die weitere Maske „erweiterte Suche“, welche eine sehr differenzierte Recherche ermöglicht.

Anhand unterschiedlicher Stichworte wie Diversion, sexueller Missbrauch, Jugenddelinquenz, Gewalt an Schulen, Schulschwänzer zeige ich Ihnen nun, wie differenziert die Recherchemöglichkeiten sind und wie viele Datensätze in Berlin in PräVIS bereits verfügbar sind.

Die jeweiligen Stichworte können Sie anhand der Kataloge „Themen“, „Zielgruppen“ und „Beteiligte“ noch weiter konkretisieren, damit sie als Suchergebnis wirklich nur das erhalten, was Sie konkret benötigen.

Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

Klaus Reith

PrävIS in Baden - Württemberg

Die Entwicklung von PrävIS

Erste gemeinsame Überlegungen von Landespräventionsgremien ab April 1999 zur Notwendigkeit einer länderübergreifenden standardisierten Präventionsdatenbank führten zunächst im März 2000 dazu, dass in Hannover eine länderübergreifende „Arbeitsgruppe Datenbank“ (AG DB) ins Leben gerufen wurde. Unter Moderation des Deutschen Forums für Kriminalprävention (DFK - damals noch DFK - Aufbaustab) sollten die AG - Mitglieder (interessierte Landespräventionsgremien) verbindliche Mindeststandards und Begrifflichkeiten für eine entsprechende Datenbank festlegen, um kostspielige Parallelentwicklungen und mögliche Inkompatibilitäten zu vermeiden.

Im April 2000 fasste dieses Gremium den Entschluss, eine neue Datenbank auf der Basis von MS Access 2000 programmieren zu lassen, da die geprüften vorhandenen Lösungen (u.a. die des Bundeskriminalamtes und aus Rheinland - Pfalz) die von der AG DB gestellten Anforderungen nicht erfüllten und eine entsprechende Anpassung mit zu hohem Aufwand verbunden gewesen wäre. Die Fa. up_d@te Informationsverarbeitung in Hannover wurde vom DFK, als AG DB - Vertreter, beauftragt, die Vorgaben der AG in eine entsprechende Datenbank-Anwendungssoftware umzusetzen. Die neu zu erstellende Anwendung erhielt den Namen „Präventions Informations System“ (PrävIS).

Um sie einem größeren Interessentenkreis bekannt zu machen, wurde PrävIS im Oktober 2000 zunächst in Berlin als Vorversion (hier wurde u.a. auch das Landeskriminalamt Baden-Württemberg aufmerksam) und dann im November 2000 anlässlich des 6. Deutschen Präventionstages in Düsseldorf als Vollversion 1.0 vorgestellt.

Als erster Anwender von PrävIS im Echtzeitbetrieb präsentierte der Landespräventionsrat (LPR) Niedersachsen dort seine bisherigen Ergebnisse.

Ausgangslage in Baden-Württemberg

Im August 2000 wurde aus aktuellem Anlass im LKA Baden - Württemberg eine interne Projektgruppe mit dem Auftrag eingerichtet, die vom LKA entwickelte und genutzte Datenbank „Projekte Kommunale Kriminalprävention“ auf ihre weitere Verwendbarkeit bzw. Ausbaufähigkeit zu untersuchen. Sie kam zu dem Ergebnis, dass eine Weiterführung oder Fortentwicklung der vorhandenen Datenbank aus sachlichen Erwägungen heraus nicht mehr möglich sei.

Auch die als Alternative angedachte Übernahme der Infopool - Datenbank des BKA wurde nach Prüfung verworfen, weil sie, neben anderen Problemen, vor allem den Anforderungen des LKA an eine Präventionsdatenbank nicht entsprach.

Da die Programmierung einer neuen Datenbank-Lösung auf MS Access-Basis sowohl eine Fremdvergabe als auch die Erstellung eines umfangreichen Pflichtenheftes (Grob- und Feinkonzept) erfordern würde, man sich beim LKA dazu aber weder finanziell noch personell im Stande sah, wurde nach einer anderen geeigneten Lösung gesucht.

Sie wurde im Oktober 2000 mit der Präventionsdatenbank PrävIS gefunden.

Einführung und Betrieb von PrävIS in Baden - Württemberg

Nach Zustimmung der entsprechenden Stellen zur Beschaffung von PrävIS noch im Oktober 2000 wurde das LKA Baden-Württemberg als Vertreter Baden-Württembergs Mitglied in der im April 2000 gegründeten länderübergreifenden „Arbeitsgruppe Datenbank“(AG DB).

Im Dezember 2000 stellte die Firma up_d@te die Anwendung im LKA vor, im März 2001 war die Finanzierung gesichert und im Mai des gleichen Jahres wurde der Nutzungsübertragungsvertrag mit der Fa. up_d@te geschlossen und PräVIS auf einem eigens dafür beschafften Rechner beim LKA (Dez.422 - ZKS-KKP) installiert. Während der Datenmigration von der alten in die PräVIS-Datenbank (Juni bis Oktober 2001) fuhr das LKA einen Parallelbetrieb.

Baden - Württemberg betrieb aufgrund der mit der Vorgänger - Datenbank gemachten Erfahrungen in der AG DB von Anfang an u.a. den Optimierungsvorschlag, dezentrale Erfassungsmodule einzuführen, um auf digitalem Weg Datensätze der Stellen vor Ort in die zentrale PräVIS - Datenbank zu bringen. Nachdem sich weitere AG - Mitglieder für diese Idee interessierten, wird das Dezentrale Erfassungsmodul (DEM) integraler Bestandteil von PräVIS.

Als DEM-Nutzer waren zunächst alle Polizeidirektionen, Polizeipräsidien, Landespolizeidirektionen sowie das Projektbüro „Kommunale Kriminalprävention“ im Innenministerium vorgesehen. Man entschied sich dafür, PräVIS nicht auf dem Erlassweg in Baden - Württemberg einzuführen, sondern die späteren Nutzer durch Informationsveranstaltungen und die Überzeugungskraft der Funktionalitäten für diese Anwendung zu gewinnen.

Im April 2002 fand im LKA Baden - Württemberg ein Workshop mit Vertretern und Vertreterinnen der späteren DEM-Nutzer statt, bei dem die Kriterien für die künftige Speicherung und die Meldeinhalte der Projektdaten verbindlich erarbeitet wurden. Die dabei erzielten Ergebnisse und die künftige Verfahrensweise wurden bei einer Dienstbesprechung im Juni 2002 allen Nutzern vorgestellt.

Bei zwei eintägigen Einführungsveranstaltungen im Februar/März 2003 konnte den Dienststellen dann neben einer Mappe mit Informationen und einem vorläufigen Benutzerhandbuch eine CD mit dem kostenlosen DEM zur Installation übergeben werden.

Es folgte eine sehr intensive persönliche Betreuung der Nutzer (telefonisch und vor Ort) durch die PräVIS - Verantwortlichen des LKA Baden - Württemberg, die bis heute andauert.

Bei der Installation der DEM bereitete die enorme Vielfalt der Betriebsplattformen und Mail-systeme im Land der Fa. up_d@te größere Probleme, die sie im weiteren Verlauf jedoch in den Griff bekam. Die aus Landesmitteln im Rahmen der Zukunftsoffensive III (ZO III) geförderten KKP-Projekte in Baden-Württemberg wurden bereits ausschließlich über die DEM erfasst und digital an die zentrale PräVIS-Datenbank beim LKA BW übermittelt, von wo aus sie nach erfolgter Qualitätskontrolle direkt in die neu geschaffene PräVIS - Internet - Plattform eingestellt wurden.

Als während des 8. Deutschen Präventionstages in Hannover (April 2003) PräVIS an den Ständen des DFK, des Landespräventionsrates Niedersachsen und des LKA Baden - Württemberg der Öffentlichkeit präsentiert wurde, war Baden - Württemberg das einzige AG DB - Mitglied, das echte Projekte im Internet vorstellte.

Seit 2004 wird bereits die Annahme von Anträgen zur Förderung von KKP - Projekten aus Landesmitteln i.R. der „Förderinitiative Jugend-Kriminalprävention“ (FJK) u.a. davon abhängig gemacht, dass die Projekte die definierten Kriterien zur Aufnahme in die PräVIS - Datenbank erfüllen.

Um die Qualität der Daten weiter zu steigern, wurden von Juni bis August 2004 beim LKA Baden - Württemberg alle in der Zentraldatenbank hinterlegten Datensätze der DEM-Nutzer auf Vollständigkeit und Richtigkeit überprüft. Dies führte dazu, dass etwa 1/3 der insgesamt gemeldeten Projekte wegfiel, weil es sich dabei tatsächlich um Gremien, Arbeitsgruppen oder Veranstaltungen handelte (dafür wurden in den entsprechenden PräVIS - Tabellen neue Datensätze angelegt).

Sofort nach Erwerb der Datenbank begann das LKA Baden - Württemberg damit, PräVIS gezielt und konsequent „in die Fläche“ zu transportieren. Dabei spielten drei Umstände eine begünstigende Rolle:

- die Entscheidung, für die Koordination der Kriminalprävention polizeiliche Strukturen zu nutzen,
- der Umstand, dass bereits konkrete Erfahrungen mit einer Präventionsdatenbank und ihren Erfordernissen vorliegen und
- die feste Absicht aller Entscheidungsträger und Beteiligten, den einmal eingeschlagenen Weg PräVIS konsequent zu verfolgen.

Die Internet-Präsentation von PräviS

Von Beginn an war die Präsentation und Recherche von Inhalten der einzelnen PräviS - Datenbanken im Internet geplant. Schon die Version 1.0 beim 6. Deutschen Präventionstag enthielt eine entsprechende Schnittstelle; ein Internet-Server stand damals im Informatikzentrum Niedersachsen kostenlos bereit. Wegen anderer wichtiger Entwicklungen (z.B. der DEM) wurde die Realisierung der Präsentationsmöglichkeit immer wieder verschoben.

Zum 8. Deutschen Präventionstag im April 2003 in Hannover ergab sich dann aber die zwingende Notwendigkeit, mit einer Internet - Präsentation von PräviS aufzuwarten, um einem drohenden Akzeptanzverlust vorzubeugen. Mit „heißer Nadel gestrickt“, fiel diese Präsentation optisch entsprechend bescheiden aus. Sie konnte aber die Möglichkeiten und Ressourcen transportieren, die dahinter steckten. Verbunden mit dem Versprechen, dass demnächst eine professionellere Version herauskommen wird, gelang es, die Gemüter zu besänftigen.

Die AG DB entwickelte konzeptionell eine Suchmaske im Stil von Google mit umfangreichen Recherchemöglichkeiten und gab ihre Programmierung in Auftrag. Die Ausgabe des Rechercheergebnisses sollte schnörkellos sein und zwingend eine Kontaktadresse enthalten. Außerdem sollte PräviS nicht nur über www.praevis.de im Internet aufrufbar sein, sondern auch mit den entsprechendem Logos, über die web-sides der Mitglieder. Da die Fa. up_d@te nicht über die entsprechende Erfahrung verfügt, beauftragte sie als Subunternehmen die Fa. teachdesign aus Hannover mit der Realisierung.

Auf dem 9. Deutschen Präventionstag im Mai 2004 in Stuttgart konnte die AG DB PräviS in einem eigens dafür gebauten Stand und mit einem Internetauftritt präsentieren, der große Beachtung fand.

Sachstand und weitere Entwicklung

Das LKA Baden - Württemberg und der Landespräventionsrat Niedersachsen haben die aktuelle PräviS - Vollversion 1.2.32 in allen Facetten (von Verwaltungs-, über dezentrale Erfassungs-, bis hin zu Internetfunktionen) im Echtbetrieb eingesetzt und dabei gründlich getestet.

Das Ergebnis war, dass Verbesserungs- und Erweiterungsbedarf vorhanden ist; auch der eine oder andere Fehler. Insgesamt jedoch ist bereits diese Version ein voll einsatzfähiges Werkzeug zur Erfassung, Verwaltung, Bearbeitung und Darstellung von Daten über

- Institutionen,
- Gremien,
- Arbeitsgruppen,
- Personen,
- Kampagnen,
- Projekten,
- Veranstaltungen und
- Medien

mit gesamtgesellschaftlich ausgerichtetem, kriminalpräventivem Charakter.

Probleme bereiten derzeit vor allem noch folgende Punkte: Aus noch nicht ganz geklärter Ursache potenzieren sich Datensätze in der Datenbank und „blähen“ diese auf, was zu einer erheblichen Verlangsamung des Systems führt. Baden-Württemberg sendet seine PräviS - Datenbank deshalb regelmäßig zur „Reparatur“ an die Firma up_d@te. In Version 2.0 von PräviS soll dieses Problem gelöst sein.

Aus Sicherheitsgründen übernimmt der Internet - Provider host europe keine Dateien über 2 MB in seinen Server. Da bei PräviS immer gleich die ganze Datenbank auf den Server geschickt wird, diese im Falle Baden - Württembergs die 2 MB aber bereits übersteigt, gibt es Probleme bei der Aktualisierung der Internetdaten. Die Fa. up_d@te hat umgehende Lösung zugesagt.

PrävIS ist als Einzelplatzplattform entwickelt worden. Netzwerkinstallationen sind laut Lizenzvertrag faktisch untersagt, werden vom Ersteller bei den AG - Mitgliedern aber mit dem Hinweis toleriert, dass dadurch verursachte Probleme künftig nicht mehr von ihm kostenlos untersucht und behoben werden können. Einige AG-Mitglieder (vor allem Baden-Württemberg) drängen jedoch darauf, dass innerhalb eines Präventionsgremiums mehrere Personen von ihrem Arbeitsplatz aus in der PrävIS - Zentraldatenbank (Vollversion) recherchieren können müssen. Bis zur Auslieferung der Version 2.0 soll dazu eine Lösung gefunden werden.

Die Version 2.0 soll für längere Zeit (ca. 4 Jahre) die letzte Vollversion von PrävIS sein (kleinere Updates wird es bei Bedarf trotzdem geben). Um eine gewisse Stabilität zu erhalten und von Updates unabhängiger zu werden, sind viele Microsoft-Elemente durch andere Software-Produkte ersetzt.

Laut Terminabsprache wird sie im Februar 2005 herauskommen und u.a. enthalten:

- die Lauffähigkeit unter Win2003-Server, englisch und run-time 2003 auf Client,
- eine Inhouse-Lösung zur Mehrfachnutzung von PrävIS (Lesen/Recherche),
- die Möglichkeit der Intranet-Darstellung (analog Internet),
- implementierte Excel-Tabellen o.ä. zur Kennzahlenerfassung,
- eine verbesserte Druckfunktionalität,
- verbesserte Recherchemöglichkeiten.

Das derzeit nur für den 9. Deutschen Präventionstag zur Präsentation erstellte, nicht vollständige PrävIS - Anwenderhandbuch wird an die Version 2.0 angepasst und in die Anwendung implementiert. Ca. 2 Wochen nach der Vollversion sollen die Dezentralen Erfassungsmodule mit einer Mail- und vollen Druckfunktionalität ausgeliefert werden.

Die Fa. up_d@te bietet darüber hinaus gegen entsprechende Kostenerstattung an, Sonderprogramme, die an PrävIS andockbar sind, für diejenigen AG-Mitglieder zu fertigen, die über den Kern von PrävIS hinausgehende Funktionalitätenwünsche haben. An einer Übernahme von PrävIS interessiert sind derzeit Bayern, Hamburg, das Saarland und das LKA Mecklenburg-Vorpommern. Sollte das BKA das PrävIS-System übernehmen, ist nicht auszuschließen, dass PrävIS bundesweiter Standard wird.

Ersteller der PrävIS - Datenbank ist die Fa. up_d@te Informationsverarbeitung, Hannover. Für den Internetauftritt von PrävIS hat sie Verträge mit den Firmen host europe in Köln (Provider) und teachdesign in Hannover (Software) geschlossen.

Die Zukunft von PrävIS hängt derzeit noch stark davon ab, dass das quasi Einmannunternehmen up_d@te Informationsverarbeitung „arbeitsfähig“ bleibt. Dieser Umstand bedarf noch einer befriedigenden Lösung.

Alle Polizeidirektionen und -präsidien in Baden - Württemberg sowie die LPD Stuttgart II (darüber hinaus auch das Innenministerium Baden-Württemberg und die übrigen Landespolizeidirektionen) sind mit Dezentralen Erfassungsmodulen (DEM) ausgestattet und liefern der PrävIS - Zentraldatenbank beim LKA Baden - Württemberg Datensätze zu. Derzeit kann nur die Polizeidirektion Ravensburg das DEM nicht einsetzen, da sie bereits die neue Landeskonfiguration (LaKo) benutzt, auf der PrävIS nicht lauffähig ist (siehe unter Ziff.2 die letzten beiden Sätze). Über ein Einzelplatzgerät mit Internetanschluss könnte dieses Manko vorläufig bis zur Version 2.0 jedoch behoben werden.

Als Piloten haben die Landratsämter in Aalen und Waiblingen im Zuge der Verwaltungsreform DEM erhalten. Hier müssen noch Erfahrungen und Erkenntnisse gesammelt werden.

Die Zentraldatenbank beim LKA ist im Hinblick auf die Qualitätsstandards vollständig überarbeitet worden. Danach ist der Erfassungs-Stand wie folgt:

Gremien	151
Arbeitsgruppen	251
Kampagnen	18
Projekte	487
Personen	542
Institutionen	661
Fachtagungen/Veranstaltungen	82
Literatur/Medien	149

Das Bestreben ist, alle an die Zentraldatenbank gemeldeten KKP - Projekte auch ins Internet einzustellen. Eine Aktualisierung des Datenbestandes im Internet konnte aus den genannten Gründen bisher nicht erfolgen. Es wird jedoch täglich damit gerechnet.

In Baden - Württemberg wird PräviS als Erfassungs-, Verwaltungs-, Auskunfts- und Darstellungsmedium voll genutzt. Damit ist es den anderen AG-Mitgliedern so weit voraus, dass ein gleichwertiger Erfahrungsaustausch in der AG kaum mehr möglich ist; zumal Niedersachsen, das sich ähnlich intensiv mit PräviS auseinandersetzt, die Priorität eher auf den Verwaltungs- als auf den Projekterfassungsbereich legt. Diese Problemstellung kann sich im weiteren Verlauf bei der Fortentwicklung des PräviS - Kerns ungünstig für Baden-Württemberg auswirken. Im Extremfall zieht die Mehrheit der AG bei Erweiterungsbedürfnissen nicht mit, so dass diese von Baden-Württemberg als Sonderprogramme alleine bezahlt werden müssten.

Ein anderer Problempunkt ist die große Vielfalt in der EDV-Landschaft von Baden-Württemberg. Die PräviS - Version 2.0 geht letztmalig allgemein auf eine baden-württembergische „Spezialität“ ein (nach den DEM-Installationen auf zig verschiedenen Systemen nun die neue LaKo). Die Lauffähigkeit von PräviS 2.0 auf dieser neuen LaKo wird nur gewährleistet, wenn in ganz BW diese einheitliche Konfiguration für PräviS benutzt wird. Bei abweichungsbedingten Problemen wird der Ersteller nur gegen entsprechende Bezahlung tätig werden.

Trotz der intensiven Schulung und persönlichen Betreuung der DEM-Nutzer ist vielerorts noch ein gewisses Unverständnis bzw. eine gewisse Unsicherheit im Umgang mit der Anwendung festzustellen. Um hier Abhilfe zu schaffen, werden derzeit die Polizeidirektionen bereist und beraten. Auch von dem in Version 2.0 integrierten Anwenderhandbuch wird eine Qualitätsverbesserung bei den angelieferten Daten erhofft (obwohl alle DEM-Nutzer in BW vom LKA eine CD mit dem vorläufigen Anwenderhandbuch erhalten haben).

Viel zu wünschen übrig lässt in diesem Zusammenhang derzeit auch die Verpflichtung der DEM-Nutzer, die gelieferten Datensätze in regelmäßigen Abständen zu aktualisieren. Hier wird noch einiges an Überzeugungsarbeit durch das LKA zu leisten sein.

Hannelore Rogalla

Prävention in der Berliner Polizei - Möglichkeiten / Nutzen der Datei PräVIS (Präventions - Informations - System)

Polizeiliche Prävention in Berlin

In den unterschiedlichsten Bereichen der Gesellschaft werden zum Teil umfangreiche Maßnahmen durchgeführt, um Straftaten zu verhindern und um Menschen davor zu schützen, Opfer von Straftaten zu werden. Die Aktivitäten gehen dabei sowohl von öffentlichen Stellen als auch von privaten Organisationen und in Einzelfällen auch von Einzelpersonen aus. Trotzdem ist die Wirkung häufig nicht so erfolgreich wie erwartet, denn es scheitert oftmals an mangelnder Information und Kommunikation. Ein nicht unerheblicher Teil der Präventionsarbeit (Kriminal- und Unfallprävention) wird dabei durch die Polizei geleistet.

Die polizeiliche Prävention umfasst „die Gesamtheit aller staatlichen und privaten Bemühungen, Programme und Maßnahmen, welche die Kriminalität und die Verkehrsunfälle ...verhüten, mindern oder in ihren Folgen gering halten. Zu solchen negativen Folgen zählen physische, psychische und materielle Schäden sowie Kriminalitätsangst, insbesondere die Furcht, Opfer zu werden“ (1). Im Zuge einer Organisationsänderung der Berliner Polizei (2) im Jahr 2003 wurde auch die Zuständigkeit der Präventionsaufgaben neu geregelt und zusätzlich in einem behördenweiten Präventionskonzept (3) festgeschrieben.

Ziele des behördenweiten Präventionskonzepts sind dabei die

- integrative Aufgabenerfüllung durch die Schutz- und Kriminalpolizei,
- Koordinierung der kriminalpräventiven Öffentlichkeitsarbeit,
- Koordinierung der Zielgruppenansprache.

Seit 2003 gibt es in allen Bereichen der Berliner Polizei (Stab des Polizeipräsidenten, Landeskriminalamt und Polizeidirektionen) Stabsbereiche für Öffentlichkeitsarbeit und Prävention, auch die Landespolizeischule ist in die Präventionsarbeit eingebunden.

Eine wichtige Neuerung wurde mit den Präventionsbeamten und -innen eingeführt, die auf den Polizeiabschnitten als den kleinsten polizeilichen Dienststellen hauptamtlich folgende Präventionsaufgaben wahrnehmen:

- Anlassbezogene Umsetzung des Programms Polizeiliche Kriminalitätsbekämpfung,
- Durchführung lokaler Präventionsmaßnahmen,
- Ständige Kontaktpflege zu Schulen im Zuständigkeitsbereich und Durchführen von Anti-Gewalt-Veranstaltungen in Schulen - schwerpunktmäßig für die Zielgruppe der Schüler/innen von Haupt- und Realschulen - z.T. noch in Zusammenarbeit mit Verhaltenstrainern der Landespolizeischule.

Alleine bei der Betrachtung der Organisationseinheiten der Berliner Polizei wird deutlich, dass in allen Ämtern und Ebenen eine Vielzahl von Kräften mit den unterschiedlichsten Präventionsaufgaben betraut ist. Darüber hinaus unterhalten sämtliche mit Präventionsaufgaben befassten Dienstbereiche im Rahmen einer vertrauensvollen Zusammenarbeit die unterschiedlichsten Kontakte zu externen Behörden und sonstigen Stellen, häufig kommt es auch zu gemeinsamen Präventionsaktivitäten. Eine umfassende zeitgerechte Information aller Polizeibediensteten und sonstigen Kooperationspartner ist trotz aller Bemühungen kaum möglich.

Präventionsarbeit der Polizei ist immer auch als Serviceleistung für die Bürger/innen und sonstigen Bedarfsträger zu verstehen. Aus Ermangelung geeigneter PC - Anwendungen war es deshalb in der Vergangenheit kaum möglich, umfassende Auskünfte an Interessierte weiterzugeben.

Eine Chance, diese Defizite zu minimieren oder gar beseitigen zu können, bietet die Datei PräviS, da sie Informationen zur Prävention schnell, zeitnah und recherchefähig allen Bedarfsträgern (national und international) zur Verfügung stellen kann.

Durch Herrn Reith, LKA Baden - Württemberg, wurden die Anwendungsmöglichkeiten, Vorteile und Erfahrungen der baden - württembergischen Polizei dargestellt und als positiv bewertet.

Für das Land Berlin hat die *Landeskommission Berlin gegen Gewalt* die Datenbank PräviS als Vollversion erworben. Sie ist damit eigenverantwortlich für die Dateneingabe und die Datenbestandspflege, die Verteilung dezentraler Erfassungsmodule, die Prüfung der angelieferten Daten auf Plausibilität sowie für die Freischaltung geeigneter Datensätze für die Internet-Datenbank verantwortlich.

Um auch der Berliner Polizei die Möglichkeiten der Dateneingabe in die Datenbank PräviS zu eröffnen, stellt die *Landeskommission Berlin gegen Gewalt* der Polizeibehörde ein dezentrales Erfassungsmodul kostenlos zur Verfügung.

Mit Zustimmung des Herrn Polizeipräsidenten in Berlin werden durch das LKA St 42 als Zentralstelle für Prävention zukünftig die Datenerfassung, die -bestandspflege und -übermittlung an die *Landeskommission Berlin gegen Gewalt* gewährleistet.

Umsetzung von PräviS in der Berliner Polizei

Erste Schritte zur Umsetzung sind natürlich die Informationen über Aufbau, Inhalt und Möglichkeiten der Datei PräviS. Zu diesem Zweck wurde dem LKA St 42 ein Anwenderhandbuch mit den notwendigen Informationen zur Verfügung gestellt. Darüber hinaus erfolgte mit Unterstützung der *Landeskommission Berlin gegen Gewalt* die Installation eines externen Erfassungsmoduls, das es ermöglicht, polizeiliche Präventionsprojekte selber in das Datensystem einzugeben.

Jede Form der Erhebung, Verarbeitung und Speicherung bzw. Übermittlung von Daten durch staatliche Stellen erfordert die vorherige Prüfung der Rechtmäßigkeit unter Beachtung der Zweckbindung der Maßnahme. Diese kann entweder aufgrund gesetzlicher Regelung oder aber mit der ausdrücklichen Einwilligung des Betroffenen erfolgen.

Zur Datenerhebung, -verarbeitung, -übermittlung und -bestandspflege ist im vorliegenden Fall eine rechtliche Prüfung durch den Datenschutzbeauftragten der Polizeibehörde mit folgendem Ergebnis durchgeführt worden: Rechtliche Grundlage für die erforderlichen Maßnahmen der Polizei bildet das „Gesetz über die Informationsverarbeitung bei der Allgemeinen Verwaltungstätigkeit“ (IVG) und nicht das Datenschutzgesetz.

Gemäß §2 Abs.1 IVG ist die Datenerfassung personenbezogener Daten von Mitarbeitern ohne Einwilligung der Betroffenen möglich, soweit dies für die allgemeine Verwaltungstätigkeit erforderlich ist und sofern schutzwürdige Belange der Betroffenen nicht beeinträchtigt werden.

Der Berliner Datenschutzbeauftragte nahm in seinem Jahresbericht aus dem Jahr 1998 zu dieser Problematik Stellung und rät davon ab, Mitarbeiterdaten ohne deren vorherige schriftliche Zustimmung ins Internet zu stellen. Das LKA St 42 wird sich an dieser Empfehlung orientieren und die vorherige Zustimmung einholen. In Vorbereitung auf die zukünftige Tätigkeit wurden dazu entsprechende Vordrucke - mit dem Hinweis des jederzeit möglichen Widerrufsrechts - erarbeitet.

Da innerhalb der Berliner Polizei in fast allen Bereichen Präventionsmaßnahmen geleistet werden, ist eine Information dieser Dienststellen über die Zentralstelle für Prävention erforderlich. Hier bietet sich eine Vorgangsbearbeitung (Grundsatzangelegenheit) in Form einer Arbeitsanweisung an.

Anlagen zur Arbeitsanweisung:

- Formulare der Grundtabellen der Datenbank PräVIS
- Vordrucke der Einverständniserklärung zur Datenverarbeitung

Zusätzlich erforderlich ist die Regelung der Datenzulieferung an die Zentralstelle für Prävention beim LKA St 42 zur Erfassung in dem dezentralen Erfassungsmodul, wobei eine technische Lösung anzustreben ist, damit eine zeitnahe Übermittlung an die *Landeskommission Berlin gegen Gewalt* möglich ist.

Vorhersehbarer Nutzen in der täglichen Präventionsarbeit der Berliner Polizei

Polizeiintern:

- Darstellung eigener Aktivitäten zu bestimmten Themenfeldern
- Umfassende Informationsmöglichkeit über Dienstbereiche / sonstige Behörden / Stellen, die sich mit Präventionsaufgaben befassen sowie die Erreichbarkeit der Ansprechpartner/innen
- Übersicht über in der Vergangenheit bzw. derzeit durchgeführte oder geplante Präventionsmaßnahmen anderer Polizeidienststellen / sonstiger Stellen und Einrichtungen.
- Verbesserung bei der Planung gemeinsamer Aktivitäten
- Steuerungsmittel zur effektiveren Kräfteplanung
- Medienübersicht
- Kurzfristige Aussagemöglichkeit über gegenwärtig und in der Vergangenheit geleistete Präventionsaktivitäten zur Erledigung von Anfragen / Presseauskünften pp.
- Wirtschaftlicher Einsatz vorhandener Ressourcen (Personal / Sachmittel) pp.

Polizeiextern:

- Informationsmöglichkeit aller Bedarfsträger über die Präventionsarbeit der Polizei
- Gezielte Anfragemöglichkeit nach bestimmten Präventionsthemen
- Recherchemöglichkeiten über kommunale/nationale und internationale Aktivitäten pp.

Beispiel „Häusliche Gewalt“ (hG.): Täglich werden Fälle h.G. zur Anzeige gebracht und je nach Schwere auch in den Medien veröffentlicht. Letzter Fall war die Tötung einer Frau im Beisein ihres Kindes und die gleichzeitige schwere Verletzung ihrer Mutter durch ihren Ehemann.

Reaktionen: Verstärkte Nachfrage nach Hilfsangeboten durch Opfer h.G., die bisher noch keine Beratungsangebote wahrgenommen und professionelle Hilfe gesucht oder gar eine Anzeige erstattet haben, Beratungs- und Informationsanfragen potentieller Opfer h.G. oder Nachbarn, Freunde pp. von Opfern h.G. über Hilfsangebote, vermehrte Presseanfragen zur Verhinderung von Straftaten h.G., Anfragen aus dem politischen Raum über die durch die Polizei unterbreiteten Hilfsangebote.

Mit Unterstützung einer entsprechenden Datenbank ist eine kurzfristige und umfassende Auskunft in allen Dienstbereichen möglich.

Darüber hinaus verfügen bereits viele Haushalte über einen Internet - Anschluss. Online-Zugriffe auf die Datei PräVIS sind damit möglich. Gerade für Interessierte, die sich nicht mit der Polizei in Verbindung setzen wollen, besteht über diesen Weg die Möglichkeit, sich trotzdem umfassende Informationen zu Hilfsangeboten einzuholen.

Zusammengefasst ist festzustellen, dass die Datenbank PräviS der Berliner Polizei bei der Aufgabenerledigung eine wesentliche Erleichterung bringen dürfte und deshalb auch von anderen Bedarfsträgern in Anspruch genommen und insbesondere gespeist werden sollte.

Anmerkung

- (1) „Führung und Einsatz der Polizei (PDV 100) Nr. 2.1.1.1, Text laut „Handbuch für Führung und Einsatz der Polizei“, 22. Ergänzungslieferung, Juli 2000
- (2) Neuordnung der Führungsstrukturen (NdF), die ab 01. 07. 2003 in Kraft traten
- (3) Behördenweites Präventionskonzept des Polizeipräsidenten in Berlin vom 17. 07. 2003

Detlef Horn - Wagner

5. Präventionstag: Anmerkungen zur Öffentlichkeitsarbeit

Marketing ist die bewusste, nicht zufällige, allgemein gültige und systematisierte Gestaltung von (kommunikativen) Austauschprozessen auf Dauer - und zwar in dauernder Wiederholung so, dass ein Wiedererkennungswert möglich ist!

Öffentlichkeitsarbeit ist die bewusste, nicht zufällige, allgemein gültige und systematisierte Gestaltung von (kommunikativen) Austauschprozessen auf Dauer - und zwar in dauernder Wiederholung so, dass ein Wiedererkennungswert möglich ist!

Marketing - Philosophie: Von der Binnen- zur Dienstleistungsorientierung

Marketing - Logik außen:

- Überzeugungsarbeit: Überzeugende Eigenbotschaften
- Wir machen gute Sachen und die Sachen gut!
- Aktive Marktgestaltung
- Wir sind besser, schneller ... als die Konkurrenz!
- Überzeugungsarbeit für den wirklichen Bedarf
- Ihr werdet uns brauchen!

Marketing - Logik innen:

- Kulturentwicklung
- Wir fühlen uns anerkannt, gelobt ...!
- Qualitätsentwicklung
- Wir sind Stolz auf unsere Arbeit!
- Organisationsentwicklung
- Wir sind gut organisiert!
- Feedbackorientierung
- Wir sind gefragt!

Marketing und Öffentlichkeitsarbeit sind systematisierte kommunikative Austauschprozesse in der Art, dass durch ihre Einzigartigkeit („Branding“) und Wiederholung ein Wiedererkennungswert wahrscheinlicher wird.

Öffentlichkeitsarbeit kommuniziert das „Es“ in die Öffentlichkeit.

Präventionsarbeit ist vielschichtig: Sie ist die Arbeit an und mit den Betroffenen und sie ist die Arbeit an und mit dem Thema.

Das „Es“ der Gewaltprävention ist ... (u.a.)

- die spontane Reaktion der Bürger und ihr mutiges Eintreten gegen jede Form der Gewalt.
- die gewaltfreie Kommunikation und die vielfältigen Möglichkeiten, sie zu lernen.
- das weite Spektrum der Träger und Initiativen und deren Angebote an Hilfe, Beratung und Bildung.
- der Berliner Präventionstag und seine weit über 500 Teilnehmer/innen.
- die Landeskommision Berlin gegen Gewalt und der Stab der Mitarbeiter/innen.

Entsprechend vielschichtig ist auch die Öffentlichkeitsarbeit.

Aber: Prävention muss an die Öffentlichkeit! Doch wie?

Vier Fragen, sieben Antworten.

Prof. Dr. Sybille Krämer (Philosophin, FU Berlin):

Was? Gewalt als (fast notwendiges) Kulturphänomen

Wer? Lehrer vor allem

Wie? Wirkliche Fälle, aus dem Leben gegriffen und erzählt

Wo? Schule, Familie

Thomas Härtel (Staatssekretär, Vorsitzender der *Landeskommission Berlin gegen Gewalt*):

Was? Positive Beispiele aus den Projekten in den Kiezen, Vorbilder für die Schulen

Wer? Alle, die in den Projekten Tätigen und die, die Gewalt erfahren haben

Wie? Berichte der Betroffenen selbst, Presseveröffentlichungen

Wo? Schulen, Jugendfreizeitstätten, Elternabende

Gert Klein (Projekt „Durchbruch“):

Was? Umsetzung in kleinen Strukturen, tägliche persönliche Auseinandersetzung und Würdigung

Wer? Politische Kampagnen

Wie? Nachrichten jeder Art in Medien, Sondersendungen

Wo? Medien

Henning Till (Jugendamtsleiter):

Was? Erfolge der letzten 10 Jahre, inzwischen enge Verbindung zwischen Polizei, Jugendhilfe und Schule

Wer? Polizei

Wie? „Querbeet“, insbesondere Medien

Wo? In den Kiezen, Elternversammlungen

Harald Wunderlich (Polizei Berlin):

Was? Betroffene und potenzielle Opfer müssen sich der Rolle und der Gefahr bewusst werden

Wer? Experten, Betroffene aus eigenem Erleben

Wie? In kleinen, begrenzten Gruppen; „Keimzellen“ bewegen das Thema

Wo? Kiezbezogene Medien

Dr. Ursula Schirmer :

Was? Prävention verhindert das Übel

Wer? Medien

Wie? Originell: Nicht nur „bad news are good news“, sondern eher: „good news are ...“

Wo? Möglichst „nah dran“, Schulen, Kaufhäuser, Märkte, „da wo die Leute sind“

Stephan Voß (Geschäftsstelle der Landeskommission):

Was? Es gibt viele gute Projekte und eine die Vernetzung weitet sich aus

Wer? Landeskommission, alle beteiligten Projekte

Wie? Praktische Beispiele, einprägsame Berichte

Wo? Medien Berliner Fenster: 01.,02.,03.11.04!!!



Klaus Kommoß

„... mir hat alles gefallen!“

Ergebnisse einer Fragebogenaktion unter den Teilnehmern des 5. Berliner Präventionstages

„Nichts ist so gut, als dass man es nicht noch besser machen könnte“ lautet eine alte Lebensweisheit. Die sog. „Betriebsblindheit“ lässt ursprüngliche Ziele verschwimmen und „gut gedacht“ ist noch lange nicht „gut gemacht“.

Die inhaltlichen und organisatorischen Vorbereitungen des jährlichen Berliner Präventionstages bestimmen meist schon kurz nach dem Jahreswechsel die tägliche Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Geschäftsstelle der *Landeskommission Berlin gegen Gewalt*. Ist es dann vollbracht, wird Resümee gezogen, werden eigene und Fremd - Meinungen gegenübergestellt und Fragen nach der Weiterentwicklung aufgeworfen. Meist jedoch bleiben im Kreis der Mitarbeiter Unsicherheiten zurück und Fragen nach der „Kundenzufriedenheit“ offen.

Die *Landeskommission Berlin gegen Gewalt* hatte sich deshalb entschlossen, anlässlich des 5. Berliner Präventionstages unter den Teilnehmerinnen und Teilnehmern eine Fragebogenaktion durchzuführen, um Kritik und Zuspruch an der Ausrichtung dieses Tages für die mittelfristige Planung richtig einschätzen zu können. Die mehr als 500 Gäste der Veranstaltung hatten die Möglichkeit, auf einseitigen Fragebögen insgesamt 14 geschlossene und offene Fragen zu beantworten, konnten aber auch freitextliche Zusätze vermerken. Der Rücklauf betrug 120 Fragebögen, was eine Rücklaufquote von 22,4% bedeutet; im Vergleich zu ähnlichen Befragungen eine gute Quote. Die folgenden Auswertungsergebnisse (manuell) stellen nur einen Teil der Gesamtergebnisse dar. Sie basieren auf den Angaben von 43,2% Frauen und 56,8% Männern.

65,5% der Befragten nahmen zum ersten Mal an einem Berliner Präventionstag teil. Die am stärksten vertretene Berufsgruppe war die der Polizei mit 51,6%. Grund für diese „Kopflastigkeit“ dürfte die im Jahr 2004 erfolgte Einrichtung der Präventionsbeauftragten auf den Polizeiabschnitten sein. Das besondere Interesse dieser Polizeibeamten an der Veranstaltung stand offensichtlich im Zusammenhang mit einem zurzeit noch erheblichen Informations- und Orientierungsbedarf zur Materie.

Auf die Frage: „Wie beurteilen Sie die Organisation des 5. Berliner Präventionstages?“ antworteten 57,6% der Befragten mit „sehr gut“ und 41,5% mit „gut“ (insgesamt 99,1%).

Das angebotene Themenspektrum der sieben Foren wurde zu 32,2% mit „sehr gut“ und zu 58,7% mit „gut“ bewertet (insgesamt 90,9%).

Eine ähnlich hohe Gesamtbewertung erhielt die Frage: „Wie beurteilen Sie das fachliche Niveau der Gesamt - Veranstaltung?“ 21,6% beurteilten das fachliche Niveau mit „sehr gut“ und 69,0% mit „gut“ (insgesamt 90,6%).

Einerseits überraschend einerseits, andererseits aber auch erfreulich, war die hohe Zahl von Anregungen, die von den Befragungsteilnehmern auf die Frage „Haben Sie bestimmte Themen vermisst?“ gegeben wurden. Sie werden zumindest teilweise bei den zukünftigen Planungen Beachtung finden.

Der Hauptvortrag des 5. Berliner Präventionstages zum Thema: „Gewalt der Sprache - Sprache der Gewalt“ wurde von 39,5% der Umfrageteilnehmer mit „sehr gut“ bewertet und von 38,7% mit „gut“. Das Gesamtergebnis „sehr gut / gut“ von 78,2% sowie zahlreiche „Doppelnennungen“ dazu auch unter der Frage: „Was hat Ihnen an der Veranstaltung besonders gefallen?“ (siehe folgender Absatz), zeigen die besondere Bedeutung dieses zentralen Programmpunktes des Präventionstages in seiner Planung, Ausführung und Rezeption.

Die Frage „Was hat Ihnen an der Veranstaltung besonders gefallen?“ war freitextlich zu beantworten und wurde von den Befragten weitreichend genutzt. Die folgenden Stichworte stellen zwar nur eine geringe Auswahl der diesbezüglichen Antworten dar, sie geben jedoch einen deutlichen Eindruck über die Zufriedenheit und das Wohlgefühl der Veranstaltungsteilnehmer außerhalb ihrer fachlich - qualitativen Ansprüche wieder.

(Einzel-) Beispiele von Antworten: „Vielfalt, Mischung, breites Spektrum, Humor, Freundlichkeit, Vernetzung, Kommunikation, Miteinander, Offenheit, diskutieren, Versorgung, Gedankenaustausch, lockere Atmosphäre, Info-Vielfalt, Zeitmanagement, Auflockerungen, Kontakte verknüpfen – vertiefen - gewinnen, Gestalt und Ablauf sehr kreativ, bis ... mir hat alles gefallen!“ Hervorzuheben ist in dieser Kategorie außerdem, dass eine Vielzahl von Veranstaltungsteilnehmern die Moderation in besonderer Weise lobend erwähnten.

Auch auf die Frage: „Was fanden Sie nicht so gut?“ wurden freitextlich eine Vielzahl von Antworten gegen, aus denen hier nur ein geringes Spektrum und dies auch nur fragmentarisch wiedergegeben werden kann:

„Das Essen (Bohnensuppe), alles frontal, lange Schlangen beim Kaffee, die Enge, fehlende Hinweisschilder, nur ein Forum besuchen zu können, Langatmigkeit der Preisverleihung, Hauptvortrag war zu allgemein, bis ... (der gelieferte) Kugelschreiber ging nicht!“.

Von einer Vielzahl der Teilnehmer wurde in dieser Kategorie außerdem kritisiert, dass das Rauchen in einigen der Veranstaltungsräume als Beeinträchtigung empfunden wurde.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der *Landeskommission* haben sich bereits unmittelbar nach dem Vorliegen der ersten Auswertungsergebnisse der Fragebogenaktion mit der geäußerten Kritik und den Anregungen befasst. Erste „Kurskorrekturen“ wurden bereits ins Auge gefasst.

Zu danken ist allen Teilnehmern an der Fragebogenaktion für ihre offenen und ehrlichen Äußerungen.

Autorenverzeichnis

Renée Abdul-Ella: Renée Abdul-Ella ist Geschäftsführerin von Al-Dar Arabischer Frauenverein e.V.

Kontakt: Al Dar Berlin, Al-Dar Arabischer Frauenverein e.V., Sachsendamm 66, 10829 Berlin, Tel.+AB: 030/7827719, Tel.: 030/78709521, Fax: 030/78709522, e-Mail: arabischer_frauenverein_al_dar@hotmail.com

Ekkehard Band: Bezirksbürgermeister von Tempelhof-Schöneberg und Leiter der Abteilung Personal, Finanzen, Wirtschaft und Bürgerdienste.

Kontakt: Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg von Berlin, Rathaus Schöneberg, John-F.-Kennedy-Platz, 10820 Berlin, Tel.: 030/75602301, Fax: 030/7560239, e-mail: bzbm@ba-temp.verwalt-berlin.de

Sabine Behn: M.A., seit 1997 als wissenschaftliche Mitarbeiterin tätig und seit 2001 Geschäftsführende Gesellschafterin von Camino. Sie ist für die Bereiche Gewalt- und Kriminalitätsprävention sowie Jugend/Jugend(sozial)arbeit verantwortlich.

Kontakt: Camino gGmbH, Scharnhorststr. 5, 10115 Berlin. Tel: 030/ 7862984, Fax: 030/7850091, eMail: mail@camino-werkstatt.de

Klaus Böger: Senator Böger ist Diplom-Politologe, 1972-1976 Wissenschaftlicher Assistent an der FU Berlin, ab 1976 Dozent und Fachbereichsleiter für Politik beim Lette-Verein. Seit 1989 Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin, Dezember 1999 Bürgermeister von Berlin und Senator, seit Januar 2002 Senator für Bildung, Jugend und Sport.

Kontakt: Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Beuthstr. 6-8, 10117 Berlin. Tel: 030/9026-7 (zentrale Vermittlung)

Safter Çinar: Vorstandsmitglied und Sprecher des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg und Mitarbeiter des DGB Bezirk Berlin-Brandenburg (Migrationspolitik / Ausländerberatungsstelle)

Kontakt: Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg, Tempelhofer Ufer 21, 10963 Berlin, Tel: 030/6232624, Fax: 030/61304310, e-mail: safter.cinar@tbb-berlin.de, Internet: www.tbb-berlin.de oder

DGB Berlin-Brandenburg, Tel. 030 - 21240 – 320, Fax: 030 - 21240 - 114 (Presse), e-mail: Safter.Cinar@DGB.de, Internet: www.berlin-brandenburg.dgb.de

Leah Carola Czollek: Mediatorin und Lehrbeauftragte mit den Arbeitsschwerpunkten interkulturelle Gesellschaft, Antisemitismus, Rassismus und Antidiskriminierung, Gender und Gendermainstreaming.

Kontakt: Tel: 030/61307312, Internet: www.czollek-consult.de

Dr. Jakob F. Dittmar: TU Berlin - Medienberatung

Kontakt: eMail: jakob.dittmar@tu-berlin.de

Dr. Rainer Erb: Soziologe

Kontakt: Technische Universität Berlin, Zentrum für Antisemitismusforschung, Ernst-Reuter-Platz 7, 19587 Berlin, Tel.: 030/31425851

Klaus-Dieter Gens: Diplom-Sozialpädagoge, Trainer für Gewaltfreie Kommunikation, Supervisor, NLP-Trainer und Coach.

Kontakt: Forum gewaltfreie Kommunikation, Elfriede-Kuhr-Str. 37, 12355 Berlin, Tel: 030/66460538, eMail: klaus@gens.de, Internet: www.gfkberlin.de

Dr. Frank Gesemann: war bis November 2004 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fachhochschule für Verwaltungs- und Rechtspflege in Berlin. Zur Zeit ist er freiberuflich tätig in den Arbeitsbereichen Migration und Stadtentwicklung.

Kontakt: Mecklenburgische Straße 89, 10713 Berlin, Tel.: 030/6235789,
e-mail: Frank.Gesemann@t-online.de

Brigitte Grunert: Ehemalige Redakteurin für Landespolitik beim Tagesspiegel
Kontakt: Am Schlachtensee 144, 14129 Berlin

Thomas Härtel: Staatssekretär Thomas Härtel ist Diplom-Pädagoge. 1981 - 1985 Bezirksverordneter, 1985 Bezirksstadtrat für Volksbildung, 1995 Bezirksstadtrat für Bildung, Kultur, Jugend und Sport und stellvertretender Bezirksbürgermeister, seit 2001 Staatssekretär für Bildung, Jugend und Sport. Staatssekretär Thomas Härtel ist Vorsitzender der Landeskommision Berlin gegen Gewalt.

Kontakt: Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Beuthstr. 6-8, 10117 Berlin. Tel: 030/90267 (zentrale Vermittlung)

Dr. Detlef Horn - Wagner: Freiberuflich seit über 20 Jahren als Fortbildner, Trainer, Moderator und Berater für Teams, Gruppen, Organisationen und Verbände tätig.

Kontakt: Dr. Detlef Horn-Wagner, Philippistraße 14, 14059 Berlin, Tel.: 030/3227451 (Büro), 030/3222457 (privat), 0172/3916682 (mobil), Fax: 030/3265339, eMail: hornwagner@hotmail.com

Mouhammed Issmail: Diplom-Psychologe, er arbeitet als Supervisor und psychologischer Berater bei der AWO (Arbeiter Wohlfahrt).

Kontakt: Mouhammed Issmail, Arndtstr. 25, 10965 Berlin, Tel: 030/61201537, Fax: 030/3061201536, eMail: mouhammed@issmail.de, Internet: www.issmail.de

Dr. Michael Kohlstruck: TU Berlin, Zentrum für Antisemitismusforschung, Arbeitsstelle Jugendgewalt und Rechtsextremismus

Kontakt: eMail: kohlstruck@zfa.kgw.tu-berlin.de

Kenan Kolat: Geschäftsführer des Türkischen Bundes in Berlin-Brandenburg

Kontakt: Türkischer Bund in Berlin-Brandenburg, Tempelhofer Ufer 21, 10963 Berlin, Tel: 030/6232624, Fax: 030 – 61304310, e-mail: info@tbb-berlin.de, Internet: www.tbb-berlin.de

Klaus Kommoß: Pensionierter Kriminalbeamter, ehrenamtlicher Mitarbeiter in der Geschäftsstelle der Landeskommision Berlin gegen Gewalt

Kontakt: Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Landeskommision Berlin gegen Gewalt, Beuthstr. 6-8, 10117 Berlin. Tel: 030/90265254, Fax: 030/90265003, e-Mail: Klaus.Kommoß@SenBJS.Verwalt-Berlin.de, Internet: www.berlin-gegen-gewalt.de

Prof. Dr. Sybille Krämer: Professorin für Philosophie am Institut für Philosophie der Freien Universität Berlin

Kontakt: Habelschwerdter Allee 30, 14195 Berlin, Tel.: 030/83854509, Fax: 030/83856430, eMail: sybkram@zedat.fu-berlin.de

Wolfgang Lebe: Dipl.- Verwaltungswirt, Kriminalbeamter, Mitarbeiter in der Geschäftsstelle der Landeskommision Berlin gegen Gewalt.

Kontakt: Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Landeskommision Berlin gegen Gewalt, Beuthstr. 6-8, 10117 Berlin. Tel: (030)90265256, Fax: (030)90265003, e-Mail: Wolfgang.Lebe@SenBJS.Verwalt-Berlin.de

Prof. Dr. Claudius Ohder: Professor an der FHVR Berlin, Fachgebiete: Kriminologie, Soziologie, Schwerpunkte: Jugenddelinquenz und -kriminalität, Kriminalprävention, Stadtsoziologie, Rechtsfolgenabschätzung

Kontakt: FHVR Berlin, Alt-Friedrichsfelde 60, 10315 Berlin, Tel.: 030/90214001, Fax: 030/90214006, eMail: c.ohder@fhvr-berlin.de

Hartmut Pfeiffer: Landeskriminalamt Niedersachsen

Kontakt: LKA Niedersachsen, Schützenstr. 25, 30161 Hannover, Tel: 0511/262622414, e-Mail: hartmut.pfeiffer@polizei-niedersachsen.de, Internet: www.lka.niedersachsen.de

Klaus Reith: Landeskriminalamt Baden-Württemberg

Kontakt: Tel: 0711/54012076, Fax: 0711/54013420, eMail: Klaus.Reith@lka.bwl.de

Dietmar Ring: Kriminalrat beim Landeskriminalamt Berlin - Analysezentrum/strategische Auswertung -

Kontakt: Der Polizeipräsident in Berlin, LKA Stab 61, Tel.: 030/ 4664909610, Fax: 030/ 4664909699

Michael Schwandt: Politikwissenschaftler, für verschiedene Institutionen in der politischen Bildung und Beratung tätig. Derzeitige Tätigkeitsschwerpunkte: Antisemitismus und Rechts-extremismus, politische Philosophie, Projektberatung und -management.

Kontakt: eMail: M_Schwandt@web.de

Manfred Schweitzer: Oberstaatsanwalt, Staatsanwaltschaft beim Landgericht Berlin.

Kontakt: Alt Moabit 5, 10559 Berlin, Tel: 030/90145700, Fax: 030/90145770, eMail: Manfred.Schweitzer@STA.Verwalt-Berlin.de

Lars Sünemann: Kriminalrat

Kontakt: Der Polizeipräsident in Berlin, Landeskriminalamt 52, Platz der Luftbrücke, 12101 Berlin, Tel.: 030/4664952120, Fax: 030/4664952199

Christiane Waclaw: Staatsanwältin, Mitarbeiterin der Geschäftsstelle der Landekommission Berlin gegen Gewalt.

Kontakt: Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, Landekommission Berlin gegen Gewalt, Beuthstr. 6-8, 10117 Berlin. Tel: 030/90265259, Fax: 030/90265003

Peter Zernicke: Sozialpädagoge in der Jugendgerichtshilfe Friedrichshain-Kreuzberg.

Kontakt: Tel: 030/902981670, Fax: 030/902981673, eMail: Peter.Zernicke@Ba-fk.verwalt-berlin.de

Landeskommission Berlin gegen Gewalt
Beuthstraße 6-8, 10117 Berlin
Telefon 90 26-52 53 Fax 90 26-50 03

Bestellcoupon

Veröffentlichungen der Landeskommission Berlin gegen Gewalt

(Bestellung nur schriftlich unter Beifügung der Briefmarken.

Bei gleichzeitiger Bestellung mehrerer mit Briefmarken zu entgeltenden Veröffentlichungen sind nur einmalig 1,44 € in Briefmarken beizufügen.)

- Adressen gegen Gewalt, 2004 (1,44 € in Briefmarken)
- „Trainingsangebote zur Gewaltprävention - ein Wegweiser“, 2002

- Graffiti - wo liegen die Möglichkeiten und Risiken der Prävention? (1,44 € in Briefmarken)
Dokumentation einer Fachtagung vom 8. Dezember 1995
- Der Berliner „Aktionsplan Graffiti“ (1,44 € in Briefmarken)
Ein zuständigkeitsübergreifendes Präventionsmodell, 1995
- Berliner Modell: Kiezorientierte Gewalt- und Kriminalitätsprävention, 1996 (1,44 € in Briefmarken)
- Aktionsplan Graffiti - Fortschreibung, 1997 (1,44 € in Briefmarken)
- Schüler- und Elternbrief Graffiti, 1997 (0,55 € in Briefmarken)
- Aktionsplan Hilfen für wohnungslose Frauen, 1998 (1,44 € in Briefmarken)
- Psychische Krankheit bei wohnungslosen Frauen, 1998 - Ein ergänzender Beitrag zum Aktionsplan Hilfen für wohnungslose Frauen (1,44 € in Briefmarken)
- Antidiskriminierungsregelungen in den Bundesländern, 1998 (1,44 € in Briefmarken)
- Maßnahmen gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Rassismus in Berlin, 1999 (1,44 € in Briefmarken)
- Handreichung für Schule und Jugendhilfe zum Umgang mit Schuldistanz, 2003 (1,44 € in Briefmarken)
- Flyer: Elterinformation zum Thema „Schuldistanz“, (0,55 € in Briefmarken)
 Deutsch, Russisch, Türkisch, Arabisch, 2003
- Häusliche Gewalt: Präventive Ansätze auf bezirklicher Ebene - (1,44 € in Briefmarken)
Projekte, Maßnahmen, Aktivitäten, Initiativen, Strukturen, 2003
- Empfehlungen der von der Landeskommission Berlin gegen Gewalt (1,44 € in Briefmarken)
eingesetzten Arbeitsgruppe „Schuldistanz“ zum Umgang mit Schuldistanz, 2004

Berliner Forum Gewaltprävention

- Berliner Forum Gewaltprävention Nr.1, 1999 (1,44 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: Kommunale Prävention in Berlin
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr.2, 2000 (1,44 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: Gewaltprävention in der Schule Teil I
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 3, 2000- „Kriminalität, Gewalt und Gewalterfahrungen von Jugendlichen nichtdeutscher Herkunft in Berlin“ - Dokumentation eines Erfahrungsaustausches 2000 (1,44 € in Briefmarken)
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 4, 2001 (1,44 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: Gewaltprävention in der Schule Teil 2
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 5, 2001 - Dokumentation des (1,44 € in Briefmarken)
1. Berliner Präventionstages am 8.11.2000
Schwerpunkte: Kommunale Prävention in Berlin, Schule - Jugend - Gewalt, Beteiligung von Gewerbe und Einzelhandel an der Präventionsarbeit, Beteiligung von Wohnungsbaugesellschaften an der Präventionsarbeit, Beteiligung ethnischer, kultureller und religiöser Minderheiten, Prävention und Polizei, Gewalt gegen Frauen und Mädchen

- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 6, 2001 - Dokumentation der Tagung "Wer ist fremd?" am 6. Juli 2000 (1,44 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: Binationalität
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 7, 2001 - Dokumentation der Tagung „Kooperation von Jugendhilfe, Polizei und Justiz - Projekte und Standpunkte“ am 23. und 24.11.2000 (1,44 € in Briefmarken)
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 8, 2001 (1,44 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und Antisemitismus
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 9, 2002 - Dokumentation des 2. Berliner Präventionstages am 10.10.2001 (1,44 € in Briefmarken)
Schwerpunkte: Männliche Sozialisation und Gewalt, Rechtsextremismus, Beteiligung - Vernetzung und Prävention, Justiz als Partner in der Prävention, Sport und Gewaltprävention, Kooperation von Polizei und Schule
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 10, 2002 (1,44 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: Häusliche Gewalt
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 11, 2003 Dokumentation des 3. Berliner Präventionstages am 14.11.2002 (1,44 € in Briefmarken)
Schwerpunkte: Gewalt in der Erziehung, Kommunale Gewalt- und Kriminalitätsprävention, Männliche Sozialisation und Gewalt, Soziales Lernen in der Schule, Häusliche Gewalt, Rechtsextremismus, Antiaggressionstraining
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 12, 2003 (1,44 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: Kriminalitätsoffer
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 13, 2003 (1,44 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: Rechtsextremismus und Gewalt im Jugendalter – Eine Elterninformation
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 14, 2004 (1,44 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: Schuldistanz
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 15, 2004 (1,44 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: 10 Jahre Landeskommision Berlin gegen Gewalt
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 16, 2004 Dokumentation des 4. Berliner Präventionstages am 13.11.03 (1,44 € in Briefmarken)
Schwerpunkte: Prävention und Wirtschaft, Gewalt in der Erziehung, Ressourcen für die Gewaltprävention, Opfer von Rechtsextremismus, Streitschlichtung im Stadtteil, PiT – Prävention im Team, Jugendrechtshäuser und Rechtspädagogik
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 17, 2004 Dokumentation des Workshops zur Jugenddelinquenz – Entwicklungen und Handlungsstrategien vom 29.04. bis 30.04.2004 (1,44 € in Briefmarken)
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 18, 2004 Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus – Programme, Maßnahmen, Projekte (1,44 € in Briefmarken)
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 19, 2005 Dokumentation der Konferenz der Friedrich - Ebert - Stiftung und der Landeskommision Berlin gegen Gewalt „Erziehen für´s Leben - Eltern in der Verantwortung“ am 30.11.2004 (1,44 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: Elternkurse
- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 20, 2005 Dokumentation der Fachtagung „Engagement erwünscht! Konsequenzen aus Berliner Bezirksstudien und Lokalen Aktionsplänen für Demokratie und Toleranz“ am 23. November 2004 in der Friedrich - Ebert - Stiftung (1,44 € in Briefmarken)
Schwerpunkt: Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus

- Berliner Forum Gewaltprävention Nr. 21, 2005 Dokumentation des 5. Berliner Präventionstages am 3.11.04 (1,44 € in Briefmarken)
Schwerpunkte: Antisemitismus in neuen Kontexten, Prävention – ein Stiefkind in den Medien?!, Intensivtäter – (k)ein Problem?, Sprache und Gewalt, Communities von Bürgerinnen und Bürgern nichtdeutscher Herkunft und Gewaltprävention, Auf halbem Wege stehen bleiben? Oder: Brauchen (alle) Berliner Bezirke Präventionsräte?, PräViS – das Informationssystem der Prävention im Netz

- **Gutachten der Unabhängigen Kommission zur Verhinderung und Bekämpfung von Gewalt in Berlin (veröffentlicht 1994)**
Die Gutachten zu verschiedenen Themen der Gewalt- und Kriminalitätsprävention sind bei der Geschäftsstelle der Landeskommision Berlin gegen Gewalt auf Anfrage erhältlich.

Alle Veröffentlichungen der Landeskommision Berlin gegen Gewalt können unter www.berlin-gegen-gewalt.de heruntergeladen werden.

